A 5242

IWK

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

40. JAHRGANG, DEZEMBER 2004, HEFT 4

Kommunistische Paß-und Dokumentenfälscherwerkstätte in Wien.

Mit Beiträgen von

SIEGFRIED GRUNDMANN, RICHARD ALBRECHT, MANFRED WARNECKE, REINHARD RÜRUP und FRANK DINGEL

TAGUNGSBERICHT • NEUE LITERATUR

IWK

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin herausgegeben von Peter Steinbach
Wissenschaftlicher Beirat: Andreas Graf, Helga Grebing, Peter Lösche, Hans Mommsen, Henryk Skrzypczak und Hermann Weber

Inhalt

Heft 4/04

Editorial 421

SIEGFRIED GRUNDMANN: Richard Großkopf und die kommunistische Paßfälscherorganisation 423

RICHARD ALBRECHT: Wolfgang Abendroth – 2. Mai 1906 bis 15. September 1985. Ein intellektuelles Porträt 465

MANFRED WARNECKE: „Und plötzlich war es so, als hätten wir all unser Grauen abgeschüttelt". Die Rettungsexpedition „Weiße Busse" im Frühjahr 1945 488

REINHARD RÜRUP: Frank Dingel (17. August 1945 bis 30. Mai 2005). Eine Gedenkrede 510

FRANK DINGEL: Neue Straßennamen braucht die Stadt? Zum Abschlußbericht der Berliner „Unabhängigen Kommission zur Umbenennung von Straßen" – ein Polemik 518

BERND FLORATH: Opposition und Repression im Wandel von den sechziger zu den achtziger Jahren in der DDR. Workshop des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam 521

NEUE LITERATUR

Die Vitrine. Fachblatt für linke Bibliomanie, H. 1–6, Berlin 2002–2005 *(Rudolf Stachel)* 525

Die erste deutsche Arbeiterpartei. Materialien zur Organisation, Verbreitung und Sozialstruktur von ADAV und LADAV 1863–1871. Hrsg. von Toni Offermann, Bonn 2002 *(Wolfgang Schröder)* 525

Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nürnberg. Bd. I/II: Von der Vorgeschichte der Arbeiterbewegung bis zum Ende des Sozialistengesetzes 1830–1890. Bearb. von Udo Winkel, Nürnberg 2001 *(Wolfgang Schröder)* 528

Dimitrij Owetschkin, Conrad Schmidt, der Revisionismus und die sozialdemokratische Theorie. Zur theoretischen Entwicklung der Sozialdemokratie vor 1914, Essen 2003 *(Till Schelz-Brandenburg)* 530

Giorgio Baratta, Das dialogische Denken Antonio Gramscis, Frankfurt a. M. u. a. 2003 *(Jan-Frido Wenten)* 532

Rüdiger Hachtmann, Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Revolution von 1848, Tübingen 2002 *(Walter Schmidt)* 534

Andreas Heinrich Bühler, Der Namaaufstand gegen die deutsche Kolonialherrschaft in Namibia von 1904–1913, Frankfurt a. M. und London 2003 *(Elisa Zenck)* 535

Heinz Niedrig, Die Arbeiterwohlfahrt in der Zeit von 1933 bis 1945. Spurensuche. Aufbau, Verfolgung, Verbot, Widerstand, Emigration, Marburg 2003 *(Kurt Schilde)* 536

Hans-Walter Schmuhl, Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsverwaltung in Deutschland 1871–2002. Zwischen Fürsorge, Hoheit und Markt, Nürnberg 2003 *(Reinhard Krämer)* 537

Hans-Hermann Dirksen, „Keine Gnade den Feinden unserer Republik". Die Verfolgung der Zeugen Jehovas in der SBZ/DDR 1945–1990, Berlin 2001 *(Manfred Warnecke)* 540

Siegfried Prokop, Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquete über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumentation, Schkeuditz 2003;
Dieter Schiller, Der verweigerte Dialog. Zum Verhältnis von Parteiführung der SED und Schriftstellern in den Krisenjahren 1956/57, Berlin 2003 *(Gerd Dietrich)* 541

Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969. Hrsg. von Gerhard Fürmetz, Herbert Reinke und Klaus Weinhauer, Hamburg 2001 *(Falco Werkentin)* 543

Jörg Baberowski, Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, München 2003 *(Ralf Zwengel)* 544

Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnisse, Kriegserfahrung in Deutschland. Hrsg. von Bruno Thoss und Hans-Erich Volkmann, Paderborn u. a. 2002 *(Gerd Dietrich)* 547

Michel Winock, Das Jahrhundert der Intellektuellen, Konstanz 2003 *(Gerd Dietrich)* 548

WISSENSCHAFTLICHE MITTEILUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION

For a proposed edited collection of essays on: "Anarchism and Utopianism" – Call for Papers *(Laurence Davis / Ruth Kinna)* 550

JAHRESINHALTSVERZEICHNIS ..... I*

Die IWK im Internet

Die IWK hat eine neue Adresse im Internet.

Auf unserer Webseite `http://www.iwk-online.de` finden Sie u. a. Inhaltsverzeichnisse der IWK-Hefte seit 1997, Leseproben einzelner Beiträge sowie eine Onlineversion des Projektfragebogens.

Leserbriefe und Stellungnahmen zu einzelnen Heften oder Beiträgen können Sie auch per E-Mail an unsere Adresse `info@iwk-online.de` schicken.

Umschlagfoto:

Präsentation der „kommunistischen Paß- und Dokumentenfälscherwerkstätte in Wien" 1932 (Quelle: BArch, R 1501/alt St 10/114)

Autoren dieses Heftes:

Dr. Richard Albrecht, Wiesenhaus, 53902 Bad Münstereifel, E-Mail: dr.richard.albrecht@gmx.de

Dr. Bernd Florath, Robert-Havemann-Gesellschaft e. V., Schliemannstraße 23,10437 Berlin, E-Mail: bflorath@web.de

Prof. Dr. Siegfried Grundmann, Weichselstraße 1, 10247 Berlin

Prof. Dr. Reinhard Rürup, Institut für Geschichte der Technischen Universität Berlin, Franklinstraße 28–29, 10587 Berlin

Manfred Warnecke, Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 13–14, 10785 Berlin, E-Mail: warnecke@gdw-berlin.de

ISSN 0046-8428

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
(Zitierweise: IWK)

Verleger im Sinne des Pressegesetzes:
Freie Universität Berlin, Kaiserswerther Straße 16–18, 14195 Berlin

Redaktion: Gideon Botsch, Andreas Graf (verantw.), Christoph Kopke

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Andreas Graf

Anschrift der Redaktion:
Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, IWK-Redaktion, Ihnestraße 22, 14195 Berlin
Telefon: 030/26392 38 12 (A. Graf); Telefax: 030/26995010
Internet: http://www.iwk-online.de; E-Mail: info@iwk-online.de

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-ID-Nr.): DE811304768

Redaktionsschluß des Heftes: 15. Oktober 2005

Die IWK wird regelmäßig im „Sozialwissenschaftlichen Literaturinformationssystem SOLIS" des Informationszentrums Sozialwissenschaften, Lennéstraße 30, 53113 Bonn, erfaßt.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Freie Universität Berlin alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen, der fotomechanischen Wiedergabe sowie der Speicherung auf Datenträger.

Gerichtsstand: Berlin

Die IWK erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember).
Preise: Einzelheft 10,23 €, Doppelheft 20,45 €, für Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose 7,67 € bzw. 15,34 €, jeweils zuzüglich Versandkosten. Jahresabonnement 34,26 €, für Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose 20,45 €, jeweils zuzüglich Versandkosten (Inland: 2,56 €, Ausland: 6,14 €). Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung an die Hauptkasse der FU Berlin, 14195 Berlin, Konto-Nr. 22808-109, Kassenzeichen (bitte unbedingt angegeben!): 01/11901/15520000 bei der Postbank, Niederlassung Berlin, 10916 Berlin (BLZ 10010010). Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Jahres gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Jahr.
Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 5, 7, 8, 14–19/20 und Jg. 10 (1974), Jg. 11 (1975), Jg. 12 (1976), H. 2, 3 und 4, Jg. 13 (1977), Jg. 14 (1978), H. 1 und 4, Jg. 15 (1979), H. 2, 3 und 4, Jg. 16 (1980) bis Jg. 23 (1987), Jg. 24 (1988), H. 1, 2 und 3, Jg. 25 (1989), Jg. 26 (1990), Jg. 27 (1991), H. 2, 3 und 4, Jg. 28 (1992), H. 1, 2 und 4, Jg. 29 (1993), Jg. 30 (1994), Jg. 31 (1995), Jg. 32 (1996), H. 2, 3 und 4, Jg. 33 (1997) ff.
Der Preis der noch lieferbaren älteren Hefte bis einschließlich H. 4/1992 beträgt 2,56 € pro Heft bzw. 10,23 € pro Jahrgang zuzüglich Versandkosten. Bitte richten Sie Ihre Bestellungen an die Adresse der Redaktion!

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 6 vom 1.9.1997.

Gedruckt mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Berlin

Druck: Mercedes-Druck GmbH, Sportfliegerstraße 6, 12487 Berlin

Editorial

Die „Visitenkarte des DGB" (Walter Fabian) gibt es nicht mehr. Unter der bramarbasierenden Überschrift „Einen neuen Schritt wagen!" teilte der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Michael Sommer, der überraschten Leserschaft der „Gewerkschaftlichen Monatshefte" (GMH) lakonisch deren „Heimrufung" mit: „Wer Neues wagt, muss sich auch von Altem verabschieden können. Ein solcher Abschied steht an. Die Ausgabe 11–12/2004 im 55. Jahrgang wird die letzte Ausgabe der Gewerkschaftlichen Monatshefte sein. Der Herausgeber, der DGB-Bundesvorstand, hat diese Entscheidung getroffen, weil Neues gewagt werden soll."[1] Und larmoyant-nichtssagend geht es weiter. „All zu viele Publikationen haben ihr Erscheinen ersatzlos einstellen müssen. Der DGB als Stimme für Arbeit und Gerechtigkeit weiß, dass er auch in der politischen Publizistik ein eigenes Organ benötigt. Der Abschied von den Gewerkschaftlichen Monatsheften ist deshalb nur der Abschied von der Vorstellung, Akzeptanzproblemen mit einem bloßen modischen Relaunch entgehen zu können. Wir wagen etwas Neues. Wir brauchen dafür alle, die mit dem Alten noch oder nicht mehr zufrieden waren. Wir sammeln Anregungen, Erfahrungen, um uns rasch mit einem neuen Produkt zurückzumelden. [...] Geben Sie dem Neuen eine Chance!"[2]

Die GMH aus finanziellen Gründen versenkt. Lächerlich. Zwei „verrückte" Antiquare lancieren ein „Fachblatt für linke Bibliomanie" (mehr darüber im Besprechungsteil), und der DGB beraubt sich ohne Not eines Scharniers zwischen politischen Intellektuellen und einem gewerkschaftlichen Organisationszusammenhang. Das verstehe, wer kann. Tempi passati. Oder um mit Eugene O'Neill zu reden: „Das Schlimmste ist am besten, der Osten liegt im Westen, und morgen ist gestern." Vom FDGB lernen heißt siegen lernen. Hier könnte man getrost zur Tagesordnung eines partikularen Versicherungsvereins übergehen, wäre damit nicht auch ein Abschied von der Zukunft verbunden.

Hans Otto Hemmer, GMH-Chefredakteur, der nach einer knappen Würdigung der Lebensleistung des Verstorbenen den Arzt am Siechenlager kritisiert, betont zutreffend, „dass die Gewerkschaftlichen Monatshefte Zukunft (verdient gehabt) hätten. Über den Abschied von ihnen, der auch ein Abschied von einem Stück Gewerkschaftsgeschichte, einem Stück geistigen Deutschlands ist, liegen für mich mehr Wehmut und Bitterkeit als Hoffnung und Optimismus."[3] Und das trauernde Publikum schluchzt und konterkariert den Hauptredner in 27(!) Beiträgen. Helga Grebing beispielsweise donnert: „Eigentlich bin ich sprachlos – das letzte Heft der Gewerkschaftlichen Monatshefte! Aber Schweigen würde die Entscheidungsträger vermuten lassen können, man befinde sich in Übereinstimmung mit ihnen."[4] Und Wolf-Dieter Narr sekundiert, daß „es nicht weniger, sondern mehr GMH [brauche]. Eine GMH, die wahrhaftig gewerkschaftsnah

1 Michael Sommer, Einen neuen Schritt wagen!, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Jg. 55 (2004), H. 11–12, S. 642–643, hier S. 642.
2 Ebd., S. 643.
3 Hans O. Hemmer, Abschied von einer Institution, ebd., S. 644–647, hier S. 647.
4 Helga Grebing, Verlust der Geschichte, ebd., S. 662–663, hier S. 662.

über die Distanz verfügte, nicht den unmittelbaren Interessen der Gewerkschaftsführungen zu dienen. Eine GMH, die dauernd ärgerte, weil sie die herrschende Wirklichkeit nicht neoliberal, sondern menschenrechtsmaterial und radikaldemokratisch beim wahren Namen nennte. Und zugleich alternative Wege vordenkt."[5] Der Hirnfrost der Ideologie der Einschaltquote hat die präsidialen Residenzen des DGB erreicht, und das in einer Zeit, wo es um die notwendige Kampagnenfähigkeit der Gewerkschaften schlecht bestellt ist.

Die IWK selbst hat nicht nur eine neue Telefonnummer (+49 30 26392 38 12), sondern auch eine neue Internetpräsenz: *www.iwk-online.de.* Per E-Mail erreichen Sie die Redaktion unter *info@iwk-online.de* und den Vertrieb unter *vertrieb@iwk-online.de.* Bislang trug uns ja Hans Theissen huckepack auf seiner Webseite; er entwarf und betreute die unsrige nicht nur, er wirkte und wirkt außerdem als „stilles", nichtsdestoweniger hart arbeitendes Redaktions„mitglied". Jedenfalls ist ihm die Redaktion für nicht wenig Hilfe jetzt und in den zurückliegenden Jahren verbunden. Ihm sei an dieser Stelle daher ganz besonders gedankt.

Das vorliegende Heft beginnt mit einem längeren Aufsatz Siegfried Grundmanns über „Richard Großkopf und die kommunistische Paßfälscherorganisation". Richard Albrecht stellt ein intellektuelles Porträt Wolfgang Abendroths anhand ausgewählter politischer Texte vor. Manfred Warnecke informiert über die in der hiesigen Historiographie so eigentümlich unbeachtete Rettungsaktion des Schwedischen Roten Kreuzes in den letzten Kriegstagen, die „Weißen Busse". An Frank Dingel, der dem Unternehmen IWK nicht nur als Autor, sondern auch sehr persönlich nahestand, erinnert Reinhard Rürup. Frank Dingels zu früh vollendete Biographie steht gewissermaßen auch prototypisch für eine Generation, die wir gemeinhin mit der Chiffre „68er" zu umschreiben suchen. Wie souverän, historisch kenntnisreich und auch polemisch scharf Frank Dingel formulieren konnte, das zeigt gleichsam als Beleg sein Beitrag aus dem Jahr 1994 zur Umbenennung von Berliner Straßen. Ein Tagungsbericht und Besprechungen neuer Literatur beschließen das letzte Heft des Jahrgangs 2004.

Berlin, im Oktober 2005 *Andreas Graf*

5 Wolf-Dieter Narr, Hier gilt kein „Ruhe in Frieden"!, ebd., S. 676–678, hier S. 677 f.

Richard Großkopf und die kommunistische Paßfälscherorganisation

Von Siegfried Grundmann

Die kommunistische Paßfälscherorganisation war unter den illegalen Apparaten der KPD während der Weimarer Republik der umfangreichste, am besten organisierte und effektivste überhaupt. Freunde und Feinde, damals und in späterer Zeit, haben dies anerkannt.

Selbst die Gestapo war von der Perfektion der dort geleisteten Arbeit fasziniert. Rudolf Diels, erster Chef der Gestapo, schrieb: „Paßfälscherwerkstätten, die mit einer technischen Gewandtheit arbeiteten, die ich noch bei keinem Schnellzeichner im Varieté beobachtet hatte, wurden nach einer unbeschreiblich langwierigen Methode der Überwachung endlich ermittelt. [...] Ich habe solche Paßfälscher bei ihrer Arbeit, die einem Laien wie Zauberkunststücke anmutet, beobachten können. [...] Man kann behaupten, daß es eine ähnliche, mit den technischen und auch finanziellen Mitteln ausgerüstete Paßfälscherwerkstatt, wie sie die zuletzt erfaßte darstellte, kaum wieder gegeben hat."[1]

Beinahe enthusiastisch äußerte der US-amerikanische Geheimdienstmann und Buchautor David Dallin: „Die Berliner Werkstätten für die Fälschung von Pässen und Ausweispapieren stehen in der Geschichte ohne Beispiel da. Weder die Spionagezentralen der verschiedenen kriegführenden Mächte noch die vorrevolutionäre Untergrundorganisation Rußlands, die sich in ihrer jahrzehntelangen Geschichte beträchtliche Kenntnisse auf diesem Gebiete angeeignet hatte, konnten sich mit der Berliner Paßzentrale vergleichen, die sich bei der Herstellung von Pässen, Bescheinigungen und anderen Dokumenten als ein Wunder an Geschick, Präzision und Phantasie erwies."[2]

Richard Großkopf war bis zu seiner Verhaftung am 3. Mai 1933 die längste Zeit der Leiter dieser Organisation. Seine Biographie ist derart eng mit ihr verbunden, daß man versucht ist zu sagen: Richard Großkopf war die Verkörperung der Paßfälscherorganisation.

Trotzdem war Großkopf bisher kein Thema von Publikationen – von der MfS-internen Biographie „Im Kampf bewährt. Erinnerungen an Richard Großkopf" einmal abgesehen. Das gilt weitgehend auch für den von ihm geleiteten Apparat.[3] Das etwa 1400 Biographien enthaltende „Biographische Handbuch deutscher Kommunisten"

1 Rudolf Diels, Lucifer ante portas. ... es spricht der erste Chef der Gestapo ..., Stuttgart 1950, S. 239 ff.

2 David J. Dallin, Die Sowjetspionage. Prinzipien und Praktiken, Köln 1956, S. 115. – David Juliewitsch Dallin (24. 5. 1889 bis 21. 2. 1962). In Rogatschew (Rußland) geboren. Studierte Wirtschaftswissenschaften und Jura an der Universität St. Petersburg von 1907 bis 1909. Wurde noch als Student aus politischen Gründen verhaftet und ging 1910 ins Ausland. Er beendete 1913 in Heidelberg sein Studium mit der Promotion zum Dr. rer. pol. und Dr. phil. Nach der Oktoberrevolution 1917 kehrte Dallin nach Rußland zurück und nahm bis 1921 aktiv am politischen Geschehen teil, u. a. war er Mitglied des Moskauer Sowjets. 1921 Emigration. Anschließend lebte er bis 1940 in Deutschland, Polen und Frankreich, ab 1940 in den Vereinigten Staaten. Seit 1950 amerikanischer Staatsbürger.

3 Vgl. Henri Walther, Kommunistische Paßfälscher in Berlin, in: *Berlinische Monatsschrift*, Jg. 2 (1993), H. 9.

nennt Großkopf nicht.[4] Selbst im Apparat der SED, sogar im Ministerium für Staatssicherheit (MfS), wurde das Thema, also auch die Rolle Richard Großkopfs, lange Zeit tabuisiert, allenfalls konspirativ umschrieben.[5]

Richard Großkopf – Herkunft und Jugendjahre

Vor einer ausführlichen Darstellung seiner Tätigkeit und seines Lebensweges zunächst eine Kurzbiographie:

Richard Großkopf wurde am 1. Mai 1897 in Berlin geboren; er verstarb am 16. März 1977. Sein Vater war Tischler. Nach dem Besuch der Volksschule absolvierte er eine Lehre als Kartograph. 1916 trat er in die SPD ein. 1916/17 arbeitete er als technischer Zeichner. 1917/18 war er Soldat. 1918 bis 1920 arbeitete er als Lithograph. 1919 wurde Großkopf Mitglied der KPD. 1920 bis 1923 war er Mitarbeiter des M-Apparates zur Aufstandsvorbereitung (Fälschung von Papieren), 1923 bis 1933 Abteilungsleiter im Zentralkomitee der KPD und mit illegalen Aufträgen des Zentralkomitees und der Komintern betraut. 1933 wurde er verhaftet und 1935 zu neun Jahren Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt. Seine Strafe verbüßte er im Zuchthaus Luckau, 1937 im Moorlager Papenburg, 1940 wieder im Zuchthaus Luckau, 1942 kam er in das KZ Buchenwald, dort war er Mitglied der illegalen Parteileitung und zeitweilig Leiter der militärpolitischen Arbeit sowie des Abwehrapparats. Nach 1945 fungierte Großkopf als Leiter der Betreuungsstelle für die Opfer des Faschismus im Landesamt für Arbeit und Sozialfürsorge Thüringen. 1946 wurde er bei der Polizei in Berlin eingestellt und war Leiter der Abteilung Paß- und Meldewesen. 1951 erfolgte seine Einstellung beim Außenpolitischer Nachrichtendienst (APN); als Mitarbeiter des MfS arbeitete er ab 1953 in der Hauptabteilung (HA) XV und ab 1956 in der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS. Er war stellvertretender Leiter der HA VI (operative Technik). 1957 wurde er als Held der Arbeit ausgezeichnet. 1959 war er Leiter der Abteilung L bzw. dann der Abteilung 35 des MfS. 1961 wurde Großkopf als Oberst in den Ruhestand entlassen. 1972 erhielt er den Vaterländischer Verdienstorden in Gold.[6]

Seine schriftlich niedergelegten „Erinnerungen des Genossen Richard Großkopf"[7] sparen Herkunft und Kindheit gänzlich aus. Auch die Jugendjahre vor dem Eintritt in

4 Vgl. Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945. Hrsg. von Andreas Herbst und Hermann Weber, Berlin 2004.

5 Die Gründe dieses beinahe konspirativen Umgangs mit der Vergangenheit von Leuten aus „dem Apparat" mögen vielfältig gewesen sein: Erstens sahen sich diese lange Zeit oder bis zum Lebensende an ihre frühere Schweigeverpflichtung gebunden, woran selbst eine Tätigkeit im ZK der SED oder im MfS nichts zu ändern vermochte. Zweitens schwieg man präventiv über jene Apparate, die einstmals dem „Verräter" Kippenberger unterstanden hatten resp. irgendwie verbunden waren. Drittens war eine frühere Zusammenarbeit mit Personen, die Opfer der Stalinschen „Säuberungen" geworden waren, insbesondere dann suspekt, wenn ebendiese Personen einstmals den jetzt „führenden Genossen" in der SED (Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck etc.) suspekt waren. „Zu viel wissen" konnte sehr gefährlich sein.

6 Weitgehende Übernahme aus: Wer war wer im Ministerium für Staatssicherheit. Kurzbiographien des MfS-Leitungspersonals 1950 bis 1989. MfS-Handbuch, Teil V/4. Hrsg. von Jens Gieseke, Berlin 1998, S. 24.

7 Erinnerungen des Genossen Richard Großkopf, erhalten am 25. 7. 62, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv [künftig zitiert: SAPMO-BArch], Sg Y 30/1251.

die Paßfälscherorganisation werden nur sehr spärlich markiert. Selbst engen Mitarbeitern im MfS war darüber kaum etwas bekannt; die „wenigsten wußten, wer dieser Genosse eigentlich konkret war". Sein Vorgesetzter Markus Wolf bekannte: „Auch mir wurde erst allmählich bewußt, was für ein Goldstück [...] in unserer Mitte war."[8] Die politisch bedingte Verschwiegenheit war zu einem Persönlichkeitsmerkmal von Großkopf geworden. „In Fleisch und Blut übergegangene Konspiration, aber sicher auch Bescheidenheit hinderten Richard Großkopf lange daran, aus seinem wunderbaren Leben eines vorbildlichen Soldaten der Revolution zu erzählen."[9]

Die den „Erinnerungen an Richard Großkopf" beigefügte Zeittafel enthält folgende Daten über die Zeit vor der 1923 erfolgten Nominierung zum Leiter der Arbeitsgruppe „Papiere" der KPD:

1903–1912	Besuch der 34. Gemeindeschule in Berlin
1912–1916	Kartographenlehrling bei Bogdan Gisevius, Berlin
1. Mai 1916	Beitritt zur Sozialistischen Arbeiterjugend, Mitglied des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe
1916–1917	Zeichner bei der Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin-Adlershof
1917–1918	Mitglied der USPD
1918–1919	Lithograph in verschiedenen Berliner Betrieben
1919	Spartakusbund, KPD, Rote Hilfe, Internationale Arbeiterhilfe und Liga gegen den Imperialismus
1919–1923	Vorsitzender der Graphischen Jugend in Berlin
1920–1933	Mitarbeiter des ZK der KPD, verantwortlich für die Anfertigung von Personaldokumenten und Pässen. Zur Tarnung wurde die Klischee-Werkstatt Schulz und Großkopf in Berlin-Charlottenburg eingerichtet. Richard lebte unter dem Namen Ernst-Heinrich Schneider.

Und dann:

1923	„Richard wird mit der Leitung der AG ‚Papiere' beauftragt. In Absprache mit Ernst Thälmann werden u. a. Pässe und Dokumente für die 300 Teilnehmer des Hamburger Aufstandes angefertigt, die in Sicherheit gebracht werden müssen."[10]

Die Entstehung der Paßfälscherorganisation

Die Anfänge der Paßfälscherorganisation reichen bis ins Jahr 1919 zurück. „Durch die Verhängung des Belagerungszustandes und massive Verfolgung faktisch in die Illegalität getrieben, führte die soeben gegründete KPD einen harten Existenzkampf. Um zumindest einen Teil ihrer Spitzenfunktionäre besser vor den Verfolgungen zu schützen und ihnen die Fortführung ihrer Tätigkeit zu ermöglichen, begann die Zentrale der KPD damit, ihre Militärische Abteilung durch den Aufbau eines illegalen Kurierapparates,

8 Im Kampf bewährt. Erinnerungen an Richard Großkopf, Leipzig 1984, S. 6.
9 Ebd., S. 6.
10 Ebd., S. 91 ff.

einer Spitzelabwehrabteilung und einer Paßabteilung zu erweitern. Aufgabe der Paßabteilung war es, die für die illegale Arbeit erforderlichen Pässe und Urkunden zu beschaffen."[11]

Die Verfolgung durch den politischen Gegner, die Ermordung führender Funktionäre der KPD, die Orientierung auf die gewaltsame Eroberung der politischen Macht – gegebenenfalls auch ohne Unterstützung der Massen –, Versuche, die Errichtung einer Sowjetmacht russischen Typs in Deutschland erzwingen zu wollen, haben die KPD immer wieder in selbstverschuldete Gefahren gestürzt. Auch darum waren zahlreiche Mitglieder und Sympathisanten der KPD gezwungen, illegal in Deutschland zu leben oder illegal die Grenzen des deutschen Reiches zu überschreiten.

Ein hoher und wachsender Bedarf an illegalen Pässen und Urkunden ergab sich insbesondere aus der Mitgliedschaft der KPD in der im März 1919 gegründeten Kommunistischen Internationale (KI) und dem Stellenwert Deutschlands in der Politik der Komintern.

Im Juli 1920 hatte der II. Kongreß der Komintern entschieden, daß sich alle Parteien der Kommunistischen Internationale nach bolschewistischem Vorbild zu organisieren hätten. Dazu gehörte die Verpflichtung, sich ungeachtet der legalen Wirkungsmöglichkeiten auf den Übergang in die Illegalität vorzubereiten und einen illegalen Apparat zu unterhalten. Die nationalen Parteien waren fortan „Sektionen" der Komintern; über Tun und Lassen der KPD wurde nicht in Berlin, sondern in Moskau entschieden, nicht durch das ZK der KPD, sondern durch das Exekutivkomitee der KI (EKKI), wobei selbst diese Institution immer mehr in Abhängigkeit von der russischen Partei geriet. Den einzelnen Parteien, auch der KPD, wurden „Berater" resp. Befehlsgeber zugeordnet. Auch diese benötigten Urkunden und Pässe, um einen legalen Aufenthalt in Deutschland und ein „legales" Überschreiten der Grenzen zu erlangen. Der leistungsfähige deutsche Apparat wurde zunehmend aber auch genutzt, um für Funktionäre anderer Parteien Pässe und Urkunden anzufertigen.

Karl Wiehn, der schon seit 1921 hauptberuflich im Paßapparat der KPD arbeitete, schreibt in seinem 1956 verfaßten Lebenslauf: „Der mitteldeutsche Aufstand, seine Niederschlagung und die Folgen daraus stellten den Apparat vor besondere Aufgaben. In Anbetracht seiner geographischen Lage und politischen Situation war *Deutschland damals das Durchgangsland für fast alle Reisenden nach der Sowjet-Union*. Es gehörte daher mit zu unserer Hauptaufgabe, sämtliche Delegierte nach der Sowjet-Union, besonders zu den Weltkongressen, auf ihrer Hin- und Rückreise durch Deutschland zu schleusen."[12]

Mithin wurden Urkunden und Pässe in großer Zahl benötigt, „legale Pässe", mit gefälschten Eintragungen und schließlich auch nachgemachte Pässe.

Anfangs scheint es zwei Apparate zur Versorgung von Kommunisten mit illegalen Pässen gegeben zu haben: erstens ein direkt der KPD zugeordneter Apparat und zweitens ein Apparat beim Internationalen Jugendverlag, „einem Verlag des Westeuropäischen Büros [WEB] der Kommunistischen Jugendinternationale unter der Leitung der

11 Henri Walther (Anm. 3), S. 56.

12 Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR [künftig zitiert: BStU], MfS, KS 303/65 [Hervorhebung – S. G.]. – Siehe auch Anl. 1.

Genossen Willi Münzenberg, Leo Flieg u. a."[13] Die Partei und namentlich Münzenberg fuhren zunächst zweigleisig.

Großkopf erinnert sich, daß Münzenberg ihn und zwei weitere Genossen bereits im Sommer 1919 zum Verlag der Jugendinternationale in Berlin-Schöneberg bestellt habe.[14] Hier habe ihnen Münzenberg aufgetragen, daß sie „eine vertrauliche Aufgabe zu lösen haben, um Genossen, die in ihrer politischen Arbeit von den Exekutivmaßnahmen des Staates behindert und verfolgt werden, durch geeignete Maßnahmen zu helfen und zu unterstützen".[15] Die Leitung der „Gruppe Dokumentation" wurde zunächst August Meyer übertragen.[16]

Im Frühjahr 1921[17] wurde unter der Leitung Hugo Eberleins unter der Deckbezeichnung „Propagandaabteilung/Zentrale" bzw. „Propagandazentrale" mit dem Aufbau eines illegalen Apparates begonnen. Zu ihr gehörte eine Organisationsabteilung, und Bestandteil ebendieser Abteilung wurde die „Paßabteilung" bzw. „Abteilung Papiere", auch „Abteilung Beschaffung" oder „Bücherei" genannt: „In den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit rückte die Beschaffung und Anfertigung von Pässen und anderen Dokumenten."[18]

Karl Wiehn wurde als Mitarbeiter des Jugendverlags 1921 vom WEB auf eine Reise ins besetzte Rheinland geschickt, um die Möglichkeiten des illegalen Grenzverkehrs zu ermitteln. Nach seiner Rückkehr erhielt er „Ende März, Anfang April 1921 [...] den Auftrag, mich um den Ankauf einer ganz bestimmten Sorte Papier zu bemühen. Dieses Papier wurde benötigt für den Nachdruck des Berliner Personalausweises für die Reise in das besetzte Gebiet". Er erhielt „Geld und den Auftrag, für den Druck der Personalausweise den Druckstock, das Klischee dazu zu besorgen. [...] Bei diesen Vorarbeiten kam ich in der ‚graphischen Jugend' auch das erste Mal mit den Genossen Richard Großkopf und Bruno Schulz zusammen. Eines Tages ging dann der illegale Druck des Personalausweises vor sich. [...] Damit war der Grundstock für diese Arbeit innerhalb der Jugendorganisation gelegt."

Vom Mai bis September 1921 wurde Wiehn „durch die Jugend unter Mitwirkung der Partei zur Arbeit in der illegalen K.P. Ungarns nach Wien beordert", um die dort bereits gesammelten Erfahrungen „in der Frage der technischen Herstellung von Papieren und Dokumenten" zu studieren. Dort „erfolgte die fachliche Einweisung in sämtliche

13 Karl Wiehn, Ergänzung meines Lebensberichtes zur Parteiüberprüfung, August 1951, in: SAPMO-BArch, Sg Y 30/1252.

14 Nach einer anderen Quelle (BStU, MfS, SV 1/81, Bd. 103) wurden damals Großkopf, August Meyer und zwei weitere Genossen, also nicht drei, sondern vier Personen zu Münzenberg bestellt.

15 SAPMO-BArch, Sg Y 30/1251. Welche „vertrauliche Aufgabe" und welche „geeigneten Maßnahmen" gemeint waren, schreibt Großkopf in seinen Erinnerungen nicht.

16 BStU, MfS, SV 1/81, Bd. 103.

17 Nach Henri Walther (Anm. 3), S. 57, im Frühjahr 1921, nach Großkopf bereits im Frühjahr 1920 (SAPMO-BArch, Sg Y 30/1251). Laut einer Aussage von Großkopf am 10. Januar 1934 (BArch, NJ 2844, Bd. 4) war Leopold Flieg („Jürgens") der für die Paßabteilung zuständige Funktionär der KPD. Flieg habe ihn 1920 oder 1921 für die Paßfälscherarbeiten gewonnen. Nachdem Großkopf seine Aufträge ursprünglich direkt von Flieg erhalten hatte, übernahm diese Aufgabe „sehr bald" ein Willi Lorenz („Willi" bzw. „Freund"). „Willy Lorenz" war vermutlich eine vorsätzlich falsche Aussage; zutreffend wäre gewesen: Willi Mielenz.

18 Im Kampf bewährt (Anm. 8), S. 17 f.

Berufsgruppen, die an der Herstellung von Dokumenten und Stempeln direkt und indirekt zu tun haben, sowohl theoretisch durch Fachliteratur und in beschränktem Maße auch praktisch, soweit die Regeln der Konspiration dem nicht widersprachen. Mit diesen Kenntnissen ausgerüstet wurde ich nach meiner Rückkehr von Wien vor die Aufgabe gestellt, für das Westeuropäische Büro der K.J.I. systematisch die Herstellung von Pässen für den Auslandsverkehr in Angriff zu nehmen."[19]

Da die Existenz von zwei parallelen Apparaten zum einen zu kostspielig war und zum anderen eine erhöhte Gefahr darstellte, wurden beide Apparate gegen Ende des Jahres 1921 vereinigt.[20] Abgesehen von einigen ehrenamtlichen Mitarbeitern war Karl Wiehn – so jedenfalls seine eigene Darstellung – „in der ersten Zeit nur der einzige dafür hauptberufliche tätige Genosse". Der nächste hauptamtlich auf dem Gebiet tätige Genosse war Richard Großkopf: „Nach Durchführung der Spezialisierung unserer Arbeit lag die Leitung des Apparates einschließlich der Verbindung zum Z.K. bei dem Genossen Richard Großkopf." Die Haupttätigkeit Karl Wiehns („Schilling") bestand von da an „in der Durchführung der Fälschung selbst".[21]

Großkopf wurde 1923 nach dem Ausscheiden von August Meyer mit der technischen Leitung der Paßfälscherorganisation beauftragt. Er und einige andere Genossen sollten fortan „eine Summe als Gehaltsempfänger" erhalten, „ebenso Geldmittel für Anschaffung von technischen Hilfsmitteln und zum Mieten von illegalen Räumen".[22] Es mußten zuverlässige und qualifizierte Fotografen, Klischeeätzer, Schriftsachverständige, Chemiker usw. gefunden, Originaldokumente aus Deutschland und anderen Ländern, Schriftproben, Stempel, Stempelfarben und Tinten beschafft, Unterkünfte gesucht und Arbeitsstätten eingerichtet werden.

Ab 1924 unterstand die Gruppe dem Leiter des Sekretariats des ZK der KPD, Leo Flieg. Willy Mielenz („Lorenz"), der Leiter der Abteilung für technische Sicherung der Auslandsbeziehungen und Leiter des illegalen Bereichs des Sekretariats, war ihm direkt untergeordnet. Alle Aufträge für die Paßfälscherabteilung wurden von nun an über Flieg bzw. Mielenz an Großkopf weitergeleitet.

1932 wurden Flieg und Mielenz im Zusammenhang mit den innerparteilichen Auseinandersetzungen um Heinz Neumann und Hermann Remmele abgelöst. Eugen Schönhaar übernahm die Leitung des Sekretariats des ZK der KPD und wurde damit der Vorgesetzte von Großkopf.

Andere Ressorts aus dem illegalen Apparat der KPD, besonders das lange Zeit von Hermann Dünow geleitete Ressort „Quartierbeschaffung" unterstützten die Paßfälscherabeilung logistisch. Nach den Recherchen des Gestapobeamten Giering habe ein Ressort (angeblich eine Abteilung „Behörden", die es allerdings nie gegeben hat) im Dezember 1932 die Akten „über das frühere Strafverfahren gegen die Angeschuldigten Wiehn und Kohlberg [...] nach der Absendung der Akten vom Amtsgericht Berlin-Charlottenburg und vor ihrer Ankunft bei dem Oberreichsanwalt in Leipzig

19 SAPMO-BArch, Sg Y 30/1252.
20 Ebd.
21 Ebd.
22 Im Kampf bewährt (Anm. 8), S. 17 f.

vorübergehend in Besitz gehabt, Photogramme davon angefertigt und diese den Angehörigen der Paßfälscherorganisation zugänglich gemacht".[23]

Die Arbeit der Paßfälscherorganisation unter der Leitung von Richard Großkopf bis zu dessen Verhaftung im Jahre 1933

Noch vor seiner Ernennung zum Leiter des Paßapparats gründete Großkopf zusammen mit dem Chemigraphen Bruno Schultz, den Großkopf aus seiner Lehrlingszeit kannte, und mit finanzieller Unterstützung der KPD die Graphische Kunstanstalt Schultz und Großkopf in Berlin-Charlottenburg, Grolmannstraße 59/60.

1923 trat Großkopf formell aus der Firma aus; im selben Jahr ließ er zur Abdeckung seiner Tätigkeit auch „seine Mitgliedschaft bei der Kommunistischen Partei auf Anraten eines höheren kommunistischen Funktionärs verfallen". „Nach der Trennung von Schultz und nach vorübergehender Tätigkeit als Vertreter eines Bekleidungsgeschäfts hatte er im Jahre 1925 bis zum Jahre 1928 einen Selbstvertrieb von Textilwaren. Im Jahre 1929 wurde er ‚Aquisiteur' für den kommunistischen Kosmosverlag in Berlin, in dem die Zeitungen ‚Welt im Bild' und ‚Berlin am Mittag' erschienen. Später bestanden seine Aufgaben in der Überwachung der Zeitungshändler. Als im Februar 1933 der Kosmosverlag geschlossen wurde, wurde er arbeitslos."[24]

Nach dem Ausscheiden von Großkopf benannte sich die Graphische Kunstanstalt Schultz und Großkopf in Berliner Klischee-Werkstätten um und und verlegte ihren Sitz in die Kochstraße 3, 1927 dann in die Friedrichstraße 16. Dank umfangreicher Aufträge aus der KPD, aber auch aus Textilfirmen, Modeanstalten und Warenhäusern entwickelte sich das Unternehmen zu einem ansehnlichen Betrieb mit etwa 20 Mitarbeitern. Die Auftrageingänge nahmen einen solchen Umfang an, daß sie teilweise an andere graphische Anstalten weitergegeben wurden. Etwa 40 bis 50 Prozent der Gesamtarbeiten wurden nach dem Urteil des Volksgerichtshofes (VGH) vom 11. Januar 1935 für kommunistische Auftraggeber getätigt, etwa 5 Prozent der gesamten Tätigkeit nahmen illegale Arbeiten in Anspruch.

Ungeachtet aller Differenzen mit Großkopf übernahm Schultz weiterhin von der KPD bezahlte und von Großkopf übermittelte Paßfälscheraufträge. 1926 trat Karl Wiehn („Karl", später „Schilling") nach schwerwiegenden Friktionen zwischen Großkopf und Schultz als Auftraggeber auf, wobei Großkopf trotzdem die Oberaufsicht behielt. Großkopf nahm weiterhin Einblick in die Geschäftsbücher und veranlaßte die Einstellung der „Buchhalterin Olga Suhling [...], die zuvor im Karl-Liebknecht-Haus bei der Geschäftsabteilung des Zentralkomitees tätig war [...]. Die Suhling hat am 31. Dezember 1928 ihre Stellung bei dem Angeklagten Schultz verlassen. [...] Auch in den späteren Jahren überwachte Großkopf [...] den Betrieb des Angeklagten Schultz

23 VGH-Urteil vom 11. Januar 1935, BArch, NJ 5891, Bd. 1. Zu den tatsächlichen Umständen der Beschaffung der Anklageschrift siehe hier weiter unten.

24 Ebd.

und zog durch Mittelsmänner Bericht über die dort beschäftigten Personen ein. Die Auskünfte erhielt er im Sommer und Herbst 1932."[25]

1931 endete die Zusammenarbeit mit den Berliner Klischee-Werkstätten endgültig. Der Grund dafür war nach Großkopf die „moralische Unzuverlässigkeit" – „Säufer und moralisch nicht einwandfreies Element" – des seit 1921 in den Klischee-Werkstätten angestellten, später als Betriebsleiter tätigen Fotografen Walter Bohm.[26]

Der Verzicht auf die Leistungen der Firma Schultz war kein großer Verlust für den Paßapparat der KPD. Man bediente sich noch anderer Werkstätten; weitere wurden gegründet.

In seinen Lebenserinnerungen erwähnt Heinz Hentschke, seit dem 1. März 1933 Mitarbeiter der Paßfälscherorganisation, einige dieser Werkstätten: eine Setzerei in einer Dachwohnung der Lüneburger Straße 9; eine Druckmaschine in einem Kellerraum Mühlhauser Straße, Ecke Prenzlauer Straße (neben einer Tischlerwerkstatt); eine dritte Werkstatt, zur Herstellung von Gummistempeln, die „sog. Gummikocherei" in der Alexandrinenstraße 44. „Ein Genosse [Adolf Sauter] betrieb dort eine Vulkanisierwerkstatt für Autoreifen." „Gestank neben Gestank" war eine vorzügliche Tarnung; ein Depot zur Aufbewahrung fertiger Pässe, Stempel usw. im Riesenfernrohr der Sternwarte Treptow.[27]

Auch die Polizei vermutete zutreffend, daß es „noch andere Werkstätten gleicher Art" gebe. Aber dieser Werkstätten konnte die Polizei damals zumeist „noch nicht habhaft werden". „Außer diesen Werkstätten wurden sogenannte Lagerstätten eingerichtet, in denen man zur Fälschung notwendiges Material oder auch bereits fertiggestellte Falsifikate bereit hielt, um im Falle des Eingreifens der Polizei die Fälschertätigkeit in größerem Umfange fortsetzen zu können."[28]

Am 25. Februar 1934 wurde Martin Piasek festgenommen. In seiner Wohnung fand sich eine Werkstatt der Paßfälscher.[29] Allerdings war die Gestapo in der Paßfälschersache in der Folgezeit tatsächlich wenig erfolgreich: weil der Apparat 1933/Anfang 1934 ins Ausland verlagert wurde, auch war das konspirative Netz noch nicht gerissen.

Eine Vorstellung vom Umfang der geleisteten Arbeit vermittelt das 1932 bei der Aushebung des Büros in der Kaiserallee 48a vorgefundene Material (siehe Anl. 2 und 3), wobei zu beachten ist, daß es sich hierbei um nur eines von zahlreichen, allerdings um eines der wichtigsten Büros handelte.

25 Ebd.

26 Nach einer Anzeige Richard Großkopfs vom 28. August 1947 gegen Walter Bohm und Erich Kühne, in: BArch, ZC 13820, Bd. 12. Folgt man Großkopfs Aussage im Prozeß, soll die Zusammenarbeit schon 1929, spätestens 1930 geendet haben – VGH-Urteil vom 11. Januar 1935, in: SAPMO-BArch, NJ 5891, Bd. 1.

27 Heinz Hentschke, Erinnerungen, undatiert, in: SAPMO-BArch, EA 2169. Hentschke wurde später beauftragt, in Berlin eine illegale Druckerei einzurichten. Kurz vor der Verwirklichung des Vorhabens wurde Hentschke verhaftet. Der VGH verurteilte ihn am 15. Februar 1935 zu einer Zuchthausstrafe von acht Jahren. Anklageschrift und Urteil, in: BArch, NJ 8090, Bd. 1 f.

28 BArch, NJ 5891, Bd. 1.

29 Ebd. Piasek wurde im Prozeß gegen Hermann Dünow, Karl Schuster und Martin Piasek angeklagt. Die Anklageschrift, ebd.

Die Komintern (Dimitroff, Mirow/Abramow) und einzelne kommunistische Parteien sowie der sowjetische Geheimdienst nutzten die Leistungen des deutschen Paßapparats. Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bestanden direkte Verbindungen der KI zum Leiter der Organisation Richard Großkopf. Wenn in einem MfS-Papier vom 10. April 1967 festgehalten wird, daß Großkopf in den Jahren 1920 bis 1933 „wichtige Aufgaben im Auftrag des ZK und der Komintern durchgeführt" habe,[30] heißt das, daß er in besonders enger Verbindung zu dem von Dimitroff geleiteten Apparat, der Abteilung für Internationale Verbindungen der Komintern (OMS), gestanden hat.

Aufzeichnungen, die der frühere Kominternmitarbeiter und spätere Überläufer Willi Klose Anfang der vierziger Jahre anfertigte, besagen, daß der OMS-Apparat Anfang der dreißiger Jahre Klischees und Stempelmaterial „aus dem deutschen Passapparat, dessen Leiter ein gewisser Steinke war [...] (Richard Grosskopf), bekam".[31] Die OMS bestellte und bezog also nicht nur gefälschte Pässe, sondern auch Werkzeug zur Fälschung von Dokumenten. Der Leiter der OMS und damit auch Verbindungsmann zur Komintern hieß mit Decknamen „Mirow" oder auch „Abramow"; er soll von 1919 bis 1929 Sekretär der sowjetischen Botschaft und zeitweilig sowohl Leiter der Paßabteilung als auch Kurierleiter sowie Personalleiter der Handelsvertretung gewesen sein.[32]

Es versteht sich, daß die Paßfälscherorganisation im Visier der politischen Polizei gestanden hat. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen waren Pannen nicht ganz zu vermeiden.

Die Polizei hob wiederholt Paßfälscherwerkstätten aus. Bereits am 10. April 1921 gelang es der politischen Polizei, durch eine Haussuchung sowie die Durchsuchung eines KPD-Parteibüros in Berlin Fälschungsmaterial sicherzustellen, darunter 2109 Stempel, 35 komplette Pässe, 630 lose Paßblätter, 165 Zeugnisse, 760 polizeiliche Formulare und 650 Briefbögen verschiedener Firmen. Am 5. August 1921 erfolgte die Aushebung einer Fälscherwerkstatt im KPD-Büro in der Rosenthaler Straße 38. Am 7. Oktober 1924 wurde eine Werkstatt in der Neuköllner Thomasstraße 33 geschlossen. Der Polizei fielen eine große Anzahl von Dokumenten für Kommunisten, die in die Illegalität gehen sollten (darunter Ernst Thälmann und Hugo Eberlein), sowie Mittel zur Dokumentenausstellung (deutsche und Danziger Paßblankoformulare, 1300 Stempel, Chemikalien usw.) in die Hände. Am 25. Februar 1925 gelang es der Polizei abermals, eine Werkstatt in Berlin-Treptow zu entdecken.[33]

Trotz dieser schweren Verluste wurde der Schaden kompensiert, zumal die zahlreichen anderen Werkstätten nicht entdeckt wurden. Die Arbeit wurde nicht nur fortgesetzt, sondern perfektioniert. Gefälschte Pässe, die der Polizei immer wieder in die Hände fielen, legten Zeugnis ab vom Fortbestand der Organisation. Auf der Suche nach dieser blieb die Polizei aber lange Zeit erfolglos.

30 BStU, MfS, KS 296/64.

31 BArch, ZC 14162, A. 1.

32 Ebd. Vgl. dazu auch Anklage gegen Willi Klose vom 3. September 1940 und VGH-Urteil vom 5. November 1940, in: BArch, NJ 11638.

33 BStU, MfS, SV 1/81, Bd. 103, sowie: Im Kampf bewährt (Anm. 8), S. 21 f. Vgl. dazu auch die Übersicht über die in den Jahren 1921 bis 1932 ausgehobenen Paßfälscherwerkstätten im „Schlussbericht in der Hochverratssache gegen Dünow und Gen.", in: BArch, ZC 8733, Bd. 3.

Kommunistische
Paß-und Dokumentenfälscherwerkstätte
in Wien.

Abb. 1

Lagerstelle der Wiener Paßzentrale (Quelle: BArch, R 1501/alt St 10/114)

Noch am 29. August 1930 meldete der Preußische Minister des Innern dem Reichsminister des Innern: „Vom Polizeipräsidenten in Berlin sind auf Grund einer Anzeige einer Privatperson Ermittlungen über das angebliche Vorhandensein einer kommunistischen Passfälscherzentrale in Berlin angestellt worden. Diese Ermittlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt."[34] Die „aufsehenerregenden Ermittlungen" gegen eine kommunistische Paßfälscherorganisation, über die die „Berliner Nachtausgabe" am 17. Juli 1930 berichtet hatte, waren insofern nur eine Erfindung der Presse im wohl damals schon existenten „Sommerloch".

Neue Indizien, aber keine Beweise brachte eineinhalb Jahre später die Aufdeckung einer Paßfälscherzentrale in Wien. Aus dem vorgefundenen Material schloß die österreichische Polizei, daß „diese Fälscherzentrale eine Fortsetzung der Werkstätte ist, die vor sieben Jahren in Neukölln ausgehoben wurde".[35] Der Verdacht bestätigte sich, freilich erst 1933, als festgestellt wurde, daß etwa 50 Prozent des in der Wiener Werkstatt vorgefundenen Stempelmaterials „in gleicher Ausführung" in der dann endlich in Berlin aufgedeckten Fälscherwerkstatt vorhanden war. Der Leiter der Wiener Paßzentrale war der aus Berlin stammende und bis 1930 in Berlin wohnende Kommunist Willi Klose.[36]

Sehr erfolgreich kann die Wiener Polizei bei ihren Recherchen nicht gewesen sein: Klose wurde am 23. März 1932 vom Landgericht Wien zu nur sieben Monaten Haft

34 BArch, R 1501/alt St 10/114.
35 *Berliner Tageblatt*, 5. 11. 1931 (BArch, R 1501/alt St 10/114).
36 Ebd.

Willi Klose
(Quelle: BArch, R 1501/alt St 10/114)

unter Anrechnung der Untersuchungshaft und zur Ausweisung verurteilt – wegen „versuchten Betruges". Nach Verbüßung seiner Strafe wurde er 1932 nach Berlin abgeschoben; von da ging er im Juli 1932 auf Drängen von Alfred Kattner, dem technischer Sekretär Thälmanns, nach Moskau.

Der Polizeipräsident von Berlin konnte der Bundespolizeidirektion Wien damals nur mitteilen, daß Willy Klose „hier als eifriger Kommunist bekannt", Mitglied der Kommunistischen Jugend und im Jahre 1925 Mitarbeiter bei der russischen bevollmächtigten Vertretung war.[37] Zu den anderen in Wien festgenommenen und aus Berlin stammenden Personen hatte der Polizeipräsident nichts ermitteln können.

Acht Jahre später war Klose viel gesprächiger. Da hatte nicht irgendein österreichischer Beamter, sondern der Gestapobeamte Giering die Sache in der Hand. Dieser hatte allerdings ein verhältnismäßig leichtes Spiel: Klose teilte freimütig mit, was er wußte bzw. woran er sich erinnern konnte. Das NKWD hatte dafür die nötige Vorarbeit geleistet – wie im Falle anderer Kommunisten, die im Ergebnis der Stalinschen Säuberungen die Fronten gewechselt haben. Am 16. Januar 1938 wurde Willi Klose vom NKWD in Moskau verhaftet und erst am 28. März 1939 wieder freigelassen (womit er eine vergleichsweise „milde" Behandlung erfuhr: viele andere, darunter sein früherer Chef Mirow, der 1937 beschuldigt wurde, ein deutscher Spion und Terrorist zu sein, wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet). Mit Hilfe der deutschen Botschaft soll ihm die Ausreise nach Deutschland gelungen sein. Damit freilich hörte seine Pein nicht auf; es wechselten nur die Peiniger. Bei seiner Rückkehr wurde er am 31. September 1939 in Saßnitz festgenommen. Wegen „Vorbereitung zum Hochverrat" verurteilte ihn der VGH am 5. November 1940 zu zwei Jahren und sechs Monaten Zuchthaus (bei Anrechnung von einem Jahr Untersuchungshaft).[38] Im Zuchthaus machte Klose auf Drängen Gierings[39]

37 Ebd.

38 VGH-Urteil vom 5. November 1940, in: BArch, NJ 11638.

39 Am 12. April 1941 teilte der Vorstand des Zuchthauses Brandenburg dem Geheimen Staatspolizeiamt Berlin mit, daß Klose bereit sei, weitere Angaben über seine frühere Tätigkeit zu machen. Am 9. November 1941 bat Giering den ORA beim VGH, Klose „zur Durchführung ergänzender Vernehmungen über Einrichtungen der Komintern" ins Hausgefängnis Prinz-Albrecht-Straße überführen zu lassen, eine Bitte, die der ORA am 15. November 1941 an den Zuchthausvorstand weitergab. Am 5. Dezember 1941 bat Giering den Vorsteher des Zuchthauses, Klose Gelegenheit zu Aufzeichnungen betr. die mit ihm besprochenen Fragen zu geben und ihm diese Aufzeichnungen innerhalb der nächsten vier Wochen zu schicken. Am 3. März 1942 bestätigte Giering den Eingang der Niederschriften. Brandenburgisches

weitere Aussagen; so lieferte er eine mindestens 77 Seiten umfassende schriftliche Darstellung seiner früheren politischen Tätigkeit.[40]

Dem VGH-Urteil zufolge hatte Klose Mitte der zwanziger Jahre den 2. Sekretär der UdSSR-Botschaft Abramow („Mirow") kennengelernt, der bis 1926 Berliner Vertrauens- und Verbindungsmann der Komintern und zeitweise auch Leiter der Paßabteilung in der Botschaft war. Von 1926 bis 1930 lag die Leitung des Berliner OMS-Apparates in der Hand von Klose. Anfang 1930 mußte er den OMS-Apparat auf Weisung aus Moskau abgeben. Klose erhielt den Auftrag, in Wien eine Paßfälscherwerkstatt einzurichten. Diese Werkstatt wurde von der Polizei ausgehoben, Klose am 3. November 1931 festgenommen. Nach Verbüßung der Strafe und Abschiebung nach Deutschland reiste Klose nach Moskau weiter, wo er sich Abramow erneut zur Verfügung stellte.[41] 1941 erst erfuhr Giering, daß es ehemals eine enge Zusammenarbeit von Großkopf, Klose, Mirow und anderen Leuten aus dem Apparat der Komintern gegeben hatte.

Bleibenden und irreparablen Schaden jedoch erlitt die Paßfälscherabteilung durch die bereits erwähnte Aushebung der Werkstatt Kaiserallee 48 a am 28. November 1932.

In einem Polizeibericht aus dem Jahre 1934 wird dazu vermerkt:

In der Paßfälscherorganisation stehe der Polizei ein internationaler Gegner gegenüber, „ein Gegner, der finanziell, personell und mit allen Errungenschaften der modernen Wissenschaft und Technik bestens ausgerüstet ist. [...] Als man im Jahre 1932 in Berlin, Kaiserallee 48 a, erneut eine Werkstatt der kommunistischen Paßfälscherorganisation beschlagnahmen konnte, hatte man bereits eine Werkstätte vor sich, die bis ins kleinste allen Ansprüchen, auch zur Fälschung zahlreicher ausländischer Ausweispapiere, diente. Es fehlte auch nichts. Die Stempel, Klischees und Klebstoffe u. a. waren nach Arbeitsgesichtspunkten bestens geordnet. Man fand u. a. 2109 fälschlich hergestellte Behördenstempel [...] Das Wasserzeichen des Schweizer Passes wurde durch Aufdrücken eines entsprechenden Trockenstempels täuschend nachgeahmt. [...] Die Organisation hatte sich aus kleinsten Anfängen mit primitiven Werkzeugen zu einem mit allen technischen Hilfsmitteln versehenen und in verschiedene Unterabteilungen gegliederten Unternehmen mit Zweigstellen in Wien, Basel und Paris (später kam dann noch Prag hinzu) entwickelt."[42]

Bei der Aushebung der Fälscherwerkstatt in der Kaiserallee 48 a wurden Karl Wiehn, der den Raum im Mai 1932 angemietet hatte,[43] und Erwin Kohlberg[44] festgenommen.[45]

[Forts. von Anm. 39]
Landeshauptarchiv Potsdam [künftig zitiert: BLHA], Rep. 29, pol. Nr. 803. Klose wurde dafür freilich nicht gedankt. Ein Gnadengesuch vom 22. März 1941 wurde abgelehnt. Er wurde erst nach Verbüßung seiner Strafe am 5. Mai 1942 entlassen.

40 Im Bundesarchiv befinden sich nur auf den 1. August 1945 datierte Auszüge (BArch, ZC 14162, A. 1). Der vollständige Bericht ist entweder abhanden gekommen oder (vermutlich) von der sowjetischen Besatzungsmacht konfisziert worden. Den Auszügen ist ein Personenregister beigefügt. Demzufolge wurde niemand so häufig im vollständigen Bericht genannt wie Großkopf, Abramow (Mirow) und Ossip Pjatnitzki.

41 VGH-Urteil vom 5. November 1940, in: BArch, NJ 11638.

42 Die Tätigkeit der kommunistischen Paßfälscher in Deutschland und ihre bisherige Bekämpfung im In- und Auslande, in: BStU, MfS, SV 1/81, Bd. 158.

43 BArch, NJ 2822, Bd. 2.

Daß es einen dritten Helfer gegeben hatte, brachte die Polizei bald danach in Erfahrung; mehr als den Decknamen (damals fälschlich mit „Brosch" statt mit „Borsch" angegeben) vermochte sie allerdings nicht festzustellen. Wenige Tage nach der Aushebung wurde die Öffentlichkeit davon unterrichtet. „Viel zu früh", wie der „Angriff" am 1. Dezember 1932 meinte. Über den Zugriff der Polizei und das von der Polizei sichergestellte Material erschienen ausführliche Presseberichte. Acht lange Monate hatten die Fälscher ungestört gearbeitet, „sich völlig sicher gefühlt". Die Werkstatt in der Kaiserallee war, so wurde berichtet, „die *bestausgerüstete Fälscherwerkstatt,* die jemals entdeckt worden ist",[46] „die größte, die in der Nachkriegszeit in Europa aufgedeckt werden konnte"[47]. Den entscheidenden Hinweis soll der Kriminalbeamte Giering (Abteilung I im Polizeipräsidium) erhalten haben. Dem „Angriff" zufolge begaben sich die Beamten Giering, Schmidt und Kutzak nach erfolgter Beobachtung am Montag, dem 28. November 1932, zur Kaiserallee 48a. Nach der „Deutschen Zeitung" sowie der „Vossischen Zeitung" vom 1. Dezember 1932 jedoch soll der Kriminalkommissar Braschwitz zusammen mit 15 Beamten die Fälscherzentrale ausgehoben haben.

Am folgenden Tage bezog sich der „Angriff" abermals auf den Vorfall und verlangte die Ablösung von Kriminalkommissar Dr. Braschwitz, weil dieser nicht der geeignete Mann sei, um eine so wichtige Angelegenheit aufzuklären. „Der Kommunismus scheint kein besonders günstiges Betätigungsfeld für die kriminalistischen Fähigkeiten des Herrn Dr. Braschwitz zu sein. [...] Es fällt nicht schwer, heute schon zu prophezeien, daß man in der Angelegenheit der Paßfälscherzentrale den wirklichen Hintermännern solange nicht auf die Spur kommen wird, als Herr Dr. Braschwitz die Bearbeitung in Händen hat." Man solle für die „allerschärfsten Abwehrmaßnahmen [...] nur die klügsten und befähigsten Köpfe einsetzten."

Schon vor dem Abschluß der polizeilichen Ermittlungen schien sicher zu sein, daß es sich um eine kommunistische Paßfälscherzentrale handelte. Die KPD freilich wies die Verdächtigungen entrüstet zurück und erklärte, „daß sie von der Existenz der angeblichen Werkstatt in der Kaiserallee erst durch Verlautbarungen in der Presse [...] Kenntnis erhalten hat".[48]

Gegen Wiehn und Kohlberg wurde Haftbefehl wegen schwerer Urkundenfälschung, Vergehens gegen das Schußwaffengesetz und Führung falscher Namen erlassen und ein Hochverratsverfahren durch den Oberreichsanwalt (ORA) in Leipzig erwogen. Dann

44 Laut Aussage Großkopfs im Verhör (10. Januar 1934) wurde ihm Kohlberg – „Römer" (dessen richtigen Namen Großkopf viel später erst aus den Zeitungen erfahren haben will) im Sommer 1932 durch „Lorenz" zugewiesen (BArch,NJ 2844, Bd. 4).

45 Charakteristisch für das Unangenehmes verdrängende „Erinnerungsvermögen" von Parteifunktionären (und für die u. a. darauf beruhende SED-Geschichtsschreibung) ist, daß Karl Wiehn in seinem Lebenslauf vom Juni 1951 noch behauptet, am 28. November 1932 zusammen mit Erwin Kohlberg verhaftet worden zu sein (BStU, MfS, KS 303/65), den Namen des inzwischen in Ungnade gefallenen Erwin Kohlberg im 19seitigen Lebenslauf vom Januar 1956 dagegen verschweigt. Es heißt dann nur noch: „Am 28. November 1932 wurde ich in meinem illegalen Büro in der Kaiser-Allee in Bln.-Wilmersdorf *zusammen mit einem Genossen Anlernling* verhaftet."

46 *Der Angriff,* 1. 12. 1932 (BArch, R 1501/alt St 10/114).

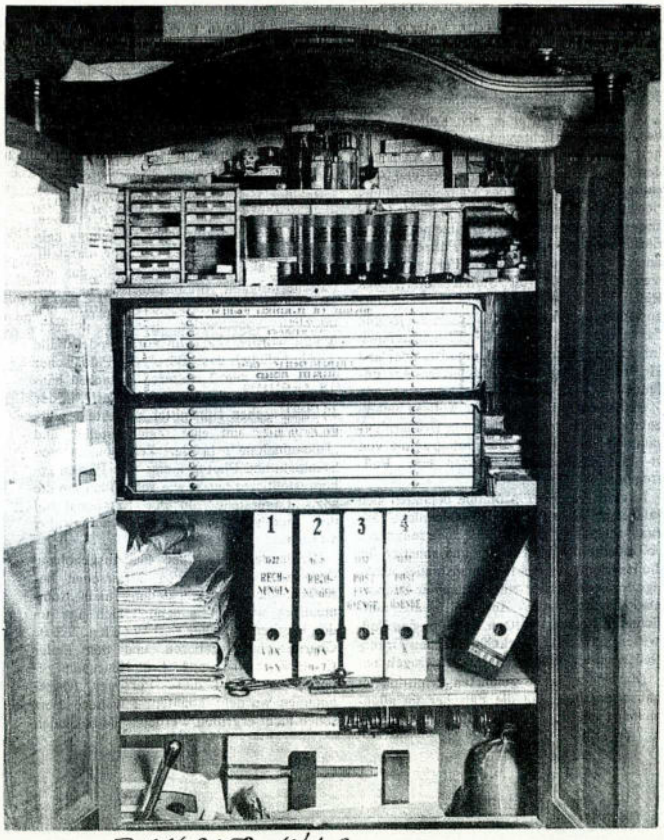
47 *Berliner Volkszeitung,* 8. 12. 1932 (BArch, R 1501/alt St 10/114).

48 *Berlin am Morgen,* 3. 12. 1932; *Die Welt am Abend,* 3. 12. 1932 (BArch, R 1501/alt St 10/114).

Der Polizeipräsident.
Abteilung I
Tgb.-Nr. I 2a 70 50/8. 000739

Berlin, den 3. Januar 1933.

Fünfte kommunistische Paßfälscherwerkstatt in Berlin.



I AN 2152-4/1.3.

Lagerstelle Kaiserallee 48a (Quelle: BArch, R 1501/alt St 10/114)

aber – am 22. Dezember 1932 – mußten Wiehn und Kohlberg auf Grund des Gesetzes über Straffreiheit vom 20. Dezember aus der Untersuchungshaft entlassen werden (sie wurden aber weiter beobachtet).

Wiehn ließ sich nicht beirren und arbeitete weiter. Kohlberg emigrierte „auf Befehl" des ZK in die Sowjetunion.[49]

Die Durchsuchung der Wohnung von Walter Benzmann durch den Kriminalassistenten Giering erfolgte einen Tag nach der Aushebung der Werkstatt in der Kaiserallee,

49 Von Kohlberg verfaßter, nicht datierter Lebenslauf aus der Zeit nach dem Ende des Krieges, vermutlich 1945/1946, in: Landesarchiv Berlin [künftig zitiert: LAB], C Rep. 118-01, Nr. 6824.

am 29. November 1932.[50] Giering hat – seinen Aufzeichnungen zufolge – dort zwar kein Paßfälschermaterial gefunden, wohl aber Aufzeichnungen mit Hinweisen auf Verbindungen Benzmanns zu einem illegalen Büro der Roten Hilfe sowie zu einem Bootshaus in Neu-Venedig bei Berlin, in dem „bis Juni 1934 etwa ein besonders starkes Motorboot des kommunistischen Schwarzsenders untergestellt war".[51]

Nach der am 28. November 1932 erfolgten Schließung der Paßfälscherwerkstatt kam die Gestapo auch auf die Spur von Richard Großkopf, und „im Frühjahr 1933 tauchte der Verdacht auf, daß Wiehn erneut als Fälscher tätig war".[52]

Diese Vermutung war begründet. Wiehn bekannte später, daß er von der Partei erneut eingesetzt worden sei, um Material in die ČSR zu schaffen bzw. von dort herbeizuschaffen, vor allem aber, um eine Reise von John Schehr von Berlin nach Prag bzw. von Prag nach Berlin abzusichern.

„Die Wiederaufnahme der Ermittlungen führte zur Verhaftung sämtlicher Angeklagten."[53] Am 27. Februar 1933, dem Tag des Reichstagsbrandes, wurde Benzmann verhaftet, allerdings aus einem anderen Grund.[54] Das setzte aber eine Kettenreaktion in Gang.

Der zur Verhaftung von Großkopf und Genossen führende Auslöser war, daß Benzmann 1932 einen Aufbewahrungsort für den Koffer „eines Freundes" – eines „Mann[es] mit den Goldzähnen" (vermutlich Walter Tygör) [55] – gesucht hatte. Anna Schlange, mit der Benzmann 1922 zusammengewohnt hatte, erklärte sich bereit, den Koffer aufzubewahren. Den Inhalt – Material der Paßfälscherorganisation – kannte sie angeblich nicht. „Am 19. 4. 1933 gab es ein Vorkommnis mit schwerwiegenden Folgen. Die Genossin Anna Schlange wird von der Gestapo wegen aktiver Unterstützung der roten Hilfe und illegaler Parteiarbeit für die KPD von der Gestapo verhaftet.[56] Die Genossin Bauer erhält davon Kenntnis und räumt das in der Wohnung der Genossin Schlange angelegte Materiallager. Das Material, welches in einem Koffer versteckt ist, wird zur Genossin Grete Dobroch gebracht. Genossin Grete Dobroch ist Hausangestellte bei Frau Johanna Süssmann [...]. Frau Süssmann kann diesen Vorgang beobachten und berichtet hierüber ihrem Hausangestellten Schulze. Schulze begibt sich sofort zur Genossin Dobroch und verlangt eine Einsichtnahme in den Koffer. Über das Material erschrocken und aus Angst vor der Gestapo, bringt Schulze den Koffer wieder zurück zur Wohnung der Genossin Anna Schlange. Er klingelt dort mehrmals, und als ihm niemand öffnet, stellt er den Koffer im Hausflur ab. Am 20. 4. 1933 macht die Gestapo bei der üblichen und routinemäßigen Haussuchung, die auf Verhaftungen immer erfolgte, bei der Genossin im Hausflur eine Entdeckung. Der Koffer wurde im Hausflur gefunden. Der Gestapo fiel

50 BArch, ZC 13817, Bd. 3.
51 Ebd.
52 Ebd., NJ 5891, Bd. 1.
53 Ebd.
54 Ebd., ZC 13817, Bd. 2.
55 Tygör = „Borsch", „Bamberg", „Wolf".
56 Laut einer anderen und in diesem Falle auch verläßlicheren Quelle bereits am 18. April 1933 (BArch, NJ 2844, Bd. 2).
57 Aufbau und Entwicklung der Dokumentation der Kommunistischen Partei Deutschlands (1919 bis 1933), in: BStU, MfS, SV 1/81, Bd. 103.

Lagerstelle Sternwarte (Quelle: BArch, R 1501/alt St 10/114)

neben einer Reihe operativer Materialien eine Liste mit den Namen der Genossen in die Hände, die in der Klischee-Anstalt Schultze operativ gearbeitet haben."[57]

Auf dieser Liste wird Walter Bohm als erster genannt. Bohm, von 1921 bis 1932 mit mehrmaligen Unterbrechungen Betriebsleiter der Berliner Klischee-Werkstätten, wurde Ende April 1933 festgenommen;[58] seine Aussagen führten am 28. April zur Festnahme von Bruno Schulz und am 3. Mai zu der von Richard Großkopf.

Nach der Verhaftung Großkopfs wurde Wiehn „vom Sekretariat des Z.K. am 3. Mai beauftragt, an Stelle des verhafteten Genossen Richard Großkopf die Leitung des Apparates zu übernehmen, bis eine andere Regelung getroffen werden konnte".[59] Aufgrund Verrats[60] wurde Karl Wiehn aber schon am 8. Mai 1933 zusammen mit Paul Eggert[61] festgenommen. Sie wollten sich bei einem als vertraulich empfohlenen Friseur namens Kühn die Haare färben lassen. Dieser (oder dessen Frau) verständigte die Polizei, die kurz darauf erschien und beide festnahm.[62]

58 Datum unbestimmt: 26., 27. oder 28. April 1933 (BArch, ZC 13820, A. 12).

59 BStU, MfS, KS 303/65. Unter dem Gesichtspunkt der Konspiration war das eine leichtfertige Entscheidung: Seit Wochen suchte die Polizei nach Karl Wiehn. „Sie hatte ja meine Bilder und ein Teil der Kriminalbeamten kannten mich von meiner ersten Verhaftung her persönlich. Damit war die Gefahr über meine Person für den Apparat in einer Weise gegeben, wie sie überhaupt nicht zu verantworten war und nur mit der damaligen kritischen Situation zu erklären ist." Was Wiehn nicht erwähnt, Anfang Dezember 1932 aber in den Zeitungen stand: jener Kriminalbeamte Giering, der später die Ermittlungen zur Sache der Paßfälscher leitete, war bereits dabei, als Wiehn und Kolberg am 28. November 1932 verhaftet worden waren – *Der Angriff*, 1. 12. 1932 (BArch, R 1501/alt St 10/114). Der Verweis auf die „damals kritische Situation", auf das nicht erwartete Ausmaß des Naziterrors und auf viel Verwirrung in den eigenen Reihen mag nicht völlig unbegründet sein. Die Nominierung von Wiehn war trotzdem *„nicht zu verantworten"*! Wenn, wie Henri Walther (Anm. 3), S. 63, zutreffend schreibt, die „Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Paßfälscherzentrale und anderer Zweige des Geheimapparates [...] mehr und mehr zu einer Schlüsselfrage für die Fortexistenz der KPD" geworden war, wenn, wie die Gestapo dem RMdI am 25. August 1934 schrieb, „die Tätigkeit der Fälscher heute die Grundlage für die konspirative Arbeit kommunistischer Funktionäre" darstellt (BArch, ZC 20050, A. 1), dann war die Nominierung des der Polizei gut bekannten Karl Wiehn verantwortungslos. Die Verhaftung kurz nach seiner Nominierung zum Chef der Paßfälscherorganisation ist der beste Beleg dafür.

60 BArch, ZC 13820, A. 12.

61 Laut Aussage Großkopfs im Verhör (10. Januar 1934), in: BArch, NJ 2844, Bd. 4, wurde ihm Eggert, den er angeblich nur unter dem Namen „Paul" kannte, später auch unter „Glas", im Jahre 1929 („es kann richtig sein, daß es im April 1929 gewesen ist") zugewiesen.

Nach der Festnahme von Karl Wiehn soll Hermann Dünow die Leitung der Paßorganisation übernommen haben[63] und nach ihm, im Sommer 1933, Adolf Sauter,[64] der zuvor nicht im Paßapparat tätig gewesen war, sondern von außen, von der „Abwehr", kam.[65] Den Nachfolger Großkopfs (ohne Kenntnis der kurzzeitigen Leitung durch Wiehn und Dünow) suchte die Gestapo lange Zeit. Zunächst wurde Dünow verdächtigt (was kurzzeitig, für Mai/Juni 1933, zutraf); schließlich, im Dezember 1933, war man sich sicher, daß der Nachfolger Großkopfs Adolf Sauter hieß.[66]

Adolf Sauter war vor allem um die Sicherung des Materials der Paßfälscherorganisation bemüht. Die von ihm betriebene Vulkanisieranstalt hatte er rechtzeitig liquidiert: jedenfalls blieb die Suche des Gestapobeamten Berg am 22. Dezember 1933 nach der von Dünow im Verhör angegebenen Anstalt erfolglos.[67]

Nach seiner Festnahme am 18. Dezember 1933 war es dem amtierenden Reichsleiter des Am-Apparates, Hermann Dünow, gelungen, „nach draussen" mitzuteilen, „es sei ratsam[,] die Zelte abzubrechen und unsere Zelte woanders aufzubauen [...] und den Laden in Deutschland zu liquidieren".[68] Sauter organisierte den Abtransport des Fälschermaterials, maßgeblich unterstützt von Heinz Hentschke, dem am 28. November 1932 entwichenen „Borsch", Walter Tygör, und Richard Quast (siehe Anl. 4 und 5).

Richard Großkopf erwähnt in seinen Erinnerungen Tygör allerdings nicht, ebensowenig Sauter.[69] Vielleicht war ihm der Klarname „Borschs" nicht bekannt. Vielleicht wußte er tatsächlich nicht, wer sein Nachfolger geworden war. Vielleicht wollte er beide – Tygör und den 1935 zur Gestapo übergelaufenen Adolf Sauter – verleugnen.

Vom 3. Mai 1933 bis zum 11. Januar 1935 – die Zeit von der Verhaftung Richard Großkopfs bis zum VGH-Urteil

Bis zum Prozeß verging viel Zeit. Gestapo und Justiz hatten keine Eile: seit ihrer Festnahme waren die Verhafteten handlungsunfähig. Mit gebotener Gründlichkeit wurde das Netzwerk der Organisation freigelegt, Reste desselben aufgespürt – mit kriminalistischem Spürsinn, aber auch durch Folter (siehe Anl. 6).

62 Nach der am 28. August 1947 von Großkopf erstatteten Anzeige gegen den Friseur Erich Kühn, in: BArch, ZC 13820, A. 12.

63 Laut Aussage Franz Grybowskis vom 15. August 1935 hat „Dünow [...] ausser seiner vorübergehenden Tätigkeit als Landesleiter auch noch die Passfälscherabteilung kurze Zeit im Jahre 1933 geleitet". BArch, ZC 8733, Bd. 1.

64 Sauter: „Etwa im Juli 1933 wurde ich zum Nachfolger des Leiters jenes Apparates bestimmt, der sich mit der Anfertigung von falschen Dokumenten befaßte, und zwar infolge Freiwerdens dieses Postens." BStU, MfS, ZA 1034/60.

65 Hentschke (seit dem Reichstagsbrand im Paßapparat tätig): „Illegale Arbeit von 1933–1945 [...] In Oswald und Hugo vom AW („Abwehr") Apparat bekamen wir einen neuen Kopf [...]." SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/116.

66 BArch, ZC 5709, Bd. 5.

67 Ebd., ZC 8733, Bd. 3.

68 SAPMO-BArch, RY 1/I 2/3/116.

69 Ebd., Sg Y 30/1251.

Auch Großkopf wurde mißhandelt. Er ließ sich nicht einschüchtern und erklärte noch in der Hauptverhandlung des Prozesses vor dem VGH, daß er „am 3. Mai 1933 anläßlich seiner Vernehmung ‚am meisten geprügelt' worden" sei.[70] Auch bei der Vernehmung am 16. Mai 1933 sei er „durch die erhaltenen Schläge [...] wiederholt besinnungslos gewesen".[71]

Selten kam ein Bericht über Mißhandlungen in die Akten der Justiz. Von den Orgien der Gewalt sollte die Öffentlichkeit (und nach Möglichkeit sogar die Justiz) nichts erfahren. Das war dann auch der Grund, warum die Verhandlung am 9. Januar 1935 unter „Ausschluß der Öffentlichkeit" stattfand. „Den anwesenden Personen wurde über die während der Vernehmung des Zeugen Giering zu machenden Bekundungen ein besonderes Schweigegebot auferlegt und dieselben auf die Strafbarkeit bei einer Zuwiderhandlung hingewiesen."[72]

Ungeachtet der Mißhandlungen durch die Gestapo blieb Richard Großkopf standhaft. Er log, und wenn er ertappt wurde, versicherte er immer wieder, nun die „volle Wahrheit" zu sagen. An niemanden konnte er sich erinnern, und wenn schon, dann nur an Leute, von denen er nur den Decknamen zu kennen vorgab. Auch den Namen seines engen Mitarbeiters, Wiehn, wollte er nicht gekannt haben: „Der Name Wiehn ist mir ganz fremd."[73] Selbst an seinen eigenen Decknamen wollte er sich nur undeutlich erinnern: „Es ist möglich, daß ich vor längerer Zeit innerhalb unserer Organisation den Decknamen *Steinke* geführt habe. Es ist durchaus möglich, dass ich unter diesem Namen die Bekanntschaft des Erwin oder Grün (richtig Eggert) gemacht habe. Wenn dieser behauptet, ich hätte ihm Unterlagen dafür geliefert, dass er sich auf den Namen Bierbach anmelden konnte und dass ich auch die Anregung hierzu gegeben habe, so dürfte das möglich sein."[74] Dem Vorwurf, daß seine Arbeit illegal gewesen sei, begegnete Großkopf in der Vernehmung am 6. November 1933: „Dieser Gedanke ist mir niemals gekommen."[75] Er bestritt, Fachmann zu sein und sich an der Herstellung gefälschter Pässe beteiligt zu haben; er behauptete, nur Aufträge besorgt zu haben.[76]

Großkopf hat in zahlreichen Vernehmungen keine nach dem 20. Dezember 1932 (d. h. nach Erlaß des Gesetzes über Straffreiheit vom 20. Dezember) begangene Straftat zugegeben.

Als er am 13. Dezember 1933 endlich gestand, bei früheren Vernehmungen „nicht ganz bei der Wahrheit geblieben" zu sein, dabei erklärte,[77] die Angaben bei der Polizei „freiwillig" gemacht zu haben, und nunmehr „erschöpfende Anhaben hauptsächlich in Bezug auf Persönlichkeiten machen" zu wollen, mit denen er während seiner Tätigkeit in der Paßfälscherorganisation gearbeitet habe,[78] teilte er nur mit, was die Gestapo inzwischen auf anderem Wege erfahren hatte.

70 BArch, NJ 5891, Bd. 1.
71 Ebd.
72 Ebd., ZC 13817, Bd. 3.
73 Ebd., NJ 2844, Bd. 1.
74 Ebd.
75 Ebd., Bd. 4.
76 Ebd., Bd. 1.
77 Es müßte wohl heißen: „erklären mußte".
78 BArch, NJ 2844, Bd. 3.

Polizeifoto Richard Großkopf

Polizeifoto Walter Benzmann

Polizeifoto Bruno Schultz

Polizeifoto Karl Wiehn

(Quelle: BArch, R 58/3253)

Aufgrund der Aussagen von Großkopf waren keine Festnahmen möglich. Auf der Suche nach Beweismitteln hatte die Gestapo bei Großkopf wenig Glück.

Giering mußte insofern seine Erfolglosigkeit eingestehen. Am 6. November 1933 berichtet er:

„Die in der Paßfälschersache ./. Schultz und Genossen in der Zwischenzeit weiter geführten Ermittlungen haben zur Ergreifung weiterer Fälscher bezw. solcher Personen, die als Mittäter in Frage kommen, nicht geführt. [...]

In der Zwischenzeit sind in Berlin sowohl als auch im Reich in einigen Fällen wieder falsche Ausweispapiere aufgetaucht die nach den darin enthaltenen Stempeln pp. aus der Werkstatt der K. P. D.-Passfälscher stammen müssen. [...] In einzelnen Fällen konnte festgestellt werden, dass die Herausgabe nach dem 1. 5. [19]33 erfolgte und daher eine neue Werkstatt mit z. T. neuem Material existiert. Die hierzu auf vertraulichem Wege angestellten Nachforschungen und die Ermittlungen über die Herkunft der Papiere haben fast einwandfrei ergeben, dass als Herstellungsort das Ausland und zwar aller Wahrscheinlichkeit nach Prag (Tschechoslowakei) in Frage kommt. [...] Bezeichnend dafür, dass die K. P. D. Passfälscherorganisation nach der Aufdeckung der Werkstatt Kaiserallee 48 a am 28. 11. [19]32 und nach der Staatsumwälzung und der im Anschluss hieran erfolgten Aufrollung ihrer staatsgefährdenden Tätigkeit einen anderen Ort zur Ausübung ihrer Fälschungen gesucht hat, ist die Tatsache, dass der Hauptfälscher Wiehn in den Monaten Januar bis März 1933 mehrfach Reisen nach Prag unternommen hat. Diese Reisen können nur bezweckt haben, Fälschermaterial nach Prag zu schaffen, um dort eine ähnliche Werkstatt [...] einzurichten."[79]

Erfolglos war Giering auch bei der Suche nach jener Stelle, die die vom November/Dezember 1932 stammende Ermittlungsakte gegen Kohlberg und Wiehn kopiert und an den Apparat der KPD weitergegeben hatte. Im Ergebnis akribischer Ermittlungen konnte er nur feststellen, daß „die Aufnahmen auf dem Wege der Akte vom Amtsgericht Charlottenburg in Moabit zum Oberreichsanwalt in Leipzig erfolgt sein müssen, und dass die Akte in der offenstehenden Zeit vom 8. bis 13. 12. [19]32 in den Besitz der Paßfälscher gewesen ist".[80] Resigniert mußte der erfolgverwöhnte Giering am 23. März 1934 berichten: „Die Ermittlungen darüber, welchen Verbindungsmann Sch.[ubert] im Gerichtsgebäude Berlin-Moabit gehabt hat, sind ergebnislos verlaufen. [...] Trotz eingehender Nachforschung, auch unter Zuhilfenahme von vertraulichen Beziehungen, ist es nicht gelungen, den Verdacht auf eine bestimmte Person zu richten."[81] Der Justizangestellte Werner Schmitz wurde zwar verdächtigt und am 27. Juni 1933 verhört, jedoch erfolglos.[82] Viel später, lange nach Abschluß des Großkopf-Prozesses, stellte sich heraus, daß Schmitz tatsächlich der Gesuchte war,[83] er hatte dem Am-Apparat der KPD „die

79 Ebd., Bd. 2.
80 Ebd., Bd. 1.
81 Ebd., Bd. 3.
82 Ebd., Bd. 2.
83 Im März 1938 war Schmitz „geständig, im Jahre 1932 einen Funktionär des Berliner Am-Apparates laufend über gegen Marxisten schwebende Strafsachen unterrichtet und diesem gegen Ende des gleichen Jahres die Gerichtsakten [...] (Paßfälschersache) für einen Tag zur Einsicht überlassen zu haben". BArch, ZC 13817, Bd. 2. Im April 1938 beging Schmitz im Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit angeblich Selbstmord. Wichtige Angaben über Schmitz machte die am 31. März 1939 in Prag verhaftete

Paßfälscherakten in die Hände gespielt".[84] Vermutlich gilt dies auch in bezug auf die Anklageschrift gegen Großkopf und Genossen vom 3. Juli 1934, die wenige Tage danach (laut einem Giering-Bericht vom 11. Juli 1934) in Prag auf dem Tisch von Hans Kippenberger lag.[85]

Von Großkopf war nicht viel zu erfahren. Die Ermittlungen kamen erst am Jahresende 1933 durch Alfred Kattner voran.

Kattner war technischer Sekretär des ZK der KPD und arbeitete im Karl-Liebknecht-Haus. In dieser Eigenschaft hatte er umfassende Kenntnis über interne Vorgänge des ZK, kannte dessen Mitglieder sowie Mitarbeiter einschließlich deren Funktionen und Aufgaben. Nach seiner Festnahme am 3. März 1933 verhielt er sich zunächst standhaft. Im Sommer 1933 aber gab er der Gestapo sein gesamtes Wissen preis. Da er sich außerdem als V-Mann anwerben ließ, erfolgte Ende Oktober 1933 seine Entlassung aus der „Schutzhaft". Im Ergebnis der Spitzeldienste Kattners wurden der Gestapo zunächst Ort und Zeit einer Sitzung der illegalen Landesleitung der KPD bekannt. Dank Kattner bekam die Gestapo Zugriff auf den zentralen und den Berliner Am-Apparat.[86]

Infolge des Verrats Kattners wurde bereits am 15. November 1933 von „Volta" (Großkopf) stammendes Material in „Geheimverstecken des ehemaligen K.L.Hauses mit noch anderem Z.K.-Material vorgefunden".[87] Giering selbst war „bei der Auffindung dieser Verstecke [...] zugegen".[88] Ihm war es gelungen, „mit Hilfe einer gut eingeweihten Vertrauensperson weitere Verstecke zu finden". „Die wichtigen Funde in Geheimräumen des Karl-Liebknecht-Hauses waren nicht zuletzt auf die Fingerzeige des Kattner zurückzuführen."[89] Kattner könnte auch die „vertrauliche, aber durchaus glaubwürdige Seite" gewesen sein, die die Gestapo wissen ließ, daß durch die Aufdeckung der Werkstatt in der Kaiserallee 48a und die Entdeckung des Materialkoffers in der Uhlandstraße 50 die Arbeit der Fälscher selbst nicht beeinträchtigt worden war und daß in den Monaten Dezember 1932 bis Februar 1933 „neues Personal angelernt" wurde (siehe auch Anl. 7).[90]

Ungläubig wie der heilige Thomas wollte sich Hermann Dünow – nach der Emigration von Hans Kippenberger der amtierende Leiter der Nachrichtendienstes der KPD – von Kattners Verrat überzeugen. Am 18. Dezember 1933 beabsichtigte Dünow, Kattner die Papiere zur Ausreise in die Sowjetunion, die die KPD-Führung beschlossen hatte, zu übergeben. Er mußte sich zwar vertreten lassen, wurde aber kurz danach – beim Treff

[Forts. von Anm. 83]
frühere Justizangestellte Faller (ebd., ZC 1656, Bd. 1, Obj. 4). Sie gab zu, mit Schmitz bis 1936 in Verbindung gestanden zu haben. Schmitz habe sie u. a. um eine Skizze der Strafanstalt Moabit gebeten. Warum er darum gebeten hatte, ist einem Schreiben der Gestapo vom 21. März 1938 zu entnehmen: Schmitz stand in Verbindung mit dem Am-Funktionär Vehlow, der 1934 an Schmitz herangetreten war, „um über ihn Näheres über den Aufenthalt Thälmanns zum Zwecke seiner evtl. Befreiung in Erfahrung zu bringen" (ebd., ZC 13817, Bd. 2).

84 Ebd., ZB 1656, Bd. 1, Obj. 4.
85 Ebd., ZC 13817, Bd. 3.
86 BStU, MfS, SV 1/81, Bd 302.
87 BArch, NJ 2844, Bd. 3.
88 Ebd., ZC 12528, Bd. 3.
89 Ebd., ZC 20050, Bd. 1.
90 Ebd., NJ 2844, Bd. 3.

mit seinem Vertreter – gefaßt. Dünow wurde von einer „Ohnmacht in die andere geschlagen" – „da könnte es sein", soll er später gegenüber Mitgefangenen eingeräumt haben, daß ich „dies und jenes gesagt habe".[91] Dünow „machte zwei Selbstmordversuche, die ihn trotz schärfster Bewachung fast gelangen".[92]

Nach seiner Festnahme und am bzw. vor dem 20. Dezember 1933 (vermutlich vor dem ersten Selbstmordversuch in der Nacht vom 19. zum 20. Dezember) hatte er zugegeben, „dass heute noch in ähnlicher Weise wie früher von den Fälschern gearbeitet wird".[93] In der Zeit zwischen dem 18. und dem 22. Dezember hatte er auch gestanden, daß in einer Vulkanisierwerkstatt in der Alexandrinenstraße falsche Stempel hergestellt wurden.[94]

Dünow machte auch Angaben zum Versteck von Fälschermaterial in der Sternwarte Treptow, obgleich er später, am 29. Juni 1972, behauptete, Kattner habe den „Paßapparat der Partei in der Sternwarte" verraten.[95] Arthur Lange, Angestellter der Sternwarte Treptow, jedenfalls hat das Versteck nicht verraten, es sogar „den Beamten gegenüber zunächst verschwiegen".[96]

Die Gestapo wußte schon am 21. Dezember 1933 von einem Versteck in der Sternwarte. An diesem Tage freilich verlief die in der Sternwarte vorgenommene Suche erfolglos.[97] Erst am 23. Dezember 1933 wurde das Versteck gefunden.[98] Lange, der die vier Koffer in der Sternwarte deponiert hatte und bereits am 12. Dezember festgenommen worden war, hatte sich „hartnäckig" verweigert,[99] dann aber das Versteck der Koffer, das „von Uneingeweihten niemals gefunden werden konnte",[100] „freiwillig" angegeben und „auch selbst die Koffer herausgeholt".[101]

In der Sternwarte wurden fünf Koffer gefunden;[102] darin befanden sich Chiffriermaterial, Fotos von Pässen, Militärpässe, leere Reisepässe, Geburtsurkunden, Firmenkopfbögen, polizeiliche Führungszeugnisse, Einbürgerungsurkunden, Zeugnisformulare,

91 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 2970 (Aus dem Lebenslauf von K. Schuster).

92 BStU, MfS, SV 1/81, Bd. 83. Nach dem Gestapobericht vom 20. Dezember 1933 unternahm Dünow einen Selbstmordversuch (BArch, ZC 2844, Bd. 3).

93 BArch, NJ 2844, Bd. 3.

94 Ebd., ZC 5709, Bd. 5. Die Gestapo hatte sofort recherchiert – allerdings, wie der Beamte Dr. Braschwitz am 22. Dezember 1935 berichten mußte, ohne den gewünschten Erfolg (ebd., ZC 8733, Bd. 3). Obwohl Dünow den richtigen Straßennamen – „Alexandrinenstraße" – genannt hatte, hatte der anscheinend überforderte Beamte Braschwitz angeordnet, in der Vulkanisierwerkstatt von Hildebrand & Richter in der benachbarten Kürassierstraße 4 zu suchen. Viel später, 1938, wurde man in der Vulkanisieranstalt Giebel, Alexandrinenstraße 22 a, fündig (ebd., R 58/3534); allerdings hatte Sauter das meiste Material in der von ihm unterhaltenen Werkstätte längst beiseite geschafft.

95 SAPMO-BArch, NY 4072/142.

96 Vernehmung von Arthur Lange am 23. Dezember 1933, in: BArch, ZC 8733, Bd. 3.

97 Ebd.

98 Ebd.

99 Aussage Gierings vom 10. Juli 1934, ebd., Bd. 9.

100 Ebd., Bd. 3.

101 Aussage Gierings vom 10. Juli 1934, ebd., Bd. 9.

102 Ebd., Bd. 3. Es ist an verschiedenen Stellen, darunter im Lange-Verhör (23. 12. 1933, ebd.) nur von vier Koffern die Rede. Auch nach den Akten, ebd., Bd. 22, Bl. 7 und Bl. 9, waren es nur vier Koffer. Entsprechend einer Auflistung des sichergestellten Materials muß es sich aber um insgesamt fünf Koffer gehandelt haben. Im „Schlußbericht" (ebd., Bd. 3) sowie im VGH-Urteil vom 30. September 1935 gegen Dünow, Schuster und Lange ist auch von fünf Koffern die Rede (ebd., Bd. 1).

Entlassungsscheine, amtsärztliche Bescheinigungen usw. In einer Auflistung des in der Sternwarte gefundenen Materials werden genannt: 1. Koffer mit 48 Positionen, 2. Koffer mit 52 Positionen, 3. Koffer mit acht, 4. Koffer mit acht und ein 5. Koffer mit elf Positionen.[103]

Am 29. Dezember 1933 (vielleicht auch schon früher) machte Dünow weitere für die Gestapo wertvolle Aussagen zur Paßfälscherorganisation: Der Mitarbeiter von „Steinke" (Großkopf) „war ‚Ferry', der jetzt als ‚Hugo' die Passabteilung unter sich hat".[104] Am 2. Januar 1934 sagte Dünow aus, daß der Leiter der Abteilung „Storm" jetzt „Hugo" sei, der sich früher „Ferry" genannt habe. Den ihm wohlbekannten Klarnamen seines Freundes „Ferry" aber gab Dünow trotz Folter nicht preis. Noch am 12. Oktober 1934 versuchte er, die Gestapo, die den Klarnamen „Ferrys" inzwischen auch kannte, auf eine falsche Fährte zu locken, indem er die von einer dritten Person gegebene, auf Sauter zutreffende Personenbeschreibung einer anderen Person zuwies.[105] Am 16. November 1934 widersprach er den (zutreffenden) Vorhaltungen, er habe mit dem Leiter von „Storm", der Paßfälscherabteilung, in näheren Verbindungen gestanden, als bisher zugegeben; wider besseres Wissen leugnete er außerdem, daß „Hugo" nach seiner, Dünows, Festnahme zwecks Verbindungsaufnahme seine Frau aufgesucht habe.[106]

Außerdem wiederholte Dünow am 2. Januar 1934 frühere Aussagen: „[...] über diese Abteilung weiss ich, dass die Stempel wahrscheinlich in der Alexandrinenstr. in einem von mir bezeichneten Hause, worin sich eine Vulkanisierwerkstatt befindet, hergestellt werden. Hugo hatte im genannten Hause einen eigenen Raum inne. Weiter hörte ich von Hugo gesprächsweise, dass er in der Sternwarte Treptow einen Koffer mit Material untergestellt habe. Hugo muss weiter ein Büro unterhalten, wo die Fälschungen vorgenommen werden, ferner einige Lagerstellen mit Material und unbedingt auch eine Photowerkstatt haben."[107]

Sehr detailliert kann das Wissen von Herman Dünow zur Paßfälscherorganisation aber nicht gewesen sein. Wenn er der Gestapo immer wieder versicherte, nicht der Vorgesetzte von Großkopf gewesen zu sein, entsprach dies der Wahrheit.

Giering hatte durchaus Grund, auf das von ihm Geleistete stolz zu sein. Schon am 20. Dezember 1933 jubelte er, „nunmehr in der Organisation der Passfälscher restlos Klarheit geschaffen" zu haben.[108] Voller Genugtuung berichtete er am 23. März 1934: „Bei den laufenden Ermittlungen über die kommunistische Paßfälscherorganisation haben sich bei der von hier bearbeiteten Hochverratssache gegen Dünow und Gen. insofern besonders wertvolle Anhaltspunkte ergeben, als *in dieser Sache der gesamte Apparat der K.P.D. aufgerollt worden* ist, dessen eine Abteilung die Passfälscher waren."[109]

Bis zur Fertigstellung der Anklageschrift vom 3. Juli 1934 verging trotzdem viel Zeit. Recherchiert wurde in viele Richtungen.

103 Ebd., Bd. 3. Belegexemplare befinden sich ebd., Bd. 13.
104 Ebd., ZC 5709, Bd. 5.
105 Ebd., ZC 8733, Bd. 8.
106 Ebd.
107 Ebd., ZC 5709, Bd. 5.
108 Ebd., NJ 2844, Bd. 3.
109 Ebd. [Hervorhebung – S. G.].

Viel Aufmerksamkeit fand dabei die Frage, ob Großkopf in direkter Beziehung zu Dimitroff gestanden habe. Anlaß dazu war der bei Dimitroff gefundene, vielleicht in der Kaiserallee 48 angefertigte,[110] auf den Namen Rudolf Hediger lautende Paß. Die Gestapo vermutete zunächst, daß Dimitroff „zu den leitenden Persönlichkeiten der kommunistischen Paßfälscherorganisation" gehört.[111] Großkopf, Wiehn und Bohm konnten sich nicht daran erinnern, jemals einen auf den Namen Rudolf Hediger ausgestellten Paß angefertigt zu haben.[112]

Lange und mit großem Aufwand wurde die Frage diskutiert, ob Bruno Schultz in die Anklage einbezogen werden könne. Schultz hatte nämlich behauptet, dies vor der Hauptverhandlung (also nach Fertigstellung der Anklageschrift) bekräftigend, für die Paßfälscherorganisation aus politischen Gründen Aufträge ausgeführt, die Zusammenarbeit aber 1927/28, also vor dem 1. Dezember 1932, beendet zu haben. 1929 sei er „auf den Weg des Nationalsozialismus geführt worden". Er behauptete, von 1920 bis 1929 eingetragenes Mitglied der KPD gewesen, im Dezember 1928 aber ausgeschlossen worden zu sein. Seine strafbare Tätigkeit habe er *„aus politischen Beweggründen"* lange vor dem 1. Dezember 1932 eingestellt. Das hätte nach dem Straffreiheitsgesetz vom 20. Dezember 1932 bedeutet, daß Schultz von der Anklage auszunehmen wäre. Befragungen von Großkopf, Wiehn und anderen ergaben, daß Schultz niemals Mitglied der KPD gewesen war.[113] Nachweislich hatte Schultz aber auch dann noch Aufträge der KPD entgegengenommen, als er mit ihr gebrochen und sich zum Nationalsozialismus bekannt haben wollte.

Giering kam zu dem Schluß, daß die Berliner Klischee-Werkstatt „nicht durch Privatkunden, sondern durch politische Parteien und Organisationen den geschäftlichen Hochstand erreicht hat. War es zuerst die KPD und ihre Nebenorganisationen, so kamen später nationale, sogar nationalsozialistische Kreise in Frage. [...] Schultz [...] muss von hier aus als einer der gewandtesten und gerissensten ‚politischen Geschäftemacher' der verflossenen Zeit bezeichnet werden. [...] Als dem Sch.[ultz] die Gefahr einer Entdeckung zu gross war, brach er mit der KPD und wandte sich den politisch rechts stehenden Parteien zu. [...] In seinem Verhalten zur KPD trat eine Wende ein, als sein Geschäft so weit voran gekommen war, dass er auf die legalen Aufträge dieser Partei nicht mehr angewiesen war. [...] Mit Hilfe der KPD hatte er den Aufstieg seines Geschäfts und damit sein Ziel erreicht. [...] Sch.[ultz] hat durch seine Arbeit es erst ermöglicht, dass die Passfälscherorganisation überhaupt aufgezogen, bestehen und

110 Ebd., Bd. 2.

111 Ebd., Bd. 1.

112 Ebd., Bd. 2. Es könnte sein, daß der erwähnte Paß nicht von der Berliner, sondern von der Wiener Paßfälscherorganisation ausgestellt wurde. Willi Kose, der den Wiener Apparat ab 1930 im Auftrage von Mirow aufbaute, will laut VGH-Urteil vom 5. November 1940 einen Paß für Dimitroff ausgestellt haben. In der Anklageschrift gegen Klose von 3. September 1940 ist allerdings nur die Rede davon, daß er „einen von Moskau übersandten Paß an [...] Dimitroff" ausgehändigt habe (ebd., NJ 11638). Im Urteil heißt es, Klose sei in seiner Eigenschaft als Chef der Wiener Paßfälscherwerkstatt die Aufgabe zugefallen, „gegenüber dem durch den Reichstagsbrandprozeß bekannt gewordenen Bulgaren Dimitroff den Austausch eines gefälschten Passes des Genannten gegen einen anderen gefälschten Paß zu vermitteln" (ebd.).

113 Ebd., ZC 13817, Bd. 17.

arbeiten konnte." Die KPD habe versucht, die Firma an sich zu bringen, Schultz habe dies jedoch zu durchkreuzen verstanden. „Die KPD konnte es nicht wagen, gerichtlich gegen ihn vorzugehen, da er Mitwisser ihrer illegalen Machenschaften war."[114]

Nach eingehender Prüfung aller Umstände kam der Volksgerichtshof zu der Auffassung, daß das Straffreiheitsgesetz vom 20. Dezember 1932 auf Schultz keine Anwendung finden könne, weil die Beweggründe Schultz' spätestens seit dem Jahre 1927 keine politischen gewesen seien, sondern daß „er aus Eigennutz und aus wirtschaftlichen Beweggründen sein Handeln fortgesetzt hat".[115] Alle Manöver nutzten nichts, auch Schultz mußte auf die Anklagebank.

Richard Großkopf wurde am 11. Januar 1935 vom VGH zusammen mit dem Mitangeklagten Karl Wiehn „wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung und mit Vergehen nach § 275 Ziffer 2" zu „einer Zuchthausstrafe von je neun Jahren, abzüglich je 20 Monate erlittener Untersuchungshaft" verurteilt.[116] Die Mitangeklagten Paul Eggert und Walter Benzmann wurden zu acht Jahren, Bruno Schultz zu sieben Jahren Zuchthausstrafe verurteilt. Das Verfahren gegen Anna Schlange und Sophie Bauer wurde eingestellt.

Aktivitäten der Paßfälscher nach der Festnahme von Großkopf

Am 20. Dezember 1933 hatte Giering triumphiert, „nunmehr in der Organisation der Passfälscher restlos Klarheit geschaffen" zu haben.[117] Auch wenn 1934 einzelne Festnahmen gelangen und Werkstätten sowie Lagerstellen ausgehoben wurden, durfte Giering lange Zeit weiterhin der Meinung sein, „restlose Klarheit geschaffen" zu haben. Daß er damit im Irrtum war, sollte sich später zeigen, als die Gestapo im Lagebericht für die Zeit vom 1. Oktober 1936 bis zum 31. Januar 1937 feststellen mußte, „daß die Annahme der Staatspolizei, sie hätte im Jahre 1934 die gesamte Paßfälscherorganisation zerschlagen, irrig gewesen ist". Man habe damals, heißt es im Bericht, zwar in doppelter Ausfertigung an zwei Stellen falsche Prägestempel, falsche Pässe, echte Paßformulare und andere Urkunden in großen Mengen erfaßt, unbekannt sei jedoch geblieben, „daß an einer dritten Stelle genau dieselbe Anzahl von falschen Papieren usw. lagerte, die auf jetzt ermitteltem Wege 1934 nach Saarbrücken und von da aus weiter an die internationalen Stellen, anscheinend nach Paris und Prag, befördert worden sind".[118] Man hatte eben nicht bemerkt, was Sauter in Zusammenarbeit mit Hentschke, Tygör und Quast besorgt hatte: den Abtransport von wichtigem Fälschermaterial nach Saarbrücken und von da aus nach Paris. Ohnmächtig mußte die Gestapo konstatieren, daß die Paßfälscher „ihre Tätigkeit seit 1934 vollständig in das Ausland verlegt" hatten.[119] Die Gestapo

114 Bericht vom 8. September 1934, ebd.
115 Anklageschrift, ebd., NJ 2844, Bd. 1.
116 Ebd., NJ 5891, Bd. 1.
117 Ebd., NJ 2844, Bd. 3.
118 Ebd., R 58/3046.
119 Ebd.

konnte das Vergangene rekonstruieren, ein direkter Zugriff freilich war ihr verwehrt. Sie war nun zu dem Schluß gelangt, daß nur ein international koordiniertes Vorgehen dem Treiben der Paßfälscher Einhalt gebieten könne, mußte sich aber eingestehen, daß „es Staaten gibt, mit denen eine politisch-polizeiliche Zusammenarbeit so gut wie unmöglich ist".[120] Selbst von den Polizeibehörden der USA und Kanadas war „trotz Anfrage bei den zuständigen Auslandsvertretungen nie eine brauchbare Antwort eingegangen".[121]

Gleichwohl sind die seit 1935 erzielten Erfolge der Gestapo bemerkenswert. Dazu gehört vor allem das Wissen um den Abtransport von Fälschermaterial im Februar und März 1934 von Berlin über Saarbrücken nach Paris. Dazu gehört auch, daß der Gestapo 1935 bekannt war, was das Politbüro der KPD 1934, die Abteilung „Papiere" betreffend, beschlossen hatte: Die Stempelherstellung sollte eingeschränkt oder ganz eingestellt werden. Der Stempelmacher Dühring, dessen Name im Beschluß nicht angegeben wird, sollte „der Partei zur Verfügung gestellt" werden. In Deutschland sollte nur noch eine Arbeitsstelle des Apparates existieren, die von einer Person (ebenfalls im Beschluß namentlich nicht erwähnt – „Frenger" nach den Erkenntnissen der Gestapo) geleitet werden sollte. Und schließlich sollte die Abteilung „Papiere" wegen Geldmangel personell verringert werden.[122]

Wonach die Gestapo Anfang 1934 vergeblich gesucht hatte, war ihr – wie oben schon erwähnt – im Oktober 1938 bekannt: Im Keller der Vulkanisieranstalt Giebel, Alexandrinenstraße 22a, wurde ein Reproduktionsapparat der Paßfälscherorganisation gefunden.[123]

Auch wenn die Gestapo die Decknamen von „Abel" (Quast) und „Wolf" (Tygör) nicht auflösen konnte, kam sie doch bei der Suche nach Personendaten ein Stück voran. Sie hatte schließlich erfahren, daß „Wolf" (alias „Borsch") früher verheiratet gewesen war,[124] seine Frau aber „sitzen" gelassen habe, diese aber weiterhin durch Geldsendungen unterstütze und angeblich ein Verhältnis mit Abels Frau unterhalte; daß „Wolf" 1933 im 4. Bezirk in einem Neubaublock eine eigene Wohnung gehabt habe, daß sein richtiger Vorname „Walter" sei und er „ca. 35 Jahre alt, hager und blond" sei sowie im Oberkiefer zwei Goldzähne habe. Man hatte ermittelt, daß „Abel" viele Jahre bei der

120 Ebd.

121 Ebd.

122 Ebd., R 58/3534.

123 Ebd. An ebendiese Adresse konnte sich Hentschke später, in den fünziger oder sechziger Jahren, erinnern (SAPMO-BArch, EA 2169). Allerdings waren die Erinnerungen von Heinz Hentschke nicht immer präzise. Falsch ist, daß es einem Genossen gelungen sei, „durch Tollkühnheit alle Materialien, die in der Ummantelung des Riesenfernrohres verborgen waren, vor dem Gestapomann nach draußen zu schaffen und sicherzustellen" und daß „unser Mann" aus der Sternwarte am folgenden Tage erschossen wurde.

124 Seine erste Frau, Elfriede Tygör, wurde vom VGH am 6. Juli 1944 zum Tode verurteilt und am 28. August 1944 hingerichtet (ebd., DY 30/IV 2/11 v. 2843). Die Anklageschrift vom 15. Februar 1944 enthält weitere Angaben zur Person: Elfriede Tygör, geborene Pilz, geboren am 10. März 1903, befand sich seit dem 4. Februar 1942 im KZ Ravensbrück. Elfriede Tygör war von 1926 bis 1933 bei der sowjetischen Handelsvertretung beschäftigt, ab 1935 bei der Preußischen Landespfandbriefanstalt. Sie heiratete 1925 den Schlosser Walter Tygör. Seit 1930 führte sie zusammen mit dem Mitangeklagten Plön einen gemeinsamen Haushalt (BArch, ZC 19351).

Firma Elsner als Farbätzer tätig gewesen war, daß seine frühere Frau in Lichtenberg verheiratet sei und er 32 bis 35 Jahre alt, schlank und etwa 175 cm groß sei und buschige Augenbrauen habe ...

„Nebenbei" erfuhr die Gestapo damals auch Näheres über die Funktionärsberatung der KPD im Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin. Die Beratung habe ursprünglich im Restaurant „Victoria" in Treptow stattfinden sollen, das Grundstück besitze einen Tanzsaal bzw. größeren Gesellschaftssaal. Die Sitzung in Ziegenhals habe aufgelöst werden müssen, weil Thälmann („wie häufig") „sehr laut in seinen Ausführungen" geworden sei, was einen in der Nähe des Lokals aufhältlichen SA-Mann „veranlasste, die Mauer zu erklimmen um zu horchen".[125]

Aufgrund der bis zum Großkopf-Prozeß und danach gewonnenen Erkenntnisse wurde eine umfangreiche Dokumentation über „Die Tätigkeit der kommunistischen Paßfälscher in Deutschland und ihre bisherige Bekämpfung im In- und Auslande" verfaßt; diese wurde, wie es auf dem Deckblatt heißt, „überreicht im September 1937" – was auch die Vermutung zuläßt, daß diese Dokumentation nicht ausschließlich von der Gestapo selbst erstellt, ihr vielmehr von außen „überreicht" wurde.

Die Kapitelüberschriften dieser Dokumentation lauten:

- Einleitung
- Geschichtliche Entwicklung des Abwehrkampfes gegen kommunistische Paßfälscherorganisationen in Deutschland
- Die Paßfälscherorganisationen der KP-Deutschlands
- Fälschermethoden des technischen Apparates
- Der Umfang der Paßfälschungen
- Nachrichten über die Tätigkeit und den Umfang von Paßfälscherorganisationen der kommunistischen Sektionen anderer Länder
- Schlußfolgerungen

Eine so detaillierte und sachkundige Darstellung kann nur ein „Insider" und Überläufer gemacht haben. Zu diesem Schluß zwingt auch der Satz: „Ein mehrere Jahre als Paßfälscher in der Leitung der deutschen Organisation der KP. tätig gewesener Kommunist schätzt, daß während seiner Mitarbeit rund 6000 Pässe und Ausweise fälschlich hergestellt oder verfälscht worden sind."[126]

Die Berichte der V-Leute „Gi. 3" und „Ra. 2" („Gi. 22") bzw. die diesen erteilten Aufträge belegen, daß der Gestapo auch V-Leute, „Insider" und Überläufer zuarbeiteten. Wie anders wäre zu erklären, daß „Ra. 2" sehr gut wußte, wie man an Henschke [korrekt: Hentschke] herankommen könnte, welche Fragen man ihm stellen und lieber nicht stellen sollte, um nicht Verdacht zu erregen: „Man müsste Henschke indessen in eine falsche Richtung ablenken."[127] Wie anders wäre zu erklären, daß „Ra. 2" der Auftrag erteilt wurde, die Identifizierung des „Wolf" über die geschiedene Frau Wiehns zu versuchen, wenn diese „Ra. 2" nicht von früher her persönlich bekannt gewesen wäre?

125 BArch, R 58/3534. Das überlieferte Dokument ist ohne Datum und Verfasser-, Absender- oder Empfängerdaten.
126 Ebd., R 58/3046.
127 Ebd., R 58/3534.

Wer verbirgt sich hinter den Decknamen „Gi. 3" und „Ra. 2"? Laut einem erhalten gebliebenen Verzeichnis von V-Leuten[128] war „Gi. 3" personengleich mit Grybowski, und „Ra. 2" (später „Gi. 22") personengleich mit Sauter. Sauter hatte 1935 die Seiten gewechselt und wurde ein Konfident der Gestapo.[129]

In seiner Eigenschaft als V-Mann richtete Sauter viel Unheil an, insbesondere beim Aufrollen des BB-Ressorts der KPD. Hinsichtlich der Paßfälscherorganisation freilich konnte er nur noch „aufklären", weniger zerstören. Sauter hatte ja einst selbst mitgeholfen, die Reste der Organisation dem Zugriff der Nazis zu entziehen.

Zuchthaus und Konzentrationslager

Im Anschluß an seine Verurteilung wurde Großkopf in das Zuchthaus Luckau eingeliefert; er kam im April 1937 ins Moorlager Papenburg, im September 1940 erneut ins Zuchthaus Luckau, und 1942, nach der am 3. Mai 1943 verbüßten Strafe, zunächst ins Gestapogefängnis Prinz-Albrecht-Straße, anschließend ins KZ Buchenwald.[130] Im Schutzhaftbefehl wurde Großkopf in die Stufe III eingruppiert. Das hieß: „Rückkehr unerwünscht". Mit der am 11. April 1945 erfolgten Selbstbefreiung der Häftlinge des KZ Buchenwald endete auch für Großkopf die Zeit der Haft.

Vergleichsweise ausführlich sind die Erinnerungen Richard Großkopfs an die Zuchthäuser und an das KZ, ausführlich auch die diesbezüglichen Darstellungen in den „Erinnerungen an Richard Großkopf".

Dagegen ist in allen mehr oder weniger langen nach 1945 aufgeschriebenen Erinnerungen, biographischen Skizzen und Lebensläufen über den Gebrauch, den die Gestapo von seinen Fachkenntnissen machte, nichts zu finden. Auch in den vom MfS angelegten Akten mit Basismaterial für die Anfertigung einer Großkopf-Biographie wird das Thema ausgespart – obgleich dafür die relevanten Akten in den Archiven der DDR, einschließlich des Archivs des MfS, benutzt wurden. Erwähnt wird in den „Erinnerungen an Richard Großkopf" nur, daß die Nationalsozialisten versucht hätten, Großkopf in Arbeiten zur Fälschung von Geldscheinen einzubeziehen und „zum Verrat zu bewegen".[131] Der tatsächliche Grund des Interesses am Fachmann Großkopf aber wird nicht benannt. Man wollte nicht, daß jemals publik würde, wie ein gefeierter Held des antifaschistischen Widerstands den Nazis „geholfen" haben könnte, wobei selbst diese Angst lächerlich war, denn Großkopf hat mit dem, was er tat, niemandem geschadet.

Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) brauchte den Paßfälscher Großkopf, um Voraussetzungen zur Herstellung fälschungssicherer Pässe zu schaffen. Der deutsche Reisepaß war nämlich, wie Kriminalrat Opitz auf einer vom Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes, SS-Gruppenführer Heydrich, eröffneten Arbeitstagung der Gestapo am

128 Ebd., ZC 7126, Bd. 3.

129 Zur Biographie von Adolf Sauter ausführlicher bei Siegfried Grundmann, Einsteins Akte. Wissenschaft und Politik. Einsteins Berliner Zeit. Mit einem Anhang über die FBI-Akte Einsteins, 2. Aufl., Berlin, Heidelberg und New York 2004, S. 621 ff.

130 SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/11/v. 2530.

131 Im Kampf bewährt (Anm. 8), S. 47.

28. Januar 1937 beklagte, „leicht zu fälschen, da er weder ein gedrucktes Geheimzeichen noch ein Wasserzeichen führt, nicht mit einer schwer zu beseitigenden Tinte geschrieben wird und nur mit Zwecken zusammengeheftet ist. Eine dringende Aufgabe ist es, einen Paß anzufertigen, dessen Fälschungsmöglichkeiten auf ein Minimum beschränkt sind."[132] „In Deutschland ist [...] der neue Staat dazu übergegangen, das gesamte Paß- und Ausweiswesen von Grund auf neu zu gestalten, und zugleich den Abwehrkampf gegen das politische Fälschungswesen bei der Geheimen Staatspolizei zu zentralisieren und so auf eine neue Basis zu stellen", wird in der Einleitung zu der 1937 erstellten Dokumentation „Die Tätigkeit der kommunistischen Paßfälscher in Deutschland" betont.[133]

Darum schrieb der stellvertretende Gestapochef Dr. Best am 15. April 1937 an den Reichsminister der Justiz:

„Auf das obige Schreiben erwidere ich ergebenst, daß mir viel daran gelegen ist, daß Großkopf in das Gefängnis des Geheimen Staatspolizeiamts vorübergehend eingeliefert wird. G.[roßkopf] ist viele Jahre technischer Leiter der Paßfälscherorganisation der KPD. gewesen. Da er, wie aus seiner letzten Befragung in Luckau geschlossen werden kann, bereit ist, Angaben über weitere kommunistische Paßfälschermethoden zu machten, ist beabsichtigt, ihn zu Versuchsarbeiten auf diesem Gebiet heranzuziehen. Insbesondere kommt es darauf an, die Mängel, die dem deutschen Reisepaß zurzeit anhaften, restlos zu erkennen und abzustellen, damit nach der beabsichtigten Ausgabe eines neuen Paßformulars eine totale Fälschung bezw. Verfälschung nicht mehr möglich ist."[134]

Der Antrag wurde genehmigt. So schnell, wie man sich das dachte, war die Arbeit aber nicht getan. Großkopf wurde längere Zeit gebraucht. In einem Schreiben der Gestapo vom 3. November 1937 an den Reichsanwalt beim VGH hieß es:

„Der Strafgefangene Großkopf [...] verfügt [...] nicht nur über hervorragende Kenntnisse der politischen Organisation der KPD., sondern auch über weitgehende technische Kenntnisse auf dem Gebiet der Paßfälschung. [...] Im Rahmen dieser Gesamtarbeiten ist es dringend erforderlich, sich auch alle Kenntnisse und Erfahrungen des Gegners nutzbar zu machen. [...] Ich bitte daher um Genehmigung, daß G.[roßkopf] noch bis zum 31. 12. [19]37 seine Strafe im hiesigen Polizeigefängnis verbüßt."[135]

Nicht vor (was man von korrekten Beamten eigentlich erwarten dürfte), sondern erst nach dem 31. Dezember 1937, am 12. Januar 1938, beantragte die Gestapo beim Reichsanwalt erneut eine Verlängerung:

„Da die Arbeiten zur Reorganisation des deutschen Paßwesens [...] unerwartet auf technische Schwierigkeiten gestoßen sind und die Ausschöpfung des Wissens und der Erfahrungen des ehemaligen technischen Leiters der kommunistischen Paßfälscherorganisation, des Strafgefangenen Richard Großkopf, demgemäß noch nicht beendet sind, hat sich die rechtzeitige Rücküberführung des Großkopf bis zum 31. 12. 1937 nicht durchführen lassen. In der Voraussetzung des dortigen Einverständnisses werde ich

132 BArch, ZC 20052, A. 13.
133 Ebd., R 58/3046.
134 Ebd., ZC 13817, Bd. 5.
135 Ebd.

G.[roßkopf] mit dem am 7. 2. 1938 von Berlin an Börgermoor am 8. 2. [19]38 abgehenden Sammeltransport[136] in Marsch setzen."[137]

Schließlich wurde ein nochmaliger Aufschub erbeten – und genehmigt:

„Unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 12. 1. 1938 betr. *Großkopf* teile ich ergebenst mit, daß die Arbeiten, zu denen der Strafgefangene *Großkopf* hier benötigt wird, noch nicht abgeschlossen werden konnten. [...] Ich bitte, sich daher ausnahmsweise damit einverstanden zu erklären, daß die Rückführung in das Strafgefangenenlager am 31. 3. [19]38 erfolgt."[138]

Großkopf muß ein exzellenter Kenner der Materie gewesen sein. Dabei hatte es noch im VGH-Urteil vom 11. Januar 1935 geheißen, Großkopf verfüge „über keine fachtechnischen Kenntnisse".

Anschließend kam Großkopf erneut ins Straflager Börgermoor und nach Verbüßung der Strafe ins KZ Buchenwald.

Keine Gnade fanden auch die anderen Verurteilten. Niemand kam nach Verbüßung seiner Strafe frei.

Bruno Schultz bildete dabei keine Ausnahme. Seine eilfertigen Bekenntnisse zur NS-Ideologie wurden nicht honoriert, Gnadengesuche erbarmungslos abgelehnt.[139] Er wurde am 4. März 1936 als gemeingefährlich und geisteskrank gemeldet.[140] Davon ließ sich die Gestapo nicht beeindrucken; die am 1. Juli 1936 gegebene Antwort war, daß Schultz simuliere.[141] Nur zeitweilig wurde er freigelassen – bis die Haftfähigkeit wiederhergestellt war. Dann wurde er wieder eingesperrt.

Am 16. Dezember 1941 lebte Benzmann noch. An diesem Tage verlangte die Gestapo vom ORA beim VGH, daß Schultz, Großkopf, Wiehn und Benzmann nach Strafverbüßung in „Schutzhaft" genommen würden.[142] Benzmann verstarb in der Haft.[143]

Der Gefangenenakte Karl Wiehns ist zu entnehmen, daß er in der Haft mißhandelt wurde.[144] Am 14. September 1935 klagte er über „gräßliche Schmerzen", entstanden durch am 13. Dezember 1935 im Untersuchungsgefängnis Moabit zugefügte Fußtritte in die linke Seite.[145] Seine Schwester Gertrud wollte die dringend notwendige Röntgenuntersuchung bezahlen. Der Antrag wurde am 28. Dezember 1935 abgelehnt. Im März 1936 wurde Wiehn in das Anstaltskrankenhaus eingeliefert. Besuche der Mutter

136 So im Original: „mit dem am 7. 2. 1938 von Berlin an Börgermoor am 8. 2. [19]38 abgehenden [...]"!
137 BArch, ZC 13817, Bd. 5.
138 Ebd.
139 Ebd., Bd. 8 (Sonderband Schultz, Gnadenheft).
140 Ebd., Bd. 4.
141 Ebd.
142 Ebd., Bd. 2.
143 Ebd., ZC 13820, A. 12.
144 BLHA, Rep. 29, pol. Nr. 1600.
145 In einem auf den 28. Juni 1945 datierten Lebenslauf heißt es dazu: „Am 13. 12. 1933 wurden wir nochmals zur Vernehmung und Gegenüberstellung nach der Gestapo, Prinz-Albrecht-Str. gebracht. Die Misshandlungen, den[en] wir hier ausgesetzt waren, übertrafen diejenigen vom Mai 1933 im ehemaligen Horst-Wessel-Haus. Wegen Transportunfähigkeit musste ich ein oder zwei Nächte in der Prinz-Albrecht-Strasse bleiben. Zwei Tritte in die linke Leibseite mit den Schuhspitzen hatten zur Folge, dass mein Körper 4–6 Tage jede Nahrungsaufnahme ablehnte." LAB, C Rep. 118-01, Nr. 10935.

und des Sohnes wurden ihm verweigert. Wiehn verbüßte die Zuchthausstrafe von neun Jahren im Zuchthaus Luckau. Nach Strafende wurde er am 8. August 1942 in das KZ Sachsenhausen eingeliefert. Er wurde 1945 zusammen mit vielen anderen Häftlingen auf den „Todesmarsch" in Richtung Mecklenburg geschickt und am 3. Mai 1945 von der Roten Armee befreit. Am 30. Mai 1945 war er wieder in Berlin.

Paul Eggert verbüßte seine achtjährige Zuchthausstrafe und anschließende „Schutzhaft" in den Zuchthäusern Brandenburg-Görden, Sonnenburg und Bayreuth sowie in den KZ Sachsenhausen, Küstrin und Buchenwald.[146] Am 11. April 1945 kam auch für ihn die Stunde der Befreiung.

Kohlberg, Quast und Tygör konnten die Nazis nicht verurteilen; sie waren geflohen.

Richard Quast emigrierte 1934 nach Frankreich und setzte dort anscheinend seine bisherige Tätigkeit fort. Er wurde 1939 verhaftet und im Lager Le Vernet interniert. Dort zog ersich ein schweres Leiden zu; ein Bein wurde amputiert. Danach emigrierte er nach Mexiko.[147] 1947 kehrte er nach Deutschland zurück.

Walter Tygör emigrierte zunächst nach Saarbrücken ins Saargebiet, wo er seine bisherige Tätigkeit ebenfalls fortsetzte. Nach dem Anschluß des Saargebietes an Deutschland ging er „mit einem Stab nach Paris und von dort nach Prag [...] Nach dem Einmarsch der deutschen Faschisten in die ČSSR[148] erhielt Genosse Tygör den Auftrag, nach England zu gehen, um dort mit dem Genossen Wilhelm Köhn[149] die Parteiarbeit fortzusetzen, 1940 wurde er in England interniert."[150] Eigenen Angaben zufolge war er von 1940 bis 1947 Leiter der Versuchsabteilung einer Maschinenfabrik in London. Als Wohnadressen während der Jahre 1934 bis 1947 gab er später an: Prag, Saarbrücken, Paris, Prag, London. Seine frühere Frau, von der er sich Anfang der dreißiger Jahre auch aus Gründen der Konspiration getrennt hatte, wurde am 28. August 1944 hingerichtet.[151]

Adolf Sauter wäre noch zu nennen. Er hatte, wie gesagt, 1935 die Fronten gewechselt und war von da an ein V-Mann der Gestapo, einer der „erfolgreichsten", die sie hatten, „erfolgreich" insbesondere bei der Zerschlagung des BB-Ressorts der KPD. Anfang der fünfziger Jahre soll er in enger Beziehung zum US-amerikanischen Geheimdienstmann Dallin gestanden und diesem zum Buch „Die Sowjetspionage" zugearbeitet haben, dabei namentlich zur Arbeitsweise der Berliner Paßfälscherorganisation,[152] was aufgrund der Menge von Mitteilungen sowie von Details, die sonst nur Sauter kannte, durchaus wahrscheinlich ist.

146 SAPMO-BArch, DY 55/V 278/4/115.
147 Ebd., DY 30/IV 2/11/v. 4714.
148 „ČSSR" in der zitierten Tygör-Beurteilung (o. D.). Richtig wäre: „ČSR".
149 Richtig wäre: Koenen.
150 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 2843.
151 Ebd.
152 BStU, MfS, AIM 5846/62, A, Bd. 1.

Nach 1945

Nach der Befreiung blieb Großkopf für einige Zeit in Thüringen. Er übernahm im Juli 1945 die Leitung der dortigen Betreuungsstelle für Opfer des Faschismus im Landesamt für Arbeit und Sozialfürsorge Thüringen.[153] 1946 wurde er beschuldigt, in eine Korruptionsaffäre verwickelt zu sein (Verschiebung von Zigaretten etc.). Großkopf wurde acht Tage inhaftiert und am 18. Februar 1946 aus der Partei ausgeschlossen.[154] „Voller Verzweiflung kehrte Richard im März 1947 nach Berlin zurück und wandte sich an das Zentralkomitee. Das Zentralkomitee hob den völlig ungerechtfertigten Beschluß des Sekretariats der Bezirksleitung Thüringen auf und delegierte ihn zur Arbeit in das Polizeipräsidium Berlin. Am 16. Mai 1946 nahm er dort seine Arbeit auf."[155] Großkopf wurde 1949 Leiter der Abteilung Paß- und Meldewesen in der Berliner Polizei.

Am 1. November 1951 schließlich wurde Großkopf Mitarbeiter des Außenpolitischen Nachrichtendienstes, später des Staatssekretariats für Staatssicherheit bzw. des MfS. „Er wurde als Stellvertreter des Leiters der Hauptabteilung IV und Leiter der 2. Abteilung eingesetzt", der Abteilung für Dokumentation.[156] Damit war er wieder dort, wo seine Laufbahn begonnen hatte: bei der Fälschung von Pässen. Die Abteilung „hatte die Aufgabe, die für die operative Arbeit erforderlichen Dokumente nachzuahmen und auszustellen".[157]

Ab Januar 1956 war auch der frühere Mitstreiter Karl Wiehn im gleichen Apparat tätig, als Oberleutnant im MfS Richard Großkopf unterstellt und „verantwortlich für die Dokumentation".[158]

Walter Tygör kehrte 1947 aus der Emigration zurück „und nahm eine Arbeit im Apparat des Zentralkomitees auf seinem alten Arbeitsgebiet wieder auf". Seit dieser Zeit, heißt es in einer Sekretariatsvorlage vom 22. November 1967, „ist Genosse Tygör in der Abteilung Verkehr tätig und erfüllte besonders vertrauliche Aufgaben".[159] Er war von 1947 bis 1967 politischer Mitarbeiter und Abteilungsinstrukteur im ZK der SED.

Wie Tygör kehrte auch Richard Quast 1947 aus der Emigration zurück. Und wie Tygör begann auch er sofort nach seiner Rückkehr eine Tätigkeit als politischer Mitarbeiter im ZK der SED – in der Abteilung „Verkehr".[160] Abteilung „Verkehr" – ein harmlos klingender Name, harmlos klingend wie die Namen der ZK-Abteilungen „Landwirtschaft", „Wissenschaft", „Bauwesen" usw. Tatsächlich hatte die Abteilung nachrichtendienstliche Aufgaben zu erfüllen, darunter, konspirativ tätigen Mitarbeitern falsche Pässe auszuhändigen – und eben da waren Tygör und Quast in ihrem Element. Die Abteilung war auch zuständig für die Aufrechterhaltung einer ständigen Verbindung

153 SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/11/v. 2530.
154 Ebd.
155 Im Kampf bewährt (Anm. 8), S. 70.
156 Ebd., S. 76.
157 Ebd. Darin wird auch vermerkt: „Dabei wußte Richard, daß die Nazis seit 1933 viel getan hatten, um das Paß- und Meldewesen zu vervollkommnen" – und verschwiegen, daß ihnen Großkopf dabei behilflich war.
158 BStU, MfS, KS 303/65, Bl. 174.
159 SAPMO-BArch, DY 30/IV /11/v. 2843.
160 Ebd., DY 30/IV 2/11/v. 4714.

zwischen dem ZK der SED (Kurierdienst)und den Parteivorständen der KPD und der SEW. Die Abteilung (zunächst „Abteilung Stahlmann", ab 1948 Abteilung „Verkehr") unterstand seit 1971 Erich Honecker. Unterlagen dieser Abteilung sind nicht überliefert, sondern liegen nur vereinzelt im archivierten Schriftgut anderer Abteilungen und Büros des ZK vor.

Beide, Tygör und Quast, belastete bis 1956 das Odium, in „westlicher Emigration" gewesen zu sein. Und noch eine Gemeinsamkeit hatten Tygör und Quast: Nach vielen Jahren der Illegalität und der Emigration war ihre Gesundheit ruiniert.

Laut einem 1945/46 von ihm selbst geschriebenen Lebenslauf ging Erwin Kohlberg 1936 nach Spanien. 1938 bis 1940 war er in den französischen Lagern Argeles und Gurs interniert; 1940 wurde er nach erfolgter Flucht „von den Deutschen festgenommen" und nach Berlin überführt; 1943 erfolgte seine Entlassung aus der „Schutzhaft". Die Aussetzung der gerichtlichen Verfolgung und die 1943 erfolgte Entlassung aus der „Schutzhaft" sowie belastende Aussagen von Mitgefangenen waren nach dem Kriegsende ein Grund permanenten Mißtrauens seitens der KPD bzw. SED. 1945 stellte er einen Antrag auf Anerkennung als Opfer des Faschismus; der Antrag wurde nicht befürwortet. Er selbst hatte in seinem am 19. Juni 1945 ausgefüllten Fragebogen Großkopf, Wiehn und Eggert nicht als Zeugen benannt, was man angesichts der früheren Zusammenarbeit hätte erwarten können. Im gleichen Jahre wurde er wegen vermuteter Zusammenarbeit mit der Gestapo aus der Partei ausgeschlossen. Am 21. Mai 1951 registrierte das Einwohnermeldeamt, daß Kohlberg „nach unbekanntem Aufenthalt abgemeldet",[161] was wohl nur heißen konnte, daß er in den Westen geflüchtet sei.

Hermann Dünow bekleidete nach 1945 Funktionen im Parteiapparat der SBZ bzw. DDR. Er war ab September 1946 Leiter der Presseabteilung der Deutschen Verwaltung des Innern (später: Hauptverwaltung der Volkspolizei [HDVP]), ab März 1948 Chefredakteur der Zeitschrift „Die Volkspolizei". 1949 wurde Dünow zum VP-Inspekteur in der HVDVP ernannt. Vom November 1950 bis Dezember 1953 absolvierte er ein Fernstudium an der Parteihochschule der SED. Am 21. Dezember 1952 erfolgte seine Ernennung zum Stellvertretenden Leiter der Politischen Verwaltung der Volkspolizei. Am 31. Dezember 1958 trat er aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand. Hermann Dünow starb am 28. September 1973.

Wenige Jahre nach ihm, am 16. März 1977, starb Richard Großkopf. Alleinerbe: der Staat.[162] Auf dem Friedhof der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde fand Großkopf seine letzte Ruhestätte.

161 LAB, C Rep 118-01, Nr. 6824.
162 BStU, MfS, KS 296/64.

Anlagen

1. *Aus dem „Schlussbericht in der Hochverratssache gegen Dünow und Gen." (BArch, ZC 8733, Bd. 3)*

Wie bereits eingangs erwähnt, stellt die kommunistische Passfälscherorganisation den eigentlichen Anfang des illegalen Apparates der K. P. D. dar. Den Entschluss, eine illegale Organisation für die systematische Herstellung von falschen Urkunden, Pässen usw. zu gründen, muss das Z.K. schon bald nach der Errichtung der Partei gefasst haben. Die Funktionäre, die aus Russland geschickt wurden, um hier organisatorisch am Aufbau der Partei mitzuarbeiten, benötigten zur Tarnung ihrer Person falsche Ausweispapiere. Später kam noch die Ausrüstung solcher Angehörigen der K. P. D. mit falschen Ausweispapieren hinzu, die wegen politischer Vergehen und Verbrechen von der Polizei gesucht wurden. Ebenso wurden falsche Ausweispapiere solchen Ausländern zur Verfügung gestellt, denen der Aufenthalt in Deutschland verboten war, sich aber trotzdem illegal hier aufhielten und im kommunistischen Sinne betätigten. Die Fälschungen selbst wurden in der 1. Zeit wohl hauptsächlich so ausgeführt, dass man richtige Pässe usw. von Genossen beschaffte und diese durch Einsetzen neuer Bilder für den dazu bestimmten Inhaber verfälschte. Der grosse Bedarf an falschen Papieren liess sich damit aber bald nicht mehr decken. Hinzu kam noch, dass bei der Aufdeckung solcher Fälle immer 2 Personen in Mitleidenschaft gezogen wurden, und zwar der alte und neue Inhaber der Ausweispapiere. Um diese Schwierigkeiten zu beheben, wurde in Erkenntnis all dieser Mängel etwa in den Jahren 1922/23 der Vorsatz zu vollkommenen fälschlichen Herstellung von Ausweispapieren gefasst.

2. *Aus dem VGH-Urteil vom 11. Januar 1935 (BArch, NJ 5891, Bd. 1)*

Das bei der Aushebung der Fälscherwerkstatt in der Kaiserallee Nr. 48 a am 28. November 1932 vorgefundene Material gewährt eine unmittelbare Anschauung hinsichtlich des Umfanges der Fälscherarbeiten und der den Fälschern zur Verfügung stehenden Hilfsmittel. In dem Arbeitsraum befand sich ein Kleiderschrank, der durch eingelegte Bretter in vier Fächer eingeteilt war und das gesamte Arbeitsmaterial aufnehmen konnte. U. a. befanden sich im obersten Fache des Schrankes, der in der Hauptverhandlung Gegenstand der Augenscheinseinnahme war, und dessen Inhalt von dem Zeugen Giering erläutert wurde, Flaschen mit Chemikalien, Tinte, einige Stempel und Stempelkissen, Wörterbücher, eine Anzahl von Briefhüllen mit Umschlägen und einzelnen Seiten deutscher Reisepässe. Das zweite Fach wurde durch zwei eingebaute Koffer ausgefüllt, die je 8 Schiebefächer mit in- und ausländischen Stempeln enthielten. Die Stempel waren in den Koffern nach Ländern geordnet und betrafen deutsche Konsulate im Ausland, den Grenzverkehr, Sichtvermerke und Aufenthaltsgenehmigungen. Ferner waren Stempel verschiedener Dienststellen des Polizeipräsidiums Berlin und auswärtiger Polizeiverwaltungen, sowie Stempel in- und ausländischer Standesämter, ausländischer Paßbehörden, Firmenstempel und Faksimiles vorhanden. Abdrucke dieser Stempel

sind von dem Polizeipräsidenten in Berlin am 3. Januar 1933 in einem Sonderdruck über die fünfte kommunistische Paßfälscherwerkstatt in Berlin veröffentlicht worden. In dem dritten und vierten Fache des Schrankes wurden u. a. Verzeichnisse der ausländischen Konsuln im Deutschen Reiche, Photogramme in- und ausländischer Pässe, Paßstempel, Ministerialerlasse über Paßwesen und Grenzverkehr vorgefunden. Verschiedene Ordnermappen enthielten zahlreiche gefälschte Geburtsurkunden, polizeiliche Führungszeugnisse, Schul- und Lehrzeugnisse, polizeiliche Meldeformulare und sonstige für die Beurkundung des Personenstandes wichtige Papiere. Insgesamt waren in dem Schrank vorhanden etwa:

1) 2109 Stempel (1504 Gummistempel, 485 Faksimilestempel, 40 Prägestempel),
2) 35 Pässe,
3) 680 lose Paßblätter,
4) 807 Paßphotographien,
5) 300 Urkunden,
6) 757 Gebührenmarken
7) 57 Steuerkarten,
8) 72 Quittungskarten,
9) 30 Arbeitsbücher und Arbeitsbescheinigungen,
10) 165 Zeugnisse,
11) 700 polizeiliche Formulare,
12) 650 Briefbogen verschiedener Firmen.

An der Innenseite der linken Schranktür war folgende Anweisung angeheftet, die nach Angabe des Angeklagten Wiehn der Funktionär „Petrie" entworfen hat:

„*Achtung!*
Anweisung zum Einarbeiten.

1) Auf Grund eigener Initiative Lehrarbeiten zusammenstellen und ausführen.
2) Durch eigenes Durcharbeiten des so viel vorhandenen Materials Dinge herausfinden, die man noch nicht gemacht hat und die unklar sind. Alle auftauchenden Fragen sofort notieren.
3) Im Cuvert „Laufende Lernarbeiten" finden sich immer Arbeiten, an denen man sich üben kann.
4) Auf neuen Kopien die belastenden Stellen entfernen, sortieren und einkleben. Verordnungen etc. beschneiden, sortieren und einkleben. Unklares zurücklassen.
5) Alle 3–4 Monate den Schrank von Grund auf gründlich aufräumen. Leitzordner auf evtl. übersehene belastende Stellen durchsehen.
6) Jedesmal, vor Verlassen des Zimmers sich davon überzeugen, ob der Schrank gut abgeschlossen ist und der Schrankschlüssel nicht mehr darin steckt. Dann sorgfältige Kontrolle des Fußbodens auf evtl. während der Arbeit heruntergefallene Papierschnipsel, Pauspapier etc. Auch unter Schränke und Betten nachsehen. Nach Betreten des Arbeitszimmers, also bei Arbeitsbeginn hinter sich immer sofort die Tür abriegeln. Diese Maßnahme darf nie unterlassen werden, auch dann nicht, wenn die Wirtsleute sich schon daran gewöhnt haben, daß man hinter geschlossener Tür arbeitet, da es täglich vorkommen kann, daß einer der Familienangehörigen

in Gedanken doch das Zimmer betreten will. Auch zu Besuch kommende Verwandte und Bekannte könnten unerwartet das Zimmer betreten wollen. Man achte darauf, daß der Türschlüssel vom Arbeitszimmer immer von der Zimmerseite aus im Schloß steckt, dann wird es nie passieren können, daß man in kritischen Situationen von draußen eingeschlossen werden kann. Beim Verlassen des Zimmers während der Arbeit öffne man die Tür nur soweit, daß man gerade hinaus kann, damit nicht evtl. in diesem Moment an der Tür vorbeikommende Personen in den offenen Schrank oder auf den Arbeitstisch sehen können. Schrank und Arbeitstisch sind bei Einzug gleich so aufzustellen (unter Berücksichtigung der Lichtverhältnisse), daß eine draußen stehende Person bei halb geöffneter Tür Schrank und Tisch nach Möglichkeit gar nicht sehen kann. Während der Arbeit muß der Arbeitende auf Klopf- und Klingelzeichen an der Wohnungstür acht geben und ohne die Arbeit gleich zu unterbrechen mit dem einen Ohr die Dinge verfolgen, die sich beim Öffnen der Wohnungstür draußen abspielen, um zu entscheiden, ob eine Unterbrechung der Arbeit evtl. notwendig ist oder sogar, das Arbeitsmaterial sofort geräuschlos eingepackt werden muß. Die unter 6 genannten Dinge müssen so sitzen, daß sie sozusagen im Schlaf selbst nicht vergessen werden.

7) Materialkästen in Ordnung halten."

[...] Einen ungefähren Anhalt für das täglich erledigte Arbeitspensum der Fälscher gibt die Aufstellung über die „Lehrarbeiten" und „produktiven Arbeiten", umfassend die Zeit vom 28. September bis 15. November 1932, die bei Aushebung der Fälscherwerkstatt auf dem Fensterbrett vorgefunden wurde, und von der der Angeklagte Wiehn behauptet, es sei ihm nicht bekannt, wer diese Aufstellung gemacht habe. Aus dieser Aufstellung ergibt sich beispielsweise, daß in der Zeit vom 6. September 1932 bis 8. Oktober 1932 folgende „Lehrarbeiten" gemacht worden sind:

Lagerarbeiten
Aufstellungen einordnen
bei Lehrarbeit 2 Gis gesetzt,
3 deutsche Bücher, Bilder und S. 3 ausgewechselt,
1 Bild mit 8 Gis. und Fakei ausgew.

An einem Tag, zum Beispiel den 26. September 1932, sind folgende „produktive Arbeiten" erledigt worden:

2 Melde-Kollektionen fertig gemacht,
1 Geburtsurkunde geschrieben,
1 Versicherungskarte ausgeschrieben,
1 Tschechen verlängert (Prag, Gis gesetzt),
2 Tschechen aus- und einreisen gesetzt
5 Tschechen die Bilder ausgewechselt.

In der Woche vom 20. bis 27. Oktober 1932 wurden z. B. folgende Arbeiten ausgeführt:

2 Meldekollektionen,
1 Tschechen ausgewechselt,
1 Schweizer, Basel, blanco ausgefüllt,
3 Deutsche gewechselt, 1 Seite 3 beschriftet,

3 Geburtsurkunden geschrieben und fertig gemacht,
1 Tschechen gewechselt,
1 Schweizer, Schaffhausen, bl. ausgeschrieben,
3 Geburtsurkunden geschrieben und fertig gemacht,
2 Deutsche gewechselt,
2 Geburtsurkunden gewechselt
1 Deutsche und 1 Tschechen gewechselt, [...]

Neben der in der Kaiser-Allee 48a ausgehobenen Fälscherwerkstatt müssen sich nach den Feststellungen und der Überzeugung der Polizei noch andere Werkstätten gleicher Art befinden, deren man bis heute noch nicht habhaft werden konnte. Außer diesen Werkstätten wurden sogenannte Lagerstätten eingerichtet, in denen man zur Fälschung notwendiges Material oder auch bereits fertiggestellte Falsifikate bereit hielt, um im Falle des Eingreifens der Polizei die Fälschertätigkeit in größerem Umfange fortsetzen zu können.

3. *David J. Dallin zur Arbeitsweise der Paßfälscherorganisation (David J. Dallin, Sowjetspionage. Prinzipien und Praktiken, Köln 1956, S. 117–119)*

Welch verwickelte Probleme bei der Arbeit eines Paßapparates auftauchen, kann man sich schwerlich vorstellen. Ein „guter" Paß muß den Inhaber gegen Fallen sichern und in jeder Beziehung auf seine Persönlichkeit zugeschnitten sein. Im Paßapparat pflegte man zu sagen, daß „ein guter Paß sitzen muß wie ein Anzug vom besten Maßschneider". Wenn ein westlicher Kommunist mit einem Paß auszustatten war, tauchte als erste Frage auf, welche Nationalität er annehmen sollte. Die Pässe mancher Länder wurden höher eingeschätzt als die anderer Länder: so wurde zum Beispiel die neutrale Schweiz bevorzugt, weil der Inhaber eines Schweizer Passes die meisten Grenzen Europas ohne Visum überschreiten konnte; dänische und schwedische Papiere waren ebenfalls gut, britische Pässe waren ausgezeichnet, konnten jedoch nur schwer gefälscht werden; polnische und baltische Pässe waren nicht sehr beliebt, da sie gewöhnlich den Argwohn der Polizei wachriefen, die hinter diesen Dokumenten irgend etwas Russisches witterte. Deutsche Kommunisten, die keine Fremdsprache kannten, bevorzugten saarländische Pässe, die Grenzübertritte ebenfalls erleichterten.

Ferner war wichtig zu wissen, welche Sprache der künftige Paßinhaber fließend beherrschte, da der gelungenste Paß für den Inhaber zur Falle werden konnte, wenn er nicht seine „Muttersprache" beherrschte. Ein angenommener Fall: der künftige Paßinhaber spricht Deutsch und soll einen in München ausgestellten Paß erhalten. Nach Hans Reiners, einem früheren Paßfachmann der Komintern, muß folgende Arbeit geleistet werden: Wir haben ein deutsches Paßblanko, das wir nun für den neugeborenen Herrn Müller aus München ausfüllen. Aber wir müssen natürlich daran denken, daß Herr Müller eines Tages wirklich nach München gehen und die Polizei seine Papiere genau überprüfen könnte. Welche Tinte benutzt man in München zur Ausstellung von Pässen? Wie heißt der Beamte, der den Paß ausstellt und unterschreibt? Unser Mann in München wird angewiesen, diese Einzelheiten herauszufinden und eine Unterschrift

des Polizeipräsidenten Schmidt zu beschaffen – und das ist keine leichte Sache. Bei der Eintragung des Ausgabedatums entsteht eine neue Schwierigkeit: wir müssen sichergehen, daß der Polizeipräsident an jenem Tag, an dem er unseren Paß „unterschrieb", nicht krank oder auf Urlaub war. Außerdem wird in einigen Ländern der Paß mit einem Gebührenstempel versehen, der ebenfalls gefälscht werden muß; das gleiche gilt für geklebte Gebührenmarken. Schließlich muß der Paß, um gültig zu werden, ein- oder zweimal gestempelt werden; das bereitet ebenfalls Kopfschmerzen. Stempel sind von Stadt zu Stadt verschieden und werden von Zeit zu Zeit aus wichtigen und unwichtigen Gründen geändert. Deshalb muß eine riesige Stempel- und Dienstsiegelsammlung aus Hunderten von Städten und Orten unterhalten werden.

Wenn diese Arbeiten beendet sind, hat die eigentliche Paßfälschung jedoch erst begonnen – der schwierigste Teil steht noch bevor. Müller kann nicht einfach mit einem Paß allein in die Welt hinausziehen: er muß alle entsprechenden Urkunden haben, die seine Identität bestätigen, wie z. B. Geburtsurkunde, Arbeitsbuch, Sozialversicherungskarte usw. Dieser Satz persönlicher Identifizierungspapiere wird die „Sammlung" genannt, und um eine vollständige Sammlung herstellen zu können, muß man Historiker, Geograph und Fachmann für Polizeifragen zugleich sein.

Wenn die Geburtsurkunde der „Sammlung Müller" zum Beispiel anzeigen soll, daß Herr Müller 1907 in Ulm geboren wurde, dann muß der Paßapparat wissen, welche Formulare für diese Bescheinigungen in dieser Stadt vor vier oder fünf Jahrzehnten benutzt wurden, welche Terminologie damals in Gebrauch war, welche Vornamen in diesem Teil Europas zu dieser Zeit beliebt waren und welche fremd klingen würden. Ivar hätte seltsam in Ulm oder München geklungen und Sepp wäre in Hamburg oder Kopenhagen aufgefallen. Die Hauptregel ist: macht ihn zu einer Durchschnittsfigur, zu einem unter Hunderten; gebt ihm keine besonderen Merkmale, die die Polizei, die Passanten, die Reisegefährten im Gedächtnis behalten könnten.

Schließlich kommt die Frage der Stempel und Siegel. Welche Stempel wurden zu jener Zeit an jenem Ort benutzt? Zeigte das Stadtwappen einen Löwen, einen Adler oder einen Bären? Man mußte die Heraldik kennen; entsprechende Fachbücher standen in unseren Schränken.

Der Paßapparat gab einem Kunden sehr selten eine Heiratsurkunde. Eine zweite Person in ein Untergrundunternehmen hineinzuziehen, wäre unklug gewesen, es sei denn, Mann und Frau hätten für eine bestimmte Aufgabe als Ehepaar auftreten müssen, etwa in der Stellung von Geschäftsinhabern, Wirtsleuten usw. Aber alle brauchten ein Arbeitsbuch, da die Polizei überall zuerst nach Arbeitsplatz und Stellung fragt. Es war ein Grundsatz, eine Person nie als Gehaltsempfänger oder Arbeiter zu bezeichnen, da in solchen Fällen eine einfache Nachfrage bei der angegebenen Firma oder dem eingetragenen Arbeitsplatz die Fälschungen aufgedeckt hätte. Hausierer, freier Journalist, Künstler, Schriftsteller sind die richtigen Berufe für den Untergrundarbeiter, da Leute mit solchen Berufen freizügig sind und über ihren Aufenthalt usw. niemandem Rechenschaft schulden.

Der Berliner Paßapparat fabrizierte von 1927–1932 jedes Jahr durchschnittlich 400 Sammlungen solcher Urkunden; ein Teil wurde in Reserve gehalten; rund 250 wurden jedes Jahr an andere Apparate geliefert. 1933 stieg der Bedarf natürlich erheblich.

Sobald die Sammlung fertiggestellt ist, muß eine weitere Vorsichtsmaßnahme getroffen werden. Wenn Herr Müller zum erstenmal über die Grenze geht, darf sein Paß nicht mehr neu aussehen. Wenn man einen Paß vorweist, der eine Reihe von Visa und Stempeln hat, aus denen hervorgeht, daß der Inhaber soundsooft über die Grenze gegangen ist und von den Behörden überprüft wurde, ist die Polizei weniger aufmerksam, als wenn man mit einem neuen Paß ankommt. Aus diesem Grund versah der Apparat den Paß mit einer Reihe falscher Stempel und Visa. Die damalige Reiseroute des angeblichen Reisenden wurde sorgfältig ausgearbeitet – jede Einzelheit hatte sich logisch in die „Legende" einzufügen, die der neue Paßinhaber auswendig lernen mußte.

Neben Pässen, die vollständige Fälschungen waren, verfügte der Apparat über einen großen Vorrat echter Pässe, die von den Polizeibehörden verschiedener Länder gekauft oder gestohlen worden waren. Diese echten Pässe waren entweder unausgefüllte („Blankos") oder bereits ausgefüllte Dokumente, wobei die Zentrale mit den Blankos sehr vorsichtig war. Die bereits ausgestellten Pässe mußten „verarztet" werden: die Photographie des ursprünglichen Besitzers war zu entfernen und durch eine andere zu ersetzen, wobei der Stempel, der über einen Teil der Photographie lief, nachgeahmt werden mußte. Der echte Paß war natürlich zuverlässiger, aber das „Verarzten" erforderte große Geschicklichkeit. Die zahlenmäßig beträchtliche Versorgung mit „Blankos" wurde auf verschiedene Weise aufrechterhalten [...].

4. *David J. Dallin über die Auflösung des Apparats der Paßfälscherorganisation (David J. Dallin, Die Sowjetspionage. Prinzipien und Praktiken, Köln 1956, S. 126)*

Die Leitung des Paßapparates beschloß, die Vorräte nach Saarbrücken zu verlegen, das zu dieser Zeit noch unter französischer Kontrolle stand. Im Jahre 1934, nach mehr als einem Jahrzehnt erfolgreicher Operationen in Berlin, wurden die Werkstätten, Werkzeuge und Reserven an Stempeln, Dienstsiegeln und Pässen in das Saargebiet verlegt. Um den Umzug zu ermöglichen, mußten die Gummiplatten der Stempel von den hölzernen Griffen abgelöst werden, damit sie in Koffern mit doppeltem Boden verpackt werden konnten; Dokumente und Dienstsiegel wurden in ausgehöhlten Tischbeinen versteckt, die eigens zu diesem Zweck angefertigt worden waren; Tinten verschiedenster Art wurden in Glasbehältern befördert, die man in Kommoden unterbrachte. Der Plan, alle beweglichen Einrichtungsgegenstände des Paßapparates kurzerhand als Umzugsgut in Möbelstücken versteckt zu transportieren, erwies sich jedoch als undurchführbar. Mitten im Umzug wurde beschlossen, einen Teil der Ladung in ein Versteck am Grenzübergang umzuleiten. Mit Hilfe eines kommunistischen Technikers, der in einem Steinbruch an der Grenze zur Saar beschäftigt war und die Gewohnheiten und Methoden der Zollbeamten kannte, wurde der Rest der Ausrüstung ungestört aus Deutschland herausgebracht. Mit dem Material waren auch einige Spezialisten nach Saarbrücken gekommen, wo sie die Arbeit wieder anlaufen ließen. Aber auch an der Saar wurden die Verhältnisse immer bedrohlicher. Der Einfluß der Nationalsozialisten wie ihre Spionagetätigkeit nahmen ständig zu, und eine baldige Besetzung des Gebietes durch Deutschland mußte als wahrscheinlich gelten. 1935 entschied sich die Saar durch eine Volksabstimmung für

die Rückkehr zu Deutschland. Moskau befahl, die gesamte Reserve an Pässen nach Rußland zu verlagern; andere Papiere und Stempel wurden nach Paris transportiert.

5. *Aus der Erklärung von Adolf Sauter im Prager Polizeigefängnis 1938 (BStU, MfS, AP 1034/60 sowie SV 1/81, Bd. 306)*

Etwa im Juli 1933 wurde ich zum Nachfolger des Leiters jenes Apparates bestimmt, der sich mit der Anfertigung von falschen Dokumenten befaßte, und zwar infolge Freiwerdens dieses Postens. Dieser Apparat gewährleistete und ermöglichte den Reiseverkehr aus dem Binnenland ins Hinterland, wenn das vom Besitz falscher Ausweispapiere abhängig war. In dieser Abteilung lernte ich die Polizeianmeldung und Paßangelegenheiten so ausführlich kennen, daß ich sagen kann, daß nicht einmal ein deutscher Polizeirevierbeamter sich so auskannte. Diesen Apparat leitete ich 12 Monate lang, und zwar bis Juni 1934. [...] Im Januar 1934 begann ein Techniker dieser Abteilung die Nerven zu verlieren. [...] Aus diesem Grunde und infolge finanzieller Schwierigkeiten mußte der gesamte Apparat umziehen. Das Auslandskomitee entschloß sich, ihn nach Saarbrücken zu verlegen. Den Transport organisierte ich teilweise selbst, teilweise tat dies ein Kamerad. Alle 8 Mitarbeiter einschließlich des Druckmaterials wurden nach Saarbrücken gebracht. An der Anfertigung von Dokumenten habe ich nicht gearbeitet, ich hatte nur für die Sicherheit zu sorgen.

6. *Aus den Aufzeichnungen des Mitangeklagten Walter Benzmann über die Verhörmethoden Gierings (BArch, ZC 13817)*

Verhaftung am Montag, den 27. Februar 1933 [...]

Sonnabend, den 22. April [19]33 morgens, der Stationsbeamte kommt. Schnell alle Sachen packen, sie werden sofort entlassen. Auf dem Wege vor dem Kassenzimmer stand Giering und noch 2 andere. Sagte: Benzmann, was? Du wirst jetzt was erleben.

Nach dem Überfall Auto. 3 Krim. 5 Uniform. Es geht jetzt nach deiner Heimat usw. Nach dem Bülow Platz, Grosser Torweg. Räume der Roten Fahne.

Die erste Misshandlung: Hinsetzen auf den Stuhl mit beiden Händen den Stuhl anfassen. G. nimmt einen Gummik. und schlägt über beide Schultern. Blut spritzt aus der Nase, auch etwas aus dem Mund. Ach du Hund blutest schon, es gibt noch viel viel mehr. Kopf hinten halten. Ein anderer: soll ich es schon der Presse geben. G. nein, man muss es immer so geben, dass es die beste Wirkung hat. [...]

Am Abend: war eben nach Einschluss und schon dunkel, G. mit noch 2 kommen in meine Zelle. Man loss, schnell fertig machen und mit, du sollst mal sehen, was wir jetzt aus dir machen. Sachen alle liegen lassen die siehst du doch nicht mehr wieder. [...] Frau Schlange muss mir von hinten betrachten. Ich durfte ihr nicht ansehen. Da hast du Paßf. den K. hingebracht.

Nebenzimmer geführt: Ausziehen los, die Lumpen dort auf den Haufen geworfen. [...] G. gab den Auftrag, die Gummiknüp. umzutauschen, die extra eingelegten

wollte er [...] Fasst in die Tasche, holt zwei Bilder mit Unterschrift, sagt: Wer ist das? Nie hatte ich sie gesehen. Wir werden es aus dir rausbringen, du kommst hier nicht mehr lebend raus. Passfälscher usw. sofort wurde auf mich eingeschlagen.

Schreckliche Misshandlung begann: Du Hund auf dir haben wir gewartet. Jahre lang sind wir hinter Dir hergelaufen und konnten Dir nicht fassen. Du kommst hier nicht mehr lebend raus. Unter alle möglichen anschuldigung wurde dauernd auf mich eingeschlagen.

Warum keine Religion: Du sollst sehen, wie Du hier beten wirst. Alleine hierwegen wurde ich eine lange Zeit geschlagen. Ich sagte sie: wenn es einen Gott gebe, wie sie sich ihn selbst denken, würde er niemals solche Ungerechtigkeit zulassen.

Wo hast du die Bilder vom Generalstaatsanwalt her: Willst du bekennen, wie du dabei gekommen bist. Wie bist d. zu deine Akten gekommen, willst du Hund uns das sagen, wir wissen längst alles, aber wir wollen es von dir hören. [...]

Vom Schlagen war ich schon ganz schwindlig geworden. Wurde mit Wasser begossen und musste trinken.

Dr. Adrian wird geholt [...] schlägt mir eine ganze weile mit der Faust immer ins Gesicht. Auch die anderen schlagen mit Gummik.

In langen Zeitabständen wird er noch ein paar Mal gehohlt und es wiederholt sich jedesmal dasselbe. Dreimal war er bestimmt da, vielleicht noch mehrmals. Vom Schlagen war ich schon ganz schwindlich. Wurde immer mit Wasser begossen und musste trinken.

Der bleibt weg hörte ich einmal wie ich wieder zu mir kam. [...] Drauf G. dann kommt er in die Heizung. Du in die Heizung kommst Du hast du verstanden. [...].

In mit Kacheln ausgelegte Klosett geschleppt, wurde mit kaltem Wasser abgewaschen, das Blut lief immer wieder. Konnte keine Hand mehr bewegen, es war alles wie tot. [...]

Lungenkriegsbeschädigt ist der Hund. Das Eiserne Kreuz hat er auch. Warum hast es nicht an, ich hätte es Dir schön abgerissen. [...]

Hast Du deine Frau noch was zu sagen was wir bestellen sollen, dann aber schnell. Tod schlagen wir dir Hund, jetzt wird Schluss gemacht mit Dir in die Heizung kommst du. [...] G. Stiess mit den Gummik. immer in die Zähne und im Gesicht, auch schlug er immer quer über beide Augen und sagte immer rauf da das er ne Judennase kriegt.

Alle drei wiederholten dauernd, hast Du deine Frau noch was zu sagen, du krigst sie nicht mehr zu sehen usw. Deine ganze Familie wird vernichtet. Es wurde wieder dauernd geschlagen. Ich dachte nur niemals bekommen meine Mörder von mir einen Auftrag an meine Frau. [...]

So was ist ja noch nicht dagewesen sagt G. Jetzt schlugen sie mich wieder völlig nieder. [...]

Im Laufe des anderen Tages wachte ich angekleidet auf der Pritsche liegend, den Mund voll geronnenes Blut in der Zelle auf. Es kam der Arzt [...] Ich bekomme Spritt und Baldrian, den ich nicht mochte. Der Arzt sagt, nehmen sie, nehmen sie, sonst halten sie es nicht aus. Der ganze Körper war schwarz und wurde mit Salbe eingerieben. [...]

Der Hülfskalfaktor musste meine Frau schreiben, auch Essen geben, weil ich selbst keinen Löffel halten konnte. Es lief dauernd noch Blut aus dem Munde. Später mussten

mir immer ein paar Mitgefangene zum Arzt schaffen. [...] Das erste mal musste mir ein Jude, der wegen Progromstimmungmachen verhaftet war, mitfreimachen im Arztnebenzimmer. Wie er meinen Körper sah, weinte er ganz laut.

Mitgefangener Kräuter, den nur ein Auge kaputt geschlagen war, führte mich am meisten mit. [...]

Blutsturtz die Nacht vom 26. Mai [...] Heuk sieht das Blut aus dem Munde läuft auf dem Gefängnishof und hohlt Dr. Schminke, der ebenfalls dort Gefangen sass und den Anstaltsarzt behülflich war. [...]

Nachdem ich Heuk die beiden Knochen gezeigt nahm er den grössten für sich zum Aufbewahren zum Termin sollte ich ihn verlangen. Den kleineren behielt ich selbst

Am Sonnabend d. 27. Mai, die beiden Giering-begleiter kommen in meine Zelle. Loss B. fertig machen jetzt gibts wieder Dampf. [...]

Am Bülowplatz wurde ich in die gleichen Räume wo G. sass geführt. [...] Giering mit Gruppenführer Ernst in der Tür und blieben beide drin stehen und sahen mich an. Sie gingen wieder zurück und machten die Tür wieder zu. Nach einer Weile kamen beide herein. G. sagte: Nah B. du bist wohl krank, daraus machen wir uns aber nichts und setzte sich auf seinen Platz.

Gruppf. Ernst tritt auf mich zu, na, du bist also diese Erbärmliche Kreatur [...]

Giering hatte ihm eingeblasen von Bilder, von Russenpass, von Hamburg, von Passfälschung usw. Er sagte willst Du jetzt auspacken aber schleunigst alles was du weisst. Bohrte dauernd mit den Knöcheln beider Hände in den Schläfen und sagte hier ein Nagel rin und da ein Nagel rin und dann das Gehirn so ordentlich durcheinander gerührt, das würde mich spass machen. Von Zeit zu Zeit schlug er mich viele Male mit der Faust auf den Kopf.

Giering sass lachend auf seinem Stuhl am Schreibtisch und sagte nur mal: ja hier bist Du in Händen von Nationalsozialisten. [...]

Am 9. Juni nach Moabit Unters. Gef. überführt. [...].

7. Aus der Gestapo-Notiz zur Ermordung von Alfred Kattner (BArch, ZC 20050, A. 1)

Gestapa. Abteilung III L. 8. Februar 1934 [...] Herrn Ministerialrat Diels [...] Betrifft: Ermordung des KPD-Angestellten Alfred Kattner [...] Erst im Sommer vor. Js. hatte sich Kattner soweit umgestellt, daß er nunmehr seine Kenntnisse über das Z.K. preisgab. Sie waren äusserst wichtig und bildeten die eigentliche Grundlage für die jetzt besonders erfolgreich einsetzende polizeiliche Tätigkeit. Die wichtigen Funde in Geheimräumen des Karl-Liebknecht-Hauses waren nicht zuletzt auf die Fingerzeige des Kattner zurückzuführen. [...] Bei der Aufhebung der Schutzhaft war von dem Gedanken ausgegangen worden, man könne den Versuch machen, durch Kattner wieder Anschluss an die Spitzenfunktionäre der illegalen KPD zu erhalten. Der Versuch mußte im Interesse des nationalsozialistischen Staates gewagt werden und gelang auch völlig. Kattner fand tatsächlich Anschluß an das illegale Z.K. Jetzt konnte die Staatspolizei nicht nur an das Z.K., sondern vor allem in den überaus wichtigen und bisher hervorragend getarnten Am-Apparat eindringen.

Wolfgang Abendroth – 2. Mai 1906 bis 15. September 1985

Ein intellektuelles Porträt*

Von Richard Albrecht

„Wolfgang Abendroth wurde am 2. Mai 1906 als Sohn eines Mittelschullehrers in Elberfeld (Wuppertal) geboren. Er besuchte das Realgymnasium Musterschule in Frankfurt am Main und studierte Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Tübingen, Münster und Frankfurt am Main, wo er 1930 die erste juristische Staatsprüfung ‚vollbefriedigend' bestand. Von 1930 bis 1933 arbeitete er als Gerichtsreferendar. Abendroth war als Sohn überzeugter Sozialdemokraten schon früh in der proletarischen Jugendbewegung tätig. Im November 1920 wurde er Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes (KJV), später auch der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), außerdem schloss er sich der Roten Hilfe an. Zugleich war er im Deutschen Freidenkerverband aktiv und als Mitglied der Bundesleitung des Bundes freier sozialistischer Jugend verantwortlich für die marxistische Erziehung einiger darin zusammengeschlossener Gruppen, die aus der bürgerlichen Jugendbewegung hervorgegangen waren. Nachdem er aus der KPD ausgeschlossen worden war, weil er den Kurs der KPD und die damit verbundene ‚Sozialfaschismustheorie' kritisiert hatte, schloss er sich 1928 der KP-Opposition an.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde Abendroth weitere juristische Arbeit untersagt. Politisch war er ab 1933 in verschiedenen illegalen Organisationen (KP-Opposition, Rote Hilfe, Neu Beginnen usw.) aktiv. 1935 promovierte er summa cum laude mit einer völkerrechtlichen Dissertation an der juristischen Fakultät Bern. Seine Dissertation, ‚Die völkerrechtliche Stellung der B-und C-Mandate', wurde Ende 1936 vom Verlag Marcus in Breslau veröffentlicht, jedoch kurz danach von der Gestapo beschlagnahmt. Im Oktober 1936 gelang es ihm, in einem Berliner Bankgeschäft eine Volontärstelle zu erhalten, im Februar 1937 aber wurde er von der Gestapo verhaftet und am 30. November desselben Jahres vom Oberlandesgericht Kassel zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in Luckau verbüßte. Nach seiner Entlassung im Juni 1941 zog Abendroth zu seinen Eltern in Potsdam-Babelsberg und arbeitete zunächst als Revisionsassistent bei einem Wirtschaftstreuhänder und Steuerberater, dann als Wirtschaftsjurist einer Außenhandelsfirma in Berlin. Seine Heirat mit Lisa Hörmeyer, die er unmittelbar nach seiner Entlassung in kommunistischen Studentenkreisen in Marburg

* Dr. phil. Friedrich-Martin Balzer (Marburg), StD a. D., gab mir freundlicherweise bibliographische Hinweise und übermittelte mir elektronisch einige schwer zugängliche Abendroth-Texte. Dr. rer. soc. W.-Ruth Albrecht (Bad Münstereifel) las dieses Manuskript vor Erstpublikation. Die Staatsgerichtshöfe, denen Wolfgang Abendroth angehörte, dem Bremischen 1949/63 und dem Hessischen 1959/63, bat ich um genaue Zeitdaten und Kopien der Urkunden. Dr. iur. Alfred Rinken (Präsident SGH Freie Hansestadt Bremen; o. Prof. an der Universität Bremen) gab mir Hinweise auf die Zusammensetzung und die Konfliktlinien dieses Gerichts 1951–1963. Antworten auf meine Anfragen erhielt ich weder aus Wiesbaden (Hessischer Staatsgerichtshof) noch aus Leipzig (PDS) und aus Rom („Critica Sociale").

an der Lahn kennengelernt hatte, konnte nicht stattfinden, weil er Anfang 1943 als ‚Bewährungssoldat' zur Strafdivision 999 eingezogen wurde. In Griechenland eingesetzt, desertierte er 1944 zur griechischen Widerstandsorganisation ELAS und wurde Oktober 1944 als britischer Kriegsgefangener nach Ägypten überführt. Im Gefangenenlager in der ägyptischen Wüste begann er mit politischer Schulungsarbeit, in der Absicht, Kader auszubilden und auf Verwaltungsarbeit vorzubereiten, die nach der Niederlage des Hitler-Regimes in Deutschland bevorstehen würde. Später wurde Abendroth ins Umerziehungslager Wilton Park Training Centre überbracht, wo ‚geeignet erscheinende Kriegsgefangene auf ihre Rückkehr nach Deutschland und die Mitarbeit am Aufbau der Demokratie vorbereitet wurden'.

Ende November 1946 wurde er aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und kehrte zu seinem letzten Wohnsitz in Deutschland, Potsdam, zurück und heiratete noch im gleichem Jahr Lisa Hörmeyer. Er wurde (geheimes) Mitglied der SPD.

Im Januar 1947 wurde Abendroth zum Richter beim Landgericht in Potsdam bestellt, wobei er zugleich in den Dienst des Justizministeriums der Mark Brandenburg eintrat, ab 1. April als Regierungsrat. Nach einer Assessorprüfung wurde er im Sommer 1947 von der Deutschen Justizverwaltung der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland als Oberjustizrat angestellt. Im September 1947 erfolgte dann die Ernennung zum Dozenten an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ende 1947 wurde er an die Universität Leipzig berufen und mit Wirkung vom 1. April 1948 zum Professor für Völkerrecht ernannt. Er blieb aber nicht lange an der Leipziger Universität, da er schon bald von der Friedrich-Schiller-Universität Jena berufen wurde. Im Oktober desselben Jahres 1948 erfolgte dort die Ernennung zum Professor für öffentliches Recht. Seine Professur in Jena sollte aber ebenfalls nur wenige Monate dauern. Da er immer weniger mit den politischen Entwicklungen in der sowjetischen Besatzungszone einverstanden war, verliess er im Dezember 1948, zusammen mit seiner Frau und seiner Tochter, Jena und zog in den Westen. Von dort schickte er dem Thüringer Minister für Volksbildung eine Rücktrittserklärung. Schon am 21. Dezember 1948 wurde Abendroth zum ordentlichen Professor für öffentliches Recht und Politik an der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven ernannt, im darauffolgenden Jahr wurde er zum ordentlichen Mitglied des Staatsgerichtshofs des Landes Bremen gewählt. Kaum zwei Jahre nach der Ernennung in Wilhelmshaven schließlich erfolgte, am 15. November 1950, die Ernennung zum Professor für wissenschaftliche Politik an der Philosophischen Fakultät der Philipps-Universität in Marburg. An dieser Universität sollte er bis zu seiner Emeritierung 1972 bleiben. In den Jahren 1959 bis 1963 war er außerdem Mitglied des Staatsgerichtshofs des Landes Hessen.

Zu den wichtigsten Publikationen Abendroths gehören ‚Die deutsche Gewerkschaften' (1954), ‚Bürokratischer Verwaltungsstaat und soziale Demokratie' (1955), ‚Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie' (1964), ‚Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung' (1965), ‚Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der Bundesrepublik' (1965) und ‚Das Grundgesetz. Eine Einführung in seine politischen Probleme' (1966). Daneben veröffentlichte er zahlreiche kleinere Beiträge in Sammelbänden, Zeitschriften und Zeitungen.

Abendroth war als Wissenschaftler und wegen seiner politischen Stellungnahmen in der Bundesrepublik immer umstritten, da der Marxismus in den Jahren des ‚kalten Krieges' als unvereinbar mit der parlamentarischen Demokratie galt. Für ihn aber waren die rechtsstaatlichen Grundrechte immer eine Voraussetzung für die Realisierung einer sozialistischen Gesellschaft und zugleich konnte er sich den Sozialismus nur im Zusammenhang mit einer Weiterentwicklung der Menschenrechte und der ‚bürgerlichen' Freiheiten vorstellen. Wolfgang Abendroth hatte gute Beziehungen zum Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), der Studentenorganisation der SPD, auch nachdem der SDS sich zum Marxismus bekannte und die SPD jede Verbindung mit der Studentenorganisation abgebrochen hatte. Daraufhin wurden er und einige andere Professoren vom Parteivorstand aufgefordert, ihre Unterstützung des SDS aufzugeben. Seine Ablehnung bedeutete den Ausschluss aus der SPD im Jahre 1961. Abendroth gehörte dann zu den Gründern des Sozialistischen Bundes, von dessen geschäftsführenden Vorstand er der erste Vorsitzende war. Zusammen mit Ernst Bloch, Ossip Flechtheim und Erich Kästner war er Ende der sechziger Jahre Mitglied des Kuratoriums der Kampagne für Demokratie und Abrüstung – Ostermarsch. Abendroth gilt als einer der wichtigsten Befürworter der studentischen Rebellion der sechziger Jahre, obwohl er nie mit revolutionären Bestrebungen einer (intellektuellen) Minderheit einverstanden war.

Nach seiner Emeritierung lehrte er an der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main." – Soweit der Personaleintrag in der unabhängigen Netzenzyklopädie „Wikipedia".[1]

Erinnerung(en)

Bisher habe ich keine Erinnerung an den „Marburger" Politikwissenschaftler Wolf(gang) Abendroth, der sich eher als wissenschaftlicher Politik(berat)er sah, gefunden, in der nicht persönliche Integrität, außergewöhnlicher Mut, außerordentliche Hilfsbereitschaft und äußerste Bescheidenheit dieser „Ausnahme in der linken Intelligenz"[2] hervorgehoben wurde: so etwa, als Abendroth 1957 in der Hochzeit des Kalten Krieges in Deutschland als verdammt unfreundlicher Zeuge in einem Prozeß gegen den ehemaligen Gewerkschaftsangestellten und angeblichen „Ostagenten" Dr. Viktor Agartz vor dem Bundesgerichtshof auftrat und durch seine Zeugenaussage mit zu dessen Freispruch beitrug – was den praktischen Dialektiker Abendroth freilich nicht hinderte, im Sinne kritischer Solidarität *nach* Einstellung des Gerichtsverfahrens den „politisch katastrophalen Fehler", nämlich eine Zeitschrift „durch den stalinistischen FDGB finanzieren zu lassen", öffentlich auszusprechen.[3] Ähnlich dialektisch und kritisch begründete Abendroth in einem Interview 1976 seinen öffentlichen Aufruf, zur Bundestagswahl

1 Siehe: http://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_Abendroth [10.7.2005].

2 Jakob Moneta, Ein marxistischer Intellektueller verwurzelt in der Arbeiterbewegung, in: Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Bio-bibliographische Beiträge. Hrsg. von Friedrich-Martin Balzer, Hans Manfred Bock und Uli Schöler, Opladen 2001 [künftig zitiert: Wissenschaftlicher Politiker], S. 201–211, hier S. 201.

3 Ebd., S. 209.

die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) zu wählen, nicht nur mit der nachhaltig vollzogenen gesellschaftlichen Integration der SPD, sah, als politischer Analytiker, durchaus ihre institutionenpolitische Marginalität, kritisierte schließlich auch ihre kritiklose Befürwortung von Maßnahmen zur Herrschaftssicherung der DDR-Führung – und hielt doch, weil er sich auf die ihm nach wie vor notwendige Entwicklung von Klassenbewußtsein junger Arbeiter, unterer und mittlerer Gewerkschaftsfunktionäre bezog, eine kommunistische politische Partei als praktisch „organisierendes Moment für das Klassenbewußtsein, für das politische Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse und der übrigen Randschichten der arbeitenden Bevölkerung in der Bundesrepublik" für erforderlich – auch wenn er selbst als „Veteran" der Arbeiterbewegung 1976 dieser politischen Partei als Mitglied nicht angehören wollte. Insofern zeigt auch dieses Interview: „Wolfgang Abendroth war einer der letzten aus jener Generation sozialistischer Wissenschaftler, die den Widerstand gegen das Naziregime überlebten und der Bedrohung durch den Stalinismus der Nachkriegszeit entkamen, ohne ihre einmal erarbeiteten politischen Ideale preiszugeben."[4]

Unter der Leitfrage: „Was bleibt?" schrieb Richard Löwenthal in seinem Nachruf 1985: „[...] was von ihm bleiben wird. Es ist ein ungleichmäßiges Bild. Das stärkste war und bleibt der Mut und die Integrität, der rastlose Einsatz eines seiner Idee und seinen Gesinnungsfreunden verhafteten Menschen. Das zweite ist wissenschaftliche Leistung, vor allem auf dem Gebiet des politischen Rechts und Verfassungsrechts, und die Leistung eines großen Lehrers [...] Ein drittes [...] war sein Gefühl für die Arbeiterbewegung und ihre Menschen [...]. Das Schwächste an ihm [...] war bei allem Einsatz [...] seine politische Wirkung. Aber ich habe mir sagen lassen, daß so etwas bei uns Intellektuellen vorkommen soll."[5]

Und in der Tat wurde zehn Jahre nach Abendroths Tod nüchtern bilanziert, daß sein „Einfluß auch zu seinen Lebzeiten lediglich auf sozialistisch orientierte Intellektuelle und Wissenschaftler beschränkt" blieb.[6]

Der Autor dieser biographischen Skizze konnte noch den „späten" Abendroth persönlich erfahren, weil er, damals frisch examinierter Sozialwissenschaftler „Mannheimer", also empiri(sti)scher Ausprägung, als Gast an seinem letzten Marburger Seminar zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Wintersemester 1971/72 teilnahm.

In diesem Zusammenhang erinnere ich einen so kundigen wie engagierten Hochschullehrer, der Studenten und Studentinnen motivieren und anleiten konnte, ohne sich ihnen anzubiedern, indem er Leistung(en) einforderte; ich erinnere einen politisch argumentierenden linken deutschen Professor, der in seinem Hauptseminar (damals entsprechend der konkret-historischen Situation) vor abenteuerlichen Linkseskapaden warnte, an den (vom ihm selbst in subkutaner Revierintonation beschworenen) Sozialtypus des „mittleren Funktionärs" in Gewerkschaft und Partei erinnerte und der mit bitterer Ironie zu Beginn des neuen Jahres (1972) jeden Seminarteilnehmer darum bat, einen „Druckkostenzuschuß" von zehn oder zwanzig Pfennigen pro vervielfältigtem Referat zu übernehmen.

4 Kurt Lenk, Zur politischen Soziologie bei Wolfgang Abendroth, ebd., S. 123–126, hier S. 124.
5 Richard Löwenthal, Erinnerungen an Wolfgang Abendroth, ebd., S. 195–200, hier S. 200.

Nachdem ich „mein" Seminarreferat über neuere Tendenzen der Widerstandsforschung gehalten hatte, bat mich Abendroth zum persönlichen Gespräch: Ich erinnere einen scharfgesichtigen Mittsechziger im Maßanzug mit kaum gelockerter Krawatte, schon leicht schwerhörig und mit schweren Augengläsern, der strategisch gezielt fragte und, auf der Ordinariencouch bequem liegend, mir erklärte, daß er, weil seine Entpflichtung als Hochschullehrer anstehe, darum keine Doktoranden mehr annehme; zugleich meinte Abendroth: daß er mit einem seiner Kollegen wegen der Annahme als Doktorand sprechen werde, ich mir also keine Sorgen machen müsse, zumal am Institut ein Tutor für Statistik und Methodenlehre gebraucht würde. Und als ich erwähnte, daß ich vor Jahren, im Sommer 1968, als politischer Referent des AStA der WH Mannheim einmal ihn und den Nationalökonomen Werner Hofmann – jeweils vergeblich – einzuladen versuchte, straffte sich Abendroth merklich und lud mich zur Teilnahme an einer Arbeitssitzung ein, auf der ich auch noch den Soziologen Heinz Maus als enzyklopädisch wirkenden Intellektuellen kennenlernen durfte.

Einer der Gründe, weshalb ich dann im Sommer(semester) 1972 kein Tutor in Marburg wurde, war die Mitteilung, daß ich ein Referendariat am 1. April 1972 in Pirmasens im Wasgau beginnen sollte, so daß ich nach Mannheim zurückkehrte. Wenige Tage vor Arbeitsaufnahme wurde ich von der rheinland-pfälzischen Bezirksregierung wieder ausgeladen. Später wurde auch diese Ausbildungsverhinderung entsprechend dem sogenannten Radikalenerlaß vom 28. Januar 1972 Berufsverbot genannt: Auch hier war, historisch-materialistisch gesehen, am Anfang die Tat: "First comes the act and then comes the word: first [the crime] is committed and then the language emerges to describe a phenomenon."[7]

Gegen das, was nicht nur so genannt wurde, sondern auch Ausbildungs- und/oder Berufsverbot war, hat sich der 1972 emeritierte Abendroth publizistisch kompromißlos engagiert. Und mehr noch: Soweit es ihm, der wieder in Frankfurt am Main in dem Haus, in dem er aufgewachsen war, lebte und als Gastdozent an der gewerkschaftsorientierten Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main tätig war, als nun (Hoch-)Betagtem, meist in Begleitung seiner Gattin, Dr. Lisa Abendroth, möglich war, reiste er auch in „die Provinz", um aufklärend zu agitieren und als Agitator aufzuklären: so beispielsweise 1979 zu einem Widerstandsvortrag in die Westpfalz nach Kaiserslautern, in das es uns (damals Berufsverbotene) verschlagen hatte.

Methodisches

Biographien sind keine Autobiographien. Sind diese vom Lebenden selbst, so sind jene von anderen über den, der lebt(e), geschrieben worden: „Gegenüber dem, den er aneignet und darstellt, macht sich der Biograf immer schuldig. Und gegenüber seinem lebenden Biografen muß jeder tote Biografend unschuldig bleiben – kann er sich doch diesen

6 Norman Paech, Wertewandel oder Strukturveränderung. Wolfgang Abendroths Stellung in der gegenwärtigen Demokratiedebatte, ebd., S. 109–122, hier S. 113 f.

7 Louis Irving Horowitz, Genocide and State Power, New Brunswick, N. J., und London 1980, S. 183.

weder aussuchen noch unmittelbar beeinflussen. Entsprechend schuldig macht sich jeder Biograf an seinem Objekt, auch wenn er dieses als Subjekt versteht, vorstellt und sich immer wieder an der Leitfrage abarbeitet, wie nämlich der andere ‚zu seiner Zeit mit dem Leben zurecht zu kommen versucht' (Werner Mittenzwei). Der Biograf kann sich nicht nur sein Subjekt als Objekt aussuchen, sondern [...] nach seinem eigenen Willen darstellen und nicht selten auch: stilisieren."[8]

Das gilt auch für eine kleine Form (oft auch Vorform einer „großen" Biographie) – ein wissenschaftlichen Ansprüchen genügendes Porträt, zumal dann, wenn es um ein intellektuelles Porträt eines (sowohl „akademischen" wie „proletarischen") Intellektuellen wie hier geht. Also es geht nicht um das unmittelbare, zuletzt auch eindringlich von ihm selbst 1976 nacherzählte Leben Wolfgang Abendroths. Vielmehr geht es hier um intellektuelle Texte von Wolfgang Abendroth.

Auffällig an den autobiographischen Texten Abendroths, wenn auch (zu) selten angemerkt, eine dreifache Besonderheit, deren tiefenhermeneutische Durchdringung und Deutung[9] durchaus versucht werden könnte: nämlich zum ersten, daß und warum Abendroth öffentlich über bestimmte persönliche (Destruktions-)Erfahrungen, vor allem die ihm von Gestapoverfolgern und -folterern nach seiner Festnahme zugefügten körperlichen und seelischen Verletzungen und Schmerzen, nicht sprach; zum zweiten Abendroths, was organisationelle Zusammenhänge betrifft, typischerweise vage Hinweise und Angaben, etwa zu seiner selbst noch im Nekrolog von Richard Löwenthal 1985 bestrittenen Zugehörigkeit zur illegalen Neu-Beginnen-Gruppe während des „Dritten Reiches"[10] oder zur Datierung seines SPD-Beitritts 1945/46. Und zum dritten schließlich die besonders in seiner letzten großen Erzählung (1976) auffällige Zurückstellung der eigenen Person und vor allem ihrer motivationalen Handlungsantriebe.

Diese letzte Besonderheit, ja Auffälligkeit objektivierend-intellektueller Darstellung beim eigenen Leben und Werk, die zunächst als Ausdruck des Grundsatzes: für die Arbeiterbewegung (und nicht von ihr) zu leben,[11] erscheint, bemerkte schon Abendroths bisher wichtigster (Teil-)Biograph, Uli Schöler: „Die Person tritt in den Hinter-, das Geschehen in den Vordergrund. Auf diesem Wege gehen aber vielfach auch Motivationen verloren, die möglicherweise [...] neue Erklärungskraft besitzen bzw. neue Erkenntnisprozesse in Gang setzen könnten."[12]

8 Richard Albrecht, Der militante Sozialdemokrat: Carlo Mierendorff 1897 bis 1943. Eine Biographie, Bonn und Berlin 1987, S. 231.

9 Vgl. Ulrich Oevermann, Die Methodologie einer „objektiven Hermeneutik" und ihre allgemeine forschungslogische Bedeutung in den Sozialwissenschaften, in: Interpretative Verfahren in den Sozial- und Textwissenschaften. Hrsg. von Hand-Georg Soeffner, Stuttgart 1979, S. 352–434; ders., Zur Sache. Die Bedeutung von Adornos methodologischem Selbstverständnis für die Begründung einer materialen soziologischen Strukturanalyse, in: Adorno-Konferenz. Hrsg. von Ludwig von Friedeburg und Jürgen Habermas, Frankfurt a. M. 1983, S. 234–289.

10 Vgl. Richard Löwenthal (Anm. 5), S. 196.

11 Wolfgang Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung. Gespräche. Aufgezeichnet und hrsg. von Barbara Dietrich und Joachim Perels, Frankfurt a. M. 1976, S. 14.

12 Uli Schöler, Wolfgang Abendroth – Fragen an einen politischen Lebensweg, in: Wissenschaftlicher Politiker, S. 11–46, hier S. 13. Auch Schölers Bewertung von Handlungen seines Biographenden post festum wäre sozialwissenschaftlich-hermeneutisch deutbar: auffällig etwa im Zusammenhang von Abendroths „Flucht aus der DDR" – gemeint aus der damaligen SBZ, denn als die DDR später, im Oktober 1949,

Da bisher – und gelegentlich auch mit voyeuristischem Unterton – Abendroths verschiedene Lebensstationen ausreichend biographisch vermessen wurden, wird in diesem intellektuellen Porträt methodisch anders verfahren: Hier geht es um Abendroth-Texte. Dies durchaus im Wissen um Abendroths politische Zentralerfahrung, nämlich die Niederlage der gesamten deutschen Arbeiterbewegung 1933 und seinen seitdem beharrlichen Versuch, ihre *beiden* Hauptflügel, den jeweils im Selbstverständnis reformistischen (SPD) und den revolutionären (KPD), durch aktive, zwischen beiden vermittelnde Zwischengruppen mit intellektuellen Protagonisten zur wie auch immer begrenzten und/oder punktuellen Zusammenarbeit („Aktionseinheit") zusammenzuführen und dazu vor allem mittlere Funktionärsgruppen in (Einzel-)Gewerkschaften, z. B. Metall, Holz und Druck, anzusprechen und zu mobilisieren. Es ist dies der biographische Hintergrund Abendroths als handelnder Person, deren Integrität wesentlich auf der Einlösung seines eigenen personalen Anspruchs, theoretische („akademische") Erkenntnis und praktische („proletarische") Erfahrung zu vermitteln, um so den in der Tat so grundlegenden wie unauflöslichen Widerspruch sowohl (in) der Organisations- als auch der Intellektuellenfrage als Ausdruck des klein zu haltenden Spannungsverhältnisses von subjektiver Menschlichkeit und objektiven Menschheitsinteressen begegnen zu können.

Im nächsten Hauptabschnitt geht es entsprechend Abendroths Hauptanliegen um zwei seiner „politischen" Texte, die auch intellektuell das ausdrücken könnten, was Hans Manfred Bock als Abendroth-Schüler und -Teilbiograph nicht nur als den Intellektuellen Abendroth, sondern auch als „historisch denkenden Politiker" vorstellte[13] – wobei Abendroth entsprechend seiner Überzeugung das „Zusammenfallen von Theorie und Praxis" in der Politik für möglich hielt und es ihm nicht um beliebige politologische Politikberatung, sondern immer um wissenschaftliche, also rational begründete und handlungsbezogene praktische Politik unter humansozialistischer Perspektive ging.[14]

Hier interessiert einmal Abendroths unmittelbar nach dem KPD-Verbot 1956 veröffentlichte Kritik des Verbotsurteils und seiner Konsequenzen. Und zum anderen Abendroths eigener „alternativer" Programmentwurf zum offiziellen Godesberger Programm

[Forts. von Anm. 12]
gegründet wurde, war Abendroth schon im Westen – Schölers Hinweis auf dessen „durchaus rationales" Verhalten (ebd., S. 24), als ob nicht die einfache Wertung zur Kennzeichnung ausgereicht hätte, was methodisch das Füllwort „durchaus" zum Explanandum macht. Dies um so mehr, weil der Autor im selben Text wenig später am Beispiel des Ausschlusses Abendroths aus der SPD (1961) zeigt, daß er durchaus hermeneutisch-kritisch argumentieren kann, wenn er darüber berichtet, daß „im Parteivorstand der SPD [...] ein mehrere hundert Seiten starkes [gemeint: umfassendes] Dossier" über Abendroth zusammengestellt wurde, „versehen mit einem Inhaltsverzeichnis, einem Vorwort, einem Literaturverzeichnis, einem umfangreichen Exzerptteil aus Schriften Abendroths, einem detaillierten Personen- und Sachregister und selbst einem Personenregister für die Exzerpte. [...] Jenseits dieses eher belustigenden Aspekts drückt sich darin [...] ein rationaler Kern aus: Die Akteure in der SPD-Parteiführung gingen erkennbar nicht davon aus, dass sich das Phänomen Abendroth bereits dadurch baldigst erledigen würde, dass hinter der Fassade des zwischenzeitlich zur Sozialdemokratie ‚Konvertierten' schon bald wieder der ursprüngliche, lupenreine Kommunist zum Vorschein kommen werde. Mit einem Kommunisten stalinistischer Prägung hätte man sich eine derartige Mühe nicht gemacht" (ebd., S. 34 f.).

13 Hans Manfred Bock, Ein unangepaßter Marxist im Kalten Krieg. Zur Stellung Wolfgang Abendroths in der Intellektuellengeschichte der Bundesrepublik, ebd., S. 216–267, hier S. 250.

14 Vgl. Hans Heinz Holz, Über das Besondere von wissenschaftlicher Politik, in: *Topos. Internationale Beiträge zur dialektischen Theorie,* Jg. 17 (2001), S. 131–136, hier S. 136.

der SPD, nämlich einer weniger den (seit Robert Michels bekannten) Oligarchisierungstendenzen ausgesetzten, stärker marxistisch orientierten SPD 1959. Im darauf folgenden Hauptabschnitt interessiert dann einmal zunächst die „Zeitdiagnose" (Karl Mannheim) und „Ortsbestimmung" (Helmut Schelsky) einer ideologiekritisch-gesamtgesellschaftlichen Analyse des politischen Wissenschaftlers Abendroth und seines Verständnisses von Politikwissenschaft als, so Abendroth 1967, bewußt praxisbezogener politischer Soziologie[15] und zum anderen seine 1979 veröffentlichte „Alten"-Bilanz, die sich auch als subjektbezogener Rückblick aufs eigene dreißigjährige Engagement in der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer 1949 erfolgten Gründung lesen läßt. – Die nachfolgend diskutierten vier Abendroth-Texte wurden auch bewußt unter dem Gesichtspunkt des historisch-chronologisches Fortschreitens, hier von 1956 bis 1979, ausgewählt.

Daß auch diese Auswahl wie überhaupt eine jede Selektion andere, keineswegs unwesentliche Seiten, Aspekte und Texte Wolfgang Abendroths ausblendet, ist so augenscheinlich wie unbestritten: vor allem Abendroths an Hermann Heller (1930) angelehnte besondere und wirksame Interpretation vom Staatscharakter der Bundesrepublik Deutschland als „demokratischer und sozialer Rechtsstaat"[16] geht über die Ambivalenzthese hinaus und hält Entwicklungspfade zur „sozialistischen Demokratie" offen. Insofern drückt auch Abendroths zuerst 1954 veröffentlichter Beitrag aus, was ihn seit seinem Eintritt in die organisierte Arbeiterbewegung in Deutschland zu Beginn der zwanziger Jahre bewegte und was der sozialdemokratische Intellektuelle Carlo Mierendorff zuerst 1922 und, solange das noch möglich war, beständig bis Anfang 1933 als Interesse der Arbeiterklasse an einer „sozialen, demokratischen Republik" so ausdrückte: „Nur in der Demokratie kann sich die *Massenkraft der organisierten Arbeiterschaft* wirtschaftlich und politisch frei *entfalten* und dadurch den *Kapitalismus* [...] *überwinden*. Die Arbeiterklasse hat daher ein *Lebensinteresse* [...] an dem planmäßigen *Ausbau des deutschen Staates* zu einer *sozialen, demokratischen Republik*."[17]

„[...] lieber im Dritten Reich ins Zuchthaus als in die Emigration [...]" Ein Leben in der deutschen Arbeiterbewegung

Anstatt erneut Wolfgang Abendroths grundlegende, sowohl den klassenbezogenen Kompromißcharakter als auch die Offenheit der Eigentumsfrage herausarbeitende Verfassungsrechtsinterpretation des Grundgesetzes nachzuzeichnen,[18] soll hier der im

15 Wolfgang Abendroth, Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie, Neuwied und Berlin 1967 [künftig zitiert: Antagonistische Gesellschaft], S. 9–13.

16 Ebd., S. 109–138.

17 Carlo Mierendorff, Arisches Kaiserreich oder Judenrepublik, Berlin [1922], S. 15; vgl. auch die annotierte Neuherausgabe durch Richard Albrecht, in: *IWK*, Jg. 40 (2004), H. 3, S. 321–337, hier S. 337.

18 Antagonistische Gesellschaft, S. 109–138; ders. und Barbara Dietrich, Chancen des Grundgesetzes, in: Alternativen der Opposition. Hrsg. von Friedrich Hitzer und Reinhard Opitz, Köln 1969, S. 87–104; Wolfgang Abendroth, Über die Bedeutung des Artikels 139 GG. Das Faschismus-Verbot des Grundgesetzes, in: ders. u. a., Antifaschistische Politik heute [...], Frankfurt a. M. 1975, S. 39–51; vgl. auch Peter Römer, Demokratie als inhaltliches Prinzip der gesamten Gesellschaft. Wolfgang Abendroths Beitrag zur Verteidigung demokratischer Positionen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Wissenschaftlicher

Sammelband „Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie" (1967) nächstfolgend wiederveröffentlichte Text des „Verfassungsrechtlers" zum „Problem der richterlichen Interpretation von Rechtsgrundsätzen der Verfassung im demokratischen Staat" am Beispiel des KPD-Verbots 1956 besprochen werden.[19] Insofern wird Abendroths auf ein „Minimum an sozialer Gerechtigkeit" bezogene Deutung des Grundgesetzartikels 20 (1), dem zufolge die Bundesrepublik Deutschland ein „demokratischer und sozialer Rechtsstaat" sei und diese Bestimmung durch die „Ewigkeitsgarantie" der Verfassung nicht aufgehoben werden dürfe, ebenso wie die von Abendroth entsprechend Art. 15 GG betonte Möglichkeit der „Vergesellschaftung" von „Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmittel" durch ihre „Überführung in Gemeineigentum"[20] vorausgesetzt, aber, obgleich meines Erachtens dringlich geboten,[21] hier nicht unter dem Aspekt von Rechtsstaatsideologie unterfütternden „Sozialstaatsillusionen" diskutiert.

In den bundesdeutschen fünfziger Jahren war Abendroth „loyaler Sozialdemokrat und Hochschullehrer", der sich auch fachpolitisch, z. B. als Politikwissenschaftler und Staatsrechtslehrer, in den entsprechenden Fachverbänden engagierte. In diesen Jahren erwarb Abendroth seine fachliche Reputation und begründete seinen Status als sich zur Arbeiterbewegung zurechnender Intellektueller auch trotz „fortgesetzter Marginalisierung"[22] in einem „erdrückenden und dem McCarthy-System in den USA durchaus vergleichbaren" gesellschaftlichen „Klima".[23] In diesen „kalten Zeiten" (Christian Geissler)[24] wird Abendroth denn auch als loyales SPD-Mitglied ehrenamtlicher Verfassungsrichter an den hessischen und bremischen Staatsgerichtshöfen (1949–1963 bzw. 1959–1963). Und doch engagierte sich Abendroth als Staatsrechtler aus Überzeugung gegen das fünf Jahre nach Verbotsantrag (1951) vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochene „formelle Verbot der KPD" (1956) im vollen Bewußtsein, daß dieses

[Forts. von Anm. 18]
Politiker, S. 49–72; ders., Geltung und Wirksamkeit verfassungsrechtlicher Normen. Nach fünfzig Jahren: Wolfgang Abendroths Sozialstaatsinterpretation, in: *Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung,* Jg. 15 (2004), H. 58, S. 8–29.

19 Antagonistische Gesellschaft, S. 139–174.

20 Peter Römer, Geltung und Wirksamkeit verfassungsrechtlicher Normen (Anm. 18), S. 16 f.

21 Siehe auch Richard Albrecht, StaatsRache. Justiz-kritische Beiträge gegen die Dummheit im deutschen Recht(ssystem), München 2005.

22 Hans Manfred Bock, Ein unangepaßter Marxist im Kalten Krieg (Anm. 13), S. 227–229.

23 Wolfgang Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung (Anm. 11), S. 216.

24 In der Rückschau erinnerte Wolfgang Abendroth, Haben wir „Alten" noch etwas zu sagen? Sind wir „zornig"?, in: Die zornigen alten Männer. Hrsg. von Axel Eggebrecht, Reinbek bei Hamburg 1979, S. 143–164, als 73jähriger und ohne jede Altersharmonisierungstendenz diese Jahre so: „Die wenigen Gegner des Dritten Reiches und seiner NSDAP, die an die Hochschulen als Lehrer gelangt waren, konnte man vor der Studentenbewegung in ganz Westdeutschland und West-Berlin an wenigen Händen abzählen. Wer nicht in die NSDAP gelangt war, hatte in dubio sein Studium erst nach 1945 begonnen. Die wenigen Hitler-Feinde (ob sie aus der Emigration, ob sie aus innerdeutschen Widerstandsgruppen kamen), die (meist noch vor der Konstituierung der Bundesrepublik und dem vollen Triumph der Restauration) mehr oder minder zufällig (systematische Versuche, die nach 1933 emigrierten deutschen Gelehrten zurückzugewinnen, hat es bekanntlich kaum gegeben) Lehrstühle erhalten hatten oder [...] – in der kurzen Zwischenperiode nach 1945 bis zur Zeit der restaurativen neuen Gleichschaltung des Denkens zu kritischen Fragestellungen gekommen waren, waren in ihren Fakultäten meist isoliert und machtlos. Sie hatten im wesentlichen nach Meinung ihrer Kollegen nur die Funktion, gleichsam als Visitenkarte angeblicher ‚Freiheit wissenschaftlicher Diskussion' gegenüber der ausländischen wissenschaftlichen Welt zu dienen."

die Kommunistische Partei Deutschlands als „Organisation traf, die zu den Arbeitermassen keinerlei Verbindung mehr hatte und im großen und ganzen nur noch fiktiv bestand".[25] Das Verbot der KPD sah Abendroth ähnlich wie die „austromarxistische" Sozialpsychologin Marie Jahoda in ihren kritischen Hinweisen zum angstverbreitenden Zwangskonformismus der Unterdrückungspolitik jenes US-„Senator[s] Amok" (Gerhart Eisler) der Jahre 1952 bis 1959[26] in nachhaltigen, die gesamte demokratische und sozialistische Linke zersetzenden (Straf-)Verfolgungsmaßnahmen des „repressiven Staatsapparats" (Louis Althusser) einerseits und andererseits in der Blockierung innersozialistisch notwendiger Kritik an Stalinisten im allgemeinen und der „katastrophalen Politik der Ulbricht-Gruppe" im besonderen.[27]

Wolfgang Abendroths Aufsatz „Das KPD-Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts. Ein Beitrag zum Problem der richterlichen Interpretation von Rechtsgrundsätzen der Verfassung im demokratischen Staat" wurde Anfang 1957 abgeschlossen und erschien zuerst in der „Zeitschrift für Politik".[28] In seiner „Urteilsschelte" kritisiert Abendroth vor allem die Verbotsbegründung politisch und die Berufsrichter des Bundesverfassungsgericht erstens als Protagonisten einer dummdeutschen Ideologie der Ideologielosigkeit, die sich nicht scheuten, durch ihren Verbotsentscheid vom 17. August 1956 sowohl die KPD auf eine Stufe mit der bereits am 3. Oktober 1952 verbotenen Sozialistischen Deutschen Reichspartei (SRP) zu stellen als auch zweitens entsprechend ihrer verblendeten Mittelstandsideologie[29] jedes Bekenntnis zu einer ihnen unverständlichen „wissenschaftlichen Lehre" (nämlich der „Theorie des Marxismus-Leninismus") für verfassungswidrig zu erklären.[30] Drittens betont der politisch argumentierende Staatsrechtler Abendroth, daß die KPD-Verbotsurteilsbegründung sowohl weitere Renazifizierung ideologisch rechtfertigt als auch ermutigt, gegen den „Staatsfeind Nr. 1" nun erneut das praktisch anzuwenden, was im „Dritten Reich" schon gegen die KPD ausgiebig praktiziert wurde.[31] Viertens weist Abendroth nach, daß „hier erneut Fachjuristen zu Fehlaussagen gelangen, wenn sie glauben, ohne spezielle sozialgeschichtliche und sozialwissenschaftliche Analyse einen Tatbestand, der seiner Natur nach politisch ist, beurteilen zu können".[32] Denn das KPD-Verbot 1956 war, so Abendroths

25 Antagonistische Gesellschaft, S. 385.

26 Vgl. Marie Jahoda, Sozialpsychologie der Politik und Kultur. Ausgewählte Schriften. Hrsg. und eingel. von Christian Fleck, Graz und Wien 1994.

27 Uli Schöler (Anm. 12), S. 36 f.

28 Jg. 3 (1956), H. 4, S. 305–327.

29 Vgl. jetzt engagiert und aktuell Richard Albrecht, StaatsRache (Anm. 21).

30 Antagonistische Gesellschaft, S. 139–174. – Beide Verbotsurteile in: Deutschland-Dokumentation 1945–2004 [Elektronische Ressource]. D-Dok. Politik, Recht, Wirtschaft und Soziales. Hrsg. von Hans Georg Lehmann, Bonn 2004.

31 Antagonistische Gesellschaft, S. 140–141. – Ernst Bloch, Zum Verbot der KPD in der BRD, in: *Aufbau*, Jg. 12 (1956), S. 754 (wieder in: Vaters Land und Mutters Erde. Hrsg. von Klaus Wagenbach, Berlin 1979, S. 161), sprach in seiner öffentlichen Erklärung zum KPD-Verbot von der „Schwelle zu einem anderen 1933".

32 Antagonistische Gesellschaft, S. 158. – Wie seit Ende der 1960er Jahre anhand sozialwissenschaftlich orientierter Zeitgeschichtsschreibung, die sich als „Sozialgeschichte" selbst versteht, nachweisbar, gilt, ausweislich von Veröffentlichungen sowohl der Mommsen-Brüder als auch eines dritten sozialdemokratischen Kernideologen, der Umkehrschluß auch nicht. So kommt Heinrich August Winklers mehrbändige Darstellung (1984 ff.) über „Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik" ohne

Kernargument, ebensowenig politisch notwendig wie der Verbotsantrag 1951 in der öffentlichen Meinung berechtigt war.[33] Und über die „ernste Gefahr, daß die Bindung der politischen Parteien an die freiheitliche demokratische Grundordnung zur Unterdrückung mißliebiger Parteien ausgenutzt werde und sich daher selbst im Sinne einer Gefährdung des demokratischen Staatsgedankens auswirken könne",[34] führt Abendroth grundlegend zum Grundgesetz als demokratischer Verfassung so allgemein wie zutreffend aus:

„Das Grundgesetz will – wie Art. 20 ausweist – eine demokratische Verfassungsordnung geben. In einer Demokratie gehen aber Verfassungsgrundentscheidungen vom Volk und nicht vom Juristenstande aus. Deshalb sind Verfassungsgerichte nicht legitimiert, die Verfassung durch ‚Entfaltung' inhaltlich zu ändern. Sie haben das bestehende Normensystem zu respektieren, soweit es nicht eindeutig mit Verfassungsnormen kollidiert. Sie dürfen auch nicht unternehmen, den Spielraum zur Entfaltung des politischen Lebens und der Rechtsentwicklung, der durch den weiten Rahmen von bloßen Verfassungsgrundsätzen geboten wird, durch ihre eigene subjektive Wertung einzuschränken und diese Verfassungsgrundsätze zu ‚konkretisieren'. Es ist vielmehr das Wesen derartiger Verfassungsgrundsätze, einerseits ein durchaus konkret bestimmbares Minimum an unmittelbar anwendbarem Inhalt zu bieten, andererseits aber vor allem einen breiten Raum zu lassen, dessen Ausfüllung den politischen Kräften – nicht aber den Gerichten – vorbehalten bleibt, die durch die Verfassungsordnung zur Mitwirkung berufen werden."[35]

Wolfgang Abendroth hat seinen alternativen „Programmentwurf 1959" im Haupttitel „Aufgaben und Ziele der deutschen Sozialdemokratie" genannt.[36] Der bewußt knapp und verständlich angelegte Text wurde als Diskussionsbeitrag in der SPD vor

[Forts. von Anm. 32]
Primärliteratur aus; Wolfgang J. Mommsens Darstellung des Ersten Weltkriegs (Der Erste Weltkrieg. Anfang vom Ende des bürgerlichen Zeitalters, Frankfurt a. M. 2004) erwähnt nicht einmal den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts im Osmanischen Reich, den Genozid an den Armeniern. Und „grand old historian" (*Süddeutsche Zeitung* vom 24. Januar 1995, S. 14) Hans Mommsen präsentiert uns in seiner Darstellung Ferdinand Lassalles (Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Freiburg i. Br. 1969, Bd. 3, S. 1332–1373) denselben Text einmal als kommunistisch (nämlich Karl Friedrich Brockschmidts Frankfurter Dissertation von 1929/30) und einmal als nichtkommunistisch (nämlich die unter [s]einem Pseudonym erschienene Buchausgabe von 1931; 2. Aufl. 1975). Daraus folgt, daß Hans Mommsen (S. 1371 f.) weder die beiden Texte noch relevante wissenschaftliche Sekundärliteratur kannte. Erich Matthias, Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg, in: Marxismus-Studien. Hrsg. von Iring Fetscher, 2. Folge, Tübingen 1957, S. 151–197, vermerkte bereits, hier S. 155, daß es sich um ein und denselben Text und Autor handelt. Auch der historisch arbeitende politische Wissenschaftler Abendroth bezog sich mehrfach auf die Studie des Karl-Korsch-„Schülers" bzw. „Korschisten" Brockschmidt; siehe Antagonistische Gesellschaft, S. 367, 372; ders., Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Das Problem der Zweckentfremdung einer politischen Partei durch die Anpassungstendenzen von Institutionen an vorgegebene Machtverhältnisse, Frankfurt a. M. 1964, S. 143 f., Anm. 62; dort der richtige Hinweis: „K.-F. Brockschmidt [= Kurt Brandis], Die deutsche Sozialdemokratie bis zum Fall des Sozialistengesetzes, Diss. phil., Frankfurt a. M. [bzw. Leipzig 1931]".

33 Antagonistische Gesellschaft, S. 139, 141.

34 Ebd., S. 169.

35 Ebd., S. 171.

36 Ebd., S. 407–428; vgl. Alternativentwurf von Wolfgang Abendroth zum Godesberger Programm der SPD, in: Partei der Arbeitnehmerklasse oder Volkspartei. Mit einer Einführung von Ekkehard Lieberam und Herbert Münchow, Leipzig 2000.

dem Godesberger Parteitag veröffentlicht und ist im Selbstverständnis eine marxistisch bestimmte Gegenposition, die einerseits aus allgemeinen sozialistischen Zielen heraus und allgemeiner Lageanalyse damaliger kapitalistischer Entwicklung konkrete Aufgaben der SPD zu Beginn der sechziger Jahre in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt und die Diskussionen um Aufgaben und Ziele immer auch als Bestandteil von (als Erziehung verstandener) Bewußtseinsentwicklung der Handelnden begreift.

Ausgehend von dem, was später bündig „Monopolkapitalismus" genannt wurde, verweist der Autor im Rahmenteil[37] auf Monopolisierung von Produktionsmitteln, gesteigerte menschliche Arbeitsproduktivität und ihre privaterwerbswirtschaftliche Aneignung durch gesellschaftliche Minderheiten. Zugleich verweist Abendroth schon auf die zunehmende Rolle des bürgerlichen Staates durch „Verschmelzung der Staatsgewalt" mit finanzkapitalistischen Interessen besonders im Bereich kriegsvorbreitender Rüstungsökonomie(n). Dieser einleitenden traditionellen marxistischen Interessenstruktur- und Entwicklungsrichtungsanalyse folgen vier etwa gleichlange Abschnitte: „Staat und Recht",[38] „Wirtschaft und Sozialpolitik",[39] „Kulturpolitik"[40] und „Außenpolitik"[41]. Auffällig dabei, daß erstens „Außenpolitik" sowohl der letzte als auch letztlich der kürzeste Abschnitt ist, daß zweitens der erste Hauptabschnitt „Staat und Recht" noch vor „Wirtschaft und Sozialpolitik" steht und daß drittens der diesem folgende Abschnitt „Kulturpolitik" nahezu gleichlang wie dieser ist; er behandelt Bildung, Schule, schulische Erziehung, Studium, Lehrerausbildung, Wissenschaft und Forschung, Sozialwissenschaften, Wissenschaftsfreiheit, Presse, Zeitschriften- und Volksbildungswesen und fordert auch „die konsequente Trennung von Staat und Kirche" und das individuelle „Recht auf Bildung zur Voraussetzung der Steigerung des kulturellen und auch des ökonomischen Niveaus des Volkes".[42]

Im den Abschnitt „Außenpolitik" beendenden programmatischen Ausblick heißt es abschließend:

„Für die Sozialdemokratie bilden [...] Außenpolitik und Innenpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Kulturpolitik eine untrennbare Einheit. Sie erzieht durch ihren politischen Kampf die Arbeitnehmer, deren politische Partei sie ist, zur Erkenntnis ihrer Interessen. Indem sie diese Interessen bewußt macht, vertritt sie auch die Lebensansprüche aller anderen Schichten des Volkes, die unter der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung leiden. Indem sie für eine sozialistische Gesellschaft, für die Aufhebung der Klassen ringt, zeigt sie der durch den Atomkrieg bedrohten Welt die einzige Alternative zum drohenden Untergang der zivilisierten Menschheit in die Barbarei: die internationale Solidarität der arbeitenden Bevölkerung beim gemeinsamen Aufbau einer friedlichen Welt des Wohlstands aller Völker."[43]

37 Antagonistische Gesellschaft, S. 407–411.
38 Ebd., S. 411–416.
39 Ebd., S. 416–420.
40 Ebd., S. 420–425.
41 Ebd., S. 425–428.
42 Ebd., S. 424.
43 Ebd., S. 428.

Der nun 53jährige Programmautor Wolfgang Abendroth, damals im SPD-Parteijargon als „Abendröte" verspottet, wurde 1959 (wie gut fünfzig Jahre vor ihm Robert Michels in Marburg) nicht einmal zum Parteitagsdelegierten gewählt. Es mag sein, daß das mehrheitlich angenommene Godesberger Programm der SPD mit der volksparteilichen Ausrichtung – „weit rechts vom Ahlener Programm der CDU von 1947" – „zu einer tiefen inneren Abwendung Abendroths von der SPD" führte.[44] Wie Uli Schöler jedoch selbst durch bisher unveröffentlichte Texte und Briefe, in denen Abendroth (1959/61) auch sozialpsychologisch zugunsten „der jungen Genossen" und ihrer politischen „Fehler" argumentiert, belegen konnte,[45] erfolgte Abendroths mit neostalinistischen Methoden betriebener Parteiausschluß aus einer SPD, in der er anderthalb Jahrzehnte lang aktiv und loyal politisch arbeitete, erst im November 1961.

„Nach der Annahme des Godesberger Programms (1959) und nach der Rücknahme des Deutschlandplans der SPD durch die Rede Herbert Wehners im Bundestag vom Juni 1960 konnte für Wolfgang Abendroth kein Zweifel mehr bestehen, daß seine Hoffnung bei Eintritt in die SPD, diese Partei könne sich zur marxistischen, demokratisch sozialistischen Massenpartei entwickeln, nunmehr gegenstandslos geworden war. Vor diesem politischen und intellektuellen Erfahrungshintergrund ist die Aussage Abendroths zu interpretieren, daß ihn der Ausschluß aus der Partei nicht sonderlich getroffen habe. [...] Er hatte sich in den Jahren seiner SPD-Zugehörigkeit in immenser und loyaler Arbeit den Status eines Mannes erworben, dessen Wort und Urteil auch während der anschließenden Periode der politischen Marginalisierung in der Öffentlichkeit Gehör fand. Seine Auffassung von der Rolle des Intellektuellen in der Arbeiterbewegung war durch den SPD-Ausschluß nicht erschüttert, weil er seit seiner Jugend sicher war, daß die aus den ökonomischen Kämpfen geschöpfte Regenerationskraft der Arbeiterbewegung größer war als die Weisheit ihrer Organisationsspitzen."[46]

„[...] und lesen Sie Franz Neumanns ‚Behemoth', bevor er deutsch übersetzt ist" Der politische Wissenschaftler Wolfgang Abendroth

Auf den ersten Blick erscheint Wolfgang Abendroths im Rückbezug auf das traumatische Jahr 1933 und dessen Folgen bezogene „Bilanz der sozialistischen Idee in der Bundesrepublik Deutschland"[47] aus linkssozialistischer Sicht bedrückend: „[...] diese

44 Uli Schöler (Anm. 12), S. 29.

45 Ebd., S. 30–35.

46 Hans Manfred Bock, Ein unangepaßter Marxist im Kalten Krieg (Anm. 13), S. 234. – Wolfgang Abendroths Gleichgültigkeit gegenüber seinem SPD-Ausschluß könnte auch von der moralischen Persönlichkeit her sozialpsychologisch gedeutet werden: Nach der „Keine-Experimente"-Bundestagswahl 1957 mit der erstmaligen absoluten CDU-Bundestagsmehrheit wurde Abendroth 1959 als SPD-Kandidat ehrenamtlicher hessischer Verfassungsrichter. In diesem Zusammenhang mag ihm die Substanz des von ihm zunehmend als konformistisch, unerträglich und eklig empfundenen gesellschaftlichen Restaurationsklimas noch stärker bewußt geworden sein. Diesem wollte er sich weder subjektiv anpassen noch von diesem objektiv vereinnahmt werden. Wie konformistisch angepaßt er nach außen wirkte, könnte er durch Selbstbeobachtung bemerkt und von daher die Gefahr, auch innerlich zu „verbürgerlichen", selbst erkannt haben.

Bilanz [müsse] auch anzeigen [...], daß gegenwärtig [1962] das sozialistische Denken in der Bundesrepublik auf kleine Gruppen von Resten der alten Arbeiterbewegung, von Intellektuellen und Jugendlichen beschränkt, von der Arbeitnehmerbewegung wie der Gesamtgesellschaft isoliert ist und also der Gefahr sektenhaften Verkümmerns ausgesetzt zu sein scheint [...]."[48] Insofern wird, „äußerlich gesehen", „die Entwicklung in der Bundesrepublik [...] zu jener Situation zurückkehren, von der diese Betrachtung der Entwicklung der sozialistischen Ideen in Westdeutschland ihren Ausgang genommen hat: *Vor* 1945 gab es keinen Einfluß sozialistischen Denkens auf große gesellschaftliche Organisationen [...]. Der Aufschwung sozialistischen Denkens nach 1945 ist überwunden; sozialistisches Denken ist abermals in kleine Zirkel zurückgeworfen, die keinerlei größere gesellschaftliche Einflußmöglichkeiten besitzen und aus der Diskussion der offiziösen Presse und aus den öffentlichen Auseinandersetzungen der Machtträger in der Gesellschaft ausgeschlossen sind. Waren diese Zirkel damals (zwischen 1933 und 1945) illegal, so sind sie nunmehr irrelevant geworden: Es bedarf keiner Zuchthäuser und KZs zur Ausschaltung der sozialistischen Ideen, wenn größere sozialistische – sei es theoretische, sei es politische – Zeitschriften oder Zeitungen ohnedies weder existieren noch aufgebaut werden können, weil kein leistungsfähiger Verleger ihre Existenz ermöglichen würde."[49]

Diese bittere Bilanz erinnert in einigen Facetten an die Vorrede zur „Dialektik der Aufklärung" der von Abendroth teilweise und zeitweilig verachteten „Frankfurtisten" (Bertolt Brecht). In dieser brachten Theodor W. Adorno und Max Horkheimer ihre damaligen Erfahrungen mit dem mächtigen US-Kulturapparat 1944 so auf den Punkt: Der Produktionsprozeß literarischer Texte als solcher überböte „an Gründlichkeit noch jede Zensur".[50]

Abendroths Text[51] verwies nämlich zunächst sowohl auf breite gesellschaftliche Bedeutsamkeit als auch auf politische Anerkennung jener „Synthese humanitär-demokratischer politischer und sozialistischer gesellschaftlicher Umgestaltung",[52] die auch funktional als „Verbindung von demokratischer Staatsform und sozialistischer Wirtschaftsordnung als Brücke zwischen Ost und West" in Form eines „dritten" Weges zwischen

47 Antagonistische Gesellschaft, S. 429–462.

48 Ebd., S. 460 f.

49 Ebd., S. 455 f.

50 Theodor W. Adorno und Max Horkheimer, Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Amsterdam 1947, S. 5–12; vgl. auch C. Wright Mills, The Cultural Apparatus, in: Power, Politics and People. The Collected Essays of C. Wright Mills. Hrsg. und mit einer Einl. von Louis Horowitz, New York 1963, S. 405–422.

51 Erstveröffentlichung in: Bestandsaufnahme. Eine deutsche Bilanz 1962. Hrsg. von Hans Werner Richter, München 1962, S. 233–263; die sogleich erfolgte italienische Publikation unter dem Titel: Bilancio dell' idea socialista nella Germania federale, in: *Problemi del Socialismo. Rivista bimestrale.* Hrsg. von Lelio Basso, Milano 1962, H. 5, S. 377–393, H. 6, S. 510–521, ist nicht zu verwechseln mit dem zeitgleich und, soweit bekannt, bisher nur italienisch erschienenen Essay: La sinistra socialista in Germania, in: *Critica Sociale,* Jg. 54 (1962), H. 10, S. 245–247. – Wenn letztverwiesener Beitrag aber ein so wichtiger Abendroth-Text ist, weil er „drastisch offen über Grundprobleme der deutschen Linken außerhalb der Sozialdemokratie handelt" (Uli Schöler [Anm. 12], S. 35 f.) hätte er dann nicht endlich einmal (und wenn möglich auch zweisprachig) publiziert werden müssen?

52 Antagonistische Gesellschaft, S. 449.

privatkapitalistisch organisierter Erwerbs- und staatlich organisierter Kommandowirtschaft wirken sollte.[53]

Indem Abendroth zunächst wesentliche Strömungen unmittelbar nach der militärischen Niederlage des Nationalsozialismus 1945/47 nachzeichnete – etwa der jungen Generation um die Zeitschrift „Der Ruf" oder linkskatholischer Intellektueller und Publizisten um die „Frankfurter Hefte", zunächst auch innerhalb der beiden großen politischen Parteien CDU und SPD mit „Sozialismus als Tagesaufgabe" (Kurt Schumacher), schließlich auch gewerkschaftlicher Programmatik „eindeutig unter dem Vorzeichen sozialistischen Denkens"[54] –, erinnerte er an diese (kurze) „Periode der sozialistischen Renaissance nach 1945" auch in den Westzonen bzw. der späteren Bundesrepublik[55] – jedoch mit „versäumter Evolution zur sozialistischen Demokratie".[56] Und „so gibt es – spätestens seit dem Godesberger Parteitag der SPD – [...] keine politische Partei mehr, die sich programmatisch zu sozialistischem Denken bekennt, wenn man das Wort Sozialismus in dem Sinne versteht, wie es in Deutschland und in der Welt vor 1933 und abermals von 1945 bis zum Sieg der Restauration in der Bundesrepublik verstanden wurde".[57] Entscheidend am „erneute[n] Sieg des Denkens der herrschenden Klassen der Bundesrepublik über die Ideen des Sozialismus, über die Anfänge eines neuen gesellschaftlichen und politischen Selbstbewußtseins der Unterklassen, die nach dem so deutlich sichtbaren Bankrott der barbarischen Politik dieser herrschenden Klassen 1945 emporzuschießen schienen, auch in den bürokratisch geführten Organisationen der Arbeitnehmer selbst war [...] offensichtlich nur deshalb möglich, weil die Wiederherstellung des alten ökonomisch-sozialen Machtgefüges in der westdeutschen Gesellschaft dank der Förderung durch die USA so rasch gelang, dann eine langandauernde wirtschaftliche Hochkonjunktur nutzen konnte und einer tiefgehenden Restauration des früheren administrativen und militärischen Apparats und seiner sozialen Träger parallel lief".[58]

Diese „postfaschistische Restaurationssituation" als Ausdruck der „provinziellen Isolierung" der (west)deutschen Gesellschaft „vom Denken der übrigen Welt und des übrigen Europa"[59] erscheint dem dialektisch denkenden und auf historische Analogien verweisenden Autor nicht nur als intellektuelle und politische Depressionslandschaft: „Gelingt es den versprengten Intellektuellen, den überlebenden Köpfen der alten Arbeiterbewegung und der kritischen Jugend, die dies [sozialistische] Denken wieder lebendig machen will, ein geistiges Zentrum zu gemeinsamem Denken, zu gemeinsamer Analyse der gesellschaftlichen und politischen Situation der Bundesrepublik zu schaffen, so besteht wenig Grund, daran zu zweifeln, daß die gegenwärtige Ausschaltung sozialistischen Denkens in Deutschland genauso überwindbar sein wird wie seine Ausschaltung zwischen 1933 und 1945."[60]

53 Ebd., S. 437; vgl. Hans Manfred Bock, Ein unangepaßter Marxist im Kalten Krieg (Anm. 13), S. 230.
54 Antagonistische Gesellschaft, S. 445.
55 Ebd., S. 450.
56 Ebd., S. 449.
57 Ebd., S. 452.
58 Ebd., S. 459.
59 Ebd., S. 461.
60 Ebd., S. 461 f.

Im vorstehend referierten Text Wolfgang Abendroths findet sich auch eine kurze Passage, die als Selbstkennzeichnung Abendroths als einer „der wenigen sozialistischen Gelehrten, die das Dritte Reich überlebt haben und der stalinistischen Diktatur jenseits der Elbe entkommen konnten, ohne geistig zu zerbrechen",[61] gelten kann – eine Formulierung, die sich schon bei Friedrich-Martin Balzer 1966 im Aprilheft der SDS-Theoriezeitschrift „neue kritik"[62] findet.[63]

Fünfzehn Jahre später, 1979, hat Abendroth in einem seiner „subjektivsten" Texte noch einmal, als „zorniger Alter" darum gebeten, eine „Bilanz" – nun auch facettenhaft seines Lebens – versucht und dabei bekannt, daß ihm als damals Dreiundsiebzigjährigem „das Zuchthaus zu sehr in den Knochen steckt", daß auch ihm 1969 studentenrevoltisch-wilde Aktionen „nicht nur psychisch, sondern sogar physisch arg zu schaffen machten" und daß auch er selbst schließlich immer wieder gegen seine ohnmächtige Wut kämpfen und diese objektivierend „auf rational beherrschten Zorn reduzieren" bzw. an der „Transformation psychologisch verständlicher Wut in rational beherrschten Zorn" arbeiten mußte, um nicht zu resignieren.[64]

Seine besondere Rolle und Funktion als „zorniger Alter" sieht Abendroth im Kampf gegen die „Enthistorisierung des menschlichen Bewußtseins" und speziell in der Erinnerung an die in Deutschland (zu) oft vergessenen und verdrängten Verbrechen des Nationalsozialismus als „Staat des totalen Verbrechens" mit seiner „Zerstörung der Rechtsstaatlichkeit" von 1933 bis 1945 und in der Erinnerung an den „antifaschistischen Widerstandskampf"; insofern geht es auch dem „späten" Wolfgang Abendroth immer um die Herausbildung, Entwicklung und Festigung eines nichtideologischen Gedächtnisses historischer Zeitzeugenschaft: «una memoria histórica, testimonial – non ideológica».[65]

Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland periodisiert Abendroth nun als doppelte Restauration: einmal die von ihm schon 1962 herausgearbeitete erste im Zusammenhang mit dem schon 1946 beginnenden ideologischen und Kalten Krieg; und zum anderen die „zweite Restaurationswelle", die nach der „kurzen Reformperiode am Ende der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre" einsetzt und deren erster Ausdruck „jener Ministerpräsidentenbeschluß war, der seit [dem 28.] Januar 1972 die gleichen Berufsverbote im öffentlichen Dienst reinstallierte, die 1950 in grober Verletzung des Grundgesetzes durch Adenauer eingeführt worden waren", als „gleichsam symbolischer Wendepunkt zwischen beiden Entwicklungsperioden".

Über diese deutschen Besonderheiten[66] erinnert Wolfgang Abendroth uns „Nachgeborene" (Bertolt Brecht) aber auch an etwas Allgemeineres im Zusammenhang mit

61 Ebd., S. 457.

62 Jg. 7 (1966), H. 35, S. 11.

63 Friedrich-Martin Balzer, „... Es wechseln die Zeiten ...". Reden, Aufsätze, Vorträge, Briefe eines 68ers aus vier Jahrzehnten (1958–1988). Mit einem Geleitwort von Manfred Weißbecker, Bonn 1998, S. 46.

64 Siehe Anm. 24.

65 Jorge Semprún, Autobiografía de Federico Sánchez. Novela, Barcelona 1977, S. 241.

66 Es war etwa zeitgleich, als der bedeutende „bürgerliche" Soziologe René König im „Epilog" (1980) zu seiner Studie über emigrierte deutsche Soziologen in Europa (1959) als Folge von „Berufsverbot" und „Gesinnungsschnüffelei" in der alten Bundesrepublik Deutschland eine „neue Auswanderungswelle in verschiedene Richtungen" erwartete und, in Erinnerung der historischen, auch an Schicksale marxistischer Gelehrter erinnerte: „Solange die Entwicklung der DDR ungewiß war, sind viele dazu veranlaßt

historischem Denken und drückt zugleich im Kampffeld politischer Linker gegen Unrecht, Gewalt und Unmenschlichkeit eine allgemeine Seite unserer *conditio humana* aus:

„Wir wissen (und unsere Generation hat es am bittersten am eigenen Leibe erfahren müssen), daß auch die Linke Perioden durchlaufen hat, in denen in ihren eigenen Reihen Inhumanitäten entstanden sind. Es gibt keinen gewaltsamen Kampf ohne Unrecht, und Unrecht erzeugt allzu oft auch späteres Unrecht. Kann man jedoch deshalb auf den gewaltsamen Kampf verzichten, darf man deshalb der totalen Inhumanität, die kein humanitäres Ziel kennt, das Feld überlassen? Jeder weiß um die Verbrechen Stalins und des Stalinismus; jeder weiß um das grauenhafte Unrecht, das auch in der neostalinistischen Phase in den meisten sozialistischen Staaten entstand. Aber war nicht beides eine (sicherlich in vielem verwerfliche) Antwort? Der Stalinismus war eine verspätete Antwort auf den Terror der ‚Weißen' im Bürgerkrieg; auf die Angst vor der wirtschaftlichen Isolierung der UdSSR und auf die Furcht vor dem Angriffskrieg der Imperialisten in der bevorstehenden Weltwirtschaftskrise, der Neostalinismus war die Antwort auf den Kalten Krieg, dessen Anfänge (man denke an die Vorbereitung des ‚Amtes Gehlen' schon 1945, an die Bizone 1946 und an die trizonale Währungsreform 1948) schon vor ihm liegen. Haben diese sozialistischen Länder allesamt, so sehr in ihnen Restfolgen dieser Entartungen noch wirksam sind und unüberwunden sein mögen, dadurch aufgehört, sozialistische Länder zu sein? Hat einst England seine Funktion als Vorhut fortschrittlichen bürgerlichen Denkens und des Parlamentarismus dadurch eingebüßt, daß seine erste große Revolution Phasen des Terrors und dann die Diktatur Cromwells durchlaufen mußte? Hat das Frankreich des Jahres 1789 durch den Terror erst der Jakobiner, dann des Thermidor, am Ende durch Napoleon den Charakter des Landes verloren, das die Menschenrechte der bürgerlichen Revolution (und das sogar zum Teil erst durch Napoleon) und damit den Fortschritt der Menschheit durch den europäischen Kontinent getragen hat? So sollen also die Fehler und die Mängel der Linken, die häufig genug im Einzelfall in konkrete Unmenschlichkeit umschlagen können, ihr sehr oft Anlaß zu Selbstkritik und Selbstkontrolle geben; ganz vermeiden kann man sie nicht. Aber sie geben gewiß keinen Grund zur Verzweiflung, keinen Anlaß zum Verzicht auf den Kampf und zur Resignation.

Denn der Hauptfeind bleibt in unserem Zeitalter immer der gleiche: jener Monopolkapitalismus, der erst die Schande des Kolonialismus und seiner zynischen Verbrechen, dann die Barbarei zweier Weltkriege und in der Verzweiflungssituation der großen Krise nach 1929 die auch in ihrer Zielsetzung totale Inhumanität des deutschen Faschismus geschaffen hat. Ihn müssen wir schlagen, bevor er in schlimmeren inneren Widersprüchen noch furchtbarere Katastrophen für die Menschheit bewirken kann.

[Forts. von Anm. 66]
worden, dort ein akademisches Lehramt anzunehmen, um aber nach mehr oder weniger langer Zeit in den Westen überzuwechseln. Das beginnt im Grunde gleich nach 1945, wenn wir etwa Alfred Meusel in Ost-Berlin antreffen, der bis zu seinem Tode dort bleibt, dazu Ernst Bloch, der – wie auch Leo Kofler – später in die Bundesrepublik abwandert. Das gleiche gilt für Wolfgang Abendroth, der seine erste akademische Laufbahn seit seiner Habilitation in Halle (1947) in der DDR [recte: SBZ] durchlief (Ordinarius in Leipzig und Jena) und schließlich über Wilhelmshaven (1949) nach Marburg (1950)."

Diese Einsicht haben wir ‚zornigen Alten' weiterzugeben, solange wir können. Um dieser Einsicht willen sollten wir – solange wir noch dazu imstande sind – weiterkämpfen, um den Jungen zu helfen, ihre eigene Lage zu begreifen."[67]

Mit dieser Einsicht hat auch der „späte" Wolfgang Abendroth als Autor im Grunde schon selbst das vorgegeben, was Hans Manfred Bock kürzlich einforderte: nämlich weder „das Werk Abendroths zu vergessen noch auf den Denkmalssockel zu stellen, sondern in der kritisch prüfenden Diskussion lebendig zu halten".[68]

Epilog

Es gab nach Wolfgang Abendroths Tod am 15. September 1985 den Wolfgang-Abendroth-Preis, gestiftet vom 1972 (neu)gegründeten Bund demokratischer Wissenschaftler(innen) (BdWi) zur Verwirklichung des „demokratischen und sozialen Rechtsstaats" auch in Deutschland. Zum BdWi und seinem Wolfgang-Abendroth-Preis meinte Hans Manfred Bock 2001: „Diese Intellektuellen-Organisation ist eine der wenigen organisierten Kräfte, die sich bis heute um die Wahrung der Erinnerung an das Wirken Wolfgang Abendroths bemühen, indem sie einen ‚Wolfgang-Abendroth-Preis' ausschreibt. Der Preis wurde 1985 und 1993 für wissenschaftliche Arbeiten vergeben, die Themen der republikanischen Linken und der kreativen Weiterentwicklung Marxschen Denkens gewidmet sind."[69]

Aus unbekannten Gründen scheint es diesen Preis seit 1993, also seit zwölf Jahren, nicht mehr zu geben.

67 Siehe Anm. 24, S. 163 f.

68 Hans Manfred Bock, Ein unangepaßter Marxist im Kalten Krieg (Anm. 13), S. 267.

69 Ebd., S. 256 f.; vgl. Frank Deppe, Wolfgang Abendroth und Antonio Gramsci, in: *Forum Wissenschaft*, 1993, H. 2.

Anhang

Auch hättest du Mathematik studierend und Sternenkunde
Anstatt Politik und Wirtschaft, weniger
Betrug getroffen. Die Sternbahnen
werden nicht so verheimlicht als die Wege der Kartelle.
Der Mond klagt nicht auf Geschäftsschädigung ...

Brecht, Rosa-Luxemburg-Fragment
Gespräch über den Alltagskampf

Rosa Luxemburg
60 Jahre nach der Ermordung der Revolutionärin am 15. Januar 1919[70]

Von Wolfgang Abendroth

Am 13. Januar 1919 hat – nie darf es vergessen werden – Artur Zickler im „Vorwärts", damals der wichtigsten Tageszeitung jener Mehrheitssozialdemokraten, die sich ihrer während des Krieges mit Hilfe der kaiserlichen Regierung und ihrer Behörden bemächtigt hatten, geschrieben: „Vielhundert Tote in einer Reih – Proletarier! Karl, Rosa, Radek und Kumpanei – es ist keiner dabei, es ist keiner dabei! Proletarier!"

Die Freikorps, von einem „Rat der Volksbeauftragten" und ihrem militärischen Verantwortlichen Gustav Noske herbeigerufen, um die Berliner Arbeiter „zur Ordnung" zu bringen, haben diesen Wink in der Weise verstanden, wie es zu erwarten war. Am 15. Januar 1919 wurden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet. Das liegt nun sechs Jahrzehnte zurück.

Darf die deutsche und die internationale Arbeiterklasse, darf irgend einer, der für den Sozialismus oder – ohne auch die volle innere Verbindung zwischen sozialistischen Umgestaltung und diesen Zielen selbst zu erkennen und anzuerkennen – für Demokratie und Humanität eintritt, diesen Tag jemals aus dem Gedächtnis verlieren? Weshalb dieser besondere Haß all derer, die dem imperialistischen Krieg von 1914 und seinem Massenmord zugestimmt hatten, auf Liebknecht, Luxemburg und ihre Genossen?

Das war bei Karl Liebknecht leicht zu verstehen. Schon vor 1914 war er der Vorkämpfer des antimilitaristischen Denkens in der deutschen Sozialdemokratie gewesen, und er hatte schon am 2. Dezember 1914 jene (gegen die ursprünglichen Ziele dieser Partei gerichtete) „Parteidisziplin" durchbrochen, die die Reichstagsabgeordneten dazu verpflichten sollte, seiner Majestät dem Kaiser und dem deutschen Monopolkapital die Kredite für den Weltkrieg zu gewähren.

Nicht anders war es bei Karl Radek. Nachdem die militärische Niederlage längst feststand, hatte die angeblich „demokratisierende" „Übergangsregierung" des Prinzen Max von Baden samt ihren mehrheitssozialdemokratischen Staatssekretären schleunigst die diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland abgebrochen, um den deutschen Arbeitern und Soldaten das Bewußtsein von dem, was drüben geschehen war, besser

70 Erstveröffentlichung in: *Deutsche Volkszeitung*, Nr. 2 vom 11. Januar 1979, S. 13. Vgl. auch Klaus Gietinger, Eine Leiche im Landwehrkanal. Die Ermordung der Rosa L., Berlin 1995.

austreiben zu können. Aber das deutsche Volk hatte gleichwohl das Kaiserreich zerschlagen, und Karl Radek hielt sich gleichsam als Emissär der Bolschewiki in Deutschland auf. Also sollte er ebenso aus dem Weg geräumt werden, im Interesse aller, die verhüten wollten, daß aus der deutschen Version des Februars 1917 im fernen Rußland eine deutsche Version des Oktobers 1917 werde.

Aber warum die konzentrierte Hetze auch gegen Rosa Luxemburg?

Rosa Luxemburg war im damals russischen Teil Polens, in Warschau, schon als 16jährige Schülerin in den Kreis von Vorformen der späteren „Sozialdemokratie Polens und Litauens" – also nicht der nationalistisch-polnischen Sozialdemokratie (PPS) und auch nicht des nur jiddischen „Bund" (obwohl sie ihrer Herkunft nach Jüdin war) – gekommen und hatte dadurch marxistisches Denken kennengelernt. Nach der Hochschulreife mußte sie 1889 vor der zaristischen politischen Polizei in die Schweiz ausweichen, um dort – das wäre für eine Frau übrigens damals in ihrem Fach, der Nationalökonomie, im Deutschen Reich noch gar nicht möglich gewesen – zu promovieren. Als 22jährige hat sie auf dem Züricher Kongreß der Zweiten Internationale, bei dem sie noch Friedrich Engels kennenlernen konnte, über die sozialdemokratische Bewegung Russisch-Polens berichtet, in der sie noch lange Jahre als Emigrantin mitwirkte, in enger Freundschaft mit Leo Jogiches, der 1919, wenige Wochen nach ihr, von der deutschen Gegenrevolution ermordet worden ist.

Wenige Jahre vor dem Ende des Jahrhunderts kam Rosa Luxemburg nach Deutschland, um in der damals wichtigsten Partei der Internationale tätig zu werden, und erwarb durch zweckbestimmte Ehe die Staatszugehörigkeit. Ihre polnischen Spracherfahrungen machten es ihr möglich, einen großen Teil der katholisch-polnischen Industriearbeiter des preußischen Oberschlesien der Zentrumspartei abzujagen und für die Sozialdemokratie zu gewinnen.

Vor allem aber beteiligte sie sich sofort an der Auseinandersetzung mit dem Revisionismus Eduard Bernsteins, der zu dieser Zeit seinen Angriff auf das Erfurter Programm begonnen hatte. Das Hauptproblem, um das es ging, war die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Luxemburgs Aufsätze in der „Neuen Zeit" und in den führenden sozialdemokratischen Tageszeitungen, in der „Leipziger Volkszeitung" und im „Vorwärts", gehören zum besten, was vom marxistischen Standpunkt aus dazu in diesen Jahren geschrieben worden ist.

Bald zählte Rosa Luxemburg zu den glänzendsten und bei den Massen beliebtesten Rednern der Partei. Ihre Broschüre „Sozialreform oder Revolution?" hat ganzen Generationen von Funktionären der Arbeiterbewegung gleichsam als Lehrbuch dienen können, weil deren wichtigste Thesen in den nun achtzig Jahren, seit ihre erste Auflage erschien, immer wieder durch den Verlauf der Geschichte selbst bestätigt worden sind.

Auch die nächste große Debatte, die in der deutschen Sozialdemokratie, durch die russische Revolution von 1905 gefördert, entstand, die Massenstreikauseinandersetzung, die in ihren Konsequenzen den Bruch zwischen dem sogenannten marxistischen Zentrum um den Parteivorstand und Karl Kautsky auf der einen, der marxistischen Linken auf der anderen Seite eingeleitet hat, fand in Rosa Luxemburgs theoretischen Analysen (die durch ihre eigenen kurzen Erfahrungen während ihrer vorübergehenden Rückkehr nach Russisch-Polen zur Zeit der Revolutionskämpfe vertieft worden waren) ihren auch

noch für uns heute in vielem aktuellen Ausdruck: Ihr Buch „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften" erschien 1906 in erster Auflage. Es ging darum, die nicht notwendig nur defensive Anwendung der Waffe des Massenstreiks im Kampf für die Demokratie zu erörtern.

Aus der Arbeit an der Parteischule zwischen 1907 und 1914 ist die „Einführung in die Nationalökonomie" entstanden; die Reste der Manuskripte, die Rosa Luxemburg aus den Erfahrungen ihrer Lehrtätigkeit heraus entwickelt hatte, konnten erst 1925 zum ersten Mal veröffentlicht werden, sechs Jahre nach ihrer Ermordung. Sie gehören bis zur Gegenwart zu den interessantesten sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen marxistischen Büchern.

Die marxistische Linke in der Zweiten Internationale war in vielem keineswegs völlig einig. Oft genug waren die Sonderpositionen in ihr durch das Land (und dessen konkrete Bedingungen) bestimmt, in dem diese Linke jeweils vorwiegend zu kämpfen hatte. Das galt insbesondere für die Differenzen zwischen den organisatorischen Vorstellungen der Bolschewiki im zaristischen Rußland und denen der Mehrheit, der angeblich nur „spontaneistischen" Linken im Deutschen Reich, besonders auch für Unterschiede der Positionen Lenins und Luxemburgs in diesen Jahren. Eines jedoch kann man auch in dieser Zeit (wie in den kommenden Jahren) Rosa Luxemburg gewiß nicht vorwerfen: Sie hat die Rolle der Partei und der organisierten marxistischen Kader niemals gleich null gesetzt oder übersehen (wie seitdem sowohl „Ultralinke" jeder Couleur wie Reformisten Luxemburg interpretieren, die eine sozialdemokratische und marxistische Revolutionärin, die seit zwei Menschenaltern tot ist, für sich okkupieren wollen).

Sie hat die organisatorischen Probleme gewiß in einer Weise betrachtet, die zu stark die besonderen praktischen und sozialen Bedingungen gleichsam absolut setzte, denen in diesen Jahrzehnten ihr Kampf gegen die bürokratische, ultralegalistische Entfremdung zuerst in der deutschen Gewerkschaftsbewegung und dann auch in der Sozialdemokratischen Partei ausgesetzt war. Man kann diese Widersprüche – besondere Widersprüche der Periode vor 1914 – in vielen Aufsätzen systematisch verfolgen, die sie in den beiden Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg geschrieben hat. Nur: Mit dem Utopismus unserer heutigen (und der damaligen anarchosyndikalistischen) „Spontaneisten" jeder Färbung, der immer wieder erst zum Ultra-Reformismus, dann zur Gegenrevolution umschlägt, hatte das gar nichts zu tun.

Dies gilt auch für die durchaus divergente Weise, in der sich im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts die Marxisten mit den neuen Formen auseinandersetzten; in denen sich der Weltkapitalismus im Zeitalter des Monopolismus nach der Periode weiterbildete, in der Karl Marx und Friedrich Engels gelebt haben (von denen übrigens diese Entwicklung der Tendenz nach vorausgesagt worden ist). Rudolf Hilferding versuchte im „Finanzkapital", Rosa Luxemburg in der „Akkumulation des Kapitals" (und dann in ihrer „Antikritik") dieser Fragen Herr zu werden. Es war Lenin, der diesen Fragenkreis auf einen Nenner gebracht hat, und gewiß hat erst er, der sowohl Luxemburgs als auch Hilferdings Arbeiten kannte, die wichtigsten Schlüssel zu seiner wissenschaftlichen (und politischen) Bewältigung geliefert. Und doch bleibt die geistige Auseinandersetzung mit den Arbeiten der beiden anderen großen Marxisten dieser Periode auch heute noch ein gewichtiges Mittel, jungen Wissenschaftlern die ganze Weite marxistischen Denkens zu vermitteln.

Trotz aller Skepsis, die sie in ihren Kämpfen in der deutschen Sozialdemokratie gelernt hatte, trafen Rosa Luxemburg (wie übrigens auch Lenin) die Kapitulation der SPD (und dann der meisten anderen Parteien der Zweiten Internationale) vor dem imperialistischen Massenmord und die spontane „Wendung" der Massen in den ersten Augusttagen 1914 zugunsten ihres jeweiligen (angeblichen) Patriotismus wie ein Keulenschlag. Sie hatten die Warnungen von Friedrich Engels vor seinem Tode vor einem derartigen Rückschlag in den eigenen Reihen im Falle des Krieges gekannt – die Realität überstieg ihre Vorstellungen.

Doch beide haben den Kampf dagegen mit dem Ziel, den imperialistischen Krieg in die sozialistische Revolution umzuwandeln, sofort aufgenommen; Rosa Luxemburg sammelte in Berlin gemeinsam mit Franz Mehring den Kreis, der dann zunächst zur Gruppe „Internationale", später zur Gruppierung um die „Spartakusbriefe", zuletzt zum Spartakusbund wurde, bald mit Karl Liebknecht zusammen um sich. Sie schrieb 1915 in der Haft die „Junius-Broschüre" (veröffentlicht Anfang 1916) über „Die Krise der Sozialdemokratie", die damals zu einem der wichtigsten Kampfmittel gegen die Kapitulation vor dem Imperialismus wurde und bis zum heutigen Tage zum Schulungsmaterial eines jeden Antiimperialisten gehören sollte, auch wenn manche Wendung in ihr – z. B. die demokratisch-großdeutsche Argumentation gegen die imperialistischen Kriegsziele des Reiches – sicherlich an der Realität vorbeiging. Auch aus der Haft konnte sie besser als Liebknecht aus dem Zuchthaus ihre Arbeiten „nach draußen" an die Genossen gelangen lassen.

Nicht in allen Fragen konnte diese Kommunikation so intensiv funktionieren, daß sie durch völlig umfassende und zuverlässige Information vor jedem Beurteilungsfehler bewahrt wurde. Das trat in gewissen Teilen der damals entstandenen Manuskripte zum Weitergang der russischen Revolution und vor allem auch zum Problem der Unvermeidlichkeit des Brester Friedensvertrages vom 2. März 1918, aber auch gelegentlich in (natürlich illegalen) Aufsätzen in den „Spartakusbriefen" hervor. Diese Manuskripte hat Paul Levi 1922 herausgegeben, um das Denken der glühenden Revolutionärin in Gegensatz zum Weiterverlauf der Oktoberrevolution stellen zu können, obwohl sie deren Grundsätze voll bejahte. Die Ausnutzung dieser Widersprüche wird heute immer noch versucht.

Als Rosa Luxemburg durch die Novemberrevolution aus der Haft befreit wurde, wurde sie mit Karl Liebknecht (und Leo Jogiches als Organisator) zum moralischen Zentrum des Spartakusbundes, seines Zusammenschlusses mit der Bremer Linken und der Gründung der Kommunistischen Partei (Spartakusbund). Ihr Aufsatz „Was will der Spartakusbund?" in der „Roten Fahne" vom 14. Dezember 1918, der zeigt, daß sie den Gang, den Staat und die Lehren der Oktoberevolution nun – in der Freiheit – durchaus verstanden und akzeptiert hatte, wurde zu ihrer letzten großen theoretischen Leistung. Dieser Aufsatz ist dann zum Programm der an der Jahreswende gegründeten jungen Partei geworden.

Auf diesem Gründungsparteitag sind alle drei, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Karl Radek, bekanntlich zunächst in zwei taktisch und strategisch wichtigen Problemen von den ungeduldigen jungen Linken überstimmt worden: Alle drei waren der Meinung, daß die Kommunisten sowohl an den Wahlen zur Nationalversammlung wie

an der gewerkschaftlichen Arbeit teilnehmen müßten. Um so wichtiger war es für die Reaktion, gerade sie, die die junge revolutionäre marxistische Partei dank ihres starken moralischen Gewichts bald wieder zu einer rationalen Strategie führen konnten, aus dem Wege zu räumen.

Persönlichkeiten haben ihren Rang in der Geschichte, einen größeren, als manche Dogmatiker annehmen. Sie haben ihn gerade dann, wenn sie wissen, daß sie nicht beliebig „Geschichte machen" können. Deshalb war der 15. Januar 1919 ein wichtiger Sieg der Gegenrevolution, der die Niederlage der Berliner Januarkämpfe erst zur Marneschlacht der deutschen Revolution steigern konnte.

Das Ausscheiden Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts, die auch ihre theoretischen Arbeiten nicht vollenden konnten, hat in der sozialistischen Diskussion Nachwirkungen noch heute. Noch immer wird Tag für Tag versucht, die (natürlich gelegentlich scharfen) Auseinandersetzungen zwischen Luxemburg und Lenin zur Organisationsfrage oder zur Nationalitätenpolitik und Luxemburgs Kritik an manchen Thesen der Oktoberrevolution zum antagonistischen Gegensatz, zur Alternative zwischen Humanität und Inhumanität hochzusteigern und ihres wirklichen Sinns zu entkleiden. In dem, worauf es wirklich ankommt, waren sie einig, und in den wenigen Wochen nach Rosa Luxemburgs Haftentlassung bis zu ihrer Ermordung einiger denn je. Rosa Luxemburg hat einen Monat vor ihrem Tode – im Spartakusprogramm – formuliert:

„An Stelle der Arbeitgeber und ihrer Lohnsklaven freie Arbeitsgenossen! Die Arbeit niemandes Qual, weil jedermanns Pflicht! Ein menschenwürdiges Dasein jedem, der seine Pflicht gegenüber der Gesellschaft erfüllt! Erst in einer solchen Gesellschaft sind Völkerhaß, Knechtschaft entwurzelt. Erst wenn eine solche Gesellschaft verwirklicht ist, wird die Erde nicht mehr durch Menschenmord geschändet. Erst dann wird es heißen: Dieser Krieg ist der letzte gewesen. Sozialismus ist in dieser Stunde der einzige Rettungsanker der Menschheit. Über den zusammensinkenden Mauern der kapitalistischen Gesellschaft lodern wie ein feuriges Menetekel die Worte des Kommunistischen Manifests: Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!"

Wer Rosa Luxemburg (und mit ihr die Geschichte ihrer Periode) studieren will, sollte zur Gesamtausgabe aller ihrer Schritten und Arbeiten gelten, die der Dietz-Verlag der DDR von 1972 bis 1975 in fünf Bänden herausbrachte. Er wird um so besser erkennen können, in welchem Maße heute in der Bundesrepublik allzu häufig ihr Andenken verzerrt wird. Er wird gleichzeitig verstehen lernen, wie sehr es notwendig ist, sich des sechzigsten Gedenktages ihrer Ermordung zu erinnern.

„Und plötzlich war es so, als hätten wir all unser Grauen abgeschüttelt"*

Die Rettungsexpedition „Weiße Busse" im Frühjahr 1945

Von Manfred Warnecke

In der Endphase des Krieges wurden im deutschen Herrschaftsbereich noch über drei Millionen Menschen gefangengehalten: mehr als 2,3 Millionen Kriegsgefangene,[1] etwa 190 000 Justizhäftlinge[2] und über 700 000 Häftlinge in den Konzentrationslagern.[3] Das NS-Regime stand unmittelbar vor dem völligen Zusammenbruch – was hatte es mit den Gefangenen vor?

Bisher waren sämtliche Lager, die in Frontnähe gerieten, geräumt worden. Mit Beginn des Jahres 1945 war indes von einer geordneten Evakuierung nicht mehr zu reden. Die marschfähigen Häftlinge mußten in Ermangelung von Transportmitteln die Lager meist zu Fuß verlassen und wurden von enthemmten SS-Wachmannschaften in Kolonnen auf den mit Flüchtlingen verstopften Straßen brutal vorwärtsgetrieben. Wer nicht mehr weiterkonnte, wurde kurzerhand erschossen und am Straßenrand liegengelassen. Kranke, die nicht mehr gehen konnten, blieben in den Lagern zurück und wurden, wenn die schnell näherrückenden feindlichen Truppen es nicht verhinderten, liquidiert. Auf den Todesmärschen kamen schätzungsweise 250 000 bis 350 000 Menschen um.[4]

Aber die alliierten Truppen hatten die Reichsgrenzen bereits überschritten. Wohin sollten die Häftlinge noch gebracht werden? Eines wollte das NS-Regime nämlich unter allen Umständen verhindern: daß die Gefangenen lebend in die Hände des Gegners gerieten. Würden die letzten Überlebenden des nationalsozialistischen Lagerterrors den Tag ihrer Befreiung überhaupt noch erleben, oder würde man sie nur wenige Wochen vor Eintreffen der Alliierten ermorden?

* Aus einem Interview mit Ernst Nielsen, ehemaliger Häftling aus Dänemark, 1999, in: Ein KZ wird geräumt. Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung. Die Auflösung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager durch die SS im Frühjahr 1945. Katalog zur Wanderausstellung. Hrsg. von Katharina Hertz-Eichenrode, Bremen 2000, Bd. 1, S. 102.

1 Nach der letzten, als vollständig bekannten Kriegsgefangenen-Bestandsmeldung der Wehrmacht vom 1. Dezember 1944, in: Alfred Streim, Die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener im „Fall Barbarossa". Eine Dokumentation unter Berücksichtigung der Unterlagen deutscher Strafverfolgungsbehörden und der Materialien der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltung zur Aufklärung von NS-Verbrechen, Heidelberg [u. a.] 1981, S. 401.

2 Stand vom 31. Dezember 1944, in: Erich Kosthorst und Bernd Walter, Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Dritten Reich. Beispiel Emsland. Zusatzteil: Kriegsgefangenenlager. Dokumentation und Analyse zum Verhältnis von NS-Regime und Justiz, mit historisch-kritischen Einführungstexten sowie statistisch-quantitativen Erhebungen und Auswertungen zum Strafvollzug in Arbeitslagern, Düsseldorf 1983, S. 1450 ff.

3 Karin Orth, Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsgeschichte, Hamburg 1999, S. 222.

4 Daniel Blatman, Die Todesmärsche. Entscheidungsträger, Mörder und Opfer, in: Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur. Hrsg. von Ulrich Herbert, Karin Orth und Christoph Dieckmann, Göttingen 1998, S. 1063–1092, hier S. 1067.

Bereits im Herbst 1944 war man im unbesetzten Ausland tief beunruhigt über das Schicksal der Gefangenen im deutschen Machtbereich. Ende Oktober erschien in Stockholm anonym das Buch „Misslyckad revolt" über den fehlgeschlagenen Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, in dem die sozialistische Emigration auch die Sorge um das Überleben der Häftlinge zum Ausdruck brachte: „Aus sicherer Quelle haben wir erfahren, daß Himmler für den Fall einer militärischen Niederlage und (oder) eines inneren Aufruhrs die totale Ausrottung der Häftlinge in den Konzentrationslagern im Stil der Massenvernichtung der Juden im Osten vorbereitet hat. Für diese Aufgabe sind seit längerem schon motorisierte SS-Einheiten, Artillerie und Flugzeuge vorgesehen."[5]

Gerhard Riegner, damals Büroleiter des World Jewish Congress in Genf, schreibt in seinen Erinnerungen: „Ab Oktober 1944, als der Sieg in greifbare Nähe rückte, war ich von einer fixen Idee besessen. Ich hatte schreckliche Angst, die Nazis könnten, um die Spuren ihrer Verbrechen zu verwischen und die Zeugen zu beseitigen, direkt vor Beendigung des Krieges all jene ermorden, die sie noch in den Lagern gefangenhielten."[6]

Anfang März 1945 wußte der „Freie Deutsche Pressedienst" in Stockholm von einem heimlichen Treffen des Reichskabinetts am 24. Februar 1945 zu berichten, bei dem Hitler seine später als „Nerobefehl" bekannt gewordene Order vom 19. März vorwegnahm. Er soll dabei die vollständige Zerstörung aller wichtigen Städte, Industrieanlagen und Fabriken sowie die Liquidierung „sämtlicher Häftlinge in den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern, egal ob sie Untersuchungs-, Straf-, Arbeits- oder Schutzgefangene seien", angeordnet haben.[7] Dieses Treffen ist allerdings nicht belegt. Es gibt jedoch mehrere übereinstimmende Äußerungen von Personen aus dem Umfeld des Diktators, die Hitlers Vernichtungswillen glaubwürdig erscheinen lassen.[8]

Daß die tatsächlichen Ereignisse in der Schlußphase des Krieges einen etwas anderen Verlauf nahmen, hat seine Ursache in den sich überstürzenden Frontereignissen, die eine Umsetzung einer derartigen Vernichtungsorder gar nicht mehr möglich erscheinen ließen. Dazu kamen miteinander rivalisierende Bestrebungen innerhalb des nationalsozialistischen Machtapparates. Je näher das Kriegsende rückte, um so stärker wurden von einigen hochrangigen Vertretern des „Dritten Reichs" Bemühungen für den Abschluß eines Separatfriedens mit den Westalliierten angestrengt, so auch von Heinrich Himmler, der hinter Hitlers Rücken über Mittelsmänner derartige Möglichkeiten ausloten ließ. Die Gefangenen des Regimes sollten als Faustpfand in eventuelle Verhandlungen mit dem Westen eingebracht werden. Deshalb wollte man sich ihrer nicht mehr

5 Misslyckad revolt. Hemlig rapport från Berlin. [Zusammengestellt und hrsg. Von Willy Brandt und Stefan Szende], Stockholm 1944, S. 112.

6 Gerhart M. Riegner, Niemals verzweifeln. Sechzig Jahre für das jüdische Volk und die Menschenrechte, Gerlingen 2001, S. 147.

7 Norges forhold til Sverige under krigen 1940–45. Aktstykker utgitt av Det Kungl. Utenriksdepartement, Bd. 3, Oslo 1950, S. 474.

8 Vgl. dazu Felix Kersten, Totenkopf und Treue. Heinrich Himmler ohne Uniform. Aus den Tagebuchblättern des finnischen Medizinalrats Felix Kersten, Hamburg 1952, S. 343; Albert Speer, Der Sklavenstaat. Meine Auseinandersetzungen mit der SS, Stuttgart 1981, S. 335; Fritz Hesse, Das Spiel um Deutschland, München 1953, S. 399.

so ohne weiteres entledigen.[9] Es gab aber auch Hitler treu ergebene Gefolgsleute, an deren Entschlossenheit, keinen Gefangenen den Alliierten lebend auszuliefern, nicht zu zweifeln war.

Die chaotischen Verhältnisse in der Schlußphase des Krieges ließen jetzt gerade in neutralen Ländern wie der Schweiz und Schweden die Stimmen jener Menschen immer unüberhörbarer werden, die sich schon lange um das Schicksal der in deutschen Lagern, Zuchthäusern und Gefängnissen einsitzenden Gefangenen sorgten, aber bis dahin nur wenig Unterstützung von regierungsoffizieller Seite gefunden hatten. So ist auch die Rettungsmission „Weiße Busse" letztlich dem unermüdlichen Einsatz von Menschen zu verdanken, die alles in ihren Kräften Stehende aufboten, um oft gleichgültige, zaudernde und auf falsche diplomatische Rücksicht pochende schwedische Regierungsbeamte zum Eingreifen zu zwingen.

Die Rettung der dänischen Juden und Schwedens außenpolitischer Kurswechsel

Die Hilfsexpedition des Schwedischen Roten Kreuzes im Frühjahr 1945 vereinte zwei ursprünglich unabhängig voneinander verfolgte Ziele: einerseits Bemühungen um die Freilassung skandinavischer Häftlinge, andererseits eine Reihe von Aktivitäten zur Rettung von Juden. Für die Vorgeschichte der sogenannten Bernadotte-Aktion muß man jedoch schon bis in die Jahre 1942/43 zurückgehen.

Am 29. August 1943 verhängte der Befehlshaber der deutschen Besatzungstruppen in Dänemark, General von Hanneken, den militärischen Ausnahmezustand über das gesamte Land. Dies war eine Reaktion auf den sich verstärkenden Widerstand der Dänen gegen die deutschen Besatzer. Bis zu diesem Zeitpunkt genoß Dänemark unter den von Deutschland besetzten Ländern einen Sonderstatus. Es hatte sich, als die Wehrmacht am 9. April 1940 einmarschierte, kampflos ergeben und in eine „Politik der Zusammenarbeit" mit der Besatzungsmacht eingewilligt. Das hatte bisher auch die Deportation der Juden in Dänemark verhindert, weil man von deutscher Seite eine Beeinträchtigung des deutsch-dänischen Verhältnisses und damit eine Gefährdung der kriegswichtigen Nahrungsmittelausfuhr befürchtete. Mit dem 29. August 1943 war jedoch eine gänzlich neue Situation eingetreten. Die dänische Regierung legte ihre Amtsgeschäfte nieder, die „Politik der Zusammenarbeit" war unübersehbar an einem Endpunkt angelangt. Daraufhin ließ die deutsche Besatzungsmacht jegliche Rücksichten auf die deutsch-dänischen Beziehungen fallen und setzte die Deportation der dänischen Juden auf die Tagesordnung.

Als Datum für die geplante „Juden-Aktion" wurde die Nacht vom 1. zum 2. Oktober festgesetzt. Aus Norwegen waren bereits deutsche Polizeitruppen eingetroffen, und zwei Schiffe lagen im Hafen von Kopenhagen vor Anker, die für den Abtransport von etwa 5000 Menschen vorgesehen waren. Aber durch eine gezielte Indiskretion des Reichsbevollmächtigten Werner Best gegenüber dem Schiffahrtsachverständigen Georg von

9 Näheres dazu bei Yehuda Bauer, Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945, Frankfurt a. M. 1996.

Duckwitz, der gute Kontakte zu dänischen Politikern unterhielt, gelangte die Information über den Deportationstermin zu den Dänen. Hierauf erging eine Warnung an die jüdische Gemeinde in Kopenhagen, die sich rasch in der Stadt und im gesamten Land verbreitete. Die meisten Juden verließen daraufhin ihre Wohnungen und begaben sich in die Obhut von nichtjüdischen Freunden, Bekannten oder Nachbarn. Ganz spontan entstand ein weitgespanntes Netz von Helfern, das den dänischen Juden in den darauffolgenden Wochen ihre Flucht nach Schweden ermöglichte. Nur 481 fielen den Deutschen in die Hände. Sie wurden in das Ghetto Theresienstadt deportiert, konnten aber zum überwiegenden Teil im April 1945 lebend nach Hause zurückkehren.[10]

Doch daß so viele der dänischen Juden ihren Verfolgern entkommen konnten, lag nicht nur an der Hilfsbereitschaft ihrer nichtjüdischen Landsleute und dem Mangel an Bereitwilligkeit zur Umsetzung des Deportationsbefehls, den einige Vertreter auf deutscher Seite zu Tage treten ließen. Es hing auch in starkem Maße von der offiziellen Haltung Schwedens in der Flüchtlingsfrage und dem „Dritten Reich" gegenüber ab.[11]

Solange sich das Kriegsgeschehen zugunsten Deutschlands entwickelt hatte, war die schwedische Politik der Neutralität vor allem eine Politik der Anpassung, der Konzessionen gegenüber dem „Dritten Reich" gewesen – was sowohl die Genehmigung des Transfers deutscher Truppen und Waffen durch Schweden als auch die Rüstungsexporte ins Reich und nicht zuletzt die schwedische Flüchtlingspolitik betraf. Die militärischen Niederlagen der Deutschen bei El Alamein und Stalingrad um die Jahreswende 1942/43 führten in Schweden zu einem außenpolitischen Kurswechsel. Hatte man bislang durch eine gewisse Kompromißbereitschaft Deutschland zu besänftigen und von einer Invasion abzuhalten versucht, war nunmehr, da sich zeigte, daß Hitlers Militärmacht zu bezwingen war, die Sorge um die staatliche Souveränität auf schwedischer Seite gewichen. Schwedens Außenpolitik begann, sich mehr und mehr an den Interessen der skandinavischen Nachbarn und der westlichen Alliierten zu orientieren, was auch zu einem stärkeren Engagement für die vor dem Naziterror Fliehenden führte.

In den ersten Kriegsjahren hatten Flüchtlinge insbesondere jüdischer Herkunft in Schweden mit außerordentlich großen Vorbehalten zu rechnen. Oft waren sie bereits an den Landesgrenzen zurückgewiesen worden. Das hatte sie in zahlreichen Fällen der nationalsozialistischen Verfolgung ausgeliefert. Nun aber war Schweden bemüht, die Interessen der skandinavischen Nachbarn deutlicher als vorher zu berücksichtigen, und so wurden die dänischen Juden im Herbst 1943 ohne Einschränkungen aufgenommen.

10 Ausführlich dazu Hermann Weiss, Die Rettung der Juden in Dänemark während der deutschen Besetzung 1940–1945, in: Dänemark, Niederlande, Spanien, Portugal, Ungarn, Albanien, Weißrußland. Hrsg. von Wolfgang Benz und Juliane Wetzel (= Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit. Regionalstudien, Bd. 3), Berlin 1999, S. 11–86; Hans Sode-Madsen, The Perfect Deception. The Danish Jews and Theresienstadt 1940–1945, in: *Yearbook Leo Baeck Institute*, Jg. 38 (1993), S. 263–290.

11 Zur schwedischen Flüchtlingspolitik, insbesondere Schwedens Haltung zur Judenverfolgung, vgl. Hans Lindberg, Svensk flyktingpolitik under internationellt tryck 1936–1941, Stockholm 1973; Steven Koblik, The Stones Cry Out. Sweden's Response to the Persecution of the Jews 1933–1945, New York 1988. Eine gedrängte Darstellung dieser Problematik gibt Heléne Lööw in ihrem Beitrag, Der institutionelle und organisierte Widerstand gegen Flüchtlinge in Schweden 1933–1945, in: Hitlerflüchtlinge im Norden. Asyl und politisches Exil. 1933–1945. Hrsg. von Hans Uwe Petersen, Kiel 1991, S. 123–144.

Schon ein Jahr zuvor, als die deutsche Besatzungsmacht in Norwegen mit der Verschleppung der Juden begann, ließ die schwedische Regierung am 17. Dezember 1942 dem Auswärtigen Amt in Berlin durch ihren Gesandten, Arvid Richert, mitteilen, daß Schweden die noch nicht deportierten norwegischen Juden aufzunehmen bereit sei. Die deutsche Seite lehnte Verhandlungen darüber kategorisch ab. Trotzdem gelangte mehr als die Hälfte der norwegischen Juden über die Grenze nach Schweden, wo sie ohne Einschränkung aufgenommen wurden. Damit war Schweden schon Ende 1942 von seiner einstmals restriktiven Flüchtlingspolitik abgerückt.[12]

Im Falle der dänischen Juden beließ man es nicht mehr bei einer den Augen der Öffentlichkeit verborgenen Intervention durch den diplomatischen Gesandten in Berlin wie ein Jahr zuvor. Am Nachmittag des 2. Oktobers 1943 verkündete ein Beamter des schwedischen *Utrikesdepartement* (Außenministeriums) vor der Presse in Stockholm, daß Schweden alle dänischen Juden ohne Einschränkungen aufnehmen werde. Diese Mitteilung erreichte Dänemark über schwedische Rundfunksendungen und trug erheblich zum Gelingen der Rettungsaktion bei, weil sie den Fliehenden die Zuversicht gab, am Ziel ihrer Flucht auf bedingungslose Akzeptanz zu treffen.[13]

Zur Vorgeschichte der Rettungsexpedition

Der Mann, der zum Zustandekommen der schwedischen Rettungsexpedition maßgeblich beitrug, war der norwegische Diplomat Niels Christian Ditleff.[14] Ditleff war bis zur Besetzung seines Landes als Gesandter Norwegens in Warschau akkreditiert und floh später nach Stockholm. Dort wurde er im Dezember 1943 zum Vertreter der norwegischen Exilregierung bestellt. Bereits zu diesem Zeitpunkt begann er, mit Beamten des schwedischen *Utrikesdepartement* Möglichkeiten der Repatriierung norwegischer Gefangener zu diskutieren. Unter Ditleffs Leitung formierte sich im April 1944 eine Hilfsorganisation für norwegische Häftlinge, der *Styret for den midlertidige Fangehjelpen i Sverige.* Gleichzeitig unterbreitete Ditleff der in London residierenden Exilregierung konkrete Vorschläge für die Rettung der gefangenen Landsleute, noch ehe die sich bereits abzeichnende militärische Niederlage Deutschlands eingetreten war. Ditleffs Initiative traf hier jedoch auf entschiedene Ablehnung.

Die norwegische Exilregierung vertrat eine der alliierten Kriegspolitik verpflichtete Position. Ein vertrauliches Memorandum des US-Kriegsministeriums, das im Februar 1944 verfaßt wurde, brachte die Haltung der Alliierten in folgenden Worten exemplarisch zum Ausdruck: „Es ist nicht daran gedacht, daß Einheiten der Streitkräfte zur Rettung von Opfern der feindlichen Unterdrückung herangezogen werden, es sei denn,

12 Siehe dazu u. a. Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982, S. 388 f.; Steven Koblik (Anm. 11), S. 59 ff.

13 Siehe Paul A. Levine, From Indifference to Activism. Swedish Diplomacy and the Holocaust, Uppsala 1996, S. 237.

14 Ditleffs Bemühungen werden ausführlich gewürdigt von Sune Persson, „Vi åker till Sverige". De vita bussarna 1945, Rimbo 2002, S. 69 ff. In deutscher Sprache finden sich dazu Ausführungen bei Lena Einhorn, Menschenhandel unterm Hakenkreuz, Stuttgart 2002, S. 292 ff.

daß solche Rettungsaktionen das direkte Ergebnis militärischer Operationen sind, die mit dem Ziel geführt werden, die feindlichen Streitkräfte zu schlagen."[15] Und an anderer Stelle hieß es: „Wir müssen uns jedoch immer darüber im klaren sein, daß die wirksamste Hilfe, die wir den Opfern feindlicher Verfolgung geben können, ein möglichst rascher Sieg über die Achsenmächte ist."[16] Damit waren eindeutige Prioritäten gesetzt. Sämtliche Bemühungen zur Rettung von Verfolgungsopfern hatten für die Kriegsführung der Alliierten nachrangige Bedeutung. Verhandlungen mit der feindlichen Gegenseite bezüglich der zivilen Gefangenen waren zu unterlassen. Alle Kräfte hatten sich dem Hauptkriegsziel, der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands an allen Fronten, zu unterwerfen.

Ditleff mußte, nachdem er der norwegischen Exilregierung seine Rettungspläne unterbreitet hatte, den Posten als offizieller Gesandter Norwegens in Schweden räumen. Dennoch ließ er sich nicht entmutigen. Bereits bestehende Kontakte zu dem dänischen Konteradmiral Carl Hammerich und dessen norwegischer Frau Borghild, die von Dänemark aus ein Hilfswerk für das okkupierte Norwegen organisierten, wurden im Sommer 1944 intensiviert und führten auch zur Einbeziehung der dänischen Gefangenen in die Rettungsarbeit. Carl Hammerich wurde allerdings gegen Kriegsende von den Deutschen verhaftet und kam während des britischen Bombenangriffs auf das Gestapohauptquartier in Kopenhagen am 21. März 1945 ums Leben.

Eine weitere wichtige Kontaktperson Ditleffs auf dänischer Seite war der Staatssekretär im dänischen Ministerium für Sozialwesen, Hans Hendrik Koch. Zusammen mit dem Hauptabteilungsleiter im dänischen Außenministerium Frants Hvass hatte Koch bereits im Winter 1943/44 mit Planungen zur Rückführung der dänischen Gefangenen begonnen und in dieser Frage die deutschen Besatzungsbehörden verschiedentlich unter Druck gesetzt.[17]

Im September 1944 gelang es Ditleff schließlich, das *Utrikesdepartement* davon zu überzeugen, daß eine Rettungsaktion für skandinavische Gefangene im Bereich des Möglichen liege. In einem Memorandum „Momenter til svensk aksjon for fangehjelp" unterbreitete er am 30. November 1944 der schwedischen Regierung den Vorschlag für eine Rettungsexpedition des Schwedischen Roten Kreuzes mit dem Ziel, alle in Deutschland inhaftierten Skandinavier unabhängig von ihrer religiösen Zugehörigkeit noch vor Ende der Kriegshandlungen zu repatriieren. Fürs erste sollte eine schwedische Rotkreuzdelegation unter Leitung ihres Vizepräsidenten, Folke Bernadotte, zu Verhandlungen nach Berlin entsandt werden.

Die Wahl Bernadottes zum Leiter der Expedition erfolgte nicht zufällig, Ditleff und Bernadotte waren befreundet und hatten schon im September über die geplante Befreiungsaktion gesprochen. Außerdem war Bernadottes Name schon einmal für einen

15 David S. Wyman, Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden, Ismaning 1986, S. 405.

16 Ebd., S. 406.

17 Über die dänischen Aktivitäten im Vorfeld der Rettungsexpedition „Weiße Busse" siehe: Therkel Stræde, Die „Aktion Weiße Busse", in: Befreiung Sachsenhausen 1945. Hrsg. von Günter Morsch und Alfred Reckendrees, Berlin 1996, S. 42–52, hier S. 44 ff.; Hans Sode-Madsen (Anm. 10), S. 285 ff.

humanitären Einsatz ins Gespräch gebracht worden, nämlich im Zusammenhang mit der Hilfe für die von der „Endlösung" bedrohten ungarischen Juden.

Es sollten allerdings noch einige Wochen ins Land gehen, bis die schwedische Regierung Ditleffs Plan schließlich akzeptierte. Währenddessen war Ditleff unaufhörlich bemüht, das *Utrikesdepartement* für das geplante Rettungsunternehmen zu gewinnen. Mittlerweile hatte auch die norwegische Exilregierung erkannt, daß im Interesse der Gefangenen sofort gehandelt werden mußte, und Ditleff in seine alten Rechte als norwegischer Gesandter wiedereingesetzt.

Unterdessen waren auch Namenslisten der sich in deutschem Gewahrsam befindlichen skandinavischen Gefangenen eingetroffen. Einer Gruppe von norwegischen Zivilinternierten um den Rektor der Universität Oslo, Didrik Arup Seip, die in dem Brandenburg nahegelegenen Groß Kreutz auf dem Gut der Familie von der Marwitz unter Hausarrest standen, war es gelungen, Informationen über die norwegischen Häftlinge in den Konzentrationslagern zu sammeln. Über den norwegischen Journalisten Odd Medboe traten sie mit Ditleff in Kontakt. Auch die Dienststelle des Internationalen Roten Kreuzes in Berlin-Wannsee und die schwedische Vertretung in Berlin waren wichtige Anlaufstellen für die sich mit gewissen Einschränkungen frei bewegenden Zivilinternierten. Von dort wurden die Informationen über die Gefangenen nach Stockholm weitergeleitet.[18]

Außerdem gelang es der Hamburgerin Hiltgunt Zassenhaus, die von der Gestapo mit der Briefzensur der skandinavischen Justizhäftlinge beauftragt war, systematisch Angaben über die Aufenthaltsorte der Inhaftierten zu sammeln und sie von norwegischen Geistlichen ins Ausland weiterbefördern zu lassen.[19] Ebenso stellte die dänische Regierung Listen ihrer gefangenen Landsleute zusammen, unter denen sich auch die nach Theresienstadt deportierten Juden befanden. All diese Informationen sollten der schwedischen Hilfsexpedition später beim Auffinden der skandinavischen Gefangenen eine unverzichtbare Hilfe sein.

Anfang Dezember 1944 wurde als Resultat fortgesetzter Interventionen Dänemarks bei den deutschen Behörden die Genehmigung zur Rückführung von etwa 200 dänischen Polizisten und Grenzgendarmen erteilt, die aus dem KZ Buchenwald in das Polizeigefangenenlager Frøslev gebracht wurden. Dies wurde von dänischer Seite nicht nur als moralischer Sieg über Nazideutschland angesehen, sondern erwies sich auch mit Blick auf die spätere Hilfsexpedition von Vorteil. Die Berichte der Gefangenen über ihre Haftbedingungen in Deutschland und die praktischen Erfahrungen dieses ersten Häftlingstransfers über die deutsch-dänische Grenze gingen als unschätzbares Wissen in die unmittelbare Vorbereitung der schwedischen Rettungsarbeit mit ein.[20]

18 Aus dem Kreis der norwegischen Zivilinternierten liegen in deutscher Sprache die Erinnerungen von Wanda Heger vor: Wanda Heger, Jeden Freitag vor dem Tor. Der Bericht der Frau, die im Deutschland der Jahre 1942–1945 vielen skandinavischen Häftlingen in Konzentrationslagern das Leben gerettet und die Rettungsaktionen des Grafen Bernadotte ermöglicht hat, München 1989.

19 Siehe dazu Hiltgunt Zassenhaus, Ein Baum blüht im November. Roman. (Bericht aus den Jahren des Zweiten Weltkriegs), Bergisch Gladbach 1977.

20 Hans Sode-Madsen (Anm. 10), S. 285 f.

Die endgültige Entscheidung der Regierung in Stockholm über die schwedische Rettungsexpedition wurde durch ein Ereignis in den ersten Februartagen des Jahres 1945 herbeigeführt, das sein Echo in der internationalen Presse fand. In ihrer Ausgabe vom 9. Februar berichtete die schwedische Tageszeitung „Svenska Dagbladet", daß es dem früheren Schweizer Bundespräsidenten Jean-Marie Musy gelungen war, 1200 jüdische Häftlinge aus Theresienstadt freizukaufen und in die Schweiz zu bringen. Einen Tag darauf erreichte Ditleff eine Mitteilung des schwedischen Außenministers, in der es hieß, daß die schwedische Regierung nunmehr beschlossen habe, Bernadotte zu Verhandlungen nach Deutschland zu entsenden. Jetzt also konnte mit der praktischen Umsetzung der Rettungspläne begonnen werden.[21]

Bernadotte verhandelt mit Himmler[22]

Am 16. Februar 1945 begab sich Folke Bernadotte erstmalig zu Verhandlungen über die skandinavischen Gefangenen in die deutsche Reichshauptstadt. Er suchte den direkten Kontakt zu Heinrich Himmler, weil in Anbetracht der Machtfülle von Nazideutschlands zweitmächtigstem Mann nur das Erfolg zu haben versprach. Offiziell wollte Bernadotte eine kleine Gruppe des Schwedischen Roten Kreuzes inspizieren. Diese Abordnung war nach Berlin entsandt worden, um Schwedinnen, die mit Deutschen verheiratet waren, aber nach Hause zurückkehren wollten, mit ihren Kindern in die Heimat zu bringen.

Bernadottes Aufenthalt in Berlin wurde durch die schwedische Vertretung vorbereitet, die über Ernst Kaltenbrunner, den Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), mit Himmler Kontakt aufnahm. Zugleich erhielt das Auswärtige Amt über den deutschen Gesandten in Stockholm eine offizielle Mitteilung über Bernadottes Reise nach Berlin und dessen Wunsch, mit Himmler zusammenzutreffen. Damit war der Besuch des Schweden entgegen Himmlers ursprünglicher Absicht nun auch vor Hitler nicht mehr zu verbergen. Der tat das Ganze jedoch mit der Bemerkung ab: „In einem totalen Krieg kann man mit einem solchen Blödsinn nichts erreichen."[23]

21 Yehuda Bauer (Anm. 9), S. 383.

22 Bernadotte hat seine Verhandlungsmission unmittelbar nach Kriegsende beschrieben: Folke Bernadotte, Das Ende. Meine Verhandlungen in Deutschland im Frühjahr 1945 und ihre politischen Folgen, Zürich [u. a.] 1945. Die Darstellung weist erhebliche Lücken auf, weshalb man sie heute eher als zeitgeschichtliches Dokument betrachten muß. 1956 veröffentlichte die schwedische Regierung eine offizielle Darstellung: [Wilhelm Carlgren], 1945 års svenska hjälpexpedition till Tyskland. Förspel och förhandlingar, Stockholm 1956. Eine ausführliche Darstellung der Verhandlungen Bernadottes mit der deutschen Seite findet sich bei Sune Persson, „Vi åker till Sverige" (Anm. 14), an dessen Darstellung ich mich weitestgehend orientiert habe. Felix Kerstens Verdienste um die Rettung von Konzentrationslagerhäftlingen werden von Historikern nur noch mit äußerster Vorsicht betrachtet. Ich habe mich deshalb hier auf Bernadottes Tätigkeit beschränkt. Auch die durch Kersten vermittelte Begegnung Himmlers mit Norbert Masur, der als Vertreter des World Jewish Congress im April 1945 als Unterhändler nach Deutschland reiste, bleibt unberücksichtigt, da sie den Verlauf der Rotkreuzexpedition nur insofern beeinflußte, daß sie die Unterredung Bernadottes mit Himmler nur wenige Stunden danach und am gleichen Ort vorbereitet hatte. Es handelt sich um das Treffen am 21. April 1945.

23 Walter Schellenberg, Memoiren, Köln 1959, S. 354.

Bernadotte blieb bis zum 21. Februar in Berlin und begegnete in dieser Zeit neben Kaltenbrunner und Himmler auch Walter Schellenberg, dem Chef des SD-Auslandsgeheimdienstes, und Außenminister Joachim von Ribbentrop. Das Ergebnis von Bernadottes Verhandlungen mit Himmler blieb hinter den schwedischen Erwartungen weit zurück. Nur widerstrebend genehmigte Himmler die Zusammenführung aller norwegischen und dänischen Häftlinge im nahe der dänischen Grenze gelegenen KZ Neuengamme und den Zutritt zu diesem Lager für das Personal des Schwedischen Roten Kreuzes. Alle Gefangenentransporte sollten durch schwedische Fahrzeuge erfolgen, da deutsche Transportgelegenheiten wegen des Kriegsgeschehens nicht zur Verfügung standen. Den Vorschlag der schwedischen Seite, sämtliche skandinavischen Gefangenen nach Schweden zu bringen, um sie dort zu internieren, stieß auf Himmlers entschiedene Ablehnung. Bernadotte wurde jedoch zugestanden, daß die schwedischen Fahrzeuge sich auf deutschem Territorium frei bewegen konnten. Damit war auch von deutscher Seite der Weg frei für die schwedische Rotkreuzexpedition.

Bernadotte kehrte am 6. März erneut nach Berlin zurück und blieb dort bis zum 19. März. In diesen zwei Wochen traf er wiederum mit Kaltenbrunner und Schellenberg zusammen, allerdings nicht mit Himmler. Er hatte einige die Expedition im Detail betreffende Fragen zu klären und vor allem Kaltenbrunners Versuche, das mit Himmler Verabredete zu sabotieren, abzuwehren. Hierin wurde er von Schellenberg unterstützt. Währenddessen traf das schwedische Hilfskorps in Deutschland ein. Für seine Tätigkeit wurden erst wieder Anfang April neue Vereinbarungen getroffen.

Am 2. April ersuchte der Graf in einer vierstündigen Unterredung mit Himmler und Schellenberg erneut um die Erlaubnis, alle dänischen und norwegischen Gefangenen nach Schweden zu überführen. Himmler lehnte das wiederum ab, erklärte sich dann aber damit einverstanden, daß alle skandinavischen Frauen, alle Kranken, eine kleinere Gruppe der in Neuengamme inhaftierten norwegischen Studenten sowie einige Einzelpersonen mit norwegischer und französischer Staatsbürgerschaft nach Schweden gebracht wurden. Schweden sollte allerdings dafür sorgen, daß die Freigelassenen bis Kriegsende dort blieben und keine öffentlichen Ämter bekleideten. Außerdem erteilte Himmler die Genehmigung, sämtlichen dänischen Polizisten die Rückkehr nach Dänemark zu ermöglichen, wo sie zunächst für kurze Zeit im Polizeigefangenenlager Frøslev interniert, danach aber endgültig freigelassen werden sollten.

Bevor Bernadotte am 9. April die Rückreise nach Schweden antrat, begegnete er noch einmal Schellenberg. Der wiederholte seine bereits Tage zuvor vertraulich geäußerte Bitte, der Graf solle doch mit Eisenhower über einen Separatfrieden im Westen diskutieren. Bernadotte erklärte sich bereit, mit Eisenhower zu reden, wenn Himmler zuvor die folgenden Bedingungen erfüllte: Himmler solle Hitler entmachten und an seine Stelle treten, die NSDAP auflösen und alle Parteimitglieder absetzen sowie die Einstellung der Tätigkeit des „Wehrwolfs" anordnen. Außerdem forderte er, noch vor der Abreise aus Friedrichsruh, dem Hauptquartier der schwedischen Rotkreuzexpedition, eine Bestätigung zu erhalten, daß für sämtliche dänischen und norwegischen Häftlinge der Befehl zum Abtransport nach Schweden gegeben worden sei. Schellenberg versprach dem Grafen, mit Himmler über diese Konditionen zu reden.[24] Aber Himmler war, wie sich sehr bald zeigte, keinesfalls gewillt, derart weitreichende Zugeständnisse zu machen.

Am 19. April wurde die Evakuierung sämtlicher skandinavischer Häftlinge aus Neuengamme angeordnet. Sie sollten nach Dänemark gebracht werden. Zwei Tage darauf trafen sich Bernadotte und Himmler noch einmal am späten Abend des 21. Aprils im brandenburgischen Hartzwalde, dem Gut von Himmlers Masseur Felix Kersten. Bei dieser Gelegenheit empfing Bernadotte Himmlers Einwilligung zum Weitertransport der norwegischen und dänischen Gefangenen nach Schweden. Außerdem durften die schwedischen Rotkreuzbusse nun auch weibliche Häftlinge aus dem Konzentrationslager Ravensbrück unabhängig von ihrer Nationalität außer Landes bringen.[25]

Die letzte Unterredung Bernadottes mit Himmler am 24. April im Haus der schwedischen Vertretung in Lübeck hatte mit der schwedischen Rettungsexpedition kaum noch zu tun. Beide Gesprächspartner diskutierten nunmehr direkt die Möglichkeit eines Separatfriedens mit den Westalliierten und die Einbeziehung der deutschen Militärverbände in Dänemark und Norwegen in eine Kapitulation Deutschlands im Westen. Bernadotte leitete Himmlers Kapitulationsangebot durch das *Utrikesdepartement* an die Westalliierten weiter. Diese blieben jedoch auf der mit dem sowjetischen Bündnispartner vereinbarten Linie der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands an allen Fronten und lehnten Himmlers Offerte kategorisch ab.

Der Verlauf der Rettungsaktion[26]

Der formelle Beschluß der schwedischen Regierung über die Rettungsexpedition datiert vom 2. März 1945.[27] Mit den praktischen Vorbereitungen wurde jedoch schon Ende Februar begonnen, nachdem Bernadotte von seiner ersten Verhandlungsreise aus Berlin zurückgekehrt war.

Das Personal der Hilfsaktion rekrutierte sich überwiegend aus schwedischen Militärangehörigen. Dazu zählten sowohl Berufsoffiziere als auch Wehrpflichtige, die sich freiwillig für den Einsatz gemeldet hatten. Für die Ausrüstung der Expedition trug das Verteidigungsministerium die Verantwortung, die Kosten wurden von der schwedischen Regierung übernommen. Damit wurde die Hilfsexpedition zu einer regierungsamtlichen Mission, mit anderen Worten: zu einem verdeckten Einsatz des schwedischen Heeres für humanitäre Zwecke.

Allerdings waren Auslandseinsätze schwedischer Militärangehöriger untersagt, und auch die deutsche Seite wollte Operationen fremder Armeeeinheiten, selbst wenn sie aus

24 Folke Bernadotte (Anm. 22), S. 71, bzw. [Wilhelm Carlgren], 1945 års svenska hjälpexpedition till Tyskland (Anm. 22), S. 28.

25 Die Hintergründe für die Ausweitung der Rettungsaktion auf nichtskandinavische Häftlinge versucht Simone Erpel, Zwischen Vernichtung und Befreiung. Das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück in der letzten Kriegsphase, Berlin 2005, S. 121–154, darzustellen.

26 Die Darstellung der Rettungsaktion folgt den gleich nach Kriegsende erschienenen Berichten von an der Expedition Beteiligten: Åke Svenson, De vita bussarna, Stockholm 1945; Sven Frykman, Röda korsexpeditionen till Tyskland, Stockholm 1945; Gerhard Rundberg und Henry Meyer, Rapport från Neuengamme, Stockholm 1945. Sune Persson hat diese Berichte durch umfangreiche Archivrecherchen ergänzt. Aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichte ich hier darauf, jede Angabe zu belegen.

27 Sune Persson, „Vi åker till Sverige" (Anm. 14), S. 161.

neutralen Staaten stammten, auf ihrem Territorium nicht akzeptieren. Aus diesem Grund wurde die gesamte Expedition unter die Obhut des Schwedischen Roten Kreuzes gestellt und dessen Vizepräsident, Folke Bernadotte, mit der Leitung betraut. Die operative Führung übernahm Oberst Gottfrid Björck.

Die Armeeuniformen verschwanden, alle militärischen Zeichen wurden durch Rotkreuzsymbole ersetzt. Sämtliche Fahrzeuge wurden weiß gestrichen und mit schwedischen Flaggen und roten Kreuzen an den Seiten und auf den Dächern versehen, so daß sie für die alliierten Kampfflieger gut von deutschen Militärfahrzeugen zu unterscheiden waren. Am 5. März ließ die britische Royal Airforce der schwedischen Regierung mitteilen, daß ihre Piloten die schwedischen Konvois verschonen würden.

Die Deutschen beschränkten die Größe der Hilfsmannschaft auf 250 Personen. Diese sammelten sich zwischen dem 7. und 10. März in Hässleholm, einem Ort in der südschwedischen Provinz Schonen, und bereiteten dort ihren Abmarsch vor, mit dem bereits am 8. März begonnen wurde. Die Fahrt ging über Malmö mit der Fähre nach Kopenhagen und dann weiter nach Schloß Friedrichsruh, das als Hauptquartier für das Hilfskorps diente, da es in unmittelbarer Nähe Hamburgs und der deutsch-dänischen Grenze lag. Sein Eigentümer, Otto von Bismarck, ein Nachfahre des „Eisernen Kanzlers", war mit einer gebürtigen Schwedin verheiratet, die Bernadotte noch aus seiner Schulzeit kannte.

Am 12. März war die Hilfsexpedition vollzählig in Friedrichsruh eingetroffen. Sie wurde auf fünf Kommandos und eine Mannschaft für das Hauptquartier aufgeteilt. Neben den ausschließlich männlichen Militärangehörigen waren drei Ärzte und fünf Krankenschwestern am Orte. Insgesamt standen etwa 75 Fahrzeuge zur Verfügung, vorrangig Busse, aber auch einige Lastkraftwagen. Sie hatten eine Gesamttransportkapazität von ungefähr 1000, für kürzere Transporte von etwa 1200 Personen.

Als Verbindungsoffiziere zu den deutschen Behörden, vor allem aber zu Himmler und der Gestapo, fungierten SS-Obersturmbannführer Karl Rennau und Kriminalkommissar Franz Göring. Jedem Fahrzeug im Konvoi wurde darüber hinaus mindestens ein deutscher Begleitoffizier zugewiesen, ein SS-Offizier oder Gestapobeamter in Zivil, der die Schweden überwachen sollte, aber auch bürokratische Hürden überwinden half, die während der Transporte immer wieder vor Ort auftauchen sollten.

Am 15. März verließ der erste Konvoi Friedrichsruh in Richtung Berlin, um aus dem nahe der Reichshauptstadt gelegenen KZ Sachsenhausen die skandinavischen Gefangenen ins Lager Neuengamme zu bringen. Seine Ankunft hat der Norweger Odd Nansen in seinen Tagebuchaufzeichnungen aus der KZ-Haft in Sachsenhausen so geschildert: „Dann wurde das äußere Tor geöffnet, und ein zwei Meter langer schwedischer Offizier erschien – der Leiter der Rot-Kreuz-Expedition. Draußen standen dreizehn weiß lackierte Omnibusse mit schwedischen Fahnen und den Abzeichen des Roten Kreuzes. Grüße wurden gewechselt und der erste Bus mit den ersten dreißig Mann gefüllt. Noch nie haben Norweger in einem deutschen Konzentrationslager sich strammer und flotter aufgestellt, noch nie ist etwas exakter und reibungsloser abgewickelt worden, obwohl kein einziges ‚Los! Los!' ertönte, kein ‚Seitenrichtung!' und ‚Zu fünfen!' und ‚Aufrücken!' und wie das ganze Kommandogebrüll nun heißen mag. Hoffentlich hat es einen Eindruck auf die anwesende SS gemacht – nur als kleiner Abschiedsgruß! Das ganze

Gepäck wurde von schwedischen Mannschaften in weißen Rote-Kreuz-Uniformen auf dem Dach der Busse verstaut. Jeder Mann bekam ein Paket mit Eßwaren und Zigaretten mit dem Bescheid, daß dies einige Tage reichen müsse, und dann ging es los."[28]

Es waren insgesamt sieben Transporte erforderlich, um die 2176 Dänen und Norweger, die sich in Sachsenhausen befanden, nach Neuengamme zu überführen.[29]

Die nächsten Transporte hatten den erheblich weiteren Weg nach Süddeutschland zurückzulegen und mußten sich deshalb ausreichend mit Treibstoff bevorraten. Erst am 17. März traf das schwedische Frachtschiff „Lillie Matthiessen" mit größeren Mengen davon in Lübeck ein. Zwei Tage später brachen der zweite und der dritte Konvoi von Friedrichsruh in Richtung Süden auf. Sie steuerten die Lager Dachau, Mauthausen und einige ihrer Außenkommandos sowie eine Reihe von Nebenlagern des bereits geräumten Konzentrationslagers Natzweiler-Struthof an, darunter auch das bei Stuttgart gelegene Schömberg.

Am 24. März kehrten die Busse aus Süddeutschland mit etwa 700 Gefangenen nach Neuengamme zurück. Eine schwedische Krankenschwester, die die Häftlinge aus Dachau während des Transportes betreute, schreibt: „Die Rückfahrt glich einem Alptraum und war für mich ein Erlebnis, das ich wohl nie vergessen werde. Nachdem die Häftlinge eingestiegen waren, stellte sich heraus, daß unserem Konvoi die meisten und am schwersten Kranken zugeteilt waren. In ihrem unterernährten, elenden Zustand war das eine bedauernswerte Ansammlung von Menschen. [...] Nie habe ich in den zwölf Jahren meiner krankenpflegerischen Arbeit so viel Elend auf einmal gesehen."[30]

Indes drohten die Verhältnisse in Neuengamme wegen der Überbelegung durch die neu eingetroffenen dänischen und norwegischen Gefangenen immer katastrophaler zu werden. Auch hatte das schwedische Rotkreuzpersonal noch immer keine Möglichkeit, das Lagergelände zu betreten und die medizinische Betreuung der Skandinavier selbst zu übernehmen. Die Deutschen schlugen am 23. März vor, die Hilfsexpedition solle mit schwedischen Mitteln ein separates Lager außerhalb des bestehenden errichten. Erst dann könne der direkte Kontakt zu den Gefangenen bewilligt werden. Da das mit Blick auf die ca. 5000 Norweger und Dänen, die sich mittlerweile in Neuengamme aufhielten, wohl Monate gedauert hätte, wurde dieses völlig unrealistische Ansinnen von den Schweden abgewiesen.

Die deutsche Seite präsentierte daraufhin einen neuen Vorschlag: Unter Aufsicht der SS sollten die schwedischen Busse für die Verlegung von etwa 2000 nichtskandinavischen Gefangenen aus dem Hauptlager in verschiedene Nebenlager bei Hannover und Braunschweig sorgen. Dann würde man auch den Mitarbeitern des Roten Kreuzes den Zutritt zu den skandinavischen Häftlingen gewähren. Die Schweden willigten schweren Herzens ein.

Der 27. März, der Tag, an dem der Abtransport begann, wurde für Leutnant Svenson zum fürchterlichsten Erlebnis während der gesamten Expedition: „Wir konnten nunmehr sehen, wie die Deutschen ihre Gefangenen im allgemeinen zu behandeln pflegten,

28 Odd Nansen, Von Tag zu Tag. Ein Tagebuch, Hamburg 1949, S. 317 f.
29 Therkel Stræde (Anm. 17), S. 43.
30 Sven Frykman (Anm. 26), S. 76.

Franzosen, Belgier, Holländer, Polen und Russen. Diesmal mußten sie uns in das eigentliche Lager hineinfahren lassen, da die Mehrzahl der Passagiere die kurze Wegstrecke von den Baracken zur Landstraße nicht von selbst zurückzulegen vermochte. Aus den Baracken wurde eine Ansammlung von Geschöpfen getrieben, gestoßen und herausgeführt, die kaum noch menschlich wirkten. Ausgemergelt bis zu einem Ausmaß, das man nicht mehr für möglich hält, obendrein völlig entkräftet durch hochgradige Dysenterie und andere Krankheiten, stolperten und krochen diese Menschen in unsere Busse hinein. [...] Es gab erwachsene Männer von mittlerer Größe oder größer, die nur noch 30 Kilo wogen. Einige waren so entkräftet, daß sie nicht einmal einen Brotkanten zu halten vermochten."[31]

Für die skandinavischen Häftlinge in Neuengamme indes verbesserte sich die Situation schrittweise. Schon am 25. März traf eine erste Hilfssendung ein, zwei Tage später erreichte ein mit Medikamenten, Hygieneartikeln u.a. beladener Lastkraftwagen das Lager. Am 29. März erhielt das Rotkreuzpersonal endlich Zutritt zum Lagergelände, zunächst allerdings begrenzt auf einige Vertreter und für wenige Stunden. Weitere Verhandlungen mit der Lager-SS führten schließlich zur Einrichtung eines separaten „Skandinavierlagers", das mit Stacheldraht vom übrigen Lager abgetrennt wurde.

Am 30. März besuchte Bernadotte Neuengamme und erhielt die Gelegenheit, mit den Häftlingen zu sprechen. Mit dem Lagerkommandanten Max Pauly wurden weitere Verbesserungen für die skandinavischen Gefangenen ausgehandelt. Regelmäßig trafen nun Lebensmittelpakete ein, die Mißhandlungen durch die SS hörten auf, alle Häftlinge wurden mit Angaben über ihren Gesundheitszustand registriert, die Rotkreuzmitarbeiter konnten sich im Bereich des „Skandinavierlagers" ungehindert bewegen, ein Seelsorger konnte seine Tätigkeit aufnehmen, und die Häftlinge wurden entlaust und gegen Flecktyphus geimpft.

Bis Anfang April trafen noch weitere Transporte mit Gefangenen aus anderen Haftstätten in Neuengamme ein, diesmal auch aus den Zuchthäusern des „Dritten Reiches". Darunter befanden sich auch die etwa 1000 dänischen Polizisten, die allerdings schon wenige Tage später von ihren eigenen Landsleuten nach Dänemark gebracht werden durften, zunächst allerdings erst in das Polizeigefangenenlager Frøslev.

Nach einer Ende März getroffenen Vereinbarung zwischen Dänemark und Schweden wurde das schwedische Hilfskorps nun durch Fahrzeuge und Personal des Dänischen Roten Kreuzes verstärkt. Am 1. und 3. April brachen zwei Konvois von Dänemark nach Deutschland auf, die aus 33 Bussen, 15 Ambulanzen, fünf LKWs und sieben Personenkraftwagen bestanden. Für die spätere Evakuierung der skandinavischen Gefangenen aus Neuengamme nach Dänemark wurden 90 weitere Busse und zusätzliche Fahrzeuge zur Verfügung gestellt. Während des Monats April unterstützten nicht weniger als

31 Åke Svenson (Anm. 26), S. 57. Die Indienstnahme des Hilfskorps durch die SS wird in der schwedischen Öffentlichkeit sehr kontrovers diskutiert. Kürzlich erschien ein von der Göteborger Historikerin Ingrid Lomfors verfaßtes Buch mit dem Titel „Blind fläck. Minne och glömska kring svenska Röda korsets hjälpinsats i Nazityskland 1945", Stockholm 2005. Die Autorin stellt ihre Recherchen zum weiteren Schicksal der von der Zwangsevakuierung betroffenenen 2000 Nichtskandinavier vor und setzt sich zugleich kritisch mit der kollektiven Erinnerung in Schweden an die Rettungsexpedition „Weiße Busse" auseinander.

450 Personen, darunter zehn Ärzte und 16 Krankenschwestern, von dänischer Seite aus das schwedische Hilfskorps.[32] Der erste dänische Konvoi traf am 4. April in Friedrichsruh ein, geleitet von Frants Hvass, Leiter der politisch-juristischen Abteilung des dänischen Außenministeriums. Hvass leitete in der Folgezeit die Verhandlungen mit der schwedischen und der deutschen Seite.

Am 2. April startete erneut ein Hilfskonvoi nach Süddeutschland. Diesmal wurden 75 Gefangene aus den Lagern Dachau, Mauthausen und Vaihingen nach Neuengamme gebracht, unter ihnen der spätere norwegische Ministerpräsident Trygve Bratteli.[33] Drei Tage später, am 5. April, verließ nahezu die Hälfte des schwedischen Kommandos Deutschland, um nach Schweden zurückzukehren. Als Militärangehörige durften sie lediglich für einen Monat vom normalen Wehrdienst freigestellt werden. Oberst Björck ging mit ihnen, und Major Sven Frykman wurde am 4. April neuer Leiter der Rettungsexpedition. In der letzten Phase des weiterhin unter schwedischer Leitung arbeitenden Hilfskorps wurden in zunehmenden Maße Personal und Fahrzeuge des Dänischen sowie des Internationalen Roten Kreuzes genutzt.

Die „Weißen Busse" waren in den letzen Kriegswochen des Aprils unablässig unterwegs. Am 8. April überquerte ein erster Transport mit kranken Häftlingen aus Neuengamme die deutsch-dänische Grenze und nahm den direkten Weg nach Schweden. Ebenso wurden skandinavische Frauen aus dem Frauenkonzentrationslager Ravensbrück gleich über die Grenze ins dänische Padborg gebracht. Einen Tag darauf verließ die erste Kolonne mit chronisch Kranken Neuengamme, und ein weiterer Konvoi setzte sich in Bewegung, um erneut Zuchthausgefangene aufzunehmen. Parallel dazu wurden am 10. April 299 französische Frauen aus Ravensbrück durch das Internationale Rote Kreuz in die Schweiz transportiert.

Unter äußerst dramatischen Umständen verlief die Befreiung der dänischen Juden aus dem Ghetto Theresienstadt. Am 11. April, einen Tag, bevor die Busse aus Friedrichsruh nach Theresienstadt aufbrachen, teilte der britische Militärattaché in Stockholm dem *Utrikesdepartement* mit, daß die britische Royal Airforce den Aktionsraum der „Weißen Busse" nunmehr als taktische Kampfzone betrachten würde und keine Garantien mehr für die Sicherheit der Hilfsexpedition geben könne. Die Fronten in Ost und West waren sich in Mitteldeutschland unterdessen so nahe, daß nur noch ein schmaler Korridor geblieben war. Die Amerikaner hatten die Elbe erreicht und bei Magdeburg einen Brückenkopf errichtet. Dort warteten sie auf die russische Berlinoffensive, denn die Alliierten hatten vereinbart, daß die Reichshauptstadt von der Roten Armee befreit werden sollte. Die setzte aber erst am 16. April im Osten über die Oder, und dies ermöglichte den „Weißen Bussen", den Flaschenhals unbeschadet zu durchqueren, obwohl sie sich auf der Rückfahrt teilweise nur noch 15 Kilometer von der Frontlinie entfernt bewegten.

Die dänischen Juden wurden ohne Zwischenaufenthalt sofort nach Schweden gebracht, wo sie die Zeit bis zur Rückkehr in die Heimat Anfang Mai in zwei Quarantänelagern verbrachten. Am 20. April wurden schließlich die restlichen skandinavischen Gefangenen mit den „Weißen Bussen" aus Neuengamme fortgebracht.

32 Hans Sode-Madsen (Anm. 10), S. 286 f.

33 Trygve Bratteli, Fange i natt og tåke, Oslo 1981.

Die letzte große Rettungsaktion begann am 22. April, als ein Konvoi von 25 dänischen Ambulanzen von Friedrichsruh nach Ravensbrück aufbrach, um, dem Versprechen Himmlers folgend, so viele Frauen wie nur irgend möglich aus dem Lager herauszuschaffen. Der Lagerkommandant in Ravensbrück, Sturmbannführer Fritz Suhren, teilte dem Leiter des Transportes bei dessen Ankunft mit, er könne gern alle französischen, polnischen, niederländischen und belgischen Frauen – insgesamt 15000 – mitnehmen. Da das die vorhandenen Transportkapazität erheblich überstieg, wurden jetzt alle verfügbaren Reserven mobilisiert. In Lübeck übergab der dortige Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes 12 LKWs. Überdies gelang es, einen ganzen Eisenbahnzug mit Güterwagen zu beschaffen, der 3998 Frauen aus Ravensbrück nach Dänemark brachte. Am 25. April erreichte die letzte Fahrzeugkolonne Ravensbrück. Sie wurde auf ihrer Rückfahrt von britischen Tiefflliegern attackiert, ein Fahrer und mehrere Frauen kamen dabei ums Leben, weitere wurden schwer verletzt. Einen Tag später erklärte Frykman, daß alle weiteren Transporte aus Sicherheitsgründen eingestellt würden. Das Lager Ravensbrück wurde am 30. April von der Roten Armee befreit.

Nun wurden die dänischen Lager Frøslev und Møgelkjær geräumt, alle dort internierten Norweger und Dänen wurden ebenfalls nach Schweden gebracht. Am 27. April erfolgte die erste offizielle Presseerklärung des Schwedischen Roten Kreuzes zur Hilfsexpedition. So lange hatte man das mit der deutschen Seite vereinbarte Stillschweigen gewahrt, um den Verlauf der Aktion nicht zu gefährden. In den Folgetagen trafen die letzten Transporte in Schweden ein, der allerletzte vor der deutschen Kapitulation am 4. Mai. Damit waren etwa 15000 Häftlinge, darunter mehrere tausend Juden, aus den nationalsozialistischen Konzentrationslagern und Zuchthäusern durch die „Weißen Busse" in Sicherheit gebracht worden.[34]

Während der folgenden Monate wurden noch weitere Gefangene aus Deutschland auf schwedischen Schiffen direkt nach Schweden gebracht. Sie wurden nach ihrer Ankunft medizinisch betreut, mit Nahrungsmitteln und Kleidung versorgt und fanden Aufnahme meist in Quarantänelagern oder Hospitälern. Ihr weiteres Schicksal ist bereits ein anderes Kapitel und soll hier nicht weiter verfolgt werden.[35]

34 Svenska Röda korset, Vita bussarna. Svenska röda korsets räddningsaktion till Tyskland under Andra världskriget, Stockholm 2000, S. 25 f. In vielen schwedischen Publikationen findet man wesentlich höhere Zahlen. So ist häufig von etwa 20000 Geretteten die Rede. Hier werden allerdings auch die Gefangenen mit eingerechnet, die erst nach Deutschlands Kapitulation zur Genesung nach Schweden gebracht wurden. Die schwedische Nationalenzyklopädie geht sogar von 30000 aus. Diese Zahl schließt all diejenigen ein, die bis einschließlich Sommer 1945 Zuflucht in Schweden fanden, darunter höchstwahrscheinlich auch die baltischen Flüchtlinge.

35 Den west- und nordeuropäischen Flüchtlingen wurde recht bald die Rückkehr in ihre Heimatländer ermöglicht. Vor allem ehemalige Häftlingsfrauen polnischer Herkunft wurden für den Einsatz in der Landwirtschaft rekrutiert und in Arbeitslagern untergebracht, was sich nicht selten retraumatisierend auf die Betroffenen auswirkte. Näheres dazu bei Lars Olsson, På tröskeln till folkhemmet. Baltiska flyktingar och polska koncentrationsläger-fångar som reservarbetskraft i skånskt jordbruk kring slutet av Andra världskriget, Malmö 1995.

Nachkriegsdebatten über Folke Bernadotte und die „Weißen Busse"

Die schwedische Hilfsexpedition wird bis zum heutigen Tag sehr kontrovers diskutiert. Im Zentrum der Auseinandersetzung steht fast immer Folke Bernadotte, während alle anderen Personen, ob sie nun direkt an der Rettungsaktion oder lediglich an ihrer Vorbereitung beteiligt waren, kaum Beachtung finden und nur selten für ihren persönlichen Einsatz gebührend gewürdigt werden.

Schon unmittelbar nach Kriegsende meldeten sich in der schwedischen Öffentlichkeit die ersten kritische Stimmen zu Wort. Anstoß erregte zuallererst die Parteinahme des Grafen für den Chef des SD-Auslandsnachrichtendienstes Walter Schellenberg, dem er, bevor dieser sich den Alliierten stellte, im Frühjahr 1945 im eigenen Haus Unterkunft gewährte und für den er darüber hinaus 1948 als Entlastungszeuge vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal auftrat.[36] Aber auch in seiner Eigenschaft als Leiter der schwedischen Hilfsexpedition und Verhandlungspartner Heinrich Himmlers wurde er von mancher Seite beargwöhnt.

Bernadotte, der nach Kriegsende für die Vereinten Nationen im Nahostkonflikt als Vermittler fungierte, wurde am 17. September 1948 in Jerusalem Opfer eines Attentates jüdischer Extremisten. Bereits vor seiner Ermordung setzte eine gegen ihn gerichtete Kampagne ein, die ihn mit dem Vorwurf konfrontierte, Antisemit zu sein,[37] was sich später wiederum als willkommene Argumentationshilfe für diejenigen erwies, die den Mordanschlag guthießen, insbesondere ehemalige Mitglieder der *Lechi* (Sternliga), aus deren Umfeld der Attentäter stammte, die Jahre danach erklärten, sie hätten mit Bernadotte nicht nur einen Feind Israels auslöschen wollen, sondern auch „einen Kollaborateur der nazistischen Ausrottung von Europas Juden".[38]

Anfang der fünfziger Jahre erlangte der britische Historiker Hugh Trevor-Roper mit seiner Einschätzung Bernadottes die zeitgeschichtliche Deutungshoheit und konnte sie bis in die siebziger Jahre wahren.[39] Im Jahre 1953 veröffentlichte er einen Artikel in der Zeitschrift „Atlantic Monthly", in dem er allein Felix Kersten das Verdienst des Erfolges der Rotkreuzexpedition zugestand.[40] Bernadotte sei nichts weiter als ein „Transportoffizier" gewesen.[41] Im Vorwort zur 1956 erschienenen englischen Ausgabe von Kerstens Memoiren verwies Trevor-Roper in einer Fußnote auf einen Brief Bernadottes an Himmler vom 10. März 1945, von dem er eine Kopie gesehen haben wollte.[42] Dieser

36 Ingrid Lomfors, Blind fläck (Anm. 31), S. 30.

37 Sune Persson, Folke Bernadotte and the White Buses, in: *The Journal of Holocaust Education,* Vol. 9 (2000), H. 2/3, S. 237–268, hier S. 248.

38 Zit. nach: Henrik Bachner, Återkomsten. Antisemitism i Sverige efter 1945, Stockholm 2004, S. 50.

39 Um nur zwei jüngere Beispiele zu nennen, siehe Raymond Palmer, Felix Kersten and Count Bernadotte. A Question of Rescue, in: *Journal of Contemporary History,* Vol. 29 (1994), S. 39–51, bzw. John H. Waller, The Devil's Doctor. Felix Kersten and the Secret Plot to Turn Himmler against Hitler, New York 2002.

40 Hugh Trevor-Roper, Kersten, Himmler and Count Bernadotte, in: *Atlantic Monthly,* Vol. 191 (1953), S. 43–45.

41 "Of Count Bernadotte's activities in these negotiations little needs to be said, for he was simply an agent – 'a transport officer, no more,' as one of Himmler's associates described him." Ebd., S. 44.

42 Felix Kersten, The Kersten Memoirs 1940–1945, London 1956, S. 15 f. Die deutsche Fassung des Vorwortes erschien im November 1956 ohne Hinweis auf die Memoiren unter dem Titel „Himmlers Leibarzt"

Brief sollte den Vorwurf untermauern, daß Bernadotte im Grunde seines Herzens judenfeindlich gesinnt gewesen sei. Sein Inhalt wurde von Achim Besgen in seinem Buch über Felix Kersten auszugsweise mit den folgenden Worten wiedergegeben: „Die Juden sind in Schweden ebenso unerwünscht wie in Deutschland. Daher verstehe ich Sie vollkommen in der Judenfrage."[43] Außerdem war von einer dem Brief beigefügten Skizze mit englischen militärischen Zielen die Rede, die die Treffsicherheit der V-Waffen in London verbessern sollte.[44] Trevor-Roper drückte sich indes etwas vorsichtiger aus. Er schrieb: „Wenn Himmler auch den Eindruck hatte, Bernadotte habe wie ein Antisemit gesprochen – was bei Bernadotte vielleicht rein taktischen Überlegungen entsprang – so haben wir doch keinen Grund zu vermuten, daß dieser die Übernahme der Juden aus antisemitischen Motiven ablehnte."[45] Vielmehr habe sich der Graf lediglich geweigert, nichtskandinavische Gefangene mitzunehmen. „Es scheint, als habe er einfach nur seine Instruktionen mißverstanden [...]."[46] Der angebliche Brief Bernadottes an Himmler entpuppte sich später jedoch als eine Fälschung Kerstens. Kersten fühlte sich nämlich durch die Tatsache gekränkt, daß er in dem bereits im Juni 1945 veröffentlichten und sofort in mehrere Sprachen übertragenen Bericht Bernadottes über die Hilfsmission des Schwedischen Roten Kreuzes[47] an keiner Stelle genannt und ihm von schwedischer Seite über Jahre hinweg die Staatsbürgerschaft verweigert worden war.[48]

Der Wahrheitsgehalt der von Kersten hinterlassenen Mitteilungen wird von Historikern mittlerweile als äußerst problematisch betrachtet. Seine angeblich so zahlreichen Bemühungen um die Rettung von NS-Verfolgten erwiesen sich bei genauerem Hinsehen meist als Produkte einer lebhaften Phantasie.[49] In den fünfziger Jahren galt Kersten aber in den Augen vieler als glaubwürdig, zumal er neben Trevor-Roper noch andere prominente Fürsprecher besaß, so etwa das holländische Königshaus, das ihm für seine Verdienste im Jahre 1950 das Großoffizierskreuz des Ordens von Oranje-Nassau verlieh.

[Forts. von Anm. 42]
als Artikel in der Zeitschrift „Der Monat", Jg. 9 (1956), H. 98, S. 69–77. Dort fehlt die Fußnote mit dem Hinweis auf den ominösen Brief.

43 Achim Besgen, Der stille Befehl. Medizinalrat Kersten, Himmler und das Dritte Reich, München 1960, S. 44. Besgen will den Brief in Kerstens Tagebuch gefunden haben, für dessen Authentizität er eine eidesstattliche Erklärung des holländisches Historikers Nicolaas W. Posthumus zitiert. Das Tagebuch soll 800 Seiten umfassen und im holländischen Reichsarchiv aufbewahrt sein. Ein derartiges Tagebuch existiert dort jedoch nicht und ist auch von Kersten nie vorgelegt worden (siehe Louis de Jong, Hat Felix Kersten das niederländische Volk gerettet?, in: Hans-Heinrich Wilhelm und Louis de Jong, Zwei Legenden aus dem Dritten Reich. Quellenkritische Studien, Stuttgart 1974, S. 79–142, hier S. 122 f.).

44 „Ihre V-Waffen schießen schlecht auf London. Ich lege Ihnen eine Skizze ein, wo englische Militärvorräte gelagert sind." Ebd., S. 45.

45 Zit. nach: Hugh Trevor-Roper, Himmlers Leibarzt (Anm. 42), S. 73.

46 Ebd.

47 Folke Bernadotte, Slutet. Mina humanitära förhandlingar i Tyskland våren 1945 och deras politiska följder, Stockholm 1945. Für die deutsche Ausgabe siehe Anm. 22.

48 Gerald Fleming, Die Herkunft des „Bernadotte-Briefs" an Himmler vom 10. März 1945, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 26 (1978), H. 4, S. 571–600.

49 Mit Blick auf die legendenumwobene Rettung des niederländischen Volkes vor der Deportation nach Ostpolen vgl. Louis de Jong (Anm. 43). Ähnlich skeptisch äußert sich der finnische Historiker Hannu Rautkallio zu Kerstens Behauptung, er habe die finnischen Juden gerettet. Hannu Rautkallio, Finland and the Holocaust. The Rescue of Finland's Jews, New York 1987, S. 163 ff. Bezogen auf Kerstens Einsatz in der Kriegsendphase, siehe: Sune Persson, Vi åker till Sverige (Anm. 14), S. 509 ff.

1956 veröffentlichte das schwedische *Utrikesdepartement* einen Bericht über die Rettungsexpedition, mit dem nun auch von regierungsoffizieller Seite zu Trevor-Ropers Ausführungen Stellung genommen wurde.[50] In einem abschließenden Resümee zu Trevor-Ropers Darstellung der Expedition heißt es dort, daß sie einseitig für Kersten und gegen Bernadotte Position beziehe, von einem oft unkritischen Verhältnis zu den benutzten Quellen zeuge und nicht selten völlig falsche Informationen enthalte.[51]

Erst in den neunziger Jahren flammte die Auseinandersetzung um Bernadotte und die schwedische Hilfsexpedition erneut auf, diesmal als vornehmlich innerschwedische Debatte und unter völlig anderen Voraussetzungen. Während das Thema zuvor immer nur punktuell diskutiert worden war, erschien es nunmehr in einem größeren Zusammenhang, als eines unter vielen Beispielen für Schwedens ambivalente Politik in den Jahren des Krieges.

Im Jahre 1991 eröffnete die Publizistin Maria-Pia Boëthius mit dem Buch „Heder och samvete. Sverige och andra världskriget" eine vergangenheitspolitische Kontroverse über Schwedens Haltung während des Zweiten Weltkrieges. Die Autorin listete dort alle Zugeständnisse der schwedischen „Sammlungsregierung" gegenüber dem „Dritten Reich" auf, vor allem den Eisenbahntransit von mehr als zwei Millionen deutschen Wehrmachtsangehörigen und die Eisenerz- und Kugellagerexporte nach Deutschland, und sie warf den schwedischen Politikern der Kriegszeit vor, sie hätten nicht nur mit dem sich selbst auferlegten Neutralitätsprinzip gebrochen, sondern auch die demokratischen Rechte im Lande auf unzulässige Weise eingeschränkt, um mit ihrem Anpassungskurs gegenüber dem „Dritten Reich" eine angeblich drohende Invasion durch Deutschland abzuwenden. „Schweden – das war ein Land, das nicht einen Finger rührte, um den Krieg und die Eroberungen der Nazis zu stoppen. [...] Und das, obwohl Nazideutschlands Ziel letztlich unser Untergang als freie und demokratische Nation war."[52]

Für den Historiker Alf W. Johansson wird hier ein Unverständnis für die Politik der Kriegsjahre artikuliert, das davon zeuge, „daß die historische Forschung noch nicht tief genug vorgedrungen ist, um die Fragen einer neuen Generation zu beantworten".[53] Boethius' Buch wurde nach seinem Erscheinen sofort sehr kontrovers diskutiert, wobei sich rasch zeigte, daß vor allem Vertreter der Nachkriegsgeneration ihren kritischen Intentionen zu folgen bereit waren, während die ältere Generation weiterhin am „Paradigma des Kleinstaatsrealismus" festzuhalten bestrebt war und die Politik der „Sammlungsregierung" weiterhin für gerechtfertigt hielt.

Die jüngere Auseinandersetzung um die schwedische Hilfsexpedition ist in einem größeren vergangenheitspolitischen Kontext zu sehen. Sie hatte 1998 ihren Auftakt mit der Rundfunkdokumentation „Ta judarna sist!" [„Nehmt die Juden zuletzt!"] des schwedischen Journalisten Bosse Lindquist. Darin porträtierte Lindquist Bernadotte

50 [Wilhelm Carlgren], 1945 års svenska hjälpexpedition till Tyskland (Anm. 22).

51 "Hans framställning är ensidigt pro-Kersten och anti-Bernadotte, han övar flerstädes otillräcklig kritik mot sina källor och lämnar ej sällan direkt oriktiga uppgifter." Ebd., S. 38.

52 Maria-Pia Boëthius, Heder och samvete. Sverige och andra världskriget, Stockholm 1993, S. 134.

53 Alf W. Johannson, Den nazistiska utmaningen. Aspekter på andra världskriget, 5. Aufl., Stockholm 2000, S. 276.

als „deutschfreundlich", womit er zugleich eine geistige Nähe des Grafen zum Nationalsozialismus unterstellte.[54] Erneut wurde Bernadotte mit dem Vorwurf konfrontiert, er habe sich der Rettung von Juden widersetzt. Lindquist versuchte das mit Zeitzeugenberichten zu untermauern, indem er u. a. Bezug auf ein Ereignis nahm, das sich Ende April 1945 in Lübeck zugetragen hatte. Zwei Zeitzeugen berichteten, wie sie von einem „Beamten" des Schwedischen Roten Kreuzes mit anderen osteuropäischen, offenbar jüdischen Häftlingen von einer Gruppe, die auf eines der beiden noch im Lübecker Hafen liegenden schwedischen Schiffe gebracht werden sollte, separiert worden waren, weil sie nicht aus Westeuropa stammten und es eine Abmachung mit Bernadotte gegeben habe, nur westeuropäische Gefangene zu retten. Aber das schwedische Hilfskorps hatte zu diesem Zeitpunkt seine Tätigkeit in Deutschland bereits beendet, und so handelte es sich mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit um eine Kolonne des Internationalen Roten Kreuzes unter der Leitung des norwegischen Arztes Björn Heger, der eine schwedische Uniform zu tragen pflegte. Ungerechtfertigt war die gegen Bernadotte gerichtete Anschuldigung ohnehin, da unter denen, die durch die Rettungsexpedition im letzten Augenblick befreit wurden, Tausende von polnischen Juden waren.[55]

Nichtsdestoweniger wurde auch von deutscher Seite noch in einer im Jahre 2001 erschienenen Veröffentlichung Wahrheit und Unwahrheit miteinander vermengt. In einem Beitrag von Jörg Wollenberg unter dem Titel „Die weißen Busse des Grafen Folke Bernadotte. Kritik an dem schwedischen Doppelspiel vom März/April 1945" hieß es: „Immerhin gelang es, fast 21 000 NS-rassenideologisch ‚privilegierte' skandinavische KZ-Häftlinge über offizielle Kontakte von Mitarbeitern der schwedischen Botschaft und unter Einbeziehung des schwedischen Roten Kreuzes durch geheime Direktverhandlungen mit ‚Reichsführer-SS' Heinrich Himmler zu retten."[56] Diese Einschätzung ist nicht nur fehlerhaft, sondern ausgesprochen tendenziös.

Ein anderer Vorwurf, der ebenfalls bis auf den heutigen Tag vorgebracht wird, trifft die Autorschaft von Bernadottes Erinnerungen. In seinem Vorwort zu Kerstens Memoiren behauptete Trevor-Roper, Walter Schellenberg sei Bernadotte als Ghostwriter bei der Abfassung seines Buches zur Hand gegangen, ohne das jedoch zu belegen.[57] Schellenberg hielt sich zwischen dem 6. Mai und dem 16. Juni 1945 bei Bernadotte in Trosa auf und schrieb dort seine auch als „Trosa-Memorandum" bezeichnete Tagebuchskizze nieder. Da Bernadotte zum gleichen Zeitpunkt seine Erinnerungen zu Papier brachte, werden sich die beiden über ihre Erlebnisse mit Sicherheit ausgetauscht haben.

Der Vorwurf, der eigentliche Autor von Bernadottes Buch sei Schellenberg gewesen, wird aber mittlerweile durch einen Beitrag entkräftet, mit dem die Kinder Bernadottes, Folke und Bertil Bernadotte, sich am 27. Februar 2003 im „Svenska Dagbladet" zu

54 Mit diesem Vorwurf setzt sich Rolf Karlbom näher auseinander. Rolf Karlbom, Sverige trotsar nazismen, Göteborg 2000, S. 122 ff.

55 Sune Persson, Vi åker till Sverige (Anm. 14), S. 382 f. und S. 390; ders., Läs innantill, Schimanski, in: *Svenska Dagbladet* vom 27. Februar 2003.

56 Jörg Wollenberg, Ahrensbök. Eine Kleinstadt im Nationalsozialismus. Konzentrationslager, Zwangsarbeit, Todesmarsch, Bremen 2001, S. 253.

57 Hugh Trevor-Roper, Himmlers Leibarzt (Anm. 42), S. 74. Dieser Vorwurf wird immer wieder gern aufgegriffen, so auch von Jörg Wollenberg (Anm. 56), S. 251, und in der umstrittenen Radiodokumentation von Bosse Lindquist „Ta Judarna sist!".

Wort meldeten.[58] Ihre Mutter habe ihnen, so heißt es dort, zu einem früheren Zeitpunkt berichtet, unter welchen Umständen das Buch entstanden sei. Demnach habe Folke Bernadotte seine Erinnerungen auf Drängen des Verlages Norstedt niedergeschrieben, weil der Verlag möglichst rasch mit den sensationellen Neuigkeiten über die Rotkreuzexpedition an die Öffentlichkeit habe treten wollen. Da Bernadotte aber als Vizepräsident des Schwedischen Roten Kreuzes sehr in Anspruch genommen gewesen sei, habe ihm der Verlagsvertreter Ragnar Svanström bei der Niederschrift des Manuskriptes geholfen. So habe der Graf in der Tat einen Ghostwriter gehabt; er habe aber Svanström und nicht Schellenberg geheißen. Das erkläre auch, warum über den Einsatz der anderen in die Rettungsarbeit involvierten Personen in den Erinnerungen nichts zu finden sei. Svanström habe darüber nicht viel gewußt und überdies gefürchtet, daß sich die Herausgabe des Buches durch die Einbeziehung weiteren Materials verzögern würde. Deshalb habe er Bernadotte, dem auch die Würdigung der anderen am Herzen gelegen habe, entgegengehalten: „Die sollen ihre eigenen Bücher schreiben, Folke. Jetzt schreibst du darüber, was du erlebt hast." Um Bernadottes anhaltende Unzufriedenheit etwas zu besänftigen, habe man sich zuletzt auf einen Kompromiß geeinigt: Das Buch erschien am 1. Juni 1945, also knapp zwei Monate nach Kriegsende, mit dem Untertitel „Meine Verhandlungen in Deutschland im Frühjahr 1945 und ihre politischen Folgen".[59] Autor und Verlag hätten übrigens in ihm nie mehr als eine populärjournalistische Darstellung gesehen. Sie hätten nicht ahnen können, daß viele Historiker sie später als historisches Dokument betrachten würden.

Mit Sune Perssons Buch „Vi åker till Sverige. De vita bussarna 1945" liegt nun seit 2002 eine Monographie zur Hilfsexpedition vor. Sie sorgte gleich nach ihrem Erscheinen in Schweden erneut für Diskussionsstoff. Am 2. Februar 2003 erschien im „Svenska Dagbladet" eine Rezension zum Buch, verfaßt von dem Historiker und Journalisten Folke Schimanski, der anhand von bestimmten Textpassagen dem Autor die für seine Darstellung erforderliche Akribie und Objektivität abzusprechen versuchte.[60] Sune Persson wies diese Unterstellung in seiner Entgegnung vom 27. Februar entschieden zurück, konnte seinem Kontrahenten allerdings dieselben Vorwürfe nicht ersparen.[61] Keine zwei Wochen danach, am 11. März, meldete sich auch Bosse Lindquist zu Wort; seine Rundfunkdokumentation von 1998 taucht in den Debatten übrigens immer wieder auf. Lindquist hält von Perssons Buch recht wenig. In seinen Augen „entstellt [Persson] die Geschichte, um ein geschöntes und simplifiziertes Bild von den Weißen Bussen und von Folke Bernadottes Einsatz aufrechtzuerhalten".[62] Nichtsdestoweniger

58 Folke Bernadotte und Bertil Bernadotte, Folke Bernadotte tvekade inför att skriva om sina egna upplevelser, in: *Svenska Dagbladet* vom 27. Februar 2003.

59 Siehe Folke Bernadotte, Das Ende (Anm. 22), Vorbemerkung: „Nur mit großem Zögern habe ich auf vielseitiges Verlangen geschildert, was ich im Dienste des Schwedischen Roten Kreuzes während der letzten Monate des zweiten Weltkrieges in Deutschland erlebte [...] Die Darstellung stützt sich auf persönliche Aufzeichnungen und Rapporte über meine Reisen in Deutschland von Mitte Februar bis Ende April dieses Jahres."

60 Folke Schimanski, Nya spår efter de vita bussarna, in: *Svenska Dagbladet* vom 2. Februar 2003.

61 Sune Persson, Läs innantill, Schimanski, ebd. vom 27. Februar 2003.

62 Bosse Lindquist, Felaktiga citat används för att misskreditera vittne, ebd. vom 11. März 2003.

erfreut sich Perssons Buch einer anhaltend großen Nachfrage, im Frühjahr 2005 erschien die dritte Auflage als Taschenbuch.

Im Januar 2005 veröffentlichte die in Göteborg lehrende Historikerin Ingrid Lomfors in der schwedischen Tageszeitung „Dagens Nyheter" einen kritischen Beitrag über die „Weißen Busse", der in einem unmittelbaren Zusammenhang zu ihrem wenig später erschienenen Buch zu sehen ist.[63] Sie nimmt die Zwangsevakuierung nichtskandinavischer Häftlinge des KZ Neuengamme in verschiedene Außenlager mit den „Weißen Bussen" zum Anlaß, die schwedische Hilfsexpedition einer moralischen Bewertung zu unterziehen. Ihre Recherchen zeigen, daß die Mehrzahl der 2000 von der Verschleppung betroffenen schwerkranken und sterbenden Gefangenen ihrem sicheren Tod überantwortet wurde und daß an dieser „humanitären Katastrophe" das schwedische Hilfskorps unzweifelhaft mit Schuld trage.

Ingrid Lomfors untersucht aber auch, inwiefern sich das Bild gewandelt hat, das sich Schweden im Laufe der Nachkriegszeit von der Bernadotte-Aktion gemacht habe. Ihrer Meinung nach sei die Erinnerung an die ganz und gar nicht so heroischen Seiten der Rettungsexpedition unmittelbar nach Kriegsende noch frisch gewesen, jedoch mit den Jahren mehr und mehr verblaßt: „Nach dem Krieg wurde die Erinnerung an diesen heldenhaften Einsatz zu einem wichtigen Baustein für die Konstruktion einer kollektiven Identität und eines kollektiven Selbstbildes in Schweden." In dieser Kontinuität steht für die Autorin auch die Arbeit Sune Perssons. Überhaupt sieht sie in Schwedens zeitgeschichtlicher Forschung eine seit vielen Jahren andauernde Tendenz zur Beschönigung dessen, was tatsächlich während des Hilfseinsatzes im Frühjahr 1945 geschehen sei.

Wenige Tage nach Ingrid Lomfors' Artikel erschien eine Replik von Sune Persson. Darin schreibt er u. a.: „Soweit ich sehen kann, hat nach dem Weißbuch des UD von 1956[64] (das – sehr richtig – die unbequemen Tatsachen verschweigt) nicht ein einziges schwedisches Buch die Aktion Weiße Busse heroisiert. Im Gegenteil! Das schwedische Regierungsprojekt ‚Levande historia' veröffentlichte 1998 das Buch ‚... om detta må ni berätta. En bok om förintelsen i Europa 1933–1945',[65] das dann millionenfach an schwedische Haushalte verteilt wurde. In dieser Veröffentlichung werden die Weißen Busse nur einmal erwähnt, und das auf ganz negative Weise (sie haben 20 jüdische Kinder in Neuengamme zurückgelassen). Folke Bernadotte wird überhaupt nicht genannt."[66] Schlimmer noch, als darüber zu schweigen, sei der Versuch, den schwedischen Einsatz, der für Zehntausende von Gefangenen, darunter auch einige tausend Juden, die Rettung bedeutete, herunterzuspielen, so Persson. Für ihn bedeute das „Schwarzmalerei", und Ingrid Lomfors gehöre zu denen, die das bisher auch sehr aktiv betrieben hätten.

Am 19. Mai 2005, als Höhepunkt und in gewisser Weise auch als Abschluß der jüngsten Debatte, trafen Persson, Lindquist und Lomfors in Stockholm in den Räumen des

63 Ingrid Lomfors, Mörka fläckar på de vita bussarna, in: *Dagens Nyheter* vom 26. Januar 2005. Zu ihrem Buch siehe Anm. 31.

64 [Wilhelm Carlgren], 1945 års svenska hjälpexpedition till Tyskland (Anm. 22).

65 Deutsche Ausgabe unter dem Titel: Stéphane Bruchfeld und Paul A.Levine, Erzählt es euren Kindern. Der Holocaust in Europa, München 2000.

66 Sune Persson, in: *Dagens Nyheter* vom 31. Januar 2005.

Forums „Levande historia" schließlich zu einem Streitgespräch über die „Weißen Busse" zusammen, an dem auch der Journalist Karl-Axel Jansson als Moderator und Axel Molin, ehemaliger Teilnehmer der Rettungsexpedition, als Zeitzeuge teilnahmen. Nach etwa zweieinhalb Stunden endete das Gespräch, wie nicht anders zu erwarten war, ohne daß einer der Beteiligten von seiner Sicht der Dinge abrückte.

Auch in Zukunft wird es wahrscheinlich immer wieder Kontroversen um Folke Bernadotte, die „Weißen Busse" und die Politik der schwedischen „Sammlungsregierung" geben, was auch nicht weiter verwunderlich ist. Eines ist jedoch augenfällig: In Deutschland, also dort, wo der von schwedischer Seite wohl bedeutendste Hilfseinsatz des vorigen Jahrhunderts stattfand, wird darüber kaum debattiert. Viele hier haben davon noch nie etwas gehört oder gelesen. Die schwedische Rettungsexpedition ist in jüngerer Zeit lediglich in Einzelbeiträgen und unter Teilaspekten thematisiert worden.[67] Eine Veröffentlichung von Sune Perssons Buch „Vi åker till Sverige" in deutscher Sprache wäre dringend.

67 Siehe Simone Erpel, Rettungsaktion in letzter Minute. Die Befreiung von Häftlingen aus dem Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück durch das Internationale Komitee des Roten Kreuzes, das Dänische und Schwedische Rote Kreuz, in: „Ich grüße Euch als freier Mensch". Quellenedition zur Befreiung des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück im April 1945. Hrsg. von Sigrid Jacobeit, Berlin 1995, S. 22–79; Therkel Stræde (Anm. 17); Ulrike Jensen, Dänische Häftlinge im KZ Neuengamme 1944/45. Die Aktion Bernadotte und das Skandinavierlager, Magisterarbeit, Hamburg 1996; dies., „Es war schön, nicht zu frieren!". Die „Aktion Bernadotte" und das „Skandinavierlager" im Konzentrationslager Neuengamme, in: Häftlinge im KZ Neuengamme. Verfolgungserfahrungen, Häftlingssolidarität und nationale Bindung. Eine Tagung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Zusammenarbeit mit dem Freundeskreis KZ-Gedenkstätte Neuengamme, der Amicale Internationale KZ Neuengamme und der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, 1.–3. September 1998, Hamburg 1998, S. 43–55; Ein KZ wird geräumt. Häftlinge zwischen Vernichtung und Befreiung. Die Auflösung des KZ Neuengamme und seiner Außenlager durch die SS im Frühjahr 1945. Katalog zur Wanderausstellung. Hrsg. von Katharina Hertz-Eichenrode, Bremen 2000; Simone Erpel, Zwischen Vernichtung und Befreiung (Anm. 25).

Frank Dingel (17. August 1945 bis 30. Mai 2005)

Eine Gedenkrede*

Von Reinhard Rürup

Ich möchte zunächst einmal der Stiftung Topographie des Terrors – und hier vor allem Andreas Nachama und Andreas Sander – herzlich dafür danken, daß sie zu dieser Gedenkveranstaltung eingeladen hat. Da Frank Dingel in Schalksmühle, der kleinen sauerländischen Gemeinde, in der er aufgewachsen ist, beerdigt worden ist, wird uns, seinen Berliner Freunden, Kollegen, Mitstreitern mit dieser Einladung die Möglichkeit gegeben, gemeinsam von ihm Abschied zu nehmen. Wir wollen, so verstehe ich den Sinn dieser Stunde, Erinnerungen an ihn austauschen, von ihm Geleistetes würdigen, uns seine Person, seine Arbeit, sein Leben vergegenwärtigen.

Dabei ist zu bedenken, daß er mit Mitteilungen über Persönliches und Familiäres, über sein politisches und pädagogisches Engagement, auch über seine wissenschaftlichen Interessen und Arbeiten sehr zurückhaltend war. Die Informationen, über die ich aus eigener Erinnerung, der Lektüre seiner Veröffentlichungen und manchen Gesprächen mit seinen Kollegen und Freunden verfüge, sind deshalb durchaus ungleichmäßig und lückenhaft. Wenn ich dennoch den Versuch einer zusammenfassenden biographischen Skizze und Würdigung unternehme, ist mir bewußt, daß es sich nur um Annäherungen an seine Person handeln kann, deren Zweck schon dann erfüllt ist, wenn sie Anstöße zum gemeinsamen Nachdenken über Frank Dingel geben.

Am 17. August dieses Jahres wäre Frank Dingel sechzig Jahre alt geworden. Die ersten zwanzig Jahre seines Lebens hat er, der als einziges Kind bei seiner Mutter aufwuchs, in Schalksmühle und in Lüdenscheid verbracht, wo er im Februar 1965 sein Abitur machte. Dann folgten zwanzig Jahre des Studiums und der wissenschaftlichen Arbeit an der Freien Universität, ehe 1986 die letzten beiden Jahrzehnte begannen, die der „Topographie des Terrors" gewidmet waren.

Über die ersten zwanzig Jahre wissen wir sehr wenig. Das Reifezeugnis des Lüdenscheider Zeppelin-Gymnasiums weist ihn als einen überdurchschnittlich begabten und erfolgreichen Schüler aus, dessen Schwächen sich auf die Fächer Mathematik und Sport beschränkten, während ihm in allen Sprachen und den Naturwissenschaften, aber auch in Kunst und Religion gute, in „Gemeinschaftskunde" (die Geschichte einschloß) sogar sehr gute Kenntnisse bescheinigt wurden. Als Wahlpflichtfach hatte er bezeichnenderweise Philosophie gewählt. Angesichts dieses Befundes kann es kaum überraschen, daß er sich für ein geistes- und sozialwissenschaftliches Studium entschied, und zwar in der damals neuen, als besonders interessant und aussichtsreich geltenden Kombination von Geschichte und Politikwissenschaft. Mit dem zum Sommersemester 1965 erfolgten Ortswechsel nach Berlin – den er nie bereut und auch nicht mehr korrigiert hat – war

* Die Rede wurde am 2. Juli 2005 in einer Gedenkveranstaltung gehalten, zu der die Stiftung Topographie des Terrors in den Berliner Martin-Gropius-Bau eingeladen hatte.

zugleich entschieden, daß er keinen Bundeswehrdienst leisten mußte (was man sich bei ihm ohnehin schlecht vorstellen konnte).

Als ich im Herbst 1967 aus Karlsruhe an das Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität kam, hatte Frank Dingel bereits sein 5. Semester hinter sich. Ich kann mich nicht mehr genau daran erinnern, wann ich ihn das erste Mal gesehen habe. Da er zu den fachlich und hochschulpolitisch besonders stark engagierten Studenten der „68er-Generation" gehörte, muß es schon im Winter 1967, spätestens im Frühjahr 1968 gewesen sein. Mich beeindruckte er schon damals durch seine Fähigkeit, politisch zu denken, klar zu argumentieren und präzise zu formulieren. Er vertrat radikaldemokratische, auch sozialistisch-revolutionäre Positionen, war aber zugleich pragmatisch genug, die jeweiligen Konfliktsituationen und die bestehenden Kräftverhältnisse nüchtern einzuschätzen. Er war dabei alles andere als opportunistisch, auch nicht innerhalb des linken studentischen Lagers, ließ sich nicht durch revolutionäre Moden beeindrucken und trat äußerlich, mit Aktentasche, eher bieder auf. Zum Tutor am Friedrich-Meinecke-Institut für den Bereich der Neueren Geschichte gewählt, bot er eine Veranstaltung zur Geschichtsdidaktik, deren Einführung damals noch eine revolutionäre Forderung war, am Beispiel der Revolution von 1918/19 an.

Im Sommersemester 1968 muß bereits die Entscheidung gefallen sein, als Studienabschluß nicht mehr das Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien, sondern das Diplom in Politikwissenschaft anzustreben, denn im Herbst dieses Jahres verabschiedete er sich für ein halbes Jahr aus Berlin, um an einer Heimvolkshochschule in der Pfalz das für den Diplomabschluß notwendige große Praktikum zu absolvieren. Die Hinwendung zum Otto-Suhr-Institut bedeutete allerdings keine Abwendung von der Geschichte, weil er seinen Schwerpunkt in den „Historischen Grundlagen der Politik" wählte und seine Diplomarbeit im Jahre 1971 bei Georg Kotowski über „Die Demokratisierungsvorstellungen der Linkskommunisten" schrieb. Für den im Rahmen der Diplomprüfung geforderten „freien Vortrag" wählte er das Thema „Die soziologischen Bedingungen der Gewaltenteilung bei Montesquieu".

Als er sofort nach der Prüfung bei Kotowski, dem profilierten Berliner CDU-Politiker, der wegen seiner ausgeprägten Liberalität auch von der universitären Linken respektiert wurde, eine Assistentenstelle erhielt (Teilzeit, wie das zu der Zeit üblich wurde), schien einer wissenschaftlichen Karriere kaum noch etwas im Wege zu stehen. 1971 erschienen seine ersten wissenschaftlichen Rezensionen, denen bald weitere folgten, auch Sammelrezensionen und Forschungsberichte. Im Mittelpunkt seines wissenschaftlichen Interesses standen die Arbeiterbewegung und die sozialistischen Theorien, die Geschichte des Ersten Weltkrieges, der Revolution von 1918/19 und der frühen Weimarer Republik. Er war ungewöhnlich belesen, zupackend und sicher im Urteil, originell in den Fragestellungen, einfallsreich in den Formulierungen. Während seiner Assistentenzeit beteiligte er sich auch an den Forschungscolloquien zur Geschichte der Arbeiterbewegung, die ich zuerst an der Freien Universität, später auch an der Technischen Universität abhielt, berichtete über seine eigenen Forschungen und kritisierte die Beiträge anderer Teilnehmer ebenso scharfsinnig wie solidarisch und konstruktiv. Ein Höhepunkt dieser neuen Begegnungen mit Frank Dingel war für mich das Colloquium, das ich im Sommersemester 1975, meinem letzten Semester an der Freien Universität, mit

Georges Haupt von der Pariser Sorbonne, dem großen, allzu früh gestorbenen Historiker der Zweiten Internationale, gemeinsam veranstalten konnte, in dem viele Projekte vorgestellt wurden, aus denen später große und wichtige Bücher zur Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung geworden sind.

Es gab viele Gründe, weshalb Frank Dingel seine bereits weit gediehene Dissertation über die Geschichte des Rätekommunismus nicht zum Abschluß gebracht hat und am Ende seiner Assistentenzeit kein zusammenfassendes Manuskript vorlegen konnte. Er investierte sehr viel Zeit und Kraft in seine Lehrveranstaltungen und in die Betreuung von Studenten, beteiligte sich überdurchschnittlich stark an Fragen der akademischen Selbstverwaltung und der Institutspolitik, war ein aktives Mitglied der SAZ, der Sozialistischen Assistentenzelle am Otto-Suhr-Institut, gehörte auch zu den Mitgründern des eingetragenen Vereins zur Förderung gesellschaftskritischer Sozialwissenschaft, dessen Mitglieder – von Elmar Altvater bis Bodo Zeuner – sich verpflichteten, einen nicht unbeträchtlichen Teil ihrer Einkünfte für die Unterstützung linker Wissenschaftler, die von einem Berufsverbot betroffen waren (später wurden auch Arbeitslose einbezogen), zur Verfügung zu stellen. In späteren Jahren war er sogar Vorsitzender dieses Vereins, der bis vor wenigen Jahren bestanden hat. Über alle diese politischen Aktivitäten wird Matthias Pfüller mehr und authentischer berichten können als ich.

Ich fühle mich nicht legitimiert, über Frank Dingels private, familiäre Verhältnisse zu sprechen. Ich hatte dazu keinen persönlichen Zugang und habe auch von anderen wenig darüber gehört. Zumindest zwei Dinge dürfen jedoch nicht unerwähnt bleiben, wenn man seine persönliche Entwicklung seit der Mitte der siebziger Jahre verstehen will. 1975 wurde er Vater, wurde seine Tochter, Daniela Pohl, geboren. Obwohl die Eltern nicht heirateten, hatte er seitdem eine Familie, für die er sich uneingeschränkt verantwortlich fühlte. Dabei ist zu bedenken, daß seine Lebensgefährtin, die Diplom-Politologin Gisela Pohl, die er während ihres Studiums kennengelernt hatte, blind war (und ist), dessen ungeachtet aber jahrzehntelang an einer Berliner Fachhochschule voll berufstätig war. Ich war mir immer dessen bewußt, daß es von außen nicht möglich ist, die Belastungen, aber auch die Bereicherungen und Chancen, die mit einer solchen familiären Konstellation verbunden sind, angemessen einzuschätzen. Dennoch habe ich – und ich weiß, daß es vielen anderen ähnlich ging – immer bewundert, mit welcher Selbstverständlichkeit und Unbeirrbarkeit er sich den damit verbundenen Aufgaben gestellt hat.

Übereinstimmend berichtet wird, daß Frank Dingel sich in den Jahren seiner wissenschaftlichen Tätigkeit in vielen Bereichen durch eine auffällig große Hilfsbereitschaft auszeichnete, daß ihm die Sachen und die Personen, die ihm etwas bedeuteten, immer wichtiger waren als die eigene Karriere. Er, der sehr zögerlich war, wenn es darum ging, eigene wissenschaftliche Texte drucken zu lassen, konnte, sobald er von einer Sache und ihrer Dringlichkeit überzeugt war, sogar ausgesprochen journalistische Fähigkeiten demonstrieren. Als er beispielsweise im Kampf gegen die Berufsverbote darum gebeten wurde, binnen 24 Stunden einen halbseitigen Artikel für eine führende norwegische Tageszeitung („Dagbladet") zu schreiben, tat er das nicht nur ohne jedes Zögern, sondern auch mit beachtlichem Erfolg.

Auf die Assistentenzeit folgte die Mitarbeit an zwei größeren Forschungsprojekten im Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung, dem zu der Zeit hoch

angesehenen „ZI 6" der Freien Universität. Aus dem Projekt „Parteien und Parteiensystem in der Bundesrepublik Deutschland" ist das von Richard Stöss herausgegebene zweibändige „Parteien-Handbuch. Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980" hervorgegangen, zu dem Frank Dingel vier Artikel über die „Saar-Parteien", die politischen Parteien im Saarland, in einem Gesamtumfang von fast 150 Druckseiten beigesteuert hat. Weitgehend unveröffentlicht blieben dagegen die Ergebnisse des seit Herbst 1979 von ihm gemeinsam mit Andreas Sander durchgeführten Forschungsprojekts „Ursachen und Ausmaß der NS-Renaissance unter Jugendlichen in Berlin (West) und bildungspolitische Maßnahmen zu ihrer Bewältigung". Der unter anderem in der Bibliothek der Stiftung Topographie des Terrors einzusehende Abschlußbericht von fast 300 Seiten läßt jedoch sehr gut erkennen, mit welchem Engagement und welcher Intensität diese Thematik bearbeitet worden ist. Es erscheint auch heute noch bedauerlich, daß das methodische Instrumentarium, das damals zur Erfassung und Überwindung des jugendlichen Rechtsradikalismus entwickelt wurde, nicht für größere empirische Studien genutzt worden ist.

Es folgten mehrere Jahre der Arbeitslosigkeit, während deren Frank Dingel die Arbeit an seinen früheren wissenschaftlichen Projekten wiederaufnahm. Sein besonderes Interesse galt in diesen Jahren Karl Korsch und der Geschichte der Weimarer Republik, insbesondere ihrer revolutionären Gründungsphase. Vor allem in der IWK, der „Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zu Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung" sind von ihm in den achtziger Jahren zahlreiche kleinere Arbeiten erschienen. Hervorhebung verdient darüber hinaus sein fast 60seitiger, pointiert argumentierender Beitrag „Die Revolution 1918/19 in Deutschland" in dem von Diethart Kerbs herausgegebenen Buch „Revolution und Fotografie in Berlin 1918/19". Ich war und bin in wichtigen Fragen der Interpretation anderer Meinung, habe diese Punkte im Laufe der Jahre auch immer mal wieder mit ihm kritisch diskutiert, ohne daß wir dabei eine volle Übereinstimmung erzielt hätten. Dennoch habe ich keinen Zweifel, daß die Lektüre auch heute noch lohnt, gerade weil der Text zum Widerspruch reizt – und nicht zuletzt, weil er souverän formuliert ist.

Ich zitiere, gleichsam als Beleg, die ersten drei Sätze, die der Geschichte des Ersten Weltkrieges gelten: „‚Die Dividenden steigen, und die Proletarier fallen', auf diese Formel brachte Rosa Luxemburg den Weltkrieg. In ihm wurde der Konkurrenzkampf der imperialistischen Mächte nicht mehr allein in Werkshallen und auf diplomatischem Parkett, durch Mehrwertauspressung und Errichtung von Einflußsphären ausgetragen, sondern durch unmittelbare blutige Konfrontation auf den Schlachtfeldern. Insofern war der Erste Weltkrieg die letzte und logische Konsequenz des bürgerlichen Zeitalters, das mit der Entfaltung der Produktivkräfte auch die Mittel der Zerstörung vervollkommnete, den Kampf um Absatzmärkte und Kolonien mit Wettrüsten betrieb, die Auswirkungen der sich immer schärfer herausbildenden kapitalistischen Klassengesellschaft mit nationalistischem Gift betäubte." Auch der vermutlich letzte größere historiographische Beitrag Frank Dingels ist in einem von Kerbs im Herbst 2004 herausgegebenen Band über den Fotografen Willy Römer erschienen. Es handelt sich um eine knappe Skizze der Geschichte der Weimarer Republik, die ebenfalls durch ebenso eigenwillige wie entschiedene Urteile geprägt ist. Daß es ihm nie um eine antiquarische

Geschichtsschreibung, sondern immer um eine auf die Gegenwart bezogene Reflexion über die Geschichte ging, wird auch hier schon in den ersten beiden Sätzen unübersehbar deutlich. Dort heißt es: „Der zweite Versuch der Deutschen, im 20. Jahrhundert eine parlamentarische Republik aufzubauen, wurde in den ersten Jahren von der halb triumphierenden, halb ängstlichen Behauptung begleitet, ‚Bonn' sei nicht ‚Weimar'. Mit der ersten Republik, geboren in einer Revolution, verschluckt von einer Diktatur, wollte die Bundesrepublik Deutschland nicht viel zu tun haben." Auch wenn sich das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur Weimarer Republik später grundlegend geändert hat, bleibt die hier formulierte Einsicht für die langen Jahre der „Adenauer-Zeit" zutreffend.

Damit komme ich zum dritten Teil der Biographie, der in beruflicher Hinsicht durch die „Topographie des Terrors" bestimmt ist. Da dieser Lebensabschnitt den meisten der hier Versammelten am besten vertraut ist, dazu auch noch andere Redner auf dem Programm stehen, will ich mich verhältnismäßig kurz fassen und in erster Linie einige Akzentuierungen vornehmen.

Es dürfte allgemein bekannt sein, daß Frank Dingel der dienstälteste Mitarbeiter der „Topographie des Terrors" war. In der Personalakte der Stiftung findet sich der Hinweis, daß der Beginn seiner „Beschäftigungszeit" auf den 1. Januar 1988, der Beginn seiner „Dienstzeit" auf den 1. Juni 1986 „festgesetzt" worden sei. Zum 1. Juni 1986 erhielt er, gemeinsam mit Thomas Friedrich, einen Werkvertrag zur Vorbereitung einer Dokumentation über das „Gestapo-Gelände" im Rahmen der Vorbereitungen auf die 750-Jahr-Feier der Stadt Berlin. Gedacht war bei dem Projekt zunächst an ein kleines Sondervorhaben innerhalb der im Martin-Gropius-Bau geplanten Großausstellung zur Geschichte der Stadt, wobei wir an eine Präsentation von Fotos und Dokumenten in einem der ebenerdigen Eckräume des Gropiusbaus dachten. Sehr bald veränderte sich jedoch das Projekt durch die im Sommer 1986 durchgeführten Grabungen auf dem Gelände (Stichwort „Spurensicherung"), durch die wachsende Einsicht in die Bedeutung des historischen Ortes und nicht zuletzt auch durch die Ergebnisse der von Frank Dingel und Thomas Friedrich durchgeführten Recherchen. Aus einem kleinen Nebenprojekt wurde so ein Vorhaben von kaum zu überschätzender historisch-politischer Bedeutung, das neben der kulturgeschichtlichen Ausstellung im Gropiusbau selbständig in Erscheinung treten und deshalb auch deutlich vor dieser Ausstellung eröffnet werden sollte.

Damit stieg der Druck auf alle Beteiligten, und es scheint mir gerade heute nötig, daran zu erinnern, daß die wissenschaftlichen Arbeiten für die historische Kommentierung des gesamten Geländes, für die Ausstellung und die Begleitpublikation der „Topographie des Terrors" von einem Team geleistet wurden, das – von dem wissenschaftlichen Leiter abgesehen, der zugleich für die Berlin-Ausstellung zuständig war – aus nicht mehr als zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern für insgesamt dreizehn Monate bestand, zu denen ab Januar 1987 noch Klaus Hesse kam. Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß in den letzten Monaten der Produktion auch die wissenschaftlichen Berater, Wolfgang Scheffler und Gerhard Schoenberner, eine sehr aktive Rolle spielten. Es bleibt aber eine Tatsache, daß das damals geschaffene Unternehmen „Topographie des Terrors" mit nur geringfügigen Überarbeitungen und Ergänzungen seit nunmehr achtzehn Jahren besteht, daß die Ausstellung Millionen von Besuchern angezogen und im

Laufe der Jahre an Attraktivität gewonnen und nicht verloren hat und daß es von dem Begleitband inzwischen über dreißig Auflagen in vier Sprachen gibt.

Das ist ein Erfolg, an dem Frank Dingel nicht nur in der Gründungsphase maßgeblich beteiligt war. Es war deshalb selbstverständlich für ihn und alle anderen Beteiligten, daß er weiter mitarbeitete, als aus dem für sechs Monate geplanten Projekt ein zeitlich unbefristetes Vorhaben und schließlich eine Stiftung wurde. Aus einem zunächst eindeutig befristeten Engagement wurde auf diese Weise so etwas wie eine Lebensaufgabe. Ich hatte ihn damals gefragt, weil ich ihn als unabhängigen Kopf und qualifizierten Historiker schätzte und weil ich wußte, daß er seit etwa 1982 an einem Buch zu dem Thema „Die Opfer des Faschismus und ihre Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin" gearbeitet hatte. Ich hatte im Zusammenhang seiner Bemühungen um ein Stipendium ein größeres Teilmanuskript gelesen und fand sowohl das Projekt als auch die bis dahin geleistete Arbeit wichtig und förderungswürdig. Leider hat er sich auch in diesem Falle nicht entschließen können, die Manuskripte, die sich in seinem Nachlaß befinden müssen, zu veröffentlichen.

Es ist mir in dem gegebenen Rahmen nicht möglich, dem Wirken Frank Dingels in der „Topographie des Terrors" in der gebotenen Komplexität gerecht zu werden. Ich muß es deshalb hier bei einigen wenigen Schlaglichtern bewenden lassen. Zu erwähnen ist zuerst und vor allem, daß wir ihm den Titel „Topographie des Terrors" verdanken. Ich fürchtete damals, daß dieser Titel zu akademisch und im Hinblick auf eine breitere Öffentlichkeit geradezu unverständlich sein würde und habe deshalb nur sehr zögernd zugestimmt. Er ist jedoch nicht nur zu einer Art „Markenzeichen" für unser eigenes Unternehmen geworden, sondern hat auch, vor allem in den letzten Jahren, sehr viele Nachahmer an anderen Orten und in anderen Zusammenhängen gefunden. Kaum bemerkt worden ist von den meisten, daß Frank Dingel im Rahmen der „Topographie des Terrors" auch sehr erfolgreich Personalpolitik betrieben hat: Klaus Hesse und Andreas Sander, später auch Gabi Jonelat-Krüschet sind von ihm zur Einstellung vorgeschlagen worden, und auch auf die Zusammensetzung der Gruppe derjenigen, die regelmäßig Führungen für die Stiftung Topographie des Terrors durchführen, hat er erheblichen Einfluß ausgeübt. Im Blick auf die inhaltliche Arbeit verdient festgehalten zu werden, daß er früh und hartnäckig auf die „vergessenen Opfer" hingewiesen hat, wobei uns das anfangs im Hinblick auf unsere Darstellung der als „Zigeuner" verfolgten Roma und Sinti nicht geringen Ärger eingebracht hat. Später hat er sich unter anderem bei der Ausstellung „Der Krieg gegen die Sowjetunion" besonders intensiv mit dem Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen und der Fremd- und Zwangsarbeiter in Deutschland befaßt.

Viele haben ihn auch in Erinnerung, wie er 1990/91 mit großem persönlichen Einsatz die auf Wunsch der „Topographie des Terrors" nicht abgerissenen Teile der Berliner Mauer an der Niederkirchnerstraße gegen kleine und große „Mauerspechte" verteidigte. Es gibt noch heute in der Stiftung eine beachtliche Sammlung von Werkzeugen solcher „Spechte", die er in besonderen Fällen „konfiszierte" und sicherstellte. Vor allem in den frühen Jahren des Projekts hat Frank Dingel mit zahlreichen schriftlichen und mündlichen Beiträgen die Sache der „Topographie des Terrors" in der Öffentlichkeit vertreten. Er war ein begabter und wirkungsvoller Redner in kontroversen Debatten,

der ausgleichen, aber auch zuspitzen konnte, immer jedoch beneidenswert klar argumentierte und flüssig formulierte. Er, der sonst zu den ausgesprochen verträglichen Menschen gehörte, konnte eine große polemische Schärfe entwickeln, wenn er den Eindruck gewann, daß die „Topographie des Terrors" zu Unrecht angegriffen oder gar verleumdet wurde. So stellte er Anfang 1989 seiner Auseinandersetzung mit einer Journalistin, die ihre Kritik zunächst in der „Frankfurter Allgemeinen" und dann in den „Vorgängen. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik" veröffentlicht hatte, den 13. Vers aus dem 13. Kapitel des Matthäus voran („Denn mit sehenden Augen sehen sie nicht, und mit hörenden Ohren hören sie nicht"), um der Autorin dann „eine intellektuelle Geisterfahrt" zu bescheinigen, bei der „die Kritik Totalschaden" erlitten habe. Da die Journalistin der Ausstellung unter anderem vorgeworfen hatte, sie vermittle den Eindruck einer „essentiellen Abstraktheit der Gestapo", konterte er mit der Feststellung einer „essentiellen Blindheit der Kritikerin". Der Aussage der Kritikerin, daß es in der Ausstellung an Erläuterungen fehle und die Besucher nicht hinreichend an die Hand genommen würden, hielt er entgegen, daß sich hier „der Gouvernanten-Approach in der politischen Bildung [verrate], erklärbar allein durch ihre grenzenlose Verachtung der Besucher, die sie sich nur sensationsgeil, dumm und verstockt vorstellen kann". Sein Fazit war schließlich: „Ihre Kritik bleibt unter dem Niveau der Dokumentation, was, wie schon dargelegt, kein Grund zur Freude ist. So wie die ‚Topographie des Terrors' nicht das letzte Wort auf dem Prinz-Albrecht-Gelände sein kann, darf sich die Auseinandersetzung mit ihr nicht länger nur in unkritischem Lob oder gehässiger Denunziation erschöpfen."

Frank Dingel war, auch das wird hier deutlich, stets der Meinung, daß das, was 1987 geschaffen wurde, nur ein Anfang sein könne. Er hat selber immer wieder aufs neue über die Aufgaben und Möglichkeiten der „Topographie des Terrors" nachgedacht, hat neue Entwicklungen in der Forschung ebenso wie in der öffentlichen Diskussion in seine konzeptionellen Überlegungen einbezogen. Allzu schnelle Festschreibungen waren ihm stets zuwider, seinem Temperament und seinen Überzeugungen nach setzte er auf das Unabgeschlossene, Experimentelle. Besonders wichtig war ihm von Anfang an die pädagogische Arbeit – die Bildungs- und Aufklärungsarbeit, die er selber leistete, und die pädagogische Arbeit, die er anderen ermöglichte, bei der er helfend und unterstützend zur Seite stand. Bei genauerem Hinsehen zeichnet sich in dieser Hinsicht eine bemerkenswerte Kontinuität in seiner Biographie ab: von der studentischen Tutorentätigkeit und dem frühen Interesse für die Geschichtsdidaktik über die halbjährige Tätigkeit in einer Heimvolkshochschule, die intensive Lehrtätigkeit am Otto-Suhr-Institut (vielleicht darf man hier sogar die sich über lange Zeiten erstreckende gemeinsame „Kapital"-Lektüre in einer kleinen Arbeitsgruppe mitrechnen), die Forschungen über bildungspolitische Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsradikalismus unter Jugendlichen bis hin zu vielen Vorträgen und Diskussionen und der Verantwortung für die Bildungsarbeit – hier vor allem die Führungen durch die Ausstellung – in der Stiftung, wobei die intensive Betreuung der Praktikantinnen und Praktikanten nicht vergessen werden sollte. Es ist auch daran zu erinnern, daß er an den Seminaren für Gedenkstättenmitarbeiter, die das „Gedenkstättenreferat" seit den frühen achtziger Jahren veranstaltet, bereits aktiv mitarbeitete, bevor er mit seiner Tätigkeit für das Projekt der „Topographie des

Terrors" begann. Auch in späteren Jahren hat er sich durch Vorträge und Berichte in erheblichem Umfang und mit großer Intensität an der Arbeit des „Gedenkstättenreferats" beteiligt. Seit der Mitte der achtziger Jahre wurde der „GedenkstättenRundbrief" neben der IWK gewissermaßen zu seinem zweiten „Hausorgan".

Seine schönsten Jahre mit der „Topographie des Terrors" hat er vermutlich in der Zeit zwischen der Eröffnung im Sommer 1987 und dem Umzug der Mitarbeiter in die Budapester Straße im Jahre 1991 erlebt, als er seinen Arbeitsplatz in den beiden Eckräumen des Martin-Gropius-Baus hatte, den Erfolg der Projektarbeit genießen, das Vorhaben vor Ort als eine Art „primus inter pares" vertreten und die anstehenden Entscheidungsprozesse durch eigene Beiträge mit vorantreiben konnte. Es scheint mir nicht übertrieben, zu sagen, daß er sich auch in den letzten Jahren noch auf dem „Topographie"-Gelände, im Gespräch mit Menschen, die an dem historischen Ort und der mit ihm verbundenen Geschichte interessiert sind, wohler fühlte als in seinem mit Büchern und Materialien aller Art vollgestopften Büro in der Budapester Straße. Nicht zuletzt litt er zunehmend unter den durch die Bauprobleme verursachten Verzögerungen auch in der inhaltlichen Arbeit.

In den letzten Jahren wurden schließlich seine gesundheitlichen Probleme immer größer, wurden die Phasen, in denen er im vollen Besitz seiner Kräfte war, immer kürzer. Alle, die in dieser Zeit mit ihm zu tun hatten, werden immer wieder erschrocken über seinen Zustand gewesen sein, obwohl es manchmal besser ging und die Hoffnung auf seine volle gesundheitliche Wiederherstellung neue Nahrung erhielt. Diese Hoffnung hat sich leider nicht erfüllt, am Ende versagte sein Herz. Wir wollen ihn deshalb so in Erinnerung behalten, wie er in seinen besten Jahren war: als einen Intellektuellen, mit dem man gern diskutierte, als einen Demokraten, der bereit war, sich einzumischen und Verantwortung zu übernehmen, als einen Kollegen, der zuverlässig und absolut integer war, als einen warmherzigen Menschen, der immer zuerst an andere und zuletzt an sich selber dachte.

Neue Straßennamen braucht die Stadt?

Zum Abschlußbericht der Berliner „Unabhängigen Kommission zur Umbenennung von Straßen" – eine Polemik*

Von Frank Dingel

Kann man einem Katholiken zumuten, in der Martin-Luther-Straße zu wohnen? Wenn es nach dem ehemaligen stadtpolitischen Sprecher der FDP Wolfgang Mleczkowski geht, wohl kaum. Denn Herr Mleczkowski findet es als liberaler Demokrat unerträglich, daß in Berlin eine Straße nach der sozialistischen Demokratin Rosa Luxemburg benannt bleiben soll. Die Kommission, immerhin, will Rosa Luxemburg als Straßennamen behalten. Dies ist auch das einzig Positive, was man zu diesem Bericht sagen kann.[1]

Die Empfehlungen sind bis auf eine einmütig gefaßt worden. Die eine Ausnahme betriff die Rückbenennung des Bersarinplatzes in Baltenplatz. Der intelligentere Teil der Kommission – Ella Barowsky, Laurenz Demps und Heinrich August Winkler – vermochte offenbar nicht einzusehen, daß es ein nachvollziehbares Verfahren ist, einem Platz seinen reaktionären Namen wiederzugeben, sich aber etwas anderes dabei zu denken (statt an Baltendeutsche an Esten, Litauer und Letten), um so in den Stand politischer Unschuld zu gelangen. Allerdings wird dies im Minderheitenvotum so nicht ausgesprochen. Vielmehr wird eine formale Argumentation bevorzugt, die der inhaltlichen ausweicht und logisch eigentlich zur Selbstauflösung der Kommission hätte führen müssen. Die Umbenennung sei nämlich im Juli 1947, „also lange vor der Gründung der DDR, durch einen von Louise Schröder unterzeichneten Beschluß des (Gesamt-)Berliner Magistrats" erfolgt. Es wird also statt auf die inhaltliche Argumentation, ob der erste sowjetische Stadtkommandant Berlins eine Platzbenennung verdient hätte oder nicht, allein auf die Legitimation durch Verfahren abgestellt. Woraus wir schlußfolgern dürfen, daß ein Bersarin, der erst durch eine Ostberliner Namensgebung nach der Spaltung zu Platzbenennungsehren gekommen wäre, bei der gesamten Kommission keine Chance gehabt hätte. Wenn aber das demokratische Verfahren das Kriterium ist: warum dann zentral gesteuerte Straßenumbenennungen, obwohl seit 1990 in den Ostberliner Bezirken dieselben rechtlichen Bedingungen bestehen wie in den Westberliner? Damit kommen wir zum Kern. Bestimmte Straßennamen passen der Kommission nicht. Sie müssen daher geändert werden, ungeachtet der Tatsache, daß es die Mehrheit in den betroffenen Bezirksverordnetenversammlungen offenbar anders sieht. Die Kommission ist also gezwungen, inhaltlich zu werden. Zwei grundlegende Argumentationsstränge sind auszumachen: die Rückkehr zu den alten Straßennamen – hinter dieser Tendenz

* Nachdruck aus: Mitgliederrundbrief des Vereins Aktives Museum, Berlin, Nr. 28 (Dezember 1994), S. 3–5.

1 Redaktionelle Anmerkung: Die Kommission ist vom Berliner Verkehrssenator(!) berufen worden und hat ihren Bericht im Frühjahr 1994 erstellt. Mitglieder der Kommission waren die Professoren Dr. Arnulf Baring, Dr. Laurenz Demps, Dr. Christof Stölzl, Dr. Heinrich August Winkler sowie Dr. Ella Barowsky, Dr. Ursula Besser und Peter Matz.

dürfte Prof. Laurenz Demps stehen – und die kapitalistisch-pluralistische Demokratie Bonner Prägung als Meßlatte für die Würdigkeit bzw. Unwürdigkeit einer Person, Namensgeber einer Straße zu werden. Für diese Position steht vermutlich Prof. Heinrich August Winkler.

Exemplarisch kann man diese grundlegenden Einstellungen am Vorschlag, die Clara-Zetkin-Straße in Dorotheenstraße rückzubenennen, studieren. Die Eloge auf Dorothea wäre des „Goldenen Blattes" würdig: „Dorothea, die zweite Gemahlin des Großen Kurfürsten, verdankt Berlin die Dorotheenstadt. Sie entstand ab 1673 auf einem sumpfigen Ackergelände westlich des Lustgartens, das ihr der Große Kurfürst als Hochzeitsgabe überlassen hatte." Sollte der Stadthistoriker Laurenz Demps hinter diesen Zeilen stehen, dann können wir hier den interessanten Vorgang beobachten, wie sich eine ehedem „rote Socke" preußischblau umfärbt. Gegen die adlige Dorothea hat die proletarische Clara wenig Chancen. Von der SPD über die USPD zur KPD gekommen, wagt sie am 30. August 1932, die Hoffnung zu äußern, noch Räte-Deutschland erleben zu dürfen. Und jetzt spricht vermutlich der Historiker der Weimarer Republik, Heinrich August Winkler: „Clara Zetkins Verdienste um die Frauenemanzipation in der Zeit vor 1914 werden durch ihr späteres Engagement für eine kommunistische Parteidiktatur nicht ausgelöscht, aber doch stark verdunkelt." Deswegen Daumen nach unten. Was hier abgestraft wird, ist nicht das Bekenntnis zu einer „kommunistischen Parteidiktatur", sondern die Unverfrorenheit, sich eine demokratisch-sozialistische Alternative zum 1918/19 erreichten sozialdemokratisch-bürgerlichen Parlamentarismus vorzustellen. Es steht ja außer Frage, daß sich auch eine Clara Zetkin geirrt hat, aber heißt die Konsequenz, in eine Zeit zurückzugehen, in der man Frauenemanzipation noch nicht einmal buchstabieren konnte? Oder, um die nun auch nicht gerade geliebte Rosa Luxemburg zu variieren: die Fehler der kantigen Clara Zetkin sollten uns tausendmal lieber sein als die huldvollen Wohltätigkeiten der liebreizenden Dorothea.

Was heißt hier überhaupt Fehler? Die rundum fehlerlose Persönlichkeit, mit der man sich hundertprozentig identifizieren kann, sogar muß, war, dachte ich bislang, eine Konstruktion des stalinistischen Personenkultes. Unsere Kommission steht den stalinistischen Gralshütern in diesem Punkt allerdings in nichts nach. Wenn die Weltgeschichte das Weltgericht ist, dann betrachten sich die Kommissionsprofessoren offenbar als seine Stellvertreter auf Erden. Ad exemplum Karl Liebknecht: „Die Abwägung von historischen Verdiensten und historischer Schuld Karl Liebknechts hat die Kommission zu dem Vorschlag veranlaßt, den Namen Karl-Liebknecht-Straße für einen Teil der Straße ... beizubehalten, für den (anderen) Teil ... aber eine Umbenennung vorzunehmen." Historiker als Vermessungsingenieure von Schuld und Verdienst im Berliner Straßenbild – wo soll das nur hinführen! Nehmen wir z. B. die schon eingangs erwähnte, mehrere Kilometer lange Martin-Luther-Straße. Sagen wir, Luther hat aufgrund seiner Bibelübersetzung die Straße in voller Länge verdient. Da er aber zugleich die Christenheit gespalten hat, was wir heute angesichts der Herausforderung durch den islamischen Fundamentalismus nur als Schuld werten können, müssen wir ihm mindestens einen Kilometer wieder aberkennen. Für seine antijüdischen Ausfälle müßten wir ihm eigentlich noch mehr aberkennen, lassen es aber, weil sonst die Steglitzer Parteifreunde von CDU und FDP Anstoß nehmen könnten. Seine Stellungnahme für die Fürsten und gegen

die Bauern bringt ihm, so wie der Zeitgeist heute weht, wieder mindestens 500 Meter Straßenland ein usw.

„Von der Parteien Haß und Gunst verzerrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte" gilt nicht nur für Wallenstein. Wenn man Straßen nicht einfach durchnumerieren will, sondern sie nach Persönlichkeiten benennt, dann muß man die Widersprüche nicht nur der Person, sondern auch ihrer Ideen und des von ihr evozierten historischen und politischen Kontextes aushalten können. Wie wenig die Kommission dazu in der Lage ist, soll an einem letzten Beispiel demonstriert werden: dem Vorschlag, die Niederkirchnerstraße in „Am Preußischen Landtag" umzubenennen.

Als erstes fällt sofort auf, daß das „Demps-Prinzip" nicht angewandt wird, denn dann hätte der Vorschlag einer Rückbenennung in „Prinz-Albrecht-Straße" erfolgen müssen. Da aber Prinz-Albrecht-Straße gleichbedeutend mit Gestapo ist, wäre das Berliner Abgeordnetenhaus, das, zumindest in Teilen, um die Reputierlichkeit seiner Adresse besorgt ist, vom kommunistischen Regen in die faschistische Traufe gekommen. Man behilft sich, indem man zum „Talmi-Demps-Prinzip" greift: Historizität wird vorgespiegelt. Statt „Am Abgeordnetenhaus" soll es nun heißen: „Am Preußischen Landtag", womit man zumindest dem reaktionären Gemüt signalisieren will, daß Preußen wenn schon nicht als Staat, so doch als Straßenschild weiterlebt.

Die Chance, die hier vertan wird, wird gar nicht bemerkt. Auf der Niederkirchnerstraße – 1951 nach einer in Ravensbrück ermordeten kommunistischen Widerstandskämpferin benannt – steht ein inzwischen unter Denkmalschutz gestelltes Stück Mauer. Hinter der Mauer liegt das Gelände des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes. Eine stärkere Verdichtung des historischen Problemknäuels Deutschland im 20. Jahrhundert ist kaum vorstellbar.

Zum Abschluß noch ein konstruktiver Vorschlag. Wenn von den vielen Doppel- und Dreifachnennungen bei Straßenbezeichnungen ausgerechnet der doppelt vorkommende Name Niederkirchner stört, dann sollte an der ehemaligen Prinz-Albrecht-Straße der Vorname hinzugefügt werden und die Käthe-Niederkirchner-Straße am Prenzlauer Berg in Eva-Maria-Buch-Straße umbenannt werden. Dies wäre eine Reverenz gegenüber dem Widerstand aus religiöser, hier: katholischer Überzeugung. Daß Eva-Maria Buch als Mitglied der „Roten Kapelle" hingerichtet wurde, die gemeinhin als kommunistische Gruppe eingestuft wird, wäre ein weiterer Grund, darüber nachzudenken, ob das Denken in Schubkästen wirklich weiterhilft.

Opposition und Repression im Wandel von den sechziger zu den achtziger Jahren in der DDR

Workshop des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam

Von Bernd Florath

Unter dem Titel „Herrschaftswandel und Oppositionsbildung in der Ära Honecker. Die siebziger und achtziger Jahre im Vergleich" veranstaltete das Zentrum für Zeithistorische Forschung am 23. und 24. Mai 2005 einen Workshop in Potsdam. Von verschiedenen Seiten wurden Zugänge zur Oppositionsgeschichte der siebziger Jahre in der DDR gesucht. Der Workshop öffnete damit den Blick auf einen Zeitraum, der für die Oppositionsgeschichte weitgehend unerschlossen ist. Bisherige Forschungen konzentrierten sich auf die Nachkriegszeit und auf die achtziger Jahre. Punktuelle Untersuchungen zu Robert Havemann, den Protesten gegen die Okkupation der ČSSR 1968 und zur Biermann-Ausbürgerung blieben im Grunde isoliert von längerfristigen Zusammenhängen.

Der Workshop wollte hier erste Leitlinien zur Orientierung einziehen und nach Kontinuitäten und Brüchen in der Geschichte der politischen Gegnerschaft fragen, die bereits in den sechziger Jahren neu entstand. Im Mittelpunkt des Workshops standen die Veränderungen in den siebziger und frühen achtziger Jahren.

In drei Sektionen befaßten sich die Teilnehmer mit folgenden Themen: „Der Wandel in den Formen von Repression" (I), „Soziale Schichtungen und Protest/soziale Protestformen und Milieus" (II) sowie „Oppositionelle und widerständige Praxis in den siebziger und achtziger Jahren: Politisierung und gesellschaftlicher Wandel" (III).

Sektion I wurde von Annette Weinke (wie die folgenden Berlin) mit einer Einführung in die Strafrechtspolitik und Urteilspraxis in der Ära Honecker eröffnet. Kennzeichnend sei, so hielt sie fest, eine Tendenz zur Normalisierung der Strafrechtspraxis, zu einer Zunahme von kodifizierten Regelungen und einer Abnahme extralegaler Strafrechtspraxis. Daß dieser Trend nicht mit einer Verrechtlichung zu verwechseln sei, verdeutlichen die verschiedenen Praxen der Rechtsprechung, die gegen den Träger des von der SED jeweils definierten politischen Hauptproblems mit exemplarischer Härte vorging, seien dies nun die sogenannten Asozialen oder die Ausreisewilligen.

Jürgen Raschka, dessen Monographie zum Thema seit einiger Zeit vorliegt,[1] beschränkte sich in seinen Ausführungen auf die Ausarbeitung des 2. Strafrechtsänderungsgesetzes von 1977. Er verdeutlichte, daß die durch die Unterzeichung der KSZE-Schlußakte motivierte ursprüngliche Intention der Entrümpelung des StGB vom Vokabular des Kalten Krieges und offenkundig rechtstaatlichen Regeln widersprechenden Paragraphen mit dem Problem kollidierte, der für die SED problematischen wachsenden

1 Johannes Raschka, Justizpolitik im SED-Staat. Anpassung und Wandel des Strafrechts während der Amtszeit Honeckers, Köln 2000.

Ausreisebereitschaft von DDR-Bürgern Einhalt gebieten zu müssen. Der verbalen Zivilisierung stand demzufolge eine Ausweitung und Verschärfung des Instrumentariums gegenüber, die von verschiedenen Seiten her die Praxis der Ausreisewilligen kriminalisierte. Während aber auf der einen Seite das Streben der SED-Führung nach internationaler Respektabilität die Rechtsetzung in ihrem Wortlauf zu stärkeren Anpassung an internationale Standards zwang, drängten Mahnungen aus Moskau zu kompromißlosem Kampf gegen die ideologische Subversion auch mit den Mitteln des Strafrechts. Dieses Dilemma war schlechterdings jenseits inkonsistenter Gesetzestexte und einer sich auf die Uneindeutigkeit der Gesetzestexte stützenden Rechtsprechung zu lösen.

Zusätzlich erläuterte Leonore Ansorg in dieser Sektion die Konsequenzen des Trends zur Formalisierung des Rechtssystems innerhalb des Strafvollzugs. Auch hier stand einer Normalisierung im Sinne des Erlasses bindender Rechtsvorschriften die Praxis der dehnbaren Auslegbarkeit gegenüber. Die praktische Unmöglichkeit für Strafgefangene, ihre Rechte gegen das Wachpersonal durchzusetzen, die Abwesenheit jeglicher unabhängiger Kontroll- und Klagemöglichkeit unterwarf die Praxis, in der das Vollstreckungsrecht umgesetzt wurde, de facto den Bedürfnissen der unwidersprochenen Sanktion.

Sektion II widmete sich den sozialen und soziokulturellen Bedingungen, die einerseits Grundlage des politischen Protestes und andererseits Voraussetzung für dessen Beherrschung durch SED und Staat bildeten. Politische Aufladung bzw. Entpolitisierung von Konflikten, so erhellten die Beiträge, standen dabei nicht in zwingendem Zusammenhang mit den jeweiligen Intentionen der Beteiligten. Hier konnte zugleich an einen früheren Workshop des Zentrums für Zeithistorische Forschung angeknüpft werden, der sich u. a. mit der politischen Relevanz generationsspezifisch oder kulturell abweichenden oder gar nur randständigen Verhaltens beschäftigte.

Michael Hofmann (Jena) beschäftigte sich mit dem Beispiel der Reaktionen von Leipziger Arbeitern auf die Okkupation der ČSSR am 21. August 1968 mit den soziokulturellen Schichten innerhalb der Arbeiterschaft und der Spezifik ihres politischen Verhaltens. Er skizzierte zwei habituelle Gruppen: a) die traditionsorientierte Facharbeiterschaft und b) die eher konsumorientierten Gelegenheitsarbeiter. Erstere verortete er als politisch in sozialdemokratischen Traditionen verwurzelte Basis eines strukturell hinhaltenden Widerstandes gegen den Maßnahmestaat. Aus diesem Milieu heraus erhoben sich betriebsöffentlich Proteste gegen die sich in den sechziger Jahren vollziehenden Prozesse der betrieblichen Konzentration, die die in überschaubareren strukturellen Produktionseinheiten eher durchsetzbaren Eigeninteressen einer nun anonymen und schwer angreifbaren Zentrale unterwarfen. Dagegen unterstützte das eher konsumorientierte Milieu weitaus schneller unmittelbar politische Protestaktionen außerhalb der Betriebe, wie z. B. die Beat-Proteste 1965 und öffentlichkeitswirksame Aktionen nach dem 21. August 1968. Der administrative Druck auf die Sprecher der traditionsorientierten Arbeiterschaft im Sommer 1968 brach deren letzten Widerstand, weshalb Hoffmann diese Proteste als die letzten Zeichen von betriebsöffentlicher Opposition aus der Arbeiterschaft in der DDR bezeichnete.

Hofmanns inspirierende, wenn auch nicht unumstrittene Thesen griff Thomas Lindenberger (Potsdam) in seinem Beitrag auf, der der Frage nachging, ob es in der DDR eine „Underclass" gegeben habe. Inwieweit dieser die von Hoffmann skizzierte

konsumorientierten Gelegenheitsarbeiter zuzurechnen seien, welche Rolle die als Asoziale bezeichneten und insbesondere zu Beginn der siebziger Jahre hohem Verfolgungsdruck Ausgesetzten hierin spielten, inwiefern eine solche „Underclass" mit ähnlichen Phänomenen der sich wandelnden Industriegesellschaft im Westen vergleichbar sei, warf gleich eine Reihe von Fragen auf, mit denen Lindenberger gleichsam beiläufig ganze Programme für künftige Forschungen umriß, Fragen aufwarf, die erst im Laufe dieser Forschungen thematisiert werden müssen, die aber für die Beantwortung der Frage nach der Verwurzelung der sich in den späten siebziger Jahren herausbildenden Opposition in der DDR und in anderen ostmitteleuropäischen kommunistischen Staaten von nicht unerheblicher Relevanz zu sein versprechen. Die durch die ökonomischen Wandlungen sich vollziehenden Verschiebungen der sozialen Milieus von den traditionellen, auf großindustrieller Produktion basierenden organisierter Arbeiterschaft hin zu mehr oder minder entwurzelten, in kleineren und kurzfristigeren Gruppen kooperierenden, dementsprechend auch an kurzfristigeren konsumrelevanten Resultaten interessierten Arbeitern löste den letzten in der Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung beruhenden Zusammenhalt von kommunistischem Regime und Bevölkerung auf. Die nachgewachsenen und in der DDR erzogenen Generationen drängten nach draußen oder auf qualitative Veränderung.

Henning Pietzsch (Berlin) untersuchte am Beispiel der Jenaer Opposition das Verhältnis von politischer, auf Veränderung der DDR zielender Opposition und Ausreisebewegung. Die in ihren Zielen zum Teil gegensätzlichen Bewegungen bezogen sich trotz aller Divergenzen aufeinander und adaptierten ihre auf die Öffentlichkeit gerichteten Artikulationsformen – was nicht zuletzt auch zur Verwirrung des Repressionsapparates führte.

In den Beiträgen der Sektion III des Workshops wurde die Entwicklung der oppositionellen Gruppen diskutiert.

Bernd Gehrke (Potsdam) gab einen weit in die sechziger Jahre zurückreichenden Aufriß der Vorgeschichte jener Oppositionskultur, die in den achtziger Jahren sicht- und spürbar wurde. Er beschrieb eine Fülle von Kontinuitäten, die den landläufigen Anschein, die DDR-Opposition sei eine Frucht der späten siebziger Jahre, konterkarierte. Sein Beitrag war zugleich ein erster Entwurf von Grundlinien einer noch zu schreibenden Oppositionsgeschichte dieser bislang vernachlässigten Zeit.

Thomas Klein (Potsdam), dessen zeitlicher Fokus an Gehrke anknüpfte, konzentrierte sich vor allem auf die Frage nach den Formen der Herstellung von Gegenöffentlichkeit durch die Opposition. Diese Kernfrage oppositioneller Tätigkeit unter Bedingungen einer Diktatur entzieht sich vereinfachenden Vorstellungen, die mit einem unreflektierten Öffentlichkeitsbegriff die vielfältigen Schattierungen, Einschränkungen, aber auch Chancen und Brüche oppositioneller Konfliktartikulation in der monopolisierten Scheinöffentlichkeit diktatorischer Gesellschaften nicht beschreiben können. Er konstatierte eine wachsende Politisierung der unabhängigen Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsbewegung in der DDR, die zu neuen Formen politischer Opposition durch Verbindung konspirativer und begrenzt öffentlich agierender Kreise führte.

Den Abschluß des von konzentrierten Debatten gekennzeichneten Workshops bildete der Beitrag von Walter Süss (Berlin), der gleichermaßen von der Gegenseite her

die Wandlungen der Repressionsstrategie der Staatssicherheit auf die Frage hin beleuchtete, welches Bild sich die DDR-Staatssicherheit, aber auch ihre osteuropäischen Partner in Moskau, Warschau, Budapest oder Prag von der Opposition, der von dieser ausgehenden Gefährdung der kommunistischer Herrschaft und den probaten Mitteln, ihrer Herr zu werden, machten.

In seiner Schlußbemerkung gab Thomas Klein unter großer Zustimmung der Teilnehmer der Hoffnung Ausdruck, daß die Beiträge des Workshops möglichst bald veröffentlicht werden können, um weiteren fruchtbaren Debatten zur Geschichte der Opposition in den sechziger und siebziger Jahren Impulse zu verleihen.

Neue Literatur

Die Vitrine. Fachblatt für linke Bibliomanie. – Berlin, H. 1 (2002). 40 S. H. 2 (2003). 44 S. H. 3 (2003). 56 S. H. 4 (2004). 36 S. H. 5 (2004). 48 S. H. 6 (2005). 76 S.

Seit 2002 erscheint etwa zweimal im Jahr „Die Vitrine", die sich im Untertitel als „Fachblatt für linke Bibliomanie" erklärt. Sie begann ihr bibliographisches Leben im Jahr 2002 als Beilage zum Katalog des Roten Antiquariats. Im „Editorial" der ersten Nummer hieß es: „Wir haben uns damit eine Möglichkeit geschaffen, aus unserer Sicht interessante Fragen, die im Zusammenhang mit den bei uns angebotenen Büchern, Broschüren, Flugblättern und sonstigen Druckerzeugnissen stehen, breiter zu erörtern, als es die Beschreibungen in den Katalogen zulassen" (H. 1, S. 3). Schon dieses Heft brachte ein schönes Beispiel für eine Entdekkungsreise, die sich aus dem vermeintlich schlichten Vorhaben, eine Verlagsbibliographie zu erstellen, ergeben kann. Christian Bartsch und Heiko Schmidt, forschende Antiquare par excellence, stellten „Die Brüder Emmerich und Eugen Prager und ihre Verlage" vor (ebd., S. 4–26).

Im Antiquariat stößt man häufig auf Schriften oder auch andere Druckerzeugnisse, wie Graphiken, Plakate, Noten, die von Menschen, Ideen, Organisationen, Bewegungen zeugen, die in der Geschichtsschreibung nicht oder kaum vorkommen und an deren Existenz sich kaum jemand erinnert. Daß dies so ist, bedeutet freilich nicht, daß sie deshalb langweilig, uninteressant oder ohne Belang wären. Oft ist sogar das Gegenteil der Fall. Ja, und zuweilen trifft man im Antiquariat auch manch menschlichen Solitär.

In der „Vitrine" schreiben unterschiedliche Autoren, sie ist gewissermaßen ein Scharnier, in dem das Wissen von Antiquaren und Sammlern, Bibliophilen und Fachwissenschaftlern zusammentrifft. Ein Leckerbissen ist die biographische Miniatur Hermann Webers über den schon in seinen Erinnerungen „Damals, als ich Wunderlich hieß" (2002) erwähnten Antiquar Georg Pinzke, der das „Schicksal eines vergessenen Kommunisten" nachzeichnet (H. 2, S. 4–11). Eike Stiller schrieb über die Erfolgsgeschichte eines genossenschaftlichen Unternehmens der Arbeitersportbewegung, den Arbeiter-Turnverlag Leipzig 1907 bis 1933 (ebd., S. 12–22) und Edmund Schulz über die Edition der Werke Upton Sinclairs in Deutschland (ebd., S. 31). Axel Flake und Heiko Schmidt porträtierten den Verleger und Publizisten Walter Hamm, ergänzt durch eine Bibliographie seiner Verlage „Junge Menschen" und „Fackelreiter" (H. 3, S. 8–48). Olav Harløf thematisierte die periodische Flugschrift „Pressen", die von der „Neuen Studenten-Gesellschaft" in Kopenhagen in den Jahren 1923 und 1924 herausgegeben wurde (H. 4). „Pressen" war mit seiner eigentümlichen Synthese aus avantgardistischer Kunst und linker Politik gewissermaßen ein Vorläufer der originellen Veröffentlichungen der späteren Monde-Gruppe. Wolfgang U. Schütte legte eine umfangreiche Bio-Bibliographie, der in Buchform erschienenen Arbeiten des ungewöhnlich produktiven Zeichners Karl Holtz, vor (H. 5, S. 11–47). Holtz war ebenso in vielen Periodika der Arbeiterbewegung von den Sozialdemokraten bis hin zu den Anarcho-Syndikalisten präsent. Und schließlich liegen mit dem zuletzt erschienenem Heft „Bibliographische und andere Hilfsmittel für linke BibliomanInnen" vor, die der Sammler Norbert Koch zusammenstellte (H. 6).

Mittlerweile sind sechs Hefte erschienen und kein Ende in Sicht. Herausgeben wird das Blatt nunmehr als Gemeinschaftsproduktion dreier Antiquariate: dem Roten Antiquariat (Berlin), dem Prometheus Antiquariat (Berlin) und dem Antiquariat Walter Markov (Bonn). Freilich, gratis wird es nicht mehr zu bekommen sein. Die „Vitrine" wird fortan im Abonnement vertrieben. Doch die zehn Euro im Jahr sind gut angelegt.

Rudolf Stachel

Die erste deutsche Arbeiterpartei. Materialien zur Organisation, Verbreitung und Sozialstruktur von ADAV und LADAV 1863–1871. Hrsg. von Toni Offermann (= Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 22). – Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf. 2002. 1 CD-ROM, 391 S.

Um es vorwegzunehmen: es ist ein faszinierendes Buch, das seinesgleichen sucht.

Den Anstoß zum vorliegenden Band gab Dieter Dowe, der 1980 eine grundlegende Quellensammlung zur ADAV-Entwicklung herausgebracht hatte,[1] als er Ende 1984 den Nachlaß von Fritz Mende

im Zentralen Parteiarchiv beim IML Berlin sichten konnte und ein halbes Jahrzehnt später Zugang zu den Lassalle und die lassalleanische Arbeiterbewegung bezüglichen Quellenmaterialien im Zentralen Parteiarchiv beim IML Moskau erhielt (S. 25 f., S. 233 ff.). Zur Mitarbeit eingeladen, übernahm Toni Offermann schließlich allein die Fertigstellung des überaus arbeitsintensiven Projekts.

Ein wenig Zweifel scheinen Offermann bei der Fixierung auf den zugkräftigen Titel „Die erste deutsche Arbeiterpartei" untergekommen zu sein, worauf die Bemerkung „Diese Wertung wird weiter unten begründet" (S. 29, Anm. 1) hindeuten könnte. Indessen geht Offermann in seiner knapp gefaßten Einleitung „Die erste deutsche Arbeiterpartei in der frühen Arbeiterbewegung" (S. 29 ff.) auf den Bund der Kommunisten und die Allgemeine Arbeiter-Verbrüderung ein, die er als Sinnbild des „Dualismus von sozialer Revolution und sozialer Reform" wertet, der sich 1863 in der doppelten Neukonstituierung von ADAV und „Vereinstag" erneuerte. Insoweit ist der Zusammenhang zwischen der Revolution von 1848/49 und dem komplizierten Wiederaufleben der Arbeiterbewegung in den 1860er Jahren – eine diffizile Verbindung von Kontinuität und Neuanfang – konstatiert. Das trifft ebenso auf Verknüpfung – Offermann spricht sogar von „Einheit" – von politischer und gewerkschaftlicher Arbeiterbewegung zu, die die Arbeiterverbrüderung charakterisierte.

Mit Recht konstatiert Offermann, daß die Geschichte des ADAV ein schwerwiegendes Forschungsdesiderat darstellt. Der vorliegende Band schließt diese Forschungs- und Wissenslücke in beeindruckender Weise. Dies bezieht sich nur am Rande auf die politisch-strategische Ausrichtung und Funktion der Organisation im Gesellschaftsgeflecht, die seit Meyer und Mayer mehrfach aufgegriffen wurde,[2] sondern hauptsächlich auf die Struktur der lassalleanischen Arbeiterbewegung.

Um welch riesiges Feld es sich dabei handelt, kann hier nur angedeutet werden. Die „innere Organisation der lassalleanischen Arbeiterpartei" (S. 48–108) umspannt „Organisation und Agitation" als „Merkmale der lassalleanischen Arbeiterbewegung" (S. 48–67) bis hin zu „Polizeistaatlichen Rahmenbedingungen" (S. 103–108). In diesem Bezugsrahmen sind „Ämter und Funktionen" angesiedelt, angefangen vom Präsidenten und Vizepräsidenten über die Generalversammlung, den Vorstand, den Vereinssekretär und den Hauptkassierer bis hin zu den „Gemeinden", den Agitatoren, dem Vereinsorgan sowie den Parteifinanzen nebst Verwaltungskosten und den Ausbreitungsstrategien. Was hier gleichsam überblicksartig im Entwicklungsprozeß vorgestellt wird, ergänzt die beigegebene CD mit einer akribischen Auflistung der Funktionsträger (S. 13–22), also der minutiösen, zumeist taggenauen Fixierung der Funktionsdauer der aufeinanderfolgenden Präsidenten, Vizepräsidenten, Sekretäre, Kassierer und Vorstandsmitglieder des ADAV 1863 bis 1874. Dazu gesellen sich auf der CD-ROM überlieferte Listen der örtlichen Bevollmächtigten des ADAV (zehn Listen für den Zeitraum vom 19. Juni 1863 bis Mai/September 1868, S. 23–36) sowie nach der Neugründung des ADAV für die Zeit von November/Dezember 1868 bis Februar 1870 fünf Gemeindebeamtenlisten, für die Präsidentschaft Hasenclevers in der Nach-Schweitzer-Ära ergänzt durch Ernennungen von Bevollmächtigten des ADAV jeweils im zweiten Halbjahr 1871 und 1872 (S. 37–66). Teilweise durch Kurzbiographien vervollkommnt, wird damit der Funktionärskörper der Arbeiterpartei über ein ganzes Jahrzehnt namentlich dokumentiert. Darüber hinaus werden auf nahezu 100 Seiten (S. 139 bis 221 der CD) die aufgefundenen Materialien auf 35 ADAV-Gemeinden (von Altona bis Wüstewaltersdorf) aufgeschlüsselt. Knapp kommentiert, ist hier die Entwicklung dieser ADAV-Gemeinden einschließlich ihrer Mitglieder zu verfolgen. Ergänzend sind die ADAV-Gemeinden und Beamten im Adressbuch Mendes von Anfang 1870 dargeboten (CD, S. 616–665).

Nicht minder verdienstvoll ist der Anhang. Soweit er den ADAV betrifft, konnten für die Generalversammlung zu Düsseldorf Ende 1864 durch ein Originalprotokoll und für die Frankfurter Generalversammlung vom 30.11./1.12.1865 durch einen Bericht der „Augsburger Allgemeinen Zeitung" bisherige Dokumentationen ergänzt werden. Wertvoll sind insbesondere die im Komplex edierten ADAV-Statuten 1863/71 und 1872/75 (S. 311 ff.), die Geschäfts- und Verwaltungsreglements des ADAV von 1863, 1867 und 1868 sowie die Geschäftsordnungen für Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen von 1868 und 1873 (S. 322 ff.) und Instruktionen für die Bevollmächtigten des ADAV von 1866, 1867 und 1873 (S. 342 ff.).

Hier ist darauf zu verweisen, daß noch während des Entstehungsprozesses dieses Bandes Thomas Welskopp in seiner Habilitation die einschlägigen Materialien auswerten konnte. Die reduzierte, aber

immerhin noch 840 Seiten starke Druckfassung[3] entwirft gleichsam ein die Atmosphäre des proletarischen Milieus einfangendes Kolossalgemälde der Geschichte der Sozialdemokratie vor 1878, in die die ADAV-Daten eingewebt sind. Demgegenüber bescheidet sich Offermann mit der sachlichen Information und konkreter Sozialanalyse – zwei verschiedene methodische Ansätze, die beide manches für sich haben und sich ergänzen, auch wenn sie unterschiedliche Richtungen anpeilen.

Wie kompliziert der Formierungsprozeß verlief, läßt ein Blick auf die Graphik „Übersicht über die Entwicklung der deutschen Arbeiterparteien 1863–1875" (S. 33) erahnen. Die von Offermann dankenswerterweise eingefügte „kommentierte und annotierte Chronik" bringt – auch mit Bezug auf die bei Hans-Jürgen Friederici entstandenen Dissertationen zur „Entwicklung und Differenzierung des ADAV"[4] – Licht in den überaus verworrenen Verlauf der „äußeren organisationsgeschichtlichen Entwicklung" des ADAV zwischen 1864 und Mai/Juni 1867 (S. 131–160), also von der Präsidentschaft Bernhard Beckers und dem „Interimistikum" bis zur Spaltung des ADAV im Mai/Juni 1867 in den weiter unter dem Namen ADAV firmierenden Teil unter der straffen Führung von Johann Baptist von Schweitzer einerseits und andererseits dem Lassalleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein (LADAV) unter Ägide der Gräfin Sophie von Hatzfeldt, die dafür kämpfte, das Erbe Lassalles möglichst ungeschmälert zu erhalten.

Diese „wahren Lassalleaner" waren bislang weitgehend Stiefkinder der Forschung. Offermann verfolgt die Entwicklung des LADAV von der Präsidentschaft Emil Försterlings und des „Schürzenpräsidenten" Fritz Mende bis zur Vereinskrise und der überraschend vollzogenen Vereinigung von ADAV und LADAV am 18. Juni 1869, die per „Staatsstreich" (kurzfristige Urabstimmung) als Alternative zur Vereinigung mit der „Bebel-Liebknechtschen Richtung" durchgesetzt wurde. Während indessen beträchtliche Teile des ADAV – von Offermann kurzerhand als „Gewerkschaftsflügel" charakterisiert – dieser Alternative folgten, zur Konstituierung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf dem Eisenacher Kongreß im August 1869 maßgeblich beitrugen und darüber hinaus indirekt den künftigen Weg zur Vereinigung von Gotha 1875 ebneten, brach die „Einheit der Lassalleaner" nach wenigen Monaten bereits Ende 1860/Anfang 1870 auseinander, womit – ungeachtet von Reorganisationsbemühungen – das Schicksal des LADAV besiegelt war.

Die Geschichte des LADAV bildet einen besonderen Schwerpunkt der Publikation. Besonders hervorzuheben ist die Dokumentation der Generalversammlungen des LADAV incl. Vorläufer 1865 bis 1871 (S. 258–310), angefangen von dem Leipziger Treffen der ADAV-Opposition 1865 über die LADAV-Gründungsversammlung 1867 in Dresden, die Generalversammlungen zu Chemnitz 1868, Halle/S. 1869 und Bremen 1871 sowie Protokolle von LADAV-Vorstandssitzungen von 1868 und 1871 bis zur Gründungsversammlung der Sozialdemokratischen Partei in Bayern in Nürnberg 1869.

Nicht weniger als rund 400 Seiten nehmen darüber hinaus auf der CD-ROM die „Materialien zur Geschichte und Organisation des LADAV" in Anspruch. Hier sind die Präsidenten, Vizepräsidenten, Sekretäre, Hauptkassierer und generell die Vorstandsmitglieder des LADAV von 1867/68 bis 1871 sowie die Redakteure der „Freien Zeitung" zu finden (S. 222 ff.), ferner die Bevollmächtigen des LADAV Ende 1868 und Herbst 1870 (S. 234 ff.) und Gemeinde- und Mitgliederstatistiken, die nach den Berichten der Bevollmächtigen, nach den Ergebnissen der Präsidentenwahl 1868 sowie den zahlenden Mitgliedern in den Gemeinden 1869/1872 zusammengestellt sind und durch mehrere Übersichten über die LADAV-Gemeinden 1870/1871 abgeschlossen werden. Diese LADAV-Gemeinden sind (S. 253 ff.) im einzelnen aufgeführt. Sie bieten von Aachen, Adorf, Alsleben bis Zeitz, Zittau, Zschopau, Zwickau und Zwintschöna (S. 616) insgesamt 270 Lokalbiographien der LADAV-Gemeinden und ihrer Mitglieder.

Abgeschlossen wird der Band durch eine Aufstellung der 23 Abbildungen und sechs Tabellen (S. 363 f.), einem umfangreichen Quellen- und Literaturverzeichnis (S. 365–377 sowie CD-ROM, S. 666–682), einem Personenregister (S. 378–384 sowie CD-ROM, S. 684 ff.) und einem geographischen Register (S. 385–390).

Offermanns Arbeit über das „Lassalleanische Lager" und seinen Verästelungen bietet mit ihrem immensen Materialfundus und dessen kenntnisreicher Erörterung eine neue Forschungsbasis und zugleich quantitativ wie qualitativ neuartige Einsichten in den komplizierten Formierungsprozeß der sozialistischen Arbeiterbewegung von Mitte der 1860er bis in die 1870er Jahre hinein. Damit werden Maßstäbe gesetzt, die leider für die ansonsten intensiv bearbeitete „Bebel-Liebknechtsche Richtung" der sozialistischen Arbeiterbewegung nicht gleichwertig erfüllt werden können, da analoges Quellenmaterial bestenfalls nur in kärglichen

Bruchstücken vorhanden ist. Indessen dürfe die für den ADAV-Bereich erschlossene Quellenbasis und die daraus abgeleiteten Fragestellungen zur konstruktiven Neusichtung auch der einschlägigen Quellen der „Bebel-Liebknechtschen Richtung" provozieren, ohne daß damit die vorliegenden Forschungsleistungen in Frage gestellt werden sollen. Hat der Quellenfundus hier auch ein anderes Gepräge, so kann dies der Gesamtsicht nur dienlich sein. Ähnliches dürfte auch für die Einbeziehung der sich herausbildenden Gewerkschaftsbewegung zutreffen. Ist das „Lassalleanische Lager", der Kernbereich der einen Wurzel der sozialistischen Arbeiterbewegung, derartig diffizil erfaßt und analysiert worden, treten fordernd die Parallelentwicklungen hervor. Danke, Toni Offermann!

1 *Protokolle und Materialien des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (inkl. Splittergruppen). Hrsg. von Dieter Dowe, Berlin und Bonn 1980.*

2 *Gustav Mayer, Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland 1863–1870, in: Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, Bd. 2, Leipzig 1912. Auch in: ders., Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie. Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt a. M. 1969, S. 108 ff.; Rudolf Meyer, Der Emancipationskampf des vierten Standes, 2 Bde., Berlin 1882 [Nachdruck Aalen 1966].*

3 *Thomas Welskopp, Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000.*

4 *Unter diesem Titel untersuchten Peter Pohlenz die Zeit von 1863 bis 1867 (Diss. Leipzig 1986); Christine Lasch die Jahre 1868–1870 (Diss. Leipzig 1990) und Otto Wernecke die Phase von 1871 bis 1873 (Diss. Leipzig 1992).*

Wolfgang Schröder

Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nürnberg. Bd. I/II: Von der Vorgeschichte der Arbeiterbewegung bis zum Ende des Sozialistengesetzes 1830–1890. Bearb. von Udo WINKEL (= Quellen zur Geschichte und Kultur der Stadt Nürnberg. Hrsg. vom Stadtarchiv Nürnberg, 13./14. Bd.). – Nürnberg 2001: Im Selbstverlag des Stadtarchivs Nürnberg. 438 S.

Mit 99 519 Einwohnern, die die Volkszählung vom 1. Dezember 1880 ermittelte, rangierte Nürnberg an 15. Stelle der deutschen Großstädte. Durch sein industrielles Gewicht drängt sich Nürnberg in den Blickpunkt, wenn es um die Formierung der proletarischen Emanzipationsbewegung geht. Zugleich ist die Arbeiterbewegung einer Stadt von etwa 100 000 Einwohnern in ihren vielfältigen Bezugsebenen noch einigermaßen zu überblicken. Es reizt daher besonders, diesen historischen Prozeß lokalgeschichtlich zu dokumentieren.

Nachdem bereits 1985/86 drei Bände über die Entwicklung der Nürnberger Arbeiterbewegung für die Jahre 1890 bis 1945 sowie 1995 ein Band für die Zeit von 1945 bis 1954 vorgelegt worden ist, wird nunmehr aus den Beständen des Stadtarchivs die chronologisch vorangehende Phase dokumentiert. In seiner Einleitung (S. 11–50) stellt der Bearbeiter Udo Winkel die knapp kommentierten Quellen in ihren historischen Zusammenhang.

Die Dokumente sind in drei Kapitel gegliedert: I. 1830–1851: Von der Vorgeschichte bis zum Ende der frühen Arbeiterbewegung (S. 51–155, Dokumente 1–41); II. 1861–1878: Vom Neubeginn der Arbeiterbewegung bis zum Sozialistengesetz (S. 157–245, Dokumente 42–83); III. 1878–1890: Die Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz (S. 247–397, Dokumente 84–139).

Abgerundet werden diese Kapitel durch mehr als drei Dutzend Tabellen, die teils eingestreut, teils als Anhang dargeboten werden und zumeist die Entwicklung der Sozialstruktur Nürnbergs, der Arbeitszeit, Reallöhne und Preise/Mieten belegen. Hervorzuheben sind die Übersichten über die Entwicklung der Nürnberger Gewerkschaftsbewegung (mit dem Schwerpunkt Metallberufe) und über die Arbeitervereine Bayerns. Die Auflistung der sozialdemokratischen Stimmen bei den Reichstagswahlen widerspiegelt den Aufschwung der Nürnberger Arbeiterbewegung – 1877 knapp in der Stichwahl unterlegen, gewann Carl Grillenberg erstmals 1881 das Mandat im Wahlkreis Mittelfranken I – Nürnberg, das er bis zu seinem Tode 1897 besaß.

Die Auswahl der Dokumente aus dem Fundus des Nürnberger Stadtarchivs dürfte dem Bearbeiter alles andere als leicht gefallen sein, zumal der Bearbeiter bei aller unausweichlichen Selbstbeschränkung bestrebt war, die Entwicklung in Nürnberg mehrdimensional zu erfassen und im Nürnberger Geschehen zugleich Probleme der Gesamtentwicklung der Arbeiterbewegung anklingen zu lassen. Wenn dies nicht durch behördliche Verfolgungen (wodurch z. B. die Organisationsstruktur des Bundes der Geächteten präsent wird, Dok. 9, S. 70 ff.) erfolgen konnte, ermöglichten dies sparsam im Quellenteil eingebrachte Dokumente, wie z. B. für die Organisationsbildung während der 1848er Revolution Auszüge aus der „Verbrüderung", für die Reaktionszeit das Versammlung- und Vereinsgesetz vom 26. Februar 1851, für die Rolle der I. Internationale die Erwägungsgründe für die Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation oder für den Radikalisierungsprozeß der Arbeiter(bildungs)vereine Auszüge aus Bebels Memoiren sowie den Protokollen des Nürnberger Vereinstages 1868 und des Eisenacher Kongresses 1869. Analoge Korsettstangen bilden das Gothaer Vereinigungsprogramm (nach dem Nürnberg-Fürther „Social-Demokrat" – es handelt sich dabei allerdings um den Programmentwurf!), Auszüge aus dem Sozialistengesetz 1878 oder der Aufruf des Pariser Kongresses 1889 zur Internationalen Maikundgebung 1890.

Kritisch anzumerken wäre, daß sich zwar auf dem Nürnberger Verbandstag die Majorität zum Programm der I. Internationale bekannte, doch stand die Vereinsgesetzgebung der Behauptung entgegen, „ihre Vereine traten der I. Internationale bei" (S. 27). In der Zeit des Sozialistengesetzes gab es wohl zwei in der Schweiz tagende Parteikongresse in Wyden (1880) und St. Gallen (1887) (S. 43), doch trat der in Kopenhagen (1883) hinzu, an dem Grillenberger als Mitglied der Parteileitung und Reichstagsabgeordneter sowie Friedrich Zick als Delegierter für Fürth teilnahmen. Unerfüllte Wünsche würden sich u. E. auf die Kommunalpolitik beziehen.

Die Lokalgeschichte kann mit Namen und Hausnummern arbeiten, und das macht den besonderen Reiz der vorliegenden Dokumentation aus. Zirkelschmiedgeselle J. C. Fürst wurde per Eintrag in sein Wanderbuch 1834 gewarnt „vor Eintritt in fremde Kriegsdienste, so wie vor dem Wandern nach Frankreich, Belgien und der Schweiz und in solche Länder, in welchen gesetzwidrige Verbindungen von Handwerkern irgend einer Art bestehen", was polizeilich geahndet und „überdieß als Hinderniß zur Erlangung einer Gewerbs-Konzession [...] betrachtet werden würde" (S. 69 f.).

Nur einen Beitragsstempel (Juni 1849) enthielt die Mitgliedskarte Nr. 310 des Arbeiter-Vereins zu Nürnberg, ausgestellt für „Andreas Sonnleider", wie die schwerfällige Handschrift lautet (Abb. S. 51). Durch eine Denunziation seines Meisters wurde der Schuhmachergeselle Andreas Sonnleitner im Juni 1849 als „Sensenmann" (er verfügte über ein gerade gerichtetes Sensenblatt) überführt. Die Untersuchung führte zu weiteren Verhaftungen und Mitte August zur Auflösung des etwa 300 bis 400 Mitglieder starken Arbeitervereins, der sich als „Bildungs- und Unterstützungsverein" neu konstituierte und im Juni 1850 unterdrückt wurde (Dok. 34–39, S. 142–151).

Der Neuanlauf der Arbeiterbewegung in den 1860er Jahren wird u. a. durch die Statuten des Arbeiter-Vereins (1861, S. 158 ff.) und des Arbeiter-Bildungs-Vereins (1866 und 1869, S. 171 ff.) belegt, der zur Keimzelle der Nürnberger Sozialdemokratie wurde (1873 Umbenennung in sozialdemokratischen Arbeiter-Verein, S. 195). In mehrfacher Hinsicht aufschlußreich ist die Übersicht über die – teils durch Plakate propagierten – Versammlungen der Sozialistischen Arbeiterpartei 1869 bis 1871 (mit Termin, Versammlungslokal, Vorsitzenden, Teilnehmerzahl, Tagesordnung und Referenten, S. 198 ff.). Der Stadtmagistrat verbot am 24. April 1874 die Nürnberger Mitgliedschaft als „politischen Verein" und ließ gegen seine Mitglieder Untersuchung einleiten. Die „Aufgelösten" arrangierten am Himmelfahrtstag einen Ausflug „nach der alten Veste, um die Commune dort selbst zu proclamieren". Rote Symbole müßten zu Hause gelassen werden, „damit die Ochsen unterwegs nicht davor scheuen" (S. 206 ff.). Vom Polizei-Officianten Seemann von 15.30 bis 10.30 Uhr überwacht, vereinte am 9. Mai 1875 ein „Arbeiterfrühlingsfest" über 2000 Personen (Überwachungsbericht und Programm S. 210 ff.).

Plastisch erscheint das tabellarisch erfaßte gewerkschaftliche Organisationsgeflecht (S. 181 ff.), umfassend Unterstützungskassen, Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine und sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaften (mit Gründungs- und sozialistengesetzlichen Auflösungsdaten), komplettiert durch die Statutenvorlage und den vom Rotgießer Johann Faaz unterzeichneten Aufruf zur Bildung einer internationalen Metallarbeiter-Gewerks-Genossenschaft, die Mitte August 1869 durch den Metallarbeiter-Congreß in Nürnberg mit dem Sitz in Nürnberg begründet wurde

(S. 184 ff.), und mehrere Übersichten über Streiks in Nürnberg (1857–1878, S. 219 ff.) sowie Überwachungsberichte über eine Metallarbeiterversammlung 1873 und das Metallarbeiter-Stiftungsfest 1875 (S. 222 ff.). Hierzu gehören die Fabrikordnungen (Eisengießerei und Maschinenfabrik Klett 1844, Nürnberger Kammgarnspinnerei 1852, Tabak- und Cigaretten-Fabrik von Carl Otto Müller 1860, S. 107 ff., 232 ff.).

Noch ehe das Sozialistengesetz in Kraft trat, hatte die Nürnberger Polizei bereits eine Liste von 28 sozialdemokratischen Agitatoren angelegt (S. 250 ff.) und eine Übersicht über die „sozialdemokratischen Vereinigungen" in Nürnberg mit zusammen 1600 Mitgliedern verfertigt. Davon verfügten der Wahlverein zur Erzielung volkstümlicher Reichstagswahlen über ca. 150 Mitglieder, die Genossenschaftsdruckerei 178 und der (gesellige) Bürger-Bund 300 bis 400 Mitglieder. Hinzu kamen neun verschiedene Gewerkschaftsorganisationen, von denen die der Metallarbeiter 180 Mitglieder zählten, der Maurer und Steinhauer ca. 200, der Tischler ca. 250 (S. 252). Der Kampf gegen das Sozialistengesetz wird – abgesehen von Versammlungs- und Druckschriftenverboten sowie Überwachungsberichten – vor allem abgedeckt durch Ignaz Auers Resümee „Nach zehn Jahren" und einen Auszug aus den Erinnerungen des Redakteurs Philipp Wiemer, der u. a. einging auf die illegale Herstellung des „Sozialdemokraten" in der an die Stelle der liquidierten Genossenschaftsdruckerei getretenen Fa. „Wörlein & Co." (S. 270 ff.), die auch die „Fränkische Tagespost" (Nachfolgeorgan des „Nürnberg-Fürther Sozialdemokraten") herausbrachte. Nicht weniger als 52 Gastwirtschaften waren dem „Militärverbot" unterworfen (S. 264 f.). Eindrucksvoll die Strafregister von Hans Wörlein (der zumeist Geldstrafen erhielt) und Bruno Schönlank (S. 267 ff.). 1887 revidierte eine Generalversammlung die Statuten des von Johannes Scherm, J. Munker und Jean Muskat geleiteten „Wahlvereins zur Erzielung volksthümlicher Wahlen für Reichstag, Landtag, Gemeinde etc. für den Reichstagswahlkreis Nürnberg" (S. 285 ff.). Nach dem Fall des Sozialistengesetzes bildete sich, von Carl Oertel, Conrad Herrmann und Walter Roßkopf geleitet, der sozialdemokratische Agitationsverein für Franken und die Oberpfalz (S. 288 ff.).

Den Nürnberger Gewerkschaften unter dem Sozialistengesetz ist ein umfangreicher Abschnitt (Dok. 107–138, S. 291 ff.) gewidmet, aus dem wir die tabellarische Übersicht über die Aktivitäten der Nürnberger Metallarbeitergewerkschaften 1879 bis 1891 (S. 298 ff.), die Gründung der Deutschen Metall-Arbeiter-Zeitung 1883 (S. 304 f.), die mit mehreren Artikeln vertreten ist, sowie die Streikaktionen (S. 314 ff.) hervorheben. Gleichsam ein abschließendes und zudem ziemlich lebendiges Gesamtbild über die Auseinandersetzungen unter dem Sozialistengesetz wird durch Dok. 139 geboten, in dem Auszüge aus fünfzehn Quartalsberichten des Stadtmagistrats Nürnberg an die Kgl. Regierung Mittelfranken in Ansbach aus dem Zeitraum Januar 1879 bis September 1890 vereinigt sind.

Nicht unerwähnt sollen zwanzig Illustrationen bleiben, die jeweils vor den drei Hauptkapiteln eingeordnet wurden. Eine Zeittafel (S. 421–425), eine knappe Literaturübersicht (S. 429) und Namens-, Orts- und Sachregister (S. 431–437, leider nicht vollständig, insbesondere blieb die „Einleitung" unberücksichtigt) beschließen den Band.

Wolfgang Schröder

OWETSCHKIN, Dimitrij: **Conrad Schmidt, der Revisionismus und die sozialdemokratische Theorie. Zur theoretischen Entwicklung der Sozialdemokratie vor 1914.** Mit einem Vorwort von Helga Grebing (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen; Schriftenreihe A: Darstellungen, Bd. 24). – Essen: Klartext Verlag 2003. 239 S.

„Wer kennt Conrad Schmidt?" beginnt Helga Grebing ihr die Dissertation von Owetschkin natürlich adelndes Vorwort. „Muß man ihn denn kennen?" fragt sie zurück (S. 7). Nach gut 200 Seiten Abhandlung kommt der Autor zum Resümee: „Seine [Schmidts] eigentümliche Variante des Revisionismus konnte weder das ‚revolutionäre' Bewußtsein vermitteln noch über den Rahmen des herkömmlichen Theorieverständnisses in der Sozialdemokratie hinausgehen. Auch deswegen blieb sie ohne große Auswirkungen" (S. 208). Also der typische Fall einer Dissertation, bei dem nicht die Relevanz des Themas, sondern ein kleiner weißer Fleck auf der Karte der Historiographie verantwortlich für ihre Erstellung war?

Mit Sicherheit nicht. Owetschkin verfährt nach dem Prinzip, die sozialistische Theoriegeschichte, genauer: die Theoriegeschichte der deutschen Sozialdemokratie für das Vierteljahrhundert zwischen dem Ende des Sozialistengesetzes und dem

Ausbruch des Ersten Weltkriegs, unter dem Aspekt der Theorieentwicklung Conrad Schmidts zu betrachten, des wohl bedeutendsten Ökonomen der deutschen Sozialdemokratie neben Rudolf Hilferding in diesem Zeitraum. Auf diese Weise, und das ist das erste Verdienst der Arbeit, werden die bekannten Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokraten, insbesondere die Revisionismusdebatte, nicht mehr eingegrenzt auf den inneren sozialistischen Kreis. Vielmehr kommen sowohl die Grenznutzentheorie wie der Neukantianismus zu ihrem vollen Recht, nicht zuletzt von den sozialdemokratischen Akteuren selbst und – ihnen folgend – von vielen Historikern der Geschichte der Arbeiterbewegung ausgeblendet, weil nicht zur Familie gehörend.

Owetschkin liefert damit wertvolles Material über die enge, für Materialisten eigentlich selbstverständliche Verwobenheit von Akteuren und Publikum mit der Kulturwelt des Wilhelminismus insgesamt. Viel zu lange ist nach meinem Geschmack der Gegensatz von gigantischem organisatorischem Wachstum der sozialistischen Bewegung und ihrem nicht einmal stagnierenden, sondern eher noch zurückgehenden politischen Einfluß – man denke nur an die Wahlrechtsreformim sozialdemokratischen Stammland Sachsen nach dem Vorbild Preußens 1896 – mit der revolutionären Unfähigkeit oder Unwilligkeit der Führer respektive dem Einrichten der Mitgliedschaft im sozialdemokratischen Paralleluniversum erklärt worden.

Owetschkin führt zwei Hauptthemenkreise vor, die jenseits der politisch-agitatorischen Debatte und der innnerorganisatorischen Machtkämpfe der Revisionismusdebatte angelagert waren. Zum einen ist dies die Krisentheorie und als ein Element ihrer Basis die Werttheorie, zum anderen die Frage der auch ethischen Fundierung des Sozialismus, ein Anliegen, das von Bernstein bis zu den Neokantianern reichte. Im ersten Fall geht es um nichts weniger als die Frage, ob die Hoffnung der Sozialdemokraten auf den Bebelschen Kladderadatsch des Kapitalismus tatsächlich in dessen Struktur angelegt ist, also quasi naturgesetzlich eintritt, oder ob es sich hierbei um einen voluntaristischen Sprung über Antagonismen handelt. Die Engelssche Aufgabe im Vorwort des zweiten Bandes des „Kapitals", wie aufgrund des Wertgesetzes sich eine gleiche Durchschnittsprofitrate bilden könne, machte Schmidt zum Thema mehrerer Schriften – insgesamt mit großem Verständnis, wie Engels dann im Vorwort zum dritten Band konstatierte.

Und ebenso intensiv beschäftigte sich Schmidt mit dem Neukantianismus, wobei er, ganz ähnlich wie in der Ökonomiedebatte, sowohl von den Kantianern wie von den orthodoxen Marxisten kritisiert wurde. Es gelingt dem Autor sehr souverän, die Theorieansätze Schmidts verständlich nachzuzeichnen und diese auch kenntnisreich in die Gesamtdebatte der dort angesprochenen Themen einzuordnen. Und er behandelt Schmidt konsequent als historische Figur – auch von ihm läßt sich nicht siegen lernen.

Leider läßt es der Autor nicht dabei bewenden, sondern zieht den Kreis weiter, so daß insbesondere im Kapitel über Schmidt und den Neukantianismus so gut wie alle zentralen Fragen der Marxschen und marxistischen Philosophie abgehandelt werden. Auf 13 Seiten das Thema „Dialektik, Materialismus und Marxismus" abzuhandeln ist schon verwegen genug, methodisch bedenklich wird es, wenn das nächste Unterkapitel über die materialistische Geschichtsauffassung (20 S.) mit einer Erörterung des historischen Materialismus im Kontext der Briefe von Engels aus den 1890er Jahren beginnt. Hier hätte doch unbedingt, wenn eine solche Betrachtung überhaupt angestellt wird, auf die Spezifik der Quelle Brief hingewiesen werden müssen, der eben, wie der Wortstamm sagt, kurz ist, also für Erörterungen theoretischer Natur nur ganz bedingt brauchbar – erinnert sei an Engels' berühmtes Schlagwort von dem in letzter Instanz durch die Basis bestimmten Überbau, nur in einem vom Autor auch erwähnten Brief geäußert und dort mit dem expliziten Hinweis versehen, diese Ausführungen sollten nicht auf die Goldwaage gelegt werden, denn es sei nicht Zeit gewesen, so exakt ausgearbeitet zu schreiben, wie es für die Öffentlichkeit notwendig sei.

Trotz einiger bemerkenswerter Passagen insbesondere zur Kritik an der landläufigen Behauptung, jede Art von Theoriedebatte habe schon die Masse der Parteimitglieder nicht interessiert, enttäuscht das kurze Abschlußkapitel über Schmidt, den Revisionismusstreit und den „Entwicklungsprozeß der sozialdemokratischen Theorie". Die hier versuchte Synthese läuft auf die altbekannte Ansicht hinaus, marxistische Orthodoxie und Revisionismus stammten vom gleichen Baum, hätten sich aber beide nicht als Früchte der Erkenntnis erwiesen, und schließlich habe sich die Sozialdemokratie von der Theorie schlechthin emanzipiert. Hier wäre doch der Ort gewesen, auf die materiellen Bedingungen von Theorieproduktion hinzuweisen. Unter diesem Aspekt nämlich nimmt Schmidt dank seiner Herkunft durchaus

eine Ausnahmestellung unter den Theoretikern der zweiten Generation ein: er war nicht darauf angewiesen, von seiner Feder zu leben – ganz wie Marx und Engels, dessen Vermögen die Reproduktion beider sicherte, aber im krassen Unterschied zu Bernstein, Kautsky, auch etwa Rosa Luxemburg und Plechanow. Ein welch enges Korsett der Zwang zur schriftstellerischen Erwerbstätigkeit für theoretische Überlegungen darstellt, kann man sehr beredt in Bernsteins Korrespondenz insbesondere mit Kautsky nachlesen. Daß Schmidt sich kritische Distanz zu sämtlichen Fraktionen innerhalb der Sozialdemokratie und auch zu denen ihres Umfelds bewahren konnte, hatte nicht zuletzt mit seiner materiellen Privilegierung zu tun.

Und schließlich, bei aller Legitimität theoriegeschichtlicher Arbeiten, wäre zumindest als Problemstellung die konkrete Verweigerungs-, ja Abschreckungspolitik der Sozialdemokratie gegenüber den linksliberalen Intellektuellen zu erwähnen gewesen, also jenem Milieu, dem auch Schmidt entstammte. Wenn Helga Grebing in ihrem Vorwort vom „klassischen Weg" Schmidts „vom gebildeten, sich zur liberalen Fortschrittspartei zählenden Bürgertum zur Sozialdemokratie" spricht, so ist dieser Weg nur „klassisch" für diejenigen, die gleichsam durchkamen. Die Partei selber war – strömungsübergreifend – von höchstem Mißtrauen gegen diese bürgerlichen Intellektuellen geprägt – von einer aktiven Bündnispolitik dieser Schicht gegenüber ganz zu schweigen.

Zuletzt sei noch Tucholsky zitiert – wegen der leider auch von Owetschkin praktizierten Unart, die Sozialdemokratie im Kaiserreich mit SPD zu bezeichnen: „Es ist ein Unglück, daß die SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands heißt. Hieße sie seit dem 1. August 1914 Reformistische Partei oder Partei des kleinern Übels oder Hier können Familien Kaffee kochen oder so etwas: vielen Arbeitern hätte der neue Name die Augen geöffnet, und sie wären dahin gegangen, wohin sie gehörten: zu einer Arbeiterpartei. So aber macht der Laden seine schlechten Geschäfte unter einem ehemals guten Namen."

Till Schelz-Brandenburg

BARATTA, Giorgio: **Das dialogische Denken Antonio Gramscis** (= Philosophie und Geschichte der Wissenschaften. Studien und Quellen. Hrsg. von Hans Jörg Sandkühler und Pirmin Stekeler-Weithofer). – Frankfurt a. M., Bern, Bruxelles, New York, Oxford und Wien: Peter Lang Verlag 2003. 251 S.

Mit Giorgio Barattas Werk liegt nach Valentino Gerratanas Akzentuierung des dialogischen Charakters von Gramscis Philosophie die erste deutschsprachige Monographie vor, die sich bemüht, die Form der Gefängnishefte nicht primär zu analysieren, um ihren inhaltlichen Fragmentismus nachträglich zu ordnen, sondern Gramscis neue Art der philosophischen Methode zu rekonstruieren. Baratta synthetisiert hier publizierte und unpublizierte Arbeiten seiner fünfzehnjährigen Forschungen, die er in drei Gruppen strukturiert: Untersuchungen zu Gramscis „schöpferischem Volksgeist", zur philosophischen und philologischen Rekonstruktion der Denkrhythmen Gramscis sowie über den spezifischen Themenkomplex hinausgehende Analysen zum „Amerikanismus und Fordismus".

Das für Gramsci problematische und von seinen Epigonen zuweilen mißverständlich bis mißbräuchlich interpretierte Verhältnis von „National-Popularem" und kommunistischem Internationalismus erklärt Baratta im ersten Teil mit dessen Intention, die Tendenzen einer sich bildenden „Massengesellschaft" jenseits eines europäischen Intellektualismus, den er entweder als chauvinistisch-reaktionär oder durch die russischen Entwicklungen und die Politik der Zweiten Internationale paralysiert erlebte, in ihrer Unmittelbarkeit zu analysieren, mithin nichts weniger als die Universalität der bis damals existierenden Formen historisch-materialistischer Philosophie zu revidieren. Im philosophischen Kampf gegen Benedetto Croces Idealismus auf der einen und Nikolai Bucharins „Gemeinverständlichem Lehrbuch der marxistischen Soziologie" auf der anderen Seite bilde Gramsci seine neue Darstellungsmethode „der Auflösung starr antithetischer Begriffsschemata und der Neuzusammensetzung der antithetischen Begriffe auf einer beweglicheren, relationalen Ebene" (S. 32). Auf dieser Grundlage analysiert Baratta die Ordine-Nuovo-Bewegung – im Problemkomplex von „Spontaneität und bewußter Führung" – ebenso wie Fragen des Intellektualismus oder der Kultur. Ergebnis ist eine – zuvorderst gegen Togliatti gewandte – Entideologisierung der Gramsciinterpretation,

welche die Spannung zwischen dem Universellen und dem Partikularen als konstitutiv für Gramscis Philosophie herauskristallisiert und auf deren Grundlage sich die im zweiten Teil spezifizierte Methode begreifen läßt.

Barattas (Re-)Konstruktion der philosophischen Modernität der „Gefängnishefte", deren umstandsbedingter „Monolog [...] die wirkungsvolle ‚Transkription' oder ‚Übersetzung' eines fortwährenden virtuellen, zeitverschobenen Dialogs, der Erinnerungen und Imaginationen, Antizipationen und Vorschläge umschließt" (S. 209), transzendiert alle näher beleuchteten Inhalte – beispielsweise Gramscis historizistische Anthropologie, die er im Logos von „Philosophie – Politik – Ökonomie" gegenüber Martin Heidegger kontrastiert und deren Parallele zur „Transindividualität" Balibars den weiten Bogen zur Auseinandersetzung mit der modernen Gramscirezeption anhand von Stuart Hall, Étienne Balibar und Edward W. Said im dritten Teil vorankündigt. Indem Baratta aus dem fragmentarischen und unabgeschlossenen Charakter solcher und anderer „Kontrapunkte" (Said) in den Heften ein Netz philologischer und theoretischer Bezüge herstellt, zeigt er, daß Gramscis Philosophie eine Dialektik zugrunde liegt, die „sich [...] konstitutiv der Möglichkeit zur Synthese [beraubt]" (S. 14). Es gelte, „sich darüber klar zu werden, dass hier jeder schriftlich formulierte Gedanke, gleich in welchem Gewand, vor allen Dingen als Stimulus wirkt, die Aufforderung zu einem wenn auch zeitverschobenen Dialog impliziert" (S. 83). Baratta betont nachdrücklich, daß diese eigene Form der Dialektik mit Gramscis visionärer Herausbildung des „Kollektivdenkers" korreliert, der insbesondere im *praktisch*-politischen Dialog den erzwungenen „Solipsismus" des Inhaftierten überwinden soll.

Im dritten Teil zeichnet Baratta das Motiv Nationalismus – Internationalismus erneut nach. Er sieht Nationalismus und Internationalismus in der hegemonialen Rolle Amerikas zusammenfallen, die Gramsci zur genaueren Bestimmung von Kultur, Produktion und Technologie veranlaßt und deren Analysen immer „ausgehend von Gramscis Marxismus, das heißt der ‚Philosophie der Praxis', formuliert werden müssen" (S. 152). Vor dem Hintergrund der Rezeptionsgeschichte entkleidet Baratta die Passagen über Taylorismus und Automation ihres mißverständlich-affirmativen Charakters und bezeugt Gramscis Erkenntnis, „dass der alte ‚Humanismus' unwiderruflich an sein Ende gelangt ist und ein eng an die technische und wissenschaftliche Rationalität gebundener ‚neuer Humanismus' konzipiert werden muss" (S. 155). Gramscis Plädoyer für eine kommunistische Perspektive, die sich nicht scheut, der sich wandelnden Realität mit *analytischer* Modernität und notfalls in neuem kategorialen Gewand zu begegnen, wird nach der sorgfältig abwägenden Interpretation und Rekonstruktion von Gramscis Denken in den ersten zwei Teilen auf ihre Fertilität und Adaptionsfähigkeit in Postfordismus und Postmoderne überprüft. „Die Hegemonie entspringt der Fabrik" – am Beispiel der Europäischen Union begreift Baratta die kulturelle, pädagogische und intellektuelle Mechanisierung und Selektion mit Gramscis Analysen zum „Amerikanismus und Fordismus" als reaktionäre, „passive Revolution" gegenüber den objektiven Möglichkeiten breiter kultureller Bildung unter den Bedingungen einer gesellschaftlichen Neuorganisation von Arbeit und Nichtarbeit.

Barattas antidogmatische Lesart richtet sich im allgemeinen gegen eine vorschnell vereinnahmende Gramscirezeption und gegen den „Togliattismus" im speziellen. Die Detailfülle, Originalität und sorgfältige „Anwendung Gramscis auf Gramsci" unterbewertet damit jedoch jene Kapitel der Hefte, die der Kommunistischen Partei Italiens ihre Interpretation nahelegten. Auch der Versuch, mehr *mit* Gramsci als über ihn zu denken, stellt sich dem Rezensenten als problematisch dar: der „Leitfaden, den die Leser unmittelbar erkennen werden" (S. 17), verliert sich allzuleicht in ständig wechselnden und streckenweise redundanten inhaltlichen Leuchtfeuern. Giorgio Barattas Studien setzen die Kenntnis der philosophischen, historischen und philologischen Ambiguitäten rund um Antonio Gramsci voraus und machen sie damit für Einsteiger eher ungeeignet. Nichtsdestoweniger erzeugt Baratta vermittels der breitgefächerten Themenwahl, der erhellenden Revision der aktuellen Rezeption und der minutiös-vorsichtigen Erschließung der Gefängnishefte einen fruchtbaren Dualismus einer auf das Gesamtwerk gerichteten philosophisch-methodischen Synthese und dem Mut, sich Gramscis Analyse auch in ihrer Singularität zu bedienen.

Jan-Frido Wenten

HACHTMANN, Rüdiger: **Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Revolution von 1848** (= Historische Einführungen, Bd. 9). – Tübingen: Edition diskord 2002. 254 S.

Der Autor, der sich durch sein Werk „Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution" und zahlreiche weitere Studien über 1848 einen Namen als ebenso produktiver wie anregender Revolutionsforscher machte, hat mit seiner „Einführung in die Revolution von 1848" ein Handbuch vorgelegt, das in der Reihe der Überblicks- und Einführungspublikationen zu 1848 (Langewiesche, Siemann, Wollstein, Frank Lorenz Müller) einen besonderen Platz einnimmt. Zunächst einmal ist es die erste Einführung, die über die Forschungen der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hinaus auch die gesamte Jubiläumsliteratur von 1998/99, die der Autor in den Bänden 39 und 40 (1999 und 2000) des „Archivs für Sozialgeschichte" rezensierte, verarbeitet hat. Dann aber hebt es sich durch zweierlei deutlich heraus.

Erstens macht Hachtmann Ernst damit, die lange Zeit dominierenden nationalen Verengungen des Revolutionsbildes aufzubrechen, indem er – ganz im Trend der gegenwärtigen Forschung und historischen Diskussion – die Vorgänge des Jahres 1848/49 durchweg als „europäische Revolution *im Singular*" (S. 18) betrachtet, dies im einzelnen begründet und dann entsprechend abhandelt. Zwar nehmen die Ereignisse im deutschsprachigen Raum des Deutschen Bundes verständlicherweise einen vorderen Platz ein, doch werden nicht nur „Verlauf und Zentralereignisse" gesamteuropäisch vorgestellt, wobei ein solches Zentralereignis für das Verständnis der europäischen Revolution wie die Pariser Juniinsurrektion zu Recht eine ausführliche Würdigung erfährt. Die europäische Dimension der Revolution kommt auch in den folgenden, spezifischen Themen der Revolutionsgeschichte gewidmeten Kapiteln durchweg zur Geltung.

Zweitens zeichnet sich diese Einführung dadurch aus, daß nicht nur der Gang der europäischen Revolutionsbewegungen verfolgt wird, sondern zugleich – und zwar auf den folgenden zwei Dritteln des Buches – die in den letzten Jahrzehnten durch Forschung und Diskurs ins Zentrum gerückten Grundprobleme der Revolutionsgeschichte systematisch und recht umfassend vorgestellt und kontrovers erörtert werden: die verschiedenen Handlungsebenen, die „Bühnen und Akteure", „Barrikade und Straße" ebenso wie die „institutionalisierte Revolution" in den Parlamenten, die politischen Parteirichtungen wie die Konfessionen, die Akteure vom Adel bis zu den Agrar- und Arbeiterbewegungen, von der Bürgerwehr bis zu Polizei und Armee; das Gewicht des Nationalen und des Nationalismus in der Revolution; Juden- und Frauenemanzipation mit ihren jeweiligen Fortschritten und Grenzen; die traditionellen und modernen Kommunikationsstrukturen; die Gewinne, die die Revolution für die Gesellschaft brachte, wie die Verluste, die durch ihr Scheitern entstanden; schließlich auch die 1848er Mythenkonstruktion und Traditionsbildung.

Besonders gelungen erscheinen die Erörterungen zum Thema „Die Anfänge der Parteien in der Revolution" wie die Behandlung der 1848er Arbeiterbewegung als einer erstmals deutlich hervortretenden eigenständigen politischen Strömung, wobei freilich auffällt, daß die Prozesse in der Arbeiterbewegung des Jahres 1849, namentlich die letztlich gescheiterten Bemühungen um eine direkte politische Parteibildung der Arbeiter wie der Anteil der Kräfte um Marx und Engels, daran ausgespart bleiben. Gleichermaßen umfassend werden in Polemik mit den herkömmlichen Vorstellungen von einer angeblich konservativen Rolle der Landbevölkerung die revolutionären Agrarbewegungen und die sozialen Differenzierungen auf dem Dorfe analysiert. Besonders verdienstvoll ist die ausführliche Behandlung des Platzes der Revolution in der Geschichte der Judenemanzipation und -feindschaft sowie der Fortschritte und Grenzen der Frauenbewegungen im Revolutionsjahr. In diesen beiden Abschnitten weitet sich die ansonsten strikte Analyse bisweilen bis zur erzählenden Darstellung, was nur von Vorteil ist. Erwähnt sei eine bemerkenswerte Einzelheit: die These von den drei Generationen der Revolutionsteilnehmer (der Napoleon-, der Metternich- und der Dissidentengeneration), wobei freilich auch der Aspekt der damaligen Lebenserwartung mit berücksichtigt werden sollte.

Die historische Standortbestimmung der 1848er Revolution im Kapitel „Gewinner und Verlierer" (was wohl treffender unter dem Titel „Gewinne und Verluste" zu fassen wäre) setzt insofern einen neuen Akzent, als Hachtmann einerseits die im historiographischen Diskurs der letzten zwei bis drei Jahrzehnte sich immer deutlicher abzeichnende Aufwertung der Revolution, verpflichtet dem derzeitig gängigen modernisierungstheoretischen Gesellschaftskonzept, bis zu der These hinführt: „In den meisten europäischen Staaten – und auch im deutschen Raum – öffnete erst die

Revolution von 1848/49 das Tor zur Moderne" (S. 171); durch die Revolution wurde der Weg „zur bürgerlich-kapitalistischen Moderne" geebnet (S. 186); das Jahr 1848 war also, wie der Titel aussagt, die „Epochenschwelle zur Moderne", markierte den „Übergang von der frühen zur entfalteten Bürger- und Zivilgesellschaft" (S. 16). Damit werden die gesellschaftsgestaltenden Wirkungen auch einer gescheiterten Revolution, die von Langewiesche so benannten „Grenzen des Scheiterns der Revolution" zur Geltung gebracht, ein Aspekt, den sicher zwar die Forschung „bisher kaum zur Kenntnis genommen" haben mag (S. 17), der aber in den Debatten um 1848 schon seit geraumer Zeit eine nicht unwesentliche Rolle spielte. Andererseits aber deckt der Autor ebenso nachdrücklich auch die negativen Folgen der Niederlage der Revolution für die gesellschaftspolitischen Entwicklungen in Europa und namentlich in Deutschland auf, insbesondere die negativen Wirkungen auf die Mentalitätsentwicklungen in der deutschen Gesellschaft. Sicher wird der hier in acht Punkten resümierte Problemkomplex der Gründe für das Scheitern der Revolution (S. 174 ff.) zumal in ihrer jeweiligen Gewichtung wie andere von ihm erörterte Fragen weiter in der Diskussion bleiben.

Nur holzschnittartig knapp wird hingegen den stets von jeweiligen aktuell-politischen Bedürfnissen bestimmten Revolutionsmythen und -traditionen in den revolutionierten Ländern Europas und insbesondere in Deutschland nachgegangen und die hier vielleicht deutlicher als anderswo hervorgetretene „Dopplung der Revolutionshistoriographie" betont. Daß dabei die DDR-Historiographie auch infolge verkürzter Zitierung – zumindest was ihre Arbeiten seit den ausgehenden 1960er Jahren betrifft – zu negativ pauschalisiert erscheint (S. 199), korrigiert sich faktisch durch deren im Text wie in der Bibliographie durchweg gewürdigten Leistungen.

Ein recht umfangreicher Tabellenanhang mit Angaben zur Sozialstruktur der Barrikadenkämpfer in Paris, Wien und Berlin, über die Trägerschichten der Reichsverfassungskampagne, die soziale Zusammensetzung der Abgeordneten in den Revolutionsparlamenten, von Bürgerwehren, Nationalgarde und Akademischer Legion wie von Vereinen unterschiedlicher politischer Couleur sowie eine thematisch gegliederte dreißigseitige Bibliographie mit 638 Titeln erhöhen den Wert dieser Publikation, die historisch Interessierten wie Studierenden einen ausgezeichneten Einblick in die Probleme des Revolutionsjahrs verschafft und zugleich der weiteren Forschung Impulse verleiht.

Walter Schmidt

BÜHLER, Andreas Heinrich: **Der Namaaufstand gegen die deutsche Kolonialherrschaft in Namibia von 1904–1913** (= Wissenschaftliche Reihe der Informationsstelle südliches Afrika, Bd. 27). – Frankfurt a. M. und London: Verlag für Interkulturelle Kommunikation 2003. 435 S.

Die Dissertation von Andreas Heinrich Bühler „Der Namaaufstand gegen die deutsche Kolonialherrschaft in Namibia 1904–1913" schildert detailliert – und vorwiegend auf schwer zugänglichen Quellen beruhend – den bisher wissenschaftlich vernachlässigten Aufstand, der für das Deutsche Reich dramatischer als die vorangegangenen Erhebungen war, in seiner gesamten Komplexität. Bühler zeichnet nicht nur die von Deutschland begangenen Kriegs- und Kolonialverbrechen nach, er analysiert ebenso die Auswirkungen und Folgen für die Aufständischen wie für das koloniale „Mutter"land. Zudem diskutiert er fortwährende Kontroversen, wie jene um den Genozid an den Herero.

Bühler beginnt mit einer Einführung in die Geschichte Namibias bis zu dessen Kolonisierung, unter besonderer Berücksichtigung des Witbooi-„Stammes" der Nama, der in dem im Oktober 1904 beginnenden Aufstand die wichtigste Rolle spielte. Dessen „Häuptling", Hendrik Witbooi, hatte sich zunächst bis zu einem Friedensschluß 1894 stark gegen die Besiedelung durch die Deutschen gewehrt. Nach der verhältnismäßig raschen Niederschlagung des Bondelzwart- und des Hereroaufstands, die zu einer fast vollständigen Ausrottung der Herero geführt hatte, wagten die Nama ihrerseits den Angriff gegen die Kolonialherren, zumal diese durch die vorangegangenen Kämpfe geschwächt waren. So dauerte es dann auch ganze fünf Jahre, bis die Deutschen unter Führung des Oberbefehlshabers von Trotha die kleine Anzahl eher schlecht bewaffneter Männer bezwungen hatten. „Unter ungeheurem Einsatz an Mannschaften und Material hatte eine europäische Macht, die sich selbst als Großmacht verstand, ein halbes Dezennium gebraucht, um ca. 2000 Aufständische zu besiegen, die ihr waffentechnisch auch noch weit unterlegen waren. Der Eindruck, den die ‚glanzvollen' militärischen Leistungen im Reich und im Ausland boten, hätte jämmerlicher nicht sein können" (S. 329).

Ungefähr 14000 Nama überlebten den Aufstand, der bis 1909 dauerte, dessen Ende jedoch auf die Rückkehr der „Kriegsgefangenen" im Jahre 1913 datiert wird. Etwa 30 Prozent der Namabevölkerung kamen ums Leben. Die große Anzahl an Toten (etwa 10 Prozent der deutschen Soldaten fielen) und der hohe Kostenaufwand (insgesamt wurde für die Bekämpfung der Aufstände der exorbitante Betrag von 585 Millionen Reichsmark ausgegeben) hatte für das Deutsche Reich erhebliche Folgen. So führte das Debakel des Namaaufstands zu einer Auflösung des Reichstags im Jahre 1906 und die Vernichtungspolitik von Trothas zu einem gravierenden wirtschaftlichen Rückschlag für das Kaiserreich. Die kompensatorische und disziplinierende Enteignung und Beschlagnahme der Ländereien der Besiegten zwangen diese, für die Deutschen unter miserablen, sklavenähnlichen Bedingungen zu arbeiten. „Somit war die Niederschlagung der Aufstände für die Kolonialherren erst der Beginn der eigentlichen Kolonisation Namibias" (S. 11).

Das sehr sorgfältig und gründlich recherchierte Buch thematisiert viele Aspekte des deutschen Kolonialsystems im allgemeinen sowie des Namaaufstands im speziellen. Der Autor geht zudem auf vergangene und aktuelle Debatten ein und revidiert damit auch das teilweise immer noch vom Kolonialismus geprägte Geschichtsbewußtsein der Deutschen. Leider wird die Lektüre dadurch getrübt, daß das Buch nur mangelhaft lektoriert wurde, auch ermüdet die Überfülle von Zitaten. Nichtsdestoweniger, und das gilt es zu unterstreichen, leistet Bühler einen wichtigen – und in dieser Form bisher einzigartigen – Beitrag zur Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte.

Elisa Zenck

NIEDRIG, Heinz: **Die Arbeiterwohlfahrt in der Zeit von 1933 bis 1945. Spurensuche. Aufbau, Verfolgung, Verbot, Widerstand, Emigration.** Mit einem Geleitwort von Elfriede Eilers. – Marburg: Schüren Verlag 2003. 218 S.

Das von Heinz Niedrig zusammengestellte „Gedenk- und Erinnerungsbuch" besteht wesentlich aus den Kurzbiographien von 33 Männern und Frauen, die in der Geschichte der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in der Zeit des Nationalsozialismus eine wichtige Rolle gespielt hatten. Zu den Porträtierten gehören die Gründungsvorsitzende Marie Juchacz, Heinrich Albertz (dienstältester Vorsitzender), Hans Caspari (Gründungsmitglied), Ella Ehlers (Erzieherin und Landesvorsitzende), Walter Friedländer („Impulsgeber"), Robert Görlinger (erster Nachkriegsvorsitzender), Hanna Grunwald-Eisfelder (Berufserziehungsheimleiterin), Gertrud Hanna (Referentin), Fritz Heine (Revisor), Dorothea Hirschfeld (Mitbegründerin), Clemens Högg (Bezirksverbandsvorsitzender), Johanna Kirchner (AWO Frankfurt am Main), Franz Künstler (Bezirksvorsitzender), Lotte Lemke (Vorsitzende), Hans Maier (Sozialpolitiker), Julius Moses (Beiratsmitglied), Alfred Nau (Schatzmeister), Anna Nemitz (Beiratsmitglied), Franz Neumann (Landesvorsitzender), Antonie Pfülf (AWO-Schuldozentin), Elfriede Ryneck (zweite Vorsitzende), Hildegard Schimschok (Krankenschwester), Willi Schirrmacher (AWO Köln), Louise Schröder (Landesvorsitzende), Helene Simon (AWO-Theoretikerin), Anna Stiegler (AWO Bremen), Johanna Tesch (AWO Frankfurt am Main), Hedwig Wachenheim („Ideengeberin"), Hans Weinberger (AWO Bayern), Ida Wolff (Landesvorsitzende), Jeanette Wolff (AWO Bocholt) und Alice Salomon, die „keine AWO-Frau bzw. Sozialdemokratin, aber fachlich-politisch der AWO verbunden" (S. 126) war, sowie Siddy Wronsky, die „zeitweilig [...] in der AWO [...] politisch aktiv" (S. 135) war.

Mit der Darstellung dieser Personen hat der Autor versucht, „anhand von Beispielen damalige Situationen, Befindlichkeiten und Schicksale unter Verwendung historischen Materials skizzenhaft zu veranschaulichen" (S. 11). Die Geehrten waren relativ häufig Funktionäre bzw. Funktionärinnen der AWO, wobei die Zuordnungskriterien nicht immer deutlich sind. Es wird nicht nur an Menschen erinnert, die in der NS-Zeit ermordet wurden (Högg, Kirchner, Künstler, Moses, Tesch) oder Suizid begingen (Hanna, Maier, Pfülf), sondern vor allem an Überlebende der NS-Zeit, welche die AWO nach 1945 wieder aufgebaut haben.

Zum besseren Verständnis der Lebensläufe hat Niedrig in vier davor plazierten Kapiteln zunächst die Entstehung und den Aufbau der AWO von 1919 bis 1932, das „Schicksalsjahr 1933", Verfolgung und Widerstand sowie die Emigration – AWO Paris, London, New York und Schweden – dargestellt. Die Zusammenstellung erfolgte unter Zuhilfenahme von AWO-geschichtlichen Publikationen von Verbandsgliederungen.

Das Buch will kein umfangreiches wissenschaftliches Werk sein und verzichtet auf genaue Quellenangaben. Hilfreich sind die im Anhang

genannten Literaturangaben, die wesentlich aus einer Bibliographie geschichtlicher Publikationen von Verbandsgliederungen besteht. Außerdem werden 57 historische Dokumente und Materialien faksimiliert wiedergegeben, darunter Abbildungen und Plakate, die den genannten Themen zugeordnet wurden.

Kurt Schilde

SCHMUHL, Hans-Walter: **Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsverwaltung in Deutschland 1871–2002. Zwischen Fürsorge, Hoheit und Markt** (= Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bd. 270). – Nürnberg: Zentralamt der Bundesanstalt für Arbeit 2003. XX, 776 S.

Aufgrund des gewaltigen Umfanges der untersuchten Materie konnte die vorliegende Publikation nicht – wie geplant – zum Doppeljubiläum der Bundesanstalt (seit 2004: Bundesagentur) für Arbeit erscheinen, das am 23. April 2002 begangen wurde. Bundeskanzler Gerhard Schröder würdigte in seiner Festrede die Gründung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung 1927 und der Bundesanstalt 1952. Der in den Medien breitgewalzte Skandal um gefälschte Vermittlungszahlen überschattete die Feierlichkeiten und stürzte die Bundesanstalt in die größte Krise, die sie bis dahin erlebt hatte und mit deren Folgen sie noch heute zu kämpfen hat.

Die ebenso struktur- wie organisationsgeschichtlich orientierte Studie wurde von der Bundesanstalt für Arbeit und der Thyssen-Stiftung gefördert. Schmuhl untersucht detailliert die durch Industrialisierung, Bevölkerungswachstum, Massenarbeitslosigkeit, Weltkriege, Wirtschaftskrisen sowie Internationalisierung bewirkten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Dabei kristallisierten sich in der wechselhaften Historie der Arbeitsverwaltung mehrere Fixpunkte heraus, auf welche die Entwicklung unaufhaltsam zuzusteuern scheint: erstens das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitsvermittlung (AVAVG) und die damit verbundene Gründung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im Jahre 1927, zweitens die Errichtung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung im Jahre 1952 und drittens der Aufbau der Arbeitsverwaltung in den neuen Bundesländern seit März 1990.

Zunächst stellt Schmuhl mit der Bevölkerungsexplosion, der Urbanisierung und Massenmigration, der Industrialisierung, der Klassenbildung und der allmählichen Entstehung des Sozialstaats die demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungslinien heraus, die den Aufbruch des deutschen Kaiserreichs in die Moderne maßgeblich bestimmten. Ein ganz neuer Arbeitsmarkt entstand, der durch einen rasanten Anstieg des Arbeitskräftepotentials in Verbindung mit einer permanent wachsenden Nachfrage der Industrie, konjunkturellen und saisonalen Schwankungen sowie einer zunehmenden Komplexität geprägt war. Die Verschiebungen in der Beschäftigtenstruktur weg vom primären Sektor der Landwirtschaft hin zum sekundären Sektor der Industrie, aber auch zum tertiären Sektor der Dienstleistung waren gewaltig. Vor diesem Hintergrund änderte sich auch allmählich die Einstellung zur Arbeitslosigkeit, die in der „Gründerkrise" erstmals zu einem Massenphänomen werden und sich zu einem bedrohlichen Begleitphänomen im weiteren Industrialisierungsprozeß des wilhelminischen Deutschlands entwickeln sollte. Damit eine eigenständige Arbeitsmarktpolitik entstehen konnte, mußten sich erst einmal neuartige Vorstellungen durchsetzen, die Arbeitslosenfürsorge, Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung aus der traditionellen Anbindung an die Armenpflege herauslösen wollten. Arbeitslosigkeit, so lautete die neue Erkenntnis, sei nicht mehr als individuelle Schuld, sondern als soziales Risiko zu betrachten.

Ausführlich schildert der Autor die Anfänge und Weiterentwicklung der Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung, der Lehrstellenvermittlung und Berufsberatung sowie der Erwerbslosenfürsorge und Arbeitslosenunterstützung. Hierbei wird deutlich, daß das Arbeitsamt neuerer Prägung erst nach dem Zusammenfließen dieser unterschiedlichen Entwicklungslinien und der Bündelung verschiedenster Interessen im Jahre 1927 mit der Gründung der Reichsanstalt entstehen konnte.

In Dresden wurde 1840 der erste deutsche „Arbeitsnachweis" – so nannte man damals ein Stellenvermittlungsbüro, den Vorläufer der späteren Arbeitsämter und heutigen Arbeitsagenturen – ins Leben gerufen. Bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges wuchs eine schier unübersichtliche Vielfalt an kommerziellen und nichtkommerziellen Arbeitsnachweisen heran, wobei vor allem letztere hart miteinander konkurrierten, sich nicht selten gegenseitig behinderten und daher erst ganz

allmählich an Bedeutung gewannen. Zu den nichtkommerziellen Arbeitsnachweisen zählten diejenigen der Gewerkschaften, der Arbeitgeber, der Angestelltenverbände, der Innungen, der gemeinnützigen Vereine und der Kommunen. Ein ebenso bemerkenswertes wie ungewöhnliches Phänomen waren auch die im Verlauf der Tarifvertragsbewegung von Gewerkschaften und Arbeitgebern, die sich bis dahin zumeist bekämpft hatten, gemeinsam seit der Jahrhundertwende begründeten paritätisch verwalteten Facharbeitsnachweise. Zwar gab es im kommunalen Sektor durchaus Bestrebungen, die Arbeitsnachweise zu bündeln – der 1898 gegründete und von Richard Freund geleitete Verband Deutscher Arbeitsnachweise (VDA) leistete diesbezüglich eine ganze Menge –, doch insgesamt litt das Arbeitsnachweiswesen bis zum Kriegsbeginn unter einer heillosen Zersplitterung. Während die kommerzielle Stellenvermittlung trotz ihres reichlich ramponierten Rufs ihre starke Position bis dahin halten konnte, hatte sich bei ihrer öffentlichen Konkurrenz keine Richtung entscheidend durchgesetzt.

Der Erste Weltkrieg erwies sich gewissermaßen als Schrittmacher der Sozialpolitik, was insbesondere der Arbeitsnachweisfrage zugute kam. Zum entscheidenden Durchbruch kam es jedoch nicht, obwohl Gewerkschaften und VDA vehement auf eine Reform drängten, das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst vom 5. Dezember 1916 die Arbeitsvermittlung in das Zentrum der militärischen Planungen rückte und sich Arbeitgeber und Gewerkschaften bei Kriegsende gemeinsam für paritätisch verwaltete Arbeitsnachweise aussprachen. Selbst die Gründung des Reichsamts für Arbeitsvermittlung am 1. Januar 1920, das die Oberaufsicht über die Arbeitsnachweise führen und den Arbeitsmarkt beobachten sollte, sowie das am 22. Juli 1922 verabschiedete Arbeitsnachweisgesetz (ANG) blieben hinter den sozialpolitischen Erfordernissen zurück. Letzteres wies zwar durchaus in die richtige Richtung, indem es den dreistufigen Auf- und Ausbau der öffentlichen Arbeitsnachweise in kommunale Arbeitsämter, Landesämter und die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung gesetzlich festschrieb, hatte aber einen entscheidenden Nachteil: Zwar wurde die Geschäftsführung der Arbeitsämter einem paritätisch mit Arbeitgeber-, Arbeitnehmer- und Kommunalvertretern besetzten Verwaltungsausschuß übertragen, doch die Verwaltung lag eindeutig in der Hand der Kommunalbehörden, was diesen ein bedeutendes Übergewicht verschaffte. Erst das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) von 1927 beendete diesen Zustand und setzte das Selbstverwaltungsprinzip weitgehend durch.

Überzeugend weist Schmuhl nach, daß mit dem AVAVG eine längerfristige Entwicklung zum Abschluß kam: neben der Arbeitsvermittlung wurden auch die anderen Bausteine der Arbeitsmarktpolitik – Arbeitsbeschaffung und Arbeitsförderung, Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung sowie vor allem die Arbeitslosenunterstützung – unter dem Dach der Reichsanstalt integriert.

Es gehört zur großen Tragik der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, daß sie in den wenigen Jahren von ihrer Gründung bis zur „Gleichschaltung" durch die Nationalsozialisten keine gesicherten Strukturen aufbauen konnte – die zunehmende Finanzkrise des Reiches und der unaufhaltsame Sog des wirtschaftlichen Niederganges verhinderten dies. Die Zahl der Arbeitslosen, die zu Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 noch bei 1,6 Millionen gelegen hatte, stieg 1930 über die Drei-Millionen-Grenze und kletterte im Januar 1932 auf bis dahin unvorstellbare sechs Millionen. Soeben erst ins Leben gerufen, stand die junge Reichsanstalt schon bald vor schier unlösbaren Problemen. Die Arbeitslosenversicherung stürzte in eine tiefe Krise, von der sie sich bis zur Machtübernahme Hitlers nicht mehr erholen sollte. Als völlig untauglich erwiesen sich die Maßnahmen der Präsidialkabinette, dem Finanzierungsproblem der Arbeitslosenversicherung mit Beitragserhöhungen einerseits und Leistungskürzungen andererseits beizukommen.

Akribisch zeichnet Schmuhl den Weg der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bis zur Zerschlagung ihrer Selbstverwaltung durch die Notverordnung vom 18. März 1933 nach, ebenso präzise wie kritisch analysiert der Autor auch die Rolle der Arbeitsverwaltung in der nationalsozialistischen Zeit. Mit dem am 21. Mai 1935 verabschiedeten Gesetz über den Deutschen Volksdienst wurden den Arbeitsämtern die Aufgaben einer zentralen Arbeitskräfterekrutierung zur Sicherung der künftigen Kriegswirtschaft übertragen. Sie leisteten damit einen bedeutenden Beitrag zur Militarisierung des Arbeitsmarktes im Vorfeld des Krieges.

Bei der Mobilisierung der „verborgenen Arbeitskraftreserven" (S. 252), das legt Schmuhl sehr genau dar, wird die Verstrickung der Arbeitsverwaltung in die nationalsozialistische Ideologie und Politik besonders deutlich. Die Reichsanstalt lenkte den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte, verschärfte ab 1937/38 ihren Kurs gegen

die sogenannten Arbeitsscheuen bis hin zur Abschiebung der „Asozialen" in die Konzentrationslager, ging vehement gegen die jüdischen Arbeitsnachweise vor und verschärfte nach dem Erlaß der Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935, vor allem aber nach dem Novemberpogrom 1938 die Gangart gegen arbeitslose Juden. Im Zweiten Weltkrieg avancierte die Arbeitsverwaltung gar zu einem wichtigen Erfüllungsgehilfen bei der Organisation des Arbeitseinsatzes von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern sowie der gegen Juden, Sinti und Roma gerichteten Vernichtungspolitik.

Wenn auch bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland politischer Konsens über die Notwendigkeit eines Neuaufbaus der früheren Reichsanstalt herrschte, so prallten die unterschiedlichen Vorstellungen über die künftigen Selbstverwaltungsstrukturen um so heftiger aufeinander. Die Frontlinien verliefen dabei weitgehend so wie in den 1920er Jahren: hier die Tarifpartner Arbeitgeber und Gewerkschaften, die Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Arbeitslosenversicherung in alleiniger Regie gestalten wollten, dort die öffentliche Hand mit Bund, Ländern und Gemeinden, die dabei ein gewichtiges Wörtchen mitzureden suchte. Letztlich setzte sich das Bewährte durch, die 1952 neugegründete Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übernahm von ihrem Vorgänger, der Reichsanstalt, die Dreigleisigkeit in der Selbstverwaltung, d. h., die Drittelparität von Vertretern der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und der öffentlichen Körperschaften blieb in allen Selbstverwaltungsorganen gewahrt.

Vergleichsweise knapp fällt der Exkurs des Autors über die Arbeitsverwaltung in der DDR aus, die ihren Bürgern im Gegensatz zur Bundesrepublik Arbeitsplatzsicherheit bis hin zur Arbeitsplatzgarantie gewährte. Dies sollte durch Wirtschafts-, Arbeitskräfte- und Berufsnachwuchslenkung erreicht werden, trug aber letztlich zum Exodus aus dem zweiten deutschen Staates bei.

In der weiteren historischen Entwicklung der Arbeitsverwaltung hebt der Autor drei bedeutende Zäsuren hervor: 1. die Einführung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) und der damit verbundene Übergang von einer reaktiven Arbeitsmarktpolitik, die sich mit der Vermittlung von Arbeitskräften und der Verwaltung von Arbeitslosigkeit begnügte, zu einer aktiven, gestalterischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik; letztere wurde nicht mehr allein als Sozial-, sondern zunehmend auch als Wirtschaftspolitik betrachtet; 2. der Zusammenbruch der Mauer und die anschließende Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, die den Aufbau der Arbeitsverwaltung in den neuen Bundesländern nach westdeutschem Vorbild zur Folge hatten; 3. ein erneuter Paradigmenwechsel in der Arbeitsmarktpolitik durch das Sozialgesetzbuch III (SGB III), das seit dem 1. Januar 1998 an die Stelle des AFG getreten ist. Das Ausmaß der staatlichen Intervention in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik wird zugunsten des freien Spiels der Marktkräfte bewußt eingeschränkt. Der Staat übernimmt lediglich eine aktivierende statt eine aktive Rolle und überträgt die Verantwortung für Beschäftigung den Arbeitgebern, vor allem aber den Arbeitnehmern, die im Falle von Arbeitslosigkeit zur aktiven Beschäftigungssuche verpflichtet sind.

Eine vierte Zäsur, die alles Vorherige in den Schatten stellt und von Schmuhl logischerweise nur noch angedeutet werden kann, ist durch den „Skandal" um geschönte Vermittlungszahlen im Jahre 2002 entstanden. Dieser hat zu einer existentiellen, bis heute andauernden Krise der Bundesanstalt für Arbeit geführt und den bereits zuvor von Herbert Jagoda eingeleiteten Umbau der Behörde zum Dienstleistungsunternehmen drastisch forciert. Die grundlegende Strukturreform der seit 1. Januar 2004 in Bundesagentur für Arbeit umbenannten Institution ist in vollem Gange.

Ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis, das für den historisch interessierten Leser eine wahre Fundgrube darstellt, und ein übersichtlich angeordnetes Personen-, Orts- und Sachregister, eine Zeitleiste mit den wichtigsten Daten aus der Geschichte der Arbeitsverwaltung sowie zahlreiche Fotos und Dokumente ergänzen den Text.

Hilfreich, wenn auch etwas willkürlich ausgewählt, erscheinen die in den Text eingestreuten Kurzbiographien über Richard Freund, Ignatz Jastrow, Fritz Sauckel (nicht im Personenregister erfaßt!), Julius Scheuble, Friedrich Syrup (den ersten Chef der Reichsanstalt) und Oscar Weigert. Warum beispielsweise die Kurzbiographien über Anton Sabel, Joseph Stingl, Heinrich Franke oder Bernhard Jagoda fehlen, ist nicht so recht nachvollziehbar.

Kritisch anzumerken ist außerdem, daß ein einleitendes Kapitel über den Forschungsstand zur Geschichte der Arbeitsverwaltung fehlt, und ferner, daß eine Zusammenfassung am Ende der drei Hauptkapitel – besser noch der elf Kapitel – das Buch lesefreundlicher gestaltet hätte. Am

hervorragenden Gesamteindruck des vorliegenden Werkes ändert dies jedoch nichts.

Reinhard Krämer

DIRKSEN, Hans-Hermann: **„Keine Gnade den Feinden unserer Republik". Die Verfolgung der Zeugen Jehovas in der SBZ/DDR 1945–1990** (= Zeitgeschichtliche Forschungen, Bd. 10). – Berlin: Verlag Duncker & Humblot 2001. 939 S.

Das Buch Dirksens über die Verfolgung der Zeugen Jehovas unter der SED-Diktatur basiert auf der Dissertation des Autors, mit der er 1999 an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität in Greifswald promovierte. Es ist eine sehr umfangreiche Arbeit, in die ausgedehnte Archivrecherchen und Zeitzeugeninterviews eingegangen sind. Vor allem die Fülle des zusammengetragenen Materials ist beeindruckend und positiver Hervorhebung wert.

Dirksen hat seine Darstellung chronologisch angelegt. Nach einer Einführung in die Thematik gibt er einen kurzen Abriß der Geschichte der Religionsgemeinschaft von ihrer Gründung in den Vereinigten Staaten bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, wobei er die Entwicklung in Deutschland in den Mittelpunkt der Betrachtung stellt. Ausdrücklich geht Dirksen auf die nationalsozialistische Verfolgung der Zeugen Jehovas ein, weil er darin Gemeinsamkeiten zur späteren Verfolgung in der SBZ/DDR zu entdecken glaubt.

Die Geschichte der Glaubensgemeinschaft während der SED-Diktatur gliedert sich nach Dirksens Verständnis in drei Phasen. Die erste Phase erstreckte sich vom Kriegsende 1945 bis zum Verbot im Jahre 1950. In dieser Zeit waren die Zeugen Jehovas als „Opfer des Faschismus" akzeptiert und genossen weitgehend Religionsfreiheit. Als der östliche Teil Deutschlands sich jedoch als eigenständiges Staatswesen nach sowjetischem Vorbild zu konstituieren begann, erfolgte in dieser Hinsicht ein radikaler Einstellungswandel innerhalb der SED-Führung. In einem richtungweisenden Politbürobeschluß vom September 1949 wurden sie als „eine besonders raffinierte Propaganda des amerikanischen Monopolkapitals" gebrandmarkt und in Einzelfällen sogar der Spionage verdächtigt (siehe S. 198). Mit dem Verbot vom 31. August 1950 begann schließlich die strafrechtliche Verfolgung der Zeugen Jehovas, die Dirksen in zwei Zeitabschnitte untergliedert. Der erste reicht bis etwa 1966 und ist durch eine besonders rigide Handhabung des politischen Strafrechts gekennzeichnet, die in den weitaus meisten Fällen zu hohen Zuchthausstrafen führte. Dieser verfolgungsgeschichtlich bedeutsame Zeitraum wird in Dirksens Studie sehr umfassend dokumentiert, er nimmt, wenn man vom Anhang des Buches einmal absieht, mehr als die Hälfte der gesamten Arbeit ein. Ab Mitte der sechziger Jahre bis zum Ende der DDR wurde von den DDR-Behörden nunmehr mit Ordnungsstrafen und Verurteilungen wegen Wehrdienstverweigerung gegen Angehörige der Glaubensgemeinschaft vorgegangen. Über den gesamten Verfolgungszeitraum hinweg standen die Zeugen Jehovas fortlaufend im Visier des Staatssicherheitsdienstes, der die Organisation zu infiltrieren, auszuspionieren, zu kontrollieren und zu zersetzen versuchte, was allerdings nie den gewünschten Erfolg brachte.

So verdienstvoll Dirksens Arbeit als Dokumentation auch ist, so weist sie in theoretischer Hinsicht jedoch einige gravierende Mängel auf. Die Gelegenheit, die Verfolgung der Zeugen Jehovas während der NS-Diktatur und in der DDR einer diktaturgeschichtlich vergleichenden Betrachtung zu unterziehen, hat der Autor nicht wahrgenommen. Der Vergleich führt in einer Randbemerkung ein verkümmertes Dasein: „Genau wie in der Zeit des Nationalsozialismus standen sich wieder Ideologien mit Absolutheitsanspruch gegenüber" (S. 88).

Wenig überzeugend wird die Frage nach den Verfolgungsgründen beantwortet. Gemessen am Gesamtumfang des Buches wirkt sie im Anhang auf knapp fünfzehn Seiten recht marginal. Nach Dirksen waren es vornehmlich drei Gründe, die die SED-Führung dazu bewegten, die Glaubensgemeinschaft zu verfolgen: 1. die politische Abstinenz, insbesondere die Stimmenthaltung bei Wahlen, 2. die aus dem unbedingten Glauben an das „Königreich Gottes" resultierende Auffassung, daß kein politisches Gebilde von Dauer sei, und 3. das große Ansehen in der Bevölkerung wegen der unbeugsamen Haltung der Glaubensanhänger unter der NS-Diktatur (siehe dazu S. 855 ff.).

Für Dirksen „lässt sich auch nicht erkennen, inwieweit eine gemutmaßte strukturelle Ähnlichkeit der Ideologien des Kommunismus und der Zeugen Jehovas Ursprungsgrund aller Konflikte gewesen sein könnte" (S. 857), was auch nicht verwunderlich ist, da die Ausführungen des Autors zu den Glaubensinhalten der Religionsgemeinschaft einen deutlichen Mangel an Distanz erkennen lassen, denn gerade in der Anfangszeit des

Kalten Krieges entsprach doch die dualistische Weltsicht der Zeugen Jehovas auf sehr augenfällige Weise dem zugespitzten Freund-Feind-Denken der kommunistischen Kontrahenten. Das Verhalten der Glaubensangehörigen bewertet Dirksen als vornehmlich passiv widerständig im Sinne eines verfassungskonformen Einstehens für die freie Ausübung der Religion. In einer Fußnote bemüht er unter Verweis auf Wolfgang Benz den Vergleich mit der Bekennenden Kirche (S. 863). Hier hätte man sich eine differenziertere Betrachtung gewünscht. Die findet der interessierte Leser bei Gerhard Hacke, der die Zeugen Jehovas im Spektrum widerständigen Verhaltens anzusiedeln versucht und sich dem von Detlef Garbe vorgeschlagenen Begriff der „Fundamentalopposition" anschließt.[1] Aber diese Arbeit hat Dirksen wohl nicht zur Kenntnis genommen, im Literaturverzeichnis sucht man sie jedenfalls vergebens. Einige Einschätzungen Dirksens wirken sehr generalisierend, so beispielsweise die, daß „Jehovas Zeugen in beiden deutschen Diktaturen zu den am stärksten verfolgten Gruppen" gehörten (S. 8). Ein weiterer Makel der Arbeit ist der fehlende Vergleich zur Verfolgungspraxis gegenüber anderen Gegnern der SED-Diktatur, was aber mit Recht von einer Studie zu erwarten gewesen wäre, die exemplarisch zu sein beansprucht.

1 *Gerhard Hacke, Zeugen Jehovas in der DDR. Verfolgung einer religiösen Minderheit, Dresden 2000, S. 107.*

Manfred Warnecke

PROKOP, Siegfried: **Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquete über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumentation.** – Schkeuditz: Schkeuditzer Buchverlag 2003. 348 S.

SCHILLER, Dieter: **Der verweigerte Dialog. Zum Verhältnis von Parteiführung der SED und Schriftstellern in den Krisenjahren 1956/57.** – Berlin: Karl Dietz Verlag 2003. 240 S.

Nach dem Krisenjahr 1953 kam das Krisenjahr 1956. Während das erste die DDR in Frage stellte, leitete das zweite die Auflösung der kommunistischen Weltbewegung ein. In beiden führten Entstalinisierungsprozesse in die Krise, folgten einem Tauwetter rigorose Disziplinierung, konnte das sozialistische Lager nur mit Gewalt, mit dem Einmarsch sowjetischer Panzer in Berlin und Budapest zusammengehalten werden. Wo waren und wo blieben da die Intellektuellen, genauer: jene antifaschistische und sozialistische Intelligenz, die das „andere" und das „bessere" Deutschland zu verkörpern suchte? Noch immer geistert ein Klischee durch die Gazetten, daß im Juni 1953 die Arbeiter von den Intellektuellen allein gelassen worden seien und daß es im Sommer 1956 genau umgekehrt gewesen sei. Die beiden vorliegenden, quellengestützten Untersuchungen räumen endgültig mit dieser Legende auf, die zumindest hinsichtlich des 17. Juni von keinem anderen als Walter Ulbricht in die Welt gesetzt worden war.

Siegfried Prokop analysiert die geistig-materielle Lage und die politische Haltung der DDR-Intelligenz im Krisenjahr 1953. Seine Studie beleuchtet erstmals detailliert und konkret, basierend auf umfangreichen Archivmaterialien, die kritische Situation von großen Teilen der Intelligenz im Vorfeld des 17. Juni 1953 wie danach. Dabei sei kritisch hier in seiner zweifachen Bedeutung verstanden: zum einen befand sich die Intelligenz in der DDR durch die stalinistische und dogmatische Kultur- und Hochschulpolitik wie durch den mit materiellen Einschränkungen verbundenen Kurs der SED auf den „beschleunigten Aufbau des Sozialismus" in einer schwierigen und kritischen Lage. Zum anderen geht es um den Grad der Unzufriedenheit und das Aufbegehren der Intelligenz, um die Artikulierung der Kritik am bisherigen Kurs der SED und die Formulierung von Reformvorschlägen.

Siegfried Prokop konzentriert sich dabei auf die Arbeit des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands. Als Hauptquelle für seine Untersuchungen dient ihm die umfangreiche Enquete über die Situation der Intelligenz, die auf Initiative seines Präsidenten Johannes R. Becher im Februar 1953 in Auftrag gegeben worden war. Bereits im März 1953 lagen die ausführlichen Ergebnisse der Befragung aus allen Bezirken der DDR vor. Sie standen in zwei großen Konferenzen des Kulturbundes im April und Mai 1953 zur Diskussion und sprechen in ihrer Deutlichkeit für sich.

Mit den Materialien der im Anhang dokumentierten Enquete liegt ein detailliertes Bild von den materiellen und geistigen Problemen wie von den Befindlichkeiten und Verhaltensweisen der eine viertel Million zählenden DDR-Intelligenz im Frühjahr 1953 vor. Für keine andere Schicht oder Klasse der DDR-Bevölkerung gibt es etwas Vergleichbares. Die Enquete förderte äußerst brisantes Material ans Tageslicht. Sie prangerte die

mangelnde Einhaltung der Verfassung und die fehlende Rechtssicherheit in der DDR an. Sie brachte zum Ausdruck, daß die Angst verbreitet sei, sich in öffentlichen Diskussionen zu äußern, weil fristlose Entlassungen und Inhaftierungen nicht selten die Folge seien. Infolgedessen traten bei zahlreichen Intellektuellen Angstpsychosen und Verfolgungsgefühle auf. Sie veranlaßten sie ebenso zum Verlassen der DDR wie die Verweigerung des Hochschulstudiums für ihre Kinder. Ganz im Gegensatz zur Losung, nach der der Mensch im Mittelpunkt stehe, war bei den verantwortlichen Partei- und Staatsfunktionären wohl noch ein traditioneller Antiintellektualismus verbreitet. Die Enquete berichtet von einem wuchernden Bürokratismus, von der mangelnden Fach- und Sachkenntnis der subalternen Instanzen und von der Vergrämung und Verärgerung der Intelligenz durch das vormundschaftliche Regime der Funktionäre usw. usf.

Zugleich arbeitet Siegfried Prokop die Debatten im Präsidialrat des Kulturbundes sowie die zahlreichen und umfangreichen kritischen Äußerungen namhafter Vertreter der Intelligenz wie Ernst Bloch, Bertolt Brecht, Theodor Brugsch, Heinrich Deiters, Heinrich Franck, Wolfgang Harich, Stefan Heym, Karl Kleinschmidt, Victor Klemperer, Hanns Schwarz, Anna Seghers, Arnold Zweig u. a. heraus. Er kommentiert die Entstehung und den Inhalt der vierzehn Forderungen, die der Präsidialrat des Kulturbundes nach dem 17. Juni veröffentlichte, worin die Freiheit der Meinung, der künstlerischen Arbeit sowie von Forschung und Lehre gefordert wurden. Freilich zeigt Prokop auch, wie seit dem Spätsommer 1953 die kritischen Forderungen der Intelligenz zurückgedrängt wurden und der „Neue Kurs in alten Schläuchen" wiederum eine Frostperiode einleitete. Alles in allem war die Aktivität der Intelligenz im Krisenjahr 1953 in „Quantität und Qualität beachtlich", schlußfolgert der Autor. „Sie mischten sich mit Analysen, Konferenzen und Änderungsvorschlägen aktiv in die DDR-Gesellschaft ein und forderten die Politik zur Stellungnahme heraus. [...] Was den theoretischen Gehalt und die gesellschaftliche Bedeutung und ihren emanzipatorischen Charakter betrifft, gingen sie über die Forderungen der Arbeiter [...] deutlich hinaus" (S. 147 f.).

Dieter Schiller legt nun eine Darstellung für das Krisenjahr 1956 vor. Als Literaturhistoriker beschränkt er sich auf das Verhältnis von SED-Führung und Schriftstellern. Das ist insofern gerechtfertigt, als die Schriftsteller damals im Zentrum der kulturpolitischen Auseinandersetzungen und Repressionen standen. Auch seine Studie ist ganz aus den Quellen heraus geschrieben, die er im Bundesarchiv (SAPMO) und im Archiv der Akademie der Künste recherchierte und durch Zeitzeugenauskünfte untermauerte. Die chronologische Aufbereitung umfaßt den Zeitraum vom IV. Deutschen Schriftstellerkongreß im Januar 1956 bis zur Kulturkonferenz der SED im Oktober 1957, von einer „Zeit der Debatten" bis zu einer „Zeit der Verurteilungen" (S. 48).

Die Darstellung setzt mit der öffentlichen Kontroverse zwischen Stefan Heym und Walter Ulbricht auf dem IV. Schriftstellerkongreß ein, in der Ulbricht an Stalins Diktum von den „Ingenieuren der menschlichen Seele" festhält. Während die Schriftsteller vorsichtigen Widerspruch gegen offizielle Dogmen und Forderungen anmelden, signalisiert die Parteiführung nach außen hin noch Gesprächsbereitschaft, insbesondere nach dem XX. Parteitag der KPdSU. Intern wird freilich bald von einer Plattform der Schriftsteller gesprochen, die von der Parteilinie abweiche. Auf einer Vorstandssitzung des Schriftstellerverbandes im April 1956 und in einer folgenden Aussprache des Vorstands mit dem Politbüro kommen sowohl die tiefe moralische Krise zum Ausdruck, in die die sozialistische Intelligenz durch Chruschtschows Enthüllungen gestürzt wurde, als auch Widerstand gegen und Verunsicherung durch das Abwürgen der kritischen Diskussion über die Zustände in der DDR. Die Arbeitstagungen des Ministeriums für Kultur vom 31. Mai und 8. Juni 1956 würdigt Dieter Schiller als „Höhepunkt, aber letztlich auch schon ein Abgesang des kurzlebigen und widerspruchvollen ostdeutschen Tauwetters" (S. 37).

Wie sich die Kluft zwischen den kulturpolitischen Grundsätzen der SED und den Intellektuellen zusehends vertieft, zeigt er am Beispiel des Kongresses Junger Künstler Ende Juni 1956. In der Mitte der Studie steht die Aussprache des Politbüros mit Schriftstellern am 4. September 1956, in der die Schriftsteller noch auf einen kritischen Dialog mit der Parteiführung hofften, die Parteioberen aber schon nicht mehr bereit noch imstande waren, auf ihre Gesprächspartner substantiell einzugehen. So nahmen die Intellektuellen die Sache selbst in die Hand: Mitte Oktober 1956 bildete sich im Club der Kulturschaffenden in Berlin ein lockerer Gesprächskreis, der sich Donnerstagskreis nannte und zu einem Forum kritischer Debatten avancierte. Nach der Niederschlagung des Ungarnaufstandes und den Verhaftungen Wolfgang Harichs und Walter Jankas „waren die

Würfel endgültig gefallen, von nun an wurde jede Art von Opposition als Partei- und staatsfeindliche Handlung gewertet und verfolgt" (S. 110). Die nun folgende Delegiertenkonferenz des Schriftstellerverbandes am 5. Dezember 1956, die 32. Tagung des ZK der SED im Juli 1957, der Bußgang Johannes R. Bechers und die Ablösung Paul Wandels sowie die Kulturkonferenz der SED im Oktober 1957 dienten der Disziplinierung der Intelligenz und der Erzwingung ideologischer und kulturpolitischer Konformität. Eine „schulmeisterliche, meist besserwisserisch und abstrafend, zuweilen auch jovial schulterklopfend daherkommende Haltung gegenüber [...] Intellektuellen verschiedenster Couleur war bei den kulturpolitischen Führungskadern zur Regel geworden und sollte es für mehr als ein Jahrzehnt bleiben" (S. 184).

Dieser chronologische Abriß kann nur andeutungsweise die historische Dramatik des Jahres 1956 erfassen, wie sie sich in den Erschütterungen und Erfahrungen, den Widersprüchen und Haltungen der intellektuellen Akteure widerspiegelte. Dieter Schiller schildert eingehend, kenntnisreich und höchst detailliert, daß es den kritischen Intellektuellen dabei um eine Entstalinisierung und Demokratisierung der Kulturpolitik und schließlich der DDR ging, sie aber an der sozialistischen Alternative festhielten. Und er macht dies nicht pauschal, sondern namentlich fest. Ein Dokumentenanhang gibt weiteren Aufschluß über den von den Schriftstellern angestrebten und von der Parteiführung verweigerten Dialog. Im wesentlichen sind alle oben angeführten chronologischen Stationen durch aussagekräftige Dokumente vertreten.

Man muß nicht mit allen Interpretationen, die Siegfried Prokop und Dieter Schiller geben, einverstanden sein. Ihr unbestreitbares Verdienst besteht darin, historisch wichtige Dokumente ausgegraben und unsere Kenntnisse über die kritische Intelligenz der DDR bereichert zu haben.

Gerd Dietrich

Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969. Hrsg. von Gerhard FÜRMETZ, Herbert REINKE und Klaus WEINHAUER (= Forum Zeitgeschichte, Bd. 10). – Hamburg: Ergebnisse Verlag 2001. 358 S.

Polizeigeschichte führt noch immer ein Schattendasein, wenngleich der 1989 von Alf Lüdtke ins Leben gerufene Polizeigeschichtliche Arbeitskreis sich an die Arbeit gemacht hat, eine Wende herbeizuführen. Eine Frucht dieser Anstrengungen ist der hier vorzustellende Sammelband, dessen Autoren (und nur eine Autorin) überwiegend diesem Arbeitskreis angehören.

Sieben der zwölf Beiträge behandeln Aspekte der Polizeientwicklung in den Westzonen bzw. der Bundesrepublik Deutschland; schließlich erinnert Patrick Wagner an die westdeutsche Telefonabhöraffäre der Jahre 1963/64, in deren Zentrum das Bundesamt für Verfassungsschutz stand. Nur drei Aufsätze widmen sich der Polizei in der SBZ/DDR. Auch dies spiegelt wiederum die Forschungslandschaft wider. Zwar ist die Rolle der Volkspolizei bei der verdeckten frühen militärischen Aufrüstung der DDR inzwischen von Militärhistorikern recht gut rekonstruiert worden. Doch ihre Rolle als alltägliche innere Ordnungsmacht hat bisher kaum Interesse gefunden – ganz anders als das Ministerium für Staatssicherheit, zu dem es eine kaum noch zu überblickende Literaturflut gibt.

Einzig Ursula Nienhaus' Studie über die „Weibliche Polizei in Berlin 1945–1952" unterlegt – der speziellen Situation Nachkriegsberlins geschuldet – einen vergleichenden Ansatz insofern, als sie die Rolle von Frauen in der Polizei der Viermächtestadt über die Spaltung der Stadt und ihrer Verwaltung im Jahre 1948 hinaus bis 1952 weiterverfolgt.

Soweit es die Entwicklung in der SBZ/DDR betrifft, skizziert Herbert Reinke den Neuaufbau der Polizei in Leipzig und Dresden 1945–1947 und hebt besonders hervor, daß bereits seit den frühen Anfängen der Volkspolizei auf die Informationsbeschaffung, u. a. durch einen Stamm zuverlässiger Vertrauensleute unter der Bevölkerung, großer Wert gelegt wurde. Richard Bessel geht der Frage nach, welchen Platz Frauen in der Volkspolizei einnahmen. Sein Resümee: Der Polizeidienst blieb im wesentlichen ein „Männerberuf" – ein Ergebnis, das gleichermaßen auch für die Polizei auf beiden Seiten des 1948 geteilten Nachkriegsberlins galt, wie Ursula Nienhaus in ihrem Beitrag zeigt. Thomas Lindenberger versucht, am Beispiel der DDR-Feierabendpolizisten, d. h. der sogenannten Freiwilligen Helfer der Volkspolizei, auszuloten, von welcher Art die „enge Verbindung zwischen Volkspolizei und Bevölkerung" zwischen 1952 und 1965 war.

Soweit es um die Polizei in Westdeutschland geht, ist das Themenspektrum weitaus breiter. Zwei Beiträge – von Stephan Linck und Frank

Liebert – untersuchen die Entnazifizierung bzw. Personalpolitik der Polizei in der britischen Zone mit dem auch aus anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung bekannten Ergebnis: der personellen Renazifizierung der Polizei. Begünstigt wurde diese Entwicklung von britischer Seite insofern, als das aus der britischen Kolonialpolitik für die Besetzung Deutschlands übernommene Prinzip der „indirect rule" vorsah, die alltägliche Herrschaft durch erfahrenes Fachpersonal des besetzten Landes unter Aufsicht und Kontrolle der Besatzungsmacht ausüben zu lassen. An Lincks Beitrag ist besonders sein Nachweis interessant, daß die personelle Renazifizierung der Kriminalpolizei auch zu einer Anknüpfung an bzw. Weiterführung von kriminalpolizeilichen Konzepten aus der NS-Zeit führte.

Weitere Beiträge zeigen die westdeutsche Nachkriegspolizei „in Aktion": Thomas Grotum am Beispiel des Umgangs mit den sogenannten Halbstarkenkrawallen in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, Gerhard Fürmetz am Beispiel der polizeilichen Reaktion auf die beginnende Massenmotorisierung in den fünfziger Jahren. Klaus Weinhauer schließlich analysiert die Wahrnehmung der Studentenproteste in der Bundesrepublik der sechziger Jahre durch die Polizei und die Ursachen polizeilicher Überreaktionen – ein Vorgriff auf seine dann 2003 vorgelegte Habilitationsschrift „Schutzpolizei in der Bundesrepublik. Zwischen Bürgerkrieg und Innerer Sicherheit" (Paderborn 2003).

Im einleitenden Text formulieren die Herausgeber als Ziel des vorliegenden Bandes, „Probleme des institutionellen Wandels, Konflikte um die Personalpolitik und markante Facetten der polizeilichen Arbeit zwischen 1945 und 1969 miteinander zu verknüpfen" (S. 27). Aber wie so häufig bei Tagungs- und sonstigen Sammelbänden: es ist eher die Fadenheftung des Bandes, die die Beiträge miteinander verknüpft, denn ein thematischer oder theoretischer roter Faden. Dieser disparate Charakter des Bandes ist allerdings am wenigsten den Herausgebern vorzuhalten, sondern ein Reflex der Forschungslandschaft. Polizeigeschichte ist in Deutschland noch immer ein viel zu wenig beackertes Feld. Immerhin: die Beiträge dieses Bandes und die Einleitung der Herausgeber vermitteln einen guten Einblick in den Stand der Forschung.

Falco Werkentin

BABEROWSKI, Jörg: **Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus.** – München: Deutsche Verlags-Anstalt 2003. 2. Aufl. 2004. 288 S.

Der an der Humboldt-Universität zu Berlin tätige Osteuropahistoriker Jörg Baberowski, laut Verlagswerbung zählt er „zu den international renommiertesten Wissenschaftlern, die sich mit dem Stalinismus beschäftigen", hat ein Buch vorgelegt, das eine Geschichte des Stalinismus zu sein beansprucht. Für diese sind zwei Grundannahmen von zentraler Bedeutung. Zum einen sind für den Autor die „gewalttätigen Exzesse des Stalinismus und der Kultur, aus der sie sich hervorbrachten [...] keine Geschichte der Sowjetunion, sondern eine Geschichte des Stalinismus". Zum anderen ist der Stalinismus aufs engste mit der Person Stalins verknüpft: „Stalin gab dem Stalinismus nicht nur seinen Namen. Ohne ihn hätte es auch keinen Stalinismus gegeben, so wenig wie das System des Nationalsozialismus ohne Hitler denkbar gewesen wäre. [...] Erst mit dem Tod des Diktators kam die Terrormaschine wirklich zum Stillstand. Deshalb ist Stalins Ende auch das Ende des Stalinismus."[1]

Der Leser wird Zeuge eines in fünf Kapitel unterteilten Parforceerittes durch mehr als vier Jahrzehnte Sowjetgeschichte: beginnend mit der Revolution und dem Bürgerkrieg (Kap. 1), über die zwanziger (Kap. 2 und 3) und dreißiger Jahre (Kap. 4) sich fortsetzend und mit den Jahren des Zweiten Weltkrieges, der Einverleibung Osteuropas in das sowjetische Imperium und dem Tod des Diktators im Jahre 1953 schließend (Kap. 5).

Von Anfang an tritt der Autor dieser Geschichte nicht als ein Argumente abwägender Betrachter eines komplexen historischen Prozesses auf, sondern als moralisierender Kommentator, vergleichbar etwa einem Stéphane Courtois.[2] Es werden reihenweise (Wert-)Urteile zum besten gegeben, denen man sich anschließen kann, oder auch nicht. Es wird zudem generalisiert, statt genauer hinzuschauen: *die* Bol'ševiki, *der* Terror, *die* Arbeiter und Bauern usw. Daß es Differenzen zwischen den und innerhalb der genannten Gruppen gab, daß Terror nicht gleich Terror war, diese Tatsachen werden zwar nicht bestritten, bleiben aber eigentümlich folgenlos. Wir erfahren beispielsweise, daß es „Altbolschewiki" gegeben hat – so wurden in der Regel diejenigen Parteimitglieder genannt, die schon vor der Oktoberrevolution Aktivisten gewesen sind –, und daß diese spätestens infolge des „Lenin-Aufgebotes", einer von Stalin 1924 erfundene Rekrutierungskampagne,

die nach Lenins Tod massenhaft Arbeiter und Bauern der Partei zuführte, an den Rand gedrängt wurden: „Das Stalinsche Patronagesystem und Gefolgschaftswesen gründete sich auf einen Stil, der den bolschewistischen Revolutionären der ersten Stunde, den Debattierern und Kaffeehaussozialisten vom Schlage Trockijs, Radeks und Bucharins, nichts mehr sagte. [...] Mitte der zwanziger Jahre setzten sich diese Aufsteiger auch in der Parteiführung durch. [...] Der ideologische Standort dieser Kommunisten war dabei von untergeordneter Bedeutung." Trotzdem ist durchgängig von *den* Bol'ševiki, *dem* bolschewistischen (Körper-, Gewalt- usw.) Kult die Rede.

Auch hinsichtlich der staatlichen Struktur arbeitet der Autor mit Begriffen, die viele Interpretationen zulassen, also nicht ausreichend definiert werden: „Die Sowjetunion der Stalin-Zeit war ein Personenverbandsstaat, er wurde von einem Despoten und seinen Vasallen regiert." Der Begriff des Personenverbandsstaates, der ohne weitere Erläuterung eingeführt wird und allem Anschein nach für den Verfasser die zentrale Kategorie zur Erklärung des Stalinismus darstellt, stammt aus der Mediävistik. Gemeint ist eine Staatsform, wie wir sie aus dem frühen und dem Hochmittelalter kennen, die auf gegenseitige, persönliche Abhängigkeit basierende Beziehungen zwischen Lehnsherr und Vasall gegründet ist.[3] Meint Baberowski also, daß die stalinistische Sowjetunion durch derlei Beziehungen am besten zu charakterisieren wäre? An anderer Stelle ist dann abweichend von „Patronagesystem und Gefolgschaftswesen" die Rede. Max Weber versteht unter einer Patronagepartei eine „einfache ‚gesinnungslose' Gefolgschaftspartei von Stellenjägern".[4] Wie paßt das zusammen mit der Charakterisierung Stalins und seiner Anhänger als Überzeugungstäter, als Avantgarde, „Träger einer neuen Zivilisation", „ein Orden von Auserwählten", „Werkzug des Fortschritts" in einem Kampf, in dem die „Kräfte des Guten über die Mächte der Finsternis" siegen mußten, als Nichtzyniker der Macht, die also an das glaubten, was sie sagten, obwohl es auch bei Baberowski heißt, daß „der ideologische Standort dieser [gemeint sind politische Aufsteiger] Kommunisten [...] von untergeordneter Bedeutung" sei? Und trotz der „eschatologischen Heilserwartungen", mit denen diese Fackelträger des Lichts in einer Welt der Finsternis dem Guten zum Sieg verhelfen wollten, handelte es sich dem Verfasser zufolge hier nur um ein „bolschewistisches Experiment" – eine Position, mit der er sich die Einschätzung bis heute aktiver Apologeten des „Sozialismus" zu eigen macht! Gehen von ihrer Mission erfüllte Fanatiker, „Überzeugungstäter" experimentell vor, lassen sie sich überzeugen, wenn die Resultate den erhofften Ergebnissen widersprechen, ihren historischen Auftrag zu ändern oder gar zurückzuweisen? Darüber hinaus fragt man sich, wie es eigentlich kommt, daß es in solch einer verschworenen Gemeinschaft gemäßigte und radikale Kommunisten gegeben hat.

Baberowski weist dem Stalinismus aber noch weitere Kategorien zu: es handelt sich sowohl um eine „säkularisierte Religion", könnte aber auch die „Mafia" sein. Um welche genauere Spezies im letzteren Falle es sich handelt, etwa die sizilianische Originalausgabe, ihre modernere amerikanische Variante oder vielleicht um die neapolitanische Camorra, erfährt der Leser leider nicht. An anderer Stelle heißt es: „Arbeiter und Kommunisten fanden so zu einer gemeinsamen Sprache: die einen übten Rache und Vergeltung, lebten ihre Ressentiments aus, die anderen frönten ihren ideologischen Obsessionen. Man könnte auch sagen, daß sich hier bereits das Strukturprinzip des Stalinismus zeigte." Zu lernen ist hier also, daß das Antlitz des Bösen vielgestaltig ist und eines erfahrenen und versierten Inquisitors bedarf, um diese zu erkennen und für das Publikum zu demaskieren. Dabei dürfen auch alltägliche Vorkommnisse nicht außer acht gelassen werden: „Der polnische Offizier Gustav Herling sah 1940 [...], wie ein ordensgeschmückter sowjetischer General mit seinen Stiefeln nach Soldaten trat, die auf dem Gehweg saßen und mit Hämmern das Eis aufschlugen. Diese kleine Episode sagt über das Verhältnis zwischen den Bolschewiki und ihren Untertanen mehr als jede gelehrte Abhandlung, die über den Stalinismus geschrieben worden ist." So einfach ist das also.

Nun wird Baberowskis Text sicher nicht den Einzug in den Olymp der Stalinismushistoriographie schaffen, aber fest steht für ihn dennoch, daß praktisch alle bisherigen Erklärungsversuche „über den historischen Ort des Stalinismus und den Verstehenshorizont der führenden Bolschewiki, über die Bedingungen, unter denen Kommunisten und Untertanen einander wahrnahmen [...] nichts zu sagen" hatten. Die richtige Interpretation liefert natürlich der Autor: „Die führenden Bolschewiki sahen eine Welt, die von Feinden bewohnt wurde. [...] Es waren die Feinde, die sich in die Partei eingeschlichen hatten, die das Volk daran hinderten, auf dem Weg der Selbstreinigung zu sich selbst zu finden. Deshalb konnte auch die Bewußtwerdung des Menschen nicht

ohne Terror ins Werk gesetzt werden." Und noch einen Ratschlag gibt Baberowski allen bislang gescheiterten Stalinismusforschern mit auf den Weg: „Wie Stalin und seine Helfer als Menschen gewesen seien, das sollte für Historiker, die den Ursachen des Terrors auf der Spur sind, nicht länger im Abseits stehen." Warum haben dieses wichtige Detail nur so viele Historiker übersehen und im Abseits stehenlassen? Weil Baberowski dieses Detail – Stalins Persönlichkeit – also intensiv studiert hat, ist ihm auch nicht verborgen geblieben, daß er „eine destruktive Energie und Bösartigkeit" besaß, andererseits er aber auch ohne Arg sein konnte: „Stalin vertraute ihm", hat der Verfasser über die Beziehungen zwischen Stalin, dem er an geeigneter anderer Stelle sehr wohl „krankhaftes Mißtrauen" attestiert, von dem die *scientific community* bislang annahm, er habe nichts und niemandem vertraut, und dem Generalstaatsanwalt Vyšinskij herausgefunden. Da wir es im Falle Baberowskis aber nicht nur mit einem der renommiertesten Stalinismusforscher, sondern mit einem ebenso brillanten Psychoanalytiker zu tun haben, wissen wir nunmehr auch: „Stalin hatte kein schlechtes Gewissen, er bekannte sich zur Gewalt. Er war keineswegs verrückt, litt weder an Depressionen noch an Halluzinationen. Und [doppelt hält besser] ein schlechtes Gewissen plagte ihn auch nicht." Bleibt schließlich folgende grundlegende Erklärung des Stalinismus, die der Autor anzubieten hat: „Der Terror brachte sich nicht aus dem Hirn des Diktators hervor, er kam aus dem Verlangen der Bolschewiki, die Gesellschaft von ihren Feinden zu befreien und Ambivalenz in Eindeutigkeit zu verwandeln." Diese Strategie wird an anderer Stelle auch als „sowjetische Variante der ‚Endlösung'" bezeichnet. Diese Erkenntnis hat aber natürlich eine wesentliche Voraussetzung: die tiefe Einsicht in die Persönlichkeitsstruktur Stalins, die so lange vernachlässigt wurde.

Vermag die grundsätzliche Charakterisierung des Systems nicht zu überzeugen, so ist es um die Beschreibung und Analyse konkreterer Sachverhalte leider auch nicht viel besser bestellt. Es dürfte zwar richtig sein, festzustellen, daß die Phase der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) der zwanziger Jahre nicht als Alternative zum Stalinismus, sondern als dessen „Inkubationszeit" zu verstehen ist. Aber die Wirtschaftspolitik beispielsweise im Jahr 1923 wird – wenig zutreffend – als recht positiv und erfolgreich dargestellt: „1923 waren die Marktbeziehungen zwischen Stadt und Land wiederhergestellt. [...] Das ausgeglichene Verhältnis zwischen den Preisen für Industriewaren und Agrarprodukte geriet jedoch 1923 in ein Mißverständnis [sic!], als die Preise für Industriegüter stiegen und die Bauern darauf mit Kaufabstinenz antworteten." In der Sowjetunion hat es niemals Marktbeziehungen im eigentlichen Sinne des Wortes gegeben und konnten somit auch zu keiner Zeit wiederhergestellt werden. Wären die Beziehungen zwischen Stadt und Land tatsächlich Marktbeziehungen gewesen, so hätten sich aus dem jeweiligen Angebot bzw. der entsprechenden Nachfrage konkrete Preise autonom auf Märkten bilden müssen. Die hohen Preise für Industrieerzeugnisse, die zudem oft gar nicht real oder nur in schlechter Qualität vorhanden waren, und die niedrigen Preise für Agrarprodukte waren politisch motiviert („Preisschere") und keineswegs Ausdruck wiederhergestellter Marktbeziehungen.

Bemerkenswert ist auch die Ambivalenz in der Darstellung Lenins, sowohl was den Charakter als auch was seine Rolle in konkreten politischen Vorgängen betrifft. Einerseits gibt es den finsteren Machtmenschen: „Lenin war ein bösartiger Schreibtischtäter, der menschliche Tragödien, Leid und Elend ignorierte." Andererseits figuriert er als die „letzte Instanz", der höchste Vertreter des bolschewistischen Ordens, als „Super-Lenin", der auch im Autoritätenhimmel Baberowskis eine wichtige Stellung einnimmt, wenn er die Richtigkeit seiner Behauptungen unterstreichen will: „Wenigstens Lenin hatte diesen Zusammenhang [Überwindung von Hunger und Elend zur Sicherung der Macht] begriffen"; „ [...] beugte sich wenigstens Lenin der Einsicht, daß Macht nur gewann, wer Unterstützung für sich mobilisieren konnte."

Zu den vielen inhaltlichen Schwächen, die dieses Buch prägen, kommen zahlreiche formale: Druckfehler, keine konsequente Anwendung der wissenschaftlichen Umschrift, permanente Wiederholungen stereotyper Redewendungen gehören ebenso dazu wie das Fehlen eines Registers und die Unvollständigkeit der Literaturliste. Von der Einbettung des Stalinismusthemas in den größeren Zusammenhang der (nachholenden) Industrialisierung und den internationalen Wettlauf um „einen Platz an der Sonne" kann keine Rede sein – das sind Themen, von denen der Autor, der die Geschichte des Stalinismus im Stile eines Verfassers moralinsaurer Erbauungsliteratur für die Arbeiterklasse des 19. Jahrhunderts präsentiert, ohne auf notwendige Begleiterscheinungen der „zivilisierten Welt" (Kolonialismus, Imperialismus, Kapitalismus) hinzuweisen, um mit seinen

oft wiederholten Worten zu sprechen, „schon nichts mehr wußte".

1 *Diese Einschätzung wird von vielen Wissenschaftlern nicht geteilt. Vgl. dazu z. B. Stefan Plaggenborg, Stalins Erbe. 1953 und die Folgen; in: Utopie und Terror. Josef Stalin und seine Zeit. Hrsg. von Eva Maeder und Christina Lohm, Zürich 2003, S. 193–200. Grundsätzlicher wird die These von Anatoli Pristawkin, Ich flehe um Hinrichtung. Die Begnadigungskommission des russischen Präsidenten, München 2003, bestritten, der die Fortexistenz des „Archipels GULag" bis in die Gegenwart hinein behauptet.*

2 *Vgl. sein Vorwort „Die Verbrechen des Kommunismus"; in: Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, 2. Aufl., München und Zürich 1999, S. 11–49.*

3 *Vgl. dazu Heinrich Mitteis, Der Staat des hohen Mittelalters. Grundlinien einer vergleichenden Verfassungsgeschichte des Lehnzeitalters, Köln und Wien 1974.*

4 *Artikel „Patronagepartei", in: Pipers Wörterbuch zur Politik. Hrsg. von Dieter Nohlen, Bd. 1: Politikwissenschaft. Theorien – Methoden – Begriffe. Hrsg. von Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze, 4. Aufl., München 1992, S. 684; vgl. auch Max Weber, Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland; in: ders., Gesammelte Politische Schriften. Potsdamer Internet Ausgabe: http://www.uni-potsdam.de/u/paed/Flitner/Flitner/Weber/PS.rtf, S. 126–260, hier S. 146.*

Ralf Zwengel

Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnisse, Kriegserfahrung in Deutschland. Hrsg. von Bruno Thoss und Hans-Erich Volkmann. – Paderborn, München, Wien und Zürich: Verlag Ferdinand Schöningh 2002. VIII, 828 S.

Der Rezensent gibt zu, es nicht geschafft zu haben, alle Beiträge des voluminösen und beeindruckenden Bandes zu lesen. Angesichts der überwältigenden Fülle des dargebotenen Materials erübrigt sich eine Kritik en detail. Es ist nicht einmal möglich, dem Leser die 43 Beiträge mit Titel und Autor vorzustellen. Von einer Rezension also keine Spur. Immerhin ist ihm einiges aufgefallen: Dieser Sammelband ist das Ergebnis der 43. Internationalen Tagung für Militärgeschichte des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, die 2001 in Potsdam stattfand. Er besticht schon allein durch seine doppelte Aufgabenstellung: zum einen durch die Vergleichsperspektive Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg und den Vergleichszeitraum 1914 bis 1945 folgende, zum anderen durch die Erweiterung der Militärgeschichte durch sozial- und kulturhistorische Fragestellungen. Angesichts einer sehr ungleichgewichtigen Forschungsdichte und thematisch sehr breit gestreuter Beiträge kann der Band auch als eine Sammlung von Einstiegen, als ein sinnvoller Versuch und ein neuer Zugang zu einer modernisierten Militärgeschichte gewertet werden.

Die Beiträge sind in sieben thematische Bereiche aufgeteilt. In jeden der Themenschwerpunkte wird durch Überblicksbeiträge eingeführt. Darum seien im folgenden zumindest diese Bereiche kurz umrissen: Der erste Teil stellt die Frage, inwieweit die „Weltkriege als Kriege neuen Typs" angesehen werden können. Er behandelt den Zusammenhang von totalem Krieg und Wirtschaftsordnung, Planungen der Mobilmachung gegen Recht und Verfassung, den Militäreinsatz von Frauen sowie die militärische Forschung und Technik in Deutschland. Im zweiten Teil geht es um deutsches Führungsdenken und technologische Entwicklungen: die Genese der deutschen Heerestaktik, den Mißerfolg der deutschen Luftstreitkräfte, Technik und Luftkrieg, die deutsche Marineführung sowie um den U-Boot-Bau und U-Boot-Einsatz. Im dritten Teil wird die „militärische" Gesellschaft vorgestellt: der Krieg als Welt der Soldaten. Analysiert werden Ausbildung und Kampfgeist, die weltanschauliche Mobilmachung, die deutsche militärische Propaganda, die Militärjustiz als Steuerungsinstrument sowie deutsche und russische bzw. sowjetische Erfahrungen der Kriegsgefangenschaft. Der vierte Teil richtet den Blick auf die „zivile" Gesellschaft: den Krieg als kollektive Erfahrung in der Heimat. In Betracht kommen das Militär an der Heimatfront, weibliche Kriegserfahrungen im Kontrast, die Mangelwirtschaft in Staat und Gemeinde, der Antisemitismus in beiden Weltkriegen, Kriegsdeutungen deutscher Philosophen und evangelischer Theologen. Der fünfte Teil stellt den Krieg als Besatzungsherrschaft in einzelnen Regionen vor: die Welt der Besatzer und der Besetzten in Belgien, Nordfrankreich, Polen und Weißrußland. Im sechsten Teil kommen Erinnerungskulturen und Nachkriegszeiten zur Sprache: der Erste Weltkrieg im Vergangenheitshorizont der Deutschen nach 1945, Kriegsverbrechen und die

Möglichkeit ihrer Ahndung, die Konstruktion von Erinnerung am Beispiel des Kriegsverbrecherprozesses gegen Albert Kesselring und die architektonischen Denkmäler nach beiden Weltkriegen in Deutschland. Der siebente Teil ist der Epoche der Weltkriege „als Methodenwerkstatt für eine interdisziplinäre Militär-, Gesellschafts- und Erfahrungsgeschichte" gewidmet. Es werden Perspektiven und Desiderate der Kriegsgeschichte, der Erste Weltkrieg in den Biographien von Wehrmachtsgeneralen, die literarischen Verarbeitungen des Kriegserlebnisses in der Weimarer Republik, Kriegslandschaften in der bildenden Kunst sowie der Erste Weltkrieg im deutschen Film behandelt.

Der Band wird von Bruno Thoß mit „Die Zeit der Weltkriege – Epochen als Erfahrungseinheit?" eingeleitet und durch Hans-Erich Volkmann „Gesellschaft und Militär am Ende des Ersten und des Zweiten Weltkrieges" abgeschlossen. Schon die Lektüre der einleitenden Bemerkungen zu den sieben Schwerpunkten bringt beachtlichen Erkenntnisgewinn. Natürlich sind in der Fülle des Angebots die Qualitäten unterschiedlich. Mitunter wird nur der aktuelle Forschungsstand zusammengefaßt, statt neue Ergebnisse zu präsentieren. Manchmal eher chronologisch statt vergleichend vorgegangen. Nicht immer sind die Zuordnungen nachvollziehbar. Gleichwohl gewinnt der Band den Charakter eines Nachschlagewerkes.

Gerd Dietrich

WINOCK, Michel: **Das Jahrhundert der Intellektuellen.** Aus dem Französischen von Judith Klein (= édition discours, Bd. 28). – Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH 2003. 884 S.

Eigentlich hat Ingrid Galster im Vorwort schon alles gesagt: Michel Winock, Professor für Zeitgeschichte am prestigeträchtigen Institut d'études politiques, wird zu Recht als „Schrittmacher der französischen Intellektuellen-Historiographie" bezeichnet: „In 62 locker aneinander gereihten Kapiteln, die selten mehr als 10 Seiten umfassen, wirft Winock Schlaglichter auf repräsentative Exemplare des von ihm ins Auge gefassten Sozialtyps, auf Situationen, denen er besondere Aussagekraft für die Art der intellektuellen Interventionen in das öffentliche Leben beimisst. [...] Aber Winock argumentiert nicht nur, er verdichtet das Geschehen auch narrativ-literarisch, und dies ist die Besonderheit seiner Geschichte exemplarischer Vertreter eines Mikromilieus innerhalb der großen historischen Entwicklungen [...] ein luftiges Netzwerk von Prosastücken, die trotz ihrer guten Lesbarkeit den Garantiestempel verbürgten Wissens und kluger Deutung tragen. [...] Mit einer erfrischenden Unabhängigkeit gegenüber intellektuellen Moden, die gerade von Paris ausgingen und gerne den Tod des Subjekts proklamierten, fragt der Historiker häufig nach Motivationen, die den Stellungnahmen seiner Protagonisten zugrunde liegen. [...] Winock weiß, dass rationale Entscheidungen häufig im Irrationalen wurzeln, aber monokausale Herleitungen sind nicht seine Sache. [...] Die politischen Interventionen der Intellektuellen werden im Übrigen fast immer in ihr privates Ambiente eingebettet. [...] Winocks Buch schließt nicht nur eine Informationslücke; die Haltung, in der es verfasst wurde, und die Gattung, die der Autor gewählt hat, zeigen auch eine weniger bekannte Facette der französischen Wissenschaftskultur" (S. 7 ff.).

Dies ist nicht nur ein Standard-, sondern auch ein Jahrhundertwerk. Die Geschichte der Intellektuellen im 20. Jahrhundert, exemplarisch an jenem Land demonstriert, das den Begriff des Intellektuellen erfunden und wie kein zweites geprägt hat. Und so beginnt die Geschichte der Intellektuellen selbstverständlich mit der berühmten Dreyfusdebatte und ihren großen Gegenspielern Émile Zola und Maurice Barrés.

Das Buch ist in drei Teile gegliedert, die nach Leitfiguren dieser Intellektuellengeschichte benannt sind: Die Ära Barrés handelt von der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, von 1887 bis etwa 1914. Die Ära Gide führt den Leser in jene Zeit, die durch den Weltkrieg und die russische Revolution eingeleitet wird, die Zeit des Surrealismus, des Kommunismus, des Faschismus, des Vichyregimes und der Résistance. Die Ära Sartre berichtet von der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, von der Aufarbeitung der Vergangenheit, der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, von 1968, den Kämpfen der Entkolonialisierung, und sie endet mit dem Tod Jean Paul Sartres und Raymond Arons 1980 bzw. 1983. Das ist wohl eine etwas enge Sicht, für die der Epochenumbruch von 1989 wenig Bedeutung hat. Wie sich überhaupt das Buch auf die erste Hälfte des Jahrhunderts konzentriert.

Winock beschreibt nicht nur die Wirkung einzelner Intellektueller und entwirft lebendige Miniaturen ihrer Person, sondern er erzählt zugleich die Geschichte von Netzwerken, Cliquenbildungen

und Zeitschriften in den geistigen und politischen Kämpfen. Die Sozialfigur des Intellektuellen wird in ihrer enormen Breite und Differenziertheit vorgestellt. Winock bleibt dabei nicht bei der Engführung des Begriffs auf die Selbstbezeichnung stehen, sondern für ihn gelten linke und liberale wie rechte und konservative Schriftsteller, die sich in die öffentlichen Angelegenheiten einmischen, gleichermaßen als Intellektuelle. Er demonstriert in den Debatten um Rolle und Begriff des Intellektuellen zugleich, wie sich linke und rechte Positionen über das Jahrhundert wandelten.Dabei arbeitet er die unterschiedlichen Typen des Intellektuellen an konkreten Beispielen heraus: den Rechts- und den Linksintellektuellen, den Typus des Priesters und Propheten, die Militanz des Gegenintellektuellen, die vorsichtige Kühnheit des zweifelnden Intellektuellen, den Typ des nonkonformistischen Engagements, den Typ des Verführers und des Vermittlers, den Typ des kritischen und des organischen Intellektuellen, den Typ des autonomen Intellektuellen und des Weggefährten, den Typ des öffentlichen, des partikularen und des anonymen Intellektuellen. Und im historischen Kontext der Gefahren für die Demokratie in diesem Jahrhundert zeigt Winock, wie es in den einzelnen Phasen zur Mobilisierung der Intellektuellen kommt, wie sich die Lager von 1898 immer wieder neu formieren und welche geistigen und politischen Prinzipien sich jeweils gegenüberstehen. Auch wenn die 1960er bis 1980er Jahre zu kurz kommen, auch wenn Pierre Bourdieu, der Protagonist des „kollektiven Intellektuellen" lediglich in einer Fußnote auftaucht und Althusser, Barthes und Debord nur marginal erwähnt werden, bietet uns Winock doch eine Überfülle an historischen, politischen und ideologischen, sozialen, biographischen, alltäglichen und privaten Informationen.

Das ist nicht nur ein materialreicher Band, der die Intellektuellen selbst umfangreich zur Sprache bringt, sondern auch ein sehr praktisches Buch. Man kann sich selektiv in den einzelnen Kapiteln informieren, sie auch unabhängig voneinander lesen, ohne den voluminösen Band von Anfang bis Ende durcharbeiten zu müssen. Die Anmerkungen der guten Übersetzung erklären spezifisch Französisches. Eine nützliche Zeittafel zum Schluß, vier wichtige Intellektuellenmanifeste von 1914, 1935 und 1973, aufschlußreiche und assoziationsreiche Bilder, ein Glossar und das 24seitige Personenregister machen nicht nur das reine Lesen, sondern auch das Blättern, Schauen und Suchen zu einem intellektuellen Genuß.

Nachdem Lyotard dem Intellektuellen etwas vorschnell das Grabmal errichtet hat, zeigt Winock, daß unsere Gesellschaft ohne geistige und intellektuelle Gegenmacht nicht lebensfähig ist. Zum Schluß schreibt er: „Das Paradox des Intellektuellen liegt darin, dass die Macht, über die er verfügt, von seinem Ansehen herrührt: sie zu Gunsten eines hohen menschlichen Anliegens einzusetzen verstärkt wiederum seinen Ruf. Er wird diesem Widerspruch nie entrinnen; man kann nur wünschen, dass er ihn zumindest in voller Bewusstheit erlebt. Umfassender, tiefgreifender, dauerhafte als das Geschrei der Pamphletisten und das Unterzeichnen von Petitionen und Manifesten ist die tägliche Arbeit der anonymen Intellektuellen – insbesondere als Erziehende, die, so scheint mir, als die wirkliche, zugleich kritische und organische Gegenmacht in der demokratischen Gesellschaft anerkannt werden muss. Die staatsbürgerliche Gesinnung, die Weigerung, sich für eine Person oder eine Gruppe besonderer Art zu halten, die aktive Mitarbeit am Willen zum Zusammenleben, kurz, die ethischen Grundlagen unserer unvollkommenen, aber verbesserungsfähigen Gesellschaft sind nicht das Monopol einiger weniger, sondern Sache aller" (S. 795 f.).

Gerd Dietrich

Wissenschaftliche Mitteilungen und Briefe an die Redaktion

For a proposed edited collection of essays on: "Anarchism and Utopianism" – Call for Papers

We extend this call for papers to authors from all disciplines interested in exploring the relationship between anarchism and utopianism.

The history of the relationship between anarchism and utopianism is marked by ambivalence. On the one hand, many classical anarchist thinkers such as Bakunin and Kropotkin repeatedly emphasised the "scientific" character of their social philosophy in an effort to distance themselves from the charge of utopianism. Likewise, most utopian authors have tended to emulate the state-centred utopian model propagated by Plato and More rather than the more libertarian example of de Foigny, Diderot, and Morris. On the other hand, a number of more contemporary anarchist utopian writers have explicitly questioned the mutual exclusivity of anarchism and utopianism. Herbert Read, for example, vigorously defended libertarian utopian thinking in his book "Anarchy and Order", Paul Goodman consistently championed a pragmatic form of utopianism that had a tremendous influence on the counter-culture of the 1960s, and Ursula K. Le Guin published in 1974 the first anarchist utopia. Far from being merely of literary or historical interest, related elements of both the anarchist and utopian traditions have continued to inspire and inform a range of contemporary radical social movements, including global anti-capitalism, ecologism, feminism, pacifism, post-colonialism, and black, gay, and indigenous liberation.

In "Anarchism and Utopianism", the first ever collection of original essays devoted to an assessment of the relationship between these two important traditions, we aim to fill a significant gap in the scholarly literature and to encourage further reflection on the as yet untapped revolutionary potential of anarchist utopianism. We welcome papers that address any aspect of the subject, whether the focus is philosophical (for example, to what extent and in what precise ways are anarchist and utopian ideas compatible?), literary (anarchism and utopianism in the work of Morris, Wilde, or Le Guin, for instance; what might an anarchist society look and feel like?), historical (the legacy of anarchist utopianism in the Paris Commune, the Spanish Revolution, the May 1968 uprisings, etc.), sociological (anarchist utopian perspectives on work, consumerism, war, gender, sexuality, race, education, art, spirituality, technology, and ecology), anthropological (what can anarchist utopians learn from actually existing stateless and marketless societies? does the idea of primitivism have a role to play in the construction of anarchist utopias?), or political (the relationship of means to ends, and anarchist utopianism as revolutionary practice and vital response to some of the most pressing problems of the contemporary world).

If you are interested in contributing to the volume, please e-mail to both of the editors by *January 7, 2006* an essay title, c. 500-word proposal, and a very brief list of your relevant publications. Note that contributors to the collection may also have the opportunity – subject to the final approval of the USSE conference programme chair – to present their work at the Seventh Annual Conference of the Utopian Studies Society Europe, to be held in July 2006 in the historical port city of Tarragona, Spain.

Laurence Davis / Ruth Kinna

Dr. Laurence Davis has taught political theory at Oxford University and University College Dublin, and is the editor (with Peter Stillman) of "The New Utopian Politics of Ursula K. Le Guin's The Dispossessed" (Lexington Books, 2005). E-mail: ldavis@oceanfree.net.

Dr. Ruth Kinna, Senior Lecturer in Politics at Loughborough University, UK, is the author of "Anarchism. A Beginner's Guide" (Oneworld, 2005). E-mail: r.e.kinna@lboro.ac.uk.

IWK

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft des Fachbereichs Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin herausgegeben von Peter Steinbach
Wissenschaftlicher Beirat: Andreas Graf, Helga Grebing, Peter Lösche, Hans Mommsen, Henryk Skrzypczak und Hermann Weber

Inhaltsverzeichnis und Register

Berlin

40. Jahrgang 2004

ISSN 0046-8428

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
(Zitierweise: IWK)

Verleger im Sinne des Pressegesetzes:
Freie Universität Berlin, Kaiserswerther Straße 16–18, 14195 Berlin

Redaktion: Gideon Botsch, Andreas Graf (verantw.), Christoph Kopke

Für den Anzeigenteil verantwortlich: Andreas Graf

Anschrift der Redaktion:
Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, IWK-Redaktion, Ihnestraße 22, 14195 Berlin
Telefon: 030/26392381 2 (A. Graf); Telefax: 030/26995010
Internet: http://www.iwk-online.de; E-Mail: info@iwk-online.de

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer (USt-ID-Nr.): DE811304768

Die IWK wird regelmäßig im „Sozialwissenschaftlichen Literaturinformationssystem SOLIS" des Informationszentrums Sozialwissenschaften, Lennéstraße 30, 53113 Bonn, erfaßt.

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Freie Universität Berlin alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen, der fotomechanischen Wiedergabe sowie der Speicherung auf Datenträger.

Gerichtsstand: Berlin

Die IWK erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember).
Preise: Einzelheft 10,23 €, Doppelheft 20,45 €, für Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose 7,67 € bzw. 15,34 €, jeweils zuzüglich Versandkosten. Jahresabonnement 34,26 €, für Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose 20,45 €, jeweils zuzüglich Versandkosten (Inland: 2,56 €, Ausland: 6,14 €). Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung an die Hauptkasse der FU Berlin, 14195 Berlin, Konto-Nr. 22808-109, Kassenzeichen (bitte unbedingt angegeben!): 01/11901/15520000 bei der Postbank, Niederlassung Berlin, 10916 Berlin (BLZ 10010010). Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Jahres gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Jahr.
Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 5, 7, 8, 14–19/20 und Jg. 10 (1974), Jg. 11 (1975), Jg. 12 (1976), H. 2, 3 und 4, Jg. 13 (1977), Jg. 14 (1978), H. 1 und 4, Jg. 15 (1979), H. 2, 3 und 4, Jg. 16 (1980) bis Jg. 23 (1987), Jg. 24 (1988), H. 1, 2 und 3, Jg. 25 (1989), Jg. 26 (1990), Jg. 27 (1991), H. 2, 3 und 4, Jg. 28 (1992), H. 1, 2 und 4, Jg. 29 (1993), Jg. 30 (1994), Jg. 31 (1995), Jg. 32 (1996), H. 2, 3 und 4, Jg. 33 (1997) ff.
Der Preis der noch lieferbaren älteren Hefte bis einschließlich H. 4/1992 beträgt 2,56 € pro Heft bzw. 10,23 € pro Jahrgang zuzüglich Versandkosten. Bitte richten Sie Ihre Bestellungen an die Adresse der Redaktion!

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 6 vom 1. 9. 1997.

Gedruckt mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Berlin

Druck: Mercedes-Druck GmbH, Sportfliegerstraße 6, D-12487 Berlin

Nachrufe

Rürup, Reinhard: Frank Dingel (17. August 1945 bis 30. Mai 2005). Eine Gedenkrede 4/510

Aufsätze und Mißzellen

Albrecht, Richard: Wolfgang Abendroth – 2. Mai 1906 bis 15. September 1985. Ein intellektuelles Porträt 4/465
Bauer, Gerhard: Jetzt lacht er über uns, der Anarchist und Prof. a. D. Johannes Agnoli 3/282
Buse, Dieter K.: Breaking and Remaking a Party. The Division and Militancy of German Social Democracy Reconsidered, 1914–1918 ..... 1/1
Dingel, Frank: Neue Straßennamen braucht die Stadt? Zum Abschlußbericht der Berliner „Unabhängigen Kommission zur Umbenennung von Straßen" – eine Polemik 4/518
Engel, Gerhard: Die „Freie demokratische Fraktion" in der Großberliner Rätebewegung. Linksliberalismus in der Revolution 1918/1919 ..... 2/150
Grundmann, Siegfried: Richard Großkopf und die kommunistische Paßfälscherorganisation 4/423
Mohr, Markus: Hingeschritten ist nicht ausgeschritten 3/315
Narr, Wolf-Dieter: Politische Wissenschaft und Caspar David Friedrich – Oder um einen Johannes Agnoli von innen bittend 3/291
Schelz-Brandenburg, Till: Eine „Ich-AG" für sozialistische Theorie? Zum 150. Geburtstag von Karl Kautsky 2/141
Svampa, Maristella: Die Piqueteros. Soziale Bewegungen und neue politische Erfahrungen in Argentinien 2/203
Wagner, Matthias: Der Bruch der Verfassung. Zu den geheimen Strukturen des SED-Staates 2/218
Warnecke, Manfred: „Und plötzlich war es so, als hätten wir all unser Grauen abgeschüttelt". Die Rettungsexpedition „Weiße Busse" im Frühjahr 1945 ..... 4/488
Zeuner, Bodo: Johannes Agnoli und sozialistisch-anarchistische Utopie heute, in der beruflichen, wissenschaftlichen, politischen Praxis 3/312

Tagungsberichte

Florath, Bernd: Opposition und Repression im Wandel von den sechziger zu den achtziger Jahren in der DDR. Workshop des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam 4/521
Rübner, Hartmut: „1968" und die Arbeiter. Ein europäischer Vergleich. Ein Tagungsbericht 3/338
Vatlin, Alexander: Rosa Luxemburgs Demokratievorstellungen. Eine internationale Konferenz am 21. und 22. November 2004 in Guangzhou, China 2/238
Zwengel, Ralf: „Die Kommunistische Internationale – Personen, Apparate, Strukturen". Ein Tagungsbericht 2/229

Forschungsstandanalysen und Literaturberichte

Bock, Helmut: Krieg und Frieden in der Neuzeit. Eine Kontroverse: Literaturbericht und Geschichtsbild 3/347

Herbst, Andreas: Nazis in der Bundesrepublik und in der DDR 1/91
Klein, Ralph: Neue Literatur zur Zwangsarbeit während der NS-Zeit..... 1/56
Rütters, Peter: Voluminöser Auftakt einer enzyklopädischen Geschichte der deutschen Sozialpolitik seit 1945 ..... 2/243

Dokumentationen

Heid, Ludger: „Wissen ist Macht – Macht ist Wissen". Oskar Cohn und die Berliner Arbeiterbildungsschule 1/22
Mierendorff, Carlo: Arisches Kaiserreich oder Judenrepublik. Neu herausgegeben und mit Anmerkungen und Hinweisen versehen von Richard Albrecht..... 3/321

Neue Literatur

Adibekov, Grant M.: Das Kominform und Stalins Neuordnung Europas, Frankfurt a. M. u. a. 2002 *(Ralf Zwengel)* 3/410
Baade, Rudolf: Kapital und Wohnungsbau in Berlin 1924 bis 1940. Die öffentliche Förderung in der Weimarer Zeit und im NS-Staat. Mit einem Essay von Wolfgang Hofmann „Der soziale Wohnungsbau und seine gemeinnützigen Träger", Berlin 2004 *(Felix Escher)*..... 2/261
Baberowski, Jörg: Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, München 2003 *(Ralf Zwengel)*..... 4/544
Baratta, Giorgio: Das dialogische Denken Antonio Gramscis, Frankfurt a. M. u. a. 2003 *(Jan-Frido Wenten)* 4/532
van den Berg, Rosemary: Nyoongar People of Australia. Perspectives on Racism and Multiculturalism, Leiden, Boston und Köln 2002 *(Frank Paschen)* 1/137
Bergmann, Theodor: Die Thalheimers. Die Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten, Hamburg 2004 *(Sylvelyn Hähner-Rombach)*..... 1/108
Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung. Hrsg. von Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach und Ulrich Mählert, Paderborn u. a. 2003 *(Christine Koch)* 3/375
Bochsler, Regula: Ich folgte meinem Stern. Das kämpferische Leben der Margarethe Hardegger, Zürich 2004 *(Albrecht Götz von Olenhusen)* 1/105
Boesch, Ina: Gegenleben. Die Sozialistin Margarethe Hardegger und ihre politischen Bühnen, Zürich 2003 *(Albrecht Götz von Olenhusen)* 1/105
Bolland, O. Nigel: The Politics of Labour in the British Caribbean. The Social Origins of Authoritarianism and Democracy in the Labour Movement, Kingston, Oxford und Princeton 2001 *(Ulrich van der Heyden)* 2/277
Braun, Matthias: Die Literaturzeitschrift „Sinn und Form". Ein ungeliebtes Aushängeschild der SED-Kulturpolitik, Bremen 2004 *(Beate Ihme-Tuchel)*..... 3/401
Brauns, Nikolaus: Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919–1938), Bonn 2003 *(Albrecht Götz von Olenhusen / Jens David Runge)*..... 1/119
Buckard, Christian: Arthur Koestler. Ein extremes Leben 1905–1983, München 2004 *(Manfred Warnecke)* 2/255
Bühler, Andreas Heinrich: Der Namaaufstand gegen die deutsche Kolonialherrschaft in Namibia von 1904–1913, Frankfurt a. M. und London 2003 *(Elisa Zenck)* 4/535

Bütow, Tobias, und Franka Bindernagel: Ein KZ in der Nachbarschaft. Das Magdeburger Außenlager der Brabag und der „Freundeskreis Himmler", Köln, Weimar und Wien 2003 *(Martin Schellenberg)* 3/395

Carini, Marco: Fritz Teufel. Wenn's der Wahrheitsfindung dient, Hamburg 2003 *(Markus Mohr)* 1/113

Cornelißen, Christoph: Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001 *(Ilko-Sascha Kowalczuk)* 2/251

Deutsche Erinnerungsorte. Hrsg. von Etienne François und Hagen Schulze. 3 Bde., München 2001 *(Hanne Stinshoff)* 2/253

Dietzel, Ulrich: Männer und Masken. Ein Tagebuch. Kunst und Politik in Ostdeutschland, Leipzig 2003 *(Beate Ihme-Tuchel)* 1/112

Dirksen, Hans-Hermann: „Keine Gnade den Feinden unserer Republik". Die Verfolgung der Zeugen Jehovas in der SBZ/DDR 1945–1990, Berlin 2001 *(Manfred Warnecke)* 4/540

Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nürnberg. Bd. I/II: Von der Vorgeschichte der Arbeiterbewegung bis zum Ende des Sozialistengesetzes 1830–1890. Bearb. von Udo Winkel, Nürnberg 2001 *(Wolfgang Schröder)* 4/528

Ekengren, Ann-Marie, und Henrik Oscarsson: Det Röda Hotet. De militära och polisiära säkerhetstjänsternas hotbilder i samband med övervakning av svenska medborgare 1945–1960, Lund 2002 *(Michael F. Scholz)* 3/412

Engombe, Lucia: Kind Nr. 95. Meine deutsch-afrikanische Odyssee. Aufgezeichnet von Peter Hilliges, Berlin 2004 *(Ulrich van der Heyden)* 2/257

Die erste deutsche Arbeiterpartei. Materialien zur Organisation, Verbreitung und Sozialstruktur von ADAV und LADAV 1863–1871. Hrsg. von Toni Offermann, Bonn 2002 *(Wolfgang Schröder)* 4/525

Die Ersten und Zweiten Sekretäre der SED. Machtstrukturen und Herrschaftspraxis in den thüringischen Bezirken der DDR. Hrsg. von Heinrich Best und Heinz Mestrup, Weimar und Jena 2003 *(Matthias Wagner)* 1/129

Erster Weltkrieg – Zweiter Weltkrieg. Ein Vergleich. Krieg, Kriegserlebnisse, Kriegserfahrung in Deutschland. Hrsg. von Bruno Thoss und Hans-Erich Volkmann, Paderborn u. a. 2002 *(Gerd Dietrich)* 4/547

Feldbauer, Gerhard: Marsch auf Rom. Faschismus und Antifaschismus in Italien – Von Mussolini bis Berlusconi und Fini, Köln 2002 *(Christoph Kopke)* 1/137

Filme für die Volksfront. Erwin Piscator, Gustav von Wangenheim, Friedrich Wolf – antifaschistische Filmemacher im sowjetischen Exil. Hrsg. von Rainhard May und Hendrik Jackson, Berlin 2001 *(Ursula Langkau-Alex)* 2/266

Franke, Julia: Paris – eine neue Heimat? Jüdische Emigranten aus Deutschland 1933–1939, Berlin 2000 *(Marianne Kröger)* 2/265

Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949. Hrsg. von Stefan Creuzberger und Manfred Görtemaker, Paderborn u. a. 2002 *(Ilko-Sascha Kowalczuk)* 3/411

Hachtmann, Rüdiger: Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Revolution von 1848, Tübingen 2002 *(Walter Schmidt)* 4/534

Haren, Tobias: Der Volksstaat Hessen 1918/1919. Hessens Weg zur Demokratie, Berlin 2003 *(Ingo Materna)* 1/117

Haury, Thomas: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002 *(Martin Ulmer)* 3/398

Hedeler, Wladislaw: Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938. Planung, Inszenierung, Wirkung, Berlin 2003 *(Jan Foitzik)* 1/122

Heid, Ludger: Oskar Cohn. Ein Sozialist und Zionist im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, Frankfurt a. M. und New York 2002 *(Miriam Rürup)* 1/102

Herbst, Andreas, und Hermann Weber: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2004 *(Hartmut Rübner)* 3/383

Herrmann, Ursula: Elise Schweichel (1831–1912). Schriftstellerin und Sozialdemokratin im Ringen um Frauenemanzipation, Berlin 2004 *(Wolfgang Schröder)* 3/381

Hexelschneider, Erhard: Rosa Luxemburg und die Künste, Leipzig 2004 *(Jessica Scharnberg)* 3/388

Höppner, Joachim, und Waltraud Seidel-Höppner: Etienne Cabet und seine Ikarische Kolonie. Sein Weg vom Linksliberalen zum Kommunisten und seine Kolonie in Darstellung und Dokumentation, Frankfurt a. M. u. a. 2002 *(Katharina Middell)* 3/378

Huhn, Willy: Der Etatismus der Sozialdemokratie. Zur Vorgeschichte des Nazifaschismus, Freiburg i. Br. 2003 *(Kolja Lindner)* 3/376

Ihme-Tuchel, Beate: Die DDR, Darmstadt 2002 *(Gerd Dietrich)* 1/128

Karl, Michaela: Rudi Dutschke. Revolutionär ohne Revolution, Frankfurt a. M. 2003 *(Markus Mohr)* 2/256

Kätzel, Ute: Die 68erinnen. Porträt einer rebellischen Frauengeneration, Berlin 2002 *(Gerd-Rainer Horn)* 3/416

Kelly, Brian: Race, Class, and Power in the Alabama Coalfields, 1908–21, Urbana und Chicago 2001 *(Hartmut Rübner)* 2/276

Knatz, Christian: „Ein Heer im grünen Rock?" Der Mitteldeutsche Aufstand 1921, die preußische Schutzpolizei und die Frage der inneren Sicherheit in der Weimarer Republik, Berlin 2000 *(Karsten Rudolph)* 2/259

Krieg im Äther. Widerstand und Spionage im Zweiten Weltkrieg. Hrsg. von Hans Schafranek und Johannes Tuchel, Wien 2004 *(Hartmut Rübner)* 1/124

Lafargue, Paul: Essays zur Geschichte, Kultur und Politik. Hrsg. von Fritz Keller, Berlin 2002 *(Guillaume Paoli)* 1/101

Lerch, Fredi: Müllers Weg ins Paradies. Nonkonformismus im Bern der sechziger Jahre, Zürich 2001 *(Gerd-Rainer Horn)* 3/415

Lokatis, Siegfried: Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht, Köln, Weimar und Wien 2003 *(Gerd Dietrich)* 1/99

Lusane, Clarence: Hitler's Black Victims. The Historical Experiences of Afro-Germans, European Blacks, Africans, and African Americans in the Nazi Era, New York und London 2003 *(Ulrich van der Heyden)* 1/126

Michelmann, Jeannette: Aktivisten der ersten Stunde. Die Antifa in der Sowjetischen Besatzungszone, Köln, Weimar und Wien 2002 *(Andreas Malycha)* 3/400

Le milieu intellectuel conservateur en Allemagne, sa presse et ses réseaux (1890–1960) = Das konservative Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890–1960). Hrsg. von Michel Grunewald und Uwe Puschner in Zusammenarbeit mit Hans Manfred Bock, Bern u. a. 2003 *(Gerd Dietrich)* 3/391

Le milieu intellectuel de gauche en Allemagne, sa presse et ses réseaux (1890–1960) = Das linke Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890–1960). Hrsg. von Michel Grunewald in Zusammenarbeit mit Hans Manfred Bock, Bern u. a. 2002 *(Gerd Dietrich)* 3/391

Mintert, David Magnus: „Sturmtrupp der Deutschen Republik". Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Wuppertal, Wuppertal 2002 *(Beatrix Herlemann)* 2/260

Müller, Frank Lorenz: Die Revolution von 1848/49, Darmstadt 2002 *(Walter Schmidt)* ... 1/115

Nachkriegspolizei. Sicherheit und Ordnung in Ost- und Westdeutschland 1945–1969. Hrsg. von Gerhard Fürmetz, Herbert Reinke und Klaus Weinhauer, Hamburg 2001 *(Falco Werkentin)* ... 4/543

Nelson, Bruce: Divided We Stand. American Workers and the Struggle for Black Equality, Princeton und Oxford 2001 *(Hartmut Rübner)* ... 2/276

A nemzetközi munkásmozgalom történetéből. Évkönyv 2005 (XXXI. évfolyam), Budapest 2004 *(Dagmar Goldbeck)* ... 3/394

zur Nieden, Susanne: Unwürdige Opfer. Die Aberkennung von NS-Verfolgten in Berlin 1945 bis 1949, Berlin 2003 *(Kurt Schilde)* ... 2/271

Niedrig, Heinz: Die Arbeiterwohlfahrt in der Zeit von 1933 bis 1945. Spurensuche, Aufbau, Verfolgung, Verbot, Widerstand, Emigration, Marburg 2003 *(Kurt Schilde)* ... 4/536

Nussbaumer, Josef, unter Mitarbeit von Guido Rüthemann: Gewalt. Macht. Hunger. Teil I: Schwere Hungerkatastrophen seit 1845, Innsbruck u. a. 2003 *(Ulrike Thomas)* ... 1/139

Oliwa, Theodor: Paul Löbe. Ein sozialdemokratischer Politiker und Redakteur. Die schlesischen Jahre (1875–1919), Neustadt an der Aisch 2003 *(Reinhard Krämer)* ... 3/386

Owetschkin, Dimitrij: Conrad Schmidt, der Revisionismus und die sozialdemokratische Theorie. Zur theoretischen Entwicklung der Sozialdemokratie vor 1914, Essen 2003 *(Till Schelz-Brandenburg)* ... 4/530

Owzar, Armin: Sozialistische Bündnispolitik und gewerblich-industrieller Mittelstand. Thüringen 1945 bis 1953, München und Jena 2001 *(Andreas Malycha)* ... 1/136

Persson, Sune: Vi åker till Sverige. De vita bussarna 1945, Rimbo 2002 *(Manfred Warnecke)* ... 2/268

Pflieger, Klaus: Die Rote Armee Fraktion – RAF – 14. 5. 1970 bis 20. 4. 1998, Baden-Baden 2004 *(Markus Mohr)* ... 2/276

Prokop, Siegfried: Intellektuelle im Krisenjahr 1953. Enquete über die Lage der Intelligenz der DDR. Analyse und Dokumentation, Schkeuditz 2003 *(Gerd Dietrich)* ... 4/541

Reibel, Carl-Wilhelm: Das Fundament der Diktatur. Die NSDAP-Ortsgruppen 1932–1945, Paderborn u. a. 2002 *(Christine Müller-Botsch)* ... 2/262

Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933–1945. Hrsg. von Frank-Rutger Hausmann unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner, München 2002 *(Ilko-Sascha Kowalczuk)* ... 3/373

Die Rote Hilfe. Die Geschichte der internationalen kommunistischen „Wohlfahrtsorganisation" und ihrer sozialen Aktivitäten in Deutschland (1921–1941). Hrsg. von Sabine Hering und Kurt Schilde, Opladen 2003 *(Albrecht Götz von Olenhusen / Jens David Runge)* ... 1/119

Russische Archive und Geschichtswissenschaft. Rechtsgrundlagen, Arbeitsbedingungen, Forschungsperspektiven. Hrsg. von Stefan Creuzberger und Rainer Lindner, Frankfurt a. M. u. a. 2003 *(Kurt Schilde)* ... 3/372

Schaffer, Paul: Le Soleil Voilé, Paris 2002 *(Thomas Irmer)* ... 2/267

Schiller, Dieter: Der verweigerte Dialog. Zum Verhältnis von Parteiführung der SED und Schriftstellern in den Krisenjahren 1956/57, Berlin 2003 *(Gerd Dietrich)* ... 4/541

Schmuhl, Hans-Walter: Arbeitsmarktpolitik und Arbeitsverwaltung in Deutschland 1871–2002. Zwischen Fürsorge, Hoheit und Markt, Nürnberg 2003 *(Reinhard Krämer)* ... 4/537

Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS. Hrsg. von Reinhard Grimmer u. a., 2 Bde., Berlin 2002 *(Christine Koch)* ... 3/403

Simon, Dietmar: Deckname Dobler. Das Leben des Werner Kowalski (1901–1943), Münster 2004 *(Wladislaw Hedeler)* 1/109

Stefan Heym. Socialist – Dissenter – Jew. Stefan Heym. Sozialist – Dissident – Jude. Hrsg. von Peter Hutchinson und Reinhard K. Zachau, Oxford u. a. 2003 *(Beate Ihme-Tuchel)* 1/110

Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation. Hrsg. und eingel. von Matthias Uhl und Armin Wagner, München 2003 *(Ilko-Sascha Kowalczuk)* 1/133

U.S. Labor in the Twentieth Century. Studies in Working-Class Struggles and Insurgency. Hrsg. von John Hinshaw und Paul Le Blanc, New York 2000 *(Hartmut Rübner)* 2/276

Utopie und Terror. Josef Stalin und seine Zeit. Hrsg. von Eva Maeder und Christina Lohm, Zürich 2003 *(Ralf Zwengel)* 3/404

Vieregge, Bianca: Die Gerichtsbarkeit einer „Elite". Nationalsozialistische Rechtsprechung am Beispiel der SS- und Polizei-Gerichtsbarkeit, Baden-Baden 2002 *(Albrecht Götz von Olenhusen/Jens David Runge)* 1/126

Vinke, Hermann: Cato Bontjes van Beek: „Ich habe nicht um mein Leben gebettelt". Ein Porträt, Zürich und Hamburg 2003 *(Hans Coppi)* 3/394

Die Vitrine. Fachblatt für linke Bibliomanie, H. 1–6, Berlin 2002–2005 *(Rudolf Stachel)* 4/525

Die Volkskammer der DDR. Sozialistischer Parlamentarismus in Theorie und Praxis. Hrsg. von Werner J. Patzelt und Roland Schirmer, Wiesbaden 2002 *(Beate Ihme-Tuchel)* 1/131

Weinke, Annette: Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigungen 1949–1969 oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn u. a. 2002 *(Claudia Fröhlich)* 2/273

Wenzel, Otto: 1923. Die gescheiterte „Deutsche Oktoberrevolution", Münster u. a. 2003 *(Ulrich Eumann)* 3/393

Winock, Michel: Das Jahrhundert der Intellektuellen, Konstanz 2003 *(Gerd Dietrich)* 4/548

Editorials

3/281, 4/421

Wissenschaftliche Mitteilungen und Briefe an die Redaktion

For a proposed edited collection of essays on: "Anarchism and Utopianism" – Call for Papers *(Laurence Davis/Ruth Kinna)* 4/550

Krise des Marxismus? „Wither Crises of Marxism? Hat es noch Sinn von der Krise des Marxismus zu sprechen? Klassen/Konflikte/kollektives Handeln". Bericht über die VIII. Internationale Konferenz des Berliner Instituts für kritische Theorie (InkriT) *(Ralf Brodesser)* 2/278

Ostdeutschland braucht eigene Intellektuelle. Deutsche Emigranten mahnen fehlende Chancen für Ostwissenschaftler an – bislang ohne Konsequenz *(Ulrich Ramm)* 3/418

Workshop „Maritime Arbeit, Ethnizität und Rassismus. Asiatische und afrikanische Seeleute in der deutschen Handelsschifffahrt (1890er bis 1960er Jahre)", Universität Hamburg, 5. November 2005 (Call for Papers) *(Lars Amenda/Hartmut Rübner)* 2/278

Register der Autorinnen und Autoren

Albrecht, Richard
4/465

Amenda, Lars
2/278

Bauer, Gerhard
3/282

Bock, Helmut
3/347

Brodesser, Ralf
2/278

Buse, Dieter K.
1/1

Coppi, Hans
3/394

Davis, Laurence
4/550

Dietrich, Gerd
1/99, 1/128, 3/391, 4/541, 4/547, 4/548

Dingel, Frank
4/518

Engel, Gerhard
2/150

Escher, Felix
2/261

Eumann, Ulrich
3/393

Florath, Bernd
4/521

Foitzik, Jan
1/122

Fröhlich, Claudia
2/273

Goldbeck, Dagmar
3/394

Götz von Olenhusen, Albrecht
1/105, 1/119, 1/126

Grundmann, Siegfried
4/423

Hähner-Rombach, Sylvelyn
1/108

Hedeler, Wladislaw
1/109

Heid, Ludger
1/22

Herbst, Andreas
1/91

Herlemann, Beatrix
2/260

van der Heyden, Ulrich
1/126, 2/257, 2/277

Horn, Gerd-Rainer
3/415, 3/416

Ihme-Tuchel, Beate
1/110, 1/112, 1/131, 3/401

Irmer, Thomas
2/267

Kinna, Ruth
4/550

Klein, Ralph
1/56

Koch, Christine
3/375, 3/403

Kopke, Christoph
1/137

Kowalczuk, Ilko-Sascha
1/133, 2/251, 3/373, 3/411

Krämer, Reinhard
3/386, 4/537

Kröger, Marianne
2/265

Langkau-Alex, Ursula
2/266

Lindner, Kolja
3/376

Malycha, Andreas
1/136, 3/400

Materna, Ingo
1/117

Middell, Katharina
3/378

Mierendorff, Carlo
3/321

Mohr, Markus
1/113, 2/256, 2/276, 3/315

Müller-Botsch, Christine
2/262

Narr, Wolf-Dieter
3/291

Paoli, Guillaume
1/101

Paschen, Frank
1/137

Ramm, Ulrich
3/418

Rübner, Hartmut
1/124, 2/276, 2/278, 3/338, 3/383

Rudolph, Karsten
2/259

Runge, Jens David
1/119, 1/126

Rürup, Miriam
1/102

Rürup, Reinhard
4/510

Rütters, Peter
2/243

Scharnberg, Jessica
3/388

Schellenberg, Martin
3/395

Schelz-Brandenburg, Till
2/141, 4/530

Schilde, Kurt
2/271, 3/372, 4/536

Schmidt, Walter
1/115, 4/534

Scholz, Michael F.
3/412

Schröder, Wolfgang
3/381, 4/525, 4/528

Stachel, Rudolf
4/525

Stinshoff, Hanne
2/253

Svampa, Maristella
2/203

Thomas, Ulrike
1/139

Ulmer, Martin
3/398

Vatlin, Alexander
2/238

Wagner, Matthias
1/129, 2/218

Warnecke, Manfred
2/255, 2/268, 4/488, 4/540

Wenten, Jan-Frido
4/532

Werkentin, Falco
4/543

Zenck, Elisa
4/535

Zeuner, Bodo
H. 3/312

Zwengel, Ralf
2/229, 3/404, 3/410, 4/544

Freie Universität Berlin, FB Politik- und Sozialwissenschaften, IWK-Redaktion, Ihnestraße 22, 14195 Berlin